



HESSISCHER LANDTAG

22. 11. 2006

116. Sitzung

Wiesbaden, den 22. November 2006

	Seite		Seite
Amtliche Mitteilungen	8011	Einzelplan 03	
<i>Entgegengenommen</i>	8011	Günter Rudolph	8044
Präsident Norbert Kartmann	8011	Jürgen Frömmrich	8046
Vizepräsidentin Sarah Sorge	8052	Birgit Zeimet-Lorz	8047
9. a) Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landes- regierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007) – Drucks. 16/6338 zu Drucks. 16/6011 –	8011	Jörg-Uwe Hahn	8048
<i>Nach zweiter Lesung dem Haushaltsausschuss zurücküberwiesen</i>	8111	Minister Volker Bouffier	8050
b) Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landes- regierung für ein Finanzausgleichsänderungsge- setz 2007 – Drucks. 16/6339 zu Drucks. 16/6012 –	8011	Vizepräsident Sarah Sorge	8052
<i>Nach zweiter Lesung dem Haushaltsausschuss zurücküberwiesen</i>	8111	Einzelplan 04	
Jürgen May	8011	Heike Habermann	8052
Präsident Norbert Kartmann	8011	Mathias Wagner (Taunus)	8054
Vizepräsidentin Ruth Wagner	8111	Hans-Jürgen Irmer	8056
Einzelplan 01		Dorothea Henzler	8058
Präsident Norbert Kartmann	8012	Ministerin Karin Wolff	8060
Einzelplan 02		Vizepräsidentin Sarah Sorge	8061
33. Antrag der Fraktion der SPD betreffend Wahrung des parlamentarischen Budgetrechts – Drucks. 16/6168 –	8012	Einzelplan 05	
<i>Dem Haushaltsausschuss überwiesen</i>	8111	Heike Hofmann	8061
35. Entschließungsantrag der Fraktion der FDP betref- fend Aufnahme neuer Schulden – Drucks. 16/6228 –	8012	Dr. Andreas Jürgens	8063
<i>Abgelehnt</i>	8111	Nicola Beer	8064
38. Antrag der Fraktion der SPD betreffend Wieder- einführung der Vermögensteuer in Hessen – Drucks. 16/6292 –	8012	Peter Beuth	8065
<i>Dem Haushaltsausschuss überwiesen</i>	8111	Minister Jürgen Banzer	8067
Jürgen Walter	8012	Vizepräsidentin Sarah Sorge	8069
Ministerpräsident Roland Koch	8019	Einzelpläne 06, 17 und 18	
Tarek Al-Wazir	8026	36. Antrag der Fraktion der FDP betreffend Verwen- dung steigender Einnahmen – Drucks. 16/6229 –	8069
Michael Boddenberg	8029	<i>Dem Haushaltsausschuss überwiesen</i>	8111
Jörg-Uwe Hahn	8032	37. Antrag der Fraktion der FDP betreffend Kennzah- lensystem – Drucks. 16/6230 –	8069
Dr. Christean Wagner (Lahntal)	8039	<i>Dem Haushaltsausschuss überwiesen</i>	8111
Vizepräsident Lothar Quanz	8044	Norbert Schmitt	8069
Axel Wintermeyer	8111	Sigrid Erfurth	8070
		Roland von Hunnius	8071
		Frank Williges	8074
		Minister Karlheinz Weimar	8076
		Vizepräsident Frank Lortz	8077
		Einzelplan 07	
		63. Dringlicher Antrag der Fraktionen der SPD und der FDP betreffend Wirtschaftsförderung in Hes- sen effizienter gestalten – Hessen-Agentur und IBH zusammenführen – Drucks. 16/6369 –	8077
		<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwie- sen</i>	8111
		Uwe Frankenberger	8078

Mathias Wagner (Taunus)	8079	Einzelplan 09	
Dieter Posch	8081	Gernot Grumbach	8094
Michael Boddenberg	8083	Ursula Hammann	8095
Minister Dr. Alois Rhiel	8086	Heinrich Heidel	8097
Vizepräsident Frank Lortz	8087	Martin Häusling	8098
Einzelplan 08		Elisabeth Apel	8100
32. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Modellversuch der heroingestützten Behandlung		Minister Wilhelm Dietzel	8102
– Drucks. 16/6167 –	8087	Vizepräsidentin Ruth Wagner	8103
<i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen</i>	8111	Einzelplan 10	
43. Antrag der Fraktion der CDU betreffend Hessen aktiv zum besseren Schutz von Kindern		Vizepräsidentin Ruth Wagner	8103
– Drucks. 16/6320 –	8087	Einzelplan 11	
<i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen</i>	8111	Vizepräsidentin Ruth Wagner	8103
Petra Fuhrmann	8087	Einzelplan 15	
Kordula Schulz-Asche	8089	Sarah Sorge	8103
Nicola Beer	8091	Nicola Beer	8105
Anne Oppermann	8091	Michael Siebel	8106
Ministerin Silke Lautenschläger	8092	Eva Kühne-Hörmann	8108
Vizepräsidentin Ruth Wagner	8094	Minister Udo Corts	8109
<i>siehe auch Anlage</i>	8113	Vizepräsidentin Ruth Wagner	8110
		47. Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen	
		– Drucks. 16/6113 –	8112
		<i>Beschlussempfehlungen angenommen</i>	8112
		Vizepräsidentin Ruth Wagner	8112

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann
 Vizepräsident Frank Lortz
 Vizepräsident Lothar Quanz
 Vizepräsidentin Sarah Sorge
 Vizepräsidentin Ruth Wagner

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch
 Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner
 Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigter
 des Landes Hessen beim Bund Volker Hoff
 Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier
 Minister der Finanzen Karlheinz Weimar
 Minister der Justiz Jürgen Banzer
 Kultusministerin Karin Wolff
 Minister für Wissenschaft und Kunst Udo Corts
 Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dr. Alois Rhiel
 Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz Wilhelm Dietzel
 Sozialministerin Silke Lautenschläger
 Staatssekretär Dirk Metz
 Staatssekretärin Oda Scheibelhuber
 Staatssekretär Harald Lemke
 Staatssekretär Dr. Walter Arnold
 Staatssekretär Dr. Thomas Schäfer
 MinDirig Dr. Heinrich Berthold
 MinDirig Dr. Rolf Bernhardt
 Staatssekretär Gerd Krämer

Abwesende Abgeordnete:

Gerhard Becker (Nidda)
 Michael Denzin
 Ulrike Gottschalck
 Margaretha Hölldobler-Heumüller
 Christel Hoffmann
 Reinhard Kahl

(Beginn: 9.05 Uhr)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die 116. Plenarsitzung am 21. November 2006, heiße Sie herzlich willkommen und wünsche einen schönen guten Morgen.

(Vereinzelte Zurufe: Guten Morgen, Herr Präsident!)

– Das müssen wir noch üben.

Meine Damen und Herren, ich stelle zunächst die Beschlussfähigkeit des Hauses fest. – Dem wird nicht widersprochen. Dann ist das auch so.

Ich teile Folgendes mit: Erledigt sind die Punkte 1, 2, 3, 4, 5, 7, 11, 12, 14, 21, 22, 24, 39, 60 und 62.

Noch eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktionen der SPD und der FDP betreffend Wirtschaftsförderung in Hessen effizienter gestalten – Hessen-Agentur und IBH zusammenführen, Drucks. 16/6369. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird der Antrag Tagesordnungspunkt 63 und kann mit Einzelplan 07 aufgerufen werden. – Dem widerspricht auch niemand. Dann verfahren wir so.

Wir tagen heute bis 19 Uhr, ohne Mittagspause. Wir werden uns heute den ganzen Tag mit dem Haushalt beschäftigen, bis zu der genannten Zeit. In Verbindung mit den Einzelplänen werden diverse Anträge mit aufgerufen. Zum Verfahren sage ich nachher noch etwas.

Ich darf Sie jetzt schon darauf hinweisen, dass wir aufgrund der Strukturierung der Tagesordnung morgen doch eine Mittagspause machen – das ist mit den Geschäftsführern vereinbart –, sodass Sie sich darauf einstellen können und Ihr Butterbrot nicht in den Landtag mitbringen müssen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer lädt denn jetzt zum Mittagessen ein?)

– Die Fraktion der GRÜNEN, habe ich gehört – zu einem vegetarischen Mittagessen. Herr Kollege Kaufmann, das wäre doch etwas.

(Gerhard Bökel (SPD): Sie glauben doch nicht, dass das ein Vegetarier ist?)

– Er nicht, aber der Rest schon.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei Kaufmann wächst das beste Gemüse am Knochen!)

Meine Damen und Herren, nachher wird sich Herr Hoff zum Zwecke seiner Dienstausbübung nach Berlin begeben.

Meine Damen und Herren, das waren die Mitteilungen zur Geschäftsordnung.

Ich rufe damit vereinbarungsgemäß **Tagesordnungspunkt 9** auf:

a) Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007) – Drucks. 16/6338 zu Drucks. 16/6011 –

Dazu berichtet uns nachher Herr Kollege May.

b) Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Finanzausgleichsänderungsgesetz 2007 – Drucks. 16/6339 zu Drucks. 16/6012 –

Auch hierzu wird Herr Kollege May Bericht erstatten. Dazu hat er jetzt das Wort.

Jürgen May, Berichterstatter:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2007 unter Berücksichtigung des Änderungsantrags Drucks. 16/6291 – und damit in der aus der Anlage zur Beschlussempfehlung ersichtlichen Fassung – in zweiter Lesung anzunehmen.

Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum, zu den Einzelplänen die in der Drucksache aufgelisteten Beschlüsse zu fassen.

Der Gesetzentwurf war dem Haushaltsausschuss in der 112. Plenarsitzung am 4. Oktober 2006 nach der ersten Lesung zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen worden. Die Änderungsanträge wurden dem Haushaltsausschuss am 9., 10., 13., 14. und 15. November 2006 vom Präsidenten überwiesen.

Die Berichterstatterinnen und Berichterstatter haben in der Zeit vom 9. Oktober bis zum 3. November 2006 die kursorische Lesung der Einzelpläne durchgeführt.

Der Haushaltsausschuss hat die Kommunalen Spitzenverbände und den Landeswohlfahrtsverband Hessen in seiner Sitzung am 15. November 2006 angehört.

Der Haushaltsausschuss hat den Gesetzentwurf, die Einzelpläne und die Änderungsanträge in seiner Sitzung am 15. November 2006 behandelt und mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP die eben wiedergegebene Beschlussempfehlung gefasst. – So viel zum Entwurf des Haushaltsgesetzes.

Ich berichte jetzt zum Finanzausgleichsgesetz. Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung unverändert anzunehmen.

Der Gesetzentwurf war dem Haushaltsausschuss in der 112. Plenarsitzung am 4. Oktober 2006 nach der ersten Lesung zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen worden.

Der Haushaltsausschuss hat die Kommunalen Spitzenverbände und den Landeswohlfahrtsverband Hessen in seiner Sitzung am 15. November 2006 angehört.

Der Haushaltsausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 15. November 2006 behandelt und mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP den eben wiedergegebenen Beschluss gefasst. – So viel zu den Berichten.

(Allgemeiner Beifall)

Präsident Norbert Kartmann:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wie Sie der Anlage zur Tagesordnung entnehmen können, werden verschiedene Tagesordnungspunkte zu den Einzelplänen aufgerufen. Die Abstimmung über die Einzelpläne findet allerdings vereinbarungsgemäß erst am Ende der Beratungen über alle Einzelpläne statt, also heute Abend.

Ebenfalls ist der Anlage zu entnehmen, dass sich die Fraktionen im Ältestenrat auf eine Redezeit von 120 Minuten je Fraktion ohne Begrenzung der einzelnen Rednerinnen oder der einzelnen Redner bei der Aussprache über den jeweiligen Einzelplan verständigt haben. Dazu haben uns die Fraktionen ihre fraktionsinternen Redezeiten mitgeteilt. Der Zettel liegt hier vor. Die Dienstleistungsgruppe, die hier oben sitzt, wird darauf achten, dass Sie Ihre eigenen Redezeiten einhalten. – Das ist das Angebot, ohne Kostenberechnung. So machen wir das.

(Beifall der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

– Vielen Dank, Frau Fuhrmann.

Meine Damen und Herren, ich rufe nunmehr

Einzelplan 01 – Hessischer Landtag –

auf. Vereinbarungsgemäß wird hier keine Aussprache vorgenommen. – Damit ist dieser Einzelplan gelesen.

Wir kommen nun zu

Einzelplan 02 – Hessischer Ministerpräsident –

und den dazugehörigen Anträgen, zunächst **Tagesordnung 33:**

Antrag der Fraktion der SPD betreffend Wahrung des parlamentarischen Budgetrechts – Drucks. 16/6168 –

Tagesordnungspunkt 35:

Entschließungsantrag der Fraktion der FDP betreffend Aufnahme neuer Schulden – Drucks. 16/6228 –

sowie **Tagesordnungspunkt 38:**

Antrag der Fraktion der SPD betreffend Wiedereinführung der Vermögensteuer in Hessen – Drucks. 16/6292 –

Alle drei Anträge werden mit Einzelplan 02 beraten. Vereinbarungsgemäß ist die Reihenfolge der Redner wie folgt: SPD, GRÜNE, FDP, CDU.

In diesem Sinne erteile ich jetzt dem Vorsitzenden der Fraktion der SPD, Herrn Kollegen Walter, das Wort.

Jürgen Walter (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, erst einmal guten Morgen! Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in diesem Hause beklagen die momentane Schwäche unseres Landes Hessen. Für diese Schwäche unseres Landes machen wir Sie, Herr Ministerpräsidenten Koch, und die Landesregierung verantwortlich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU: Welche Überraschung!)

Jetzt wird von Ihrer Seite eingewandt, das sei ein starker Satz gleich am Anfang. Herr Milde, Sie erwarten, dass ich das, was ich jetzt gesagt habe, auch belege. Da wir in einer Haushaltsdebatte sind, macht man so etwas sinnvollerweise anhand des konkret vorgelegten Haushalts. Ich würde dies auch gerne tun und mich mit dem vorgelegten Haushaltsplanentwurf auseinandersetzen. Aber dies ist nur sehr eingeschränkt möglich, weil dieser vorliegende Haushaltsplanentwurf eigentlich nicht beratungsfähig ist.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Was ich jetzt vorhabe, ist gewagt, nämlich in einer Generaldebatte über unsere Haushaltssystematik zu reden. Aber es gibt so einen Punkt, wo wir als Gesamtparlament ein Interesse daran haben, dass das eigentlichste Recht eines Parlaments, nämlich einen Haushalt ordentlich beraten zu können, also das Budgetrecht, eingehalten wird. Bei dem, was wir hier tendenziell vorgelegt bekommen haben, sehe ich die Gefahr, dass das Budgetrecht des Haushaltsgesetzgebers dauerhaft verletzt wird.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Dieser Haushalt ist nämlich vollständig intransparent. Er ist nicht steuerungsfähig. Ob dieser Haushalt in der vorgelegten Form dem Grundsatz der Haushaltsklarheit entspricht oder ob hier nicht die verfassungsmäßig verbürgten Rechte des Parlaments verletzt werden, ist mehr als fraglich. – Ich bitte um Entschuldigung, es dürfte jetzt etwas trocken werden.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Es geht im Moment nicht um Einzelplan 06!)

– Herr Kollege Milde, einiges von dem, was ich hier sage, mag in Ihrem Bereich auch eine Rolle spielen. Nur, es geht hier um das grundlegende Recht unseres Parlaments, deshalb möchte ich das ansprechen.

Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten meinen, alles, was in einem Haushalt veranschlagt ist, muss auch vom Parlament geändert werden können. Das heißt konkret: Ziele, Produktdesign, Bezugsgrößen, Kennzahlen zur Produktqualität, Kosten und schließlich die Produktabgeltung müssen veränderbar sein. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dazu muss das Parlament aber auch befähigt sein. Das heißt, wenn das Parlament das Produktdesign ändern will, muss es über die Kosten der Teilleistungen informiert sein. Nur dann hat das Parlament ein echtes Leistungscontrolling in der Hand, und dies ist momentan nicht der Fall.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Roland von Hunnius und Florian Rentsch (FDP))

– Herr von Hunnius klatscht mit, das zeigt, dass ich nicht ganz danebenliege.

(Zuruf: Auch Herr Rentsch klatscht mit!)

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass wir als Haushaltsgesetzgeber momentan dabei sind, diese ureigenste Kompetenz des Budgetrechts über SAP an die Landesregierung abzutreten – und dafür bezahlen wir noch 29 Millionen € im Jahr.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Damit es nicht ganz so trocken wird, will ich es an einigen Beispielen deutlich machen. Sie kennen die Systematik: Produkt, Leistungsbeschreibung und dann die Abgeltung. Paradebeispiel für ein vollkommen heterogenes Produkt ist das ministerielle Standardprodukt. Jeder von Ihnen, der sich den neuen Produkthaushalt einmal angesehen hat, wird an irgendeiner Stelle auf das ministerielle Standardprodukt gestoßen sein. Es heißt: „Politikgestaltung und -vermittlung sowie Beratung und Unterstützung der Landesregierung“.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Produkt ist so grob definiert, dass man theoretisch ein ganzes Ministerium unter dieser Bezeichnung budgetieren könnte. Kein Mensch weiß, was mit den Mitteln dieses Produktes geschehen soll. Kein Mensch weiß, was mit diesen teilweise

zweistelligen Millionenbeträgen tatsächlich geschieht. Wenn man das so heterogen veranschlagt, brauchen wir als Parlament uns eigentlich nicht mehr mit diesem Haushalt auseinanderzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Aus der kursorischen Lesung wurde berichtet, dass mittlerweile auch der Landesregierung klar geworden ist, dass diese Produktmonster nicht mehr handhabbar sind. Um es ein bisschen aufzulockern, will ich das an ein paar Beispielen verdeutlichen. Ich ziehe immer den Einzelplan 04 heran, weil er komplett umgestellt ist. Wir haben in dem Einzelplan 04 unter dem Produkt „Weiterbildung von Lehrkräften“ eine Zählgröße, die heißt: „Menge: 330 durchgeführte Prüfungen pro weitergebildeter Lehrkraft“.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist ja toll!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, 330 Prüfungen pro weitergebildeter Lehrkraft – das ist völlig gaga.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Sie sind kein Freund der Lehrer unseres Landes, und Sie tun ihnen nichts Gutes. Aber wenn Sie Lehrer weiterbilden, fordern Sie von ihnen doch keine 330 Prüfungen. Es steht aber im Haushalt. Was soll man mit so etwas anfangen?

Sehr schön auch das Produkt „Service Medien Land“, ebenfalls im Einzelplan 04. Meine sehr verehrten Damen und Herren, was ist „Service Medien Land“? Das ist die Bezeichnung des Produkts. Dann gibt es die Leistungsbeschreibung. – Frau Wolff ist anwesend. Frau Wolff, das ist Ihr Haushalt, vielleicht hören Sie einen Augenblick zu. Herr Kollege Wagner, ich spreche gerade Frau Wolff direkt an.

In Ihrem Haushalt steht das Produkt „Service Medien Land“. Dann folgt die Leistungsbeschreibung dieses Produktes „Service Medien Land“. Diese lautet: „Service Medien Land“.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Das heißt also: Das Produkt „Service Medien Land“ wird beschrieben mit der Formulierung „Service Medien Land“. Das wäre alles wirklich lustig, wenn hier nicht bei der Abgeltung 2,24 Millionen € stünden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, 2,24 Millionen €, von denen wahrscheinlich kein Mensch, noch nicht einmal Sie, auch nur ahnt, was damit passiert – so einen Haushalt legt der Finanzminister vor.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lieber Herr Milde, dass ich mit meinen Ausführungen nicht ganz falsch liege, wird dadurch bestätigt, dass Sie bzw. die Landesregierung selbst eingeräumt haben, dass es nun Zeit wird, sich mit den Kennzahlen zu befassen. Das zeigt, dass die Landesregierung ihr eigenes System nicht verstanden hat. Hätte sie das System nämlich verstanden, hätte sie nach allen rationalen und betriebswirtschaftlichen Kriterien die Definition von Verwaltungsprodukten, Bezugsgrößen und Kennzahlen für die Qualitätsmessung in einem Guss mit den Produkten entwickelt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dabei wäre Ihnen aufgefallen, dass das, was Sie bis jetzt definiert haben, überwiegend Unsinn ist.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

– Die Union klatscht nicht, weil sie sich offensichtlich nicht mit dem Haushalt befasst hat.

(Zuruf von der CDU: Na, na, na!)

Ich will Sie noch mit ein paar weiteren wunderschönen Beispielen aus diesem – –

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

– Ich habe ja gesagt, was ich hier in der Generaldebatte sage, ist alles gefahrgeneigt. Herr Kollege Boddenberg, ich will Ihnen noch ein paar weitere schöne Blumen aus dem Haushalt Ihrer Landesregierung darstellen. Ich bleibe immer im Einzelplan 04. So gibt das Land für die Fortbildung von Lehrkräften an Grund-, Haupt-, Real- und Förderschulen im nächsten Jahr 89 Cent pro Lehrer aus.

(Petra Fuhrmann (SPD): Hört, hört!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bezugsgröße sind allerdings 838.992 Lehrkräfte.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Das heißt, Sie gehen von rund einer Million Lehrkräften aus und bezahlen für jede von ihnen 89 Cent. Völliger Unsinn, was in diesem Haushalt steht.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben das gegliederte Schulsystem, und deshalb muss das alles sehr genau gemacht werden. Da wird auch sehr genau unterschieden zwischen Hauptschulen und Gymnasien. Frau Wolff ist immer sehr genau bei der Gliederung. Deshalb haben wir einen Einzelplan mit dem Produkt „Fortbildung Studienseminare Gymnasien“. Dafür steht im Schnitt weniger Geld zur Verfügung, nämlich nur 0,13 €. Allerdings geht Frau Wolff in ihrem Haushalt von 659.208 Gymnasiallehrern aus.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nur um die Absurdität noch auf die Spitze zu treiben: Es gibt da noch ein Produkt „Verpflegung“ im Amt für Lehrerbildung. Bei der Verpflegung im Amt für Lehrerbildung wird Wiedergutmachung für die Beschimpfung der Lehrerinnen und Lehrer in den letzten Jahren geleistet. Es werden nämlich 31.900 Mahlzeiten zu einem Preis von je 29,89 €, also rund 30 € pro Mahlzeit, veranschlagt. Na dann: den Lehrern eine gute Mahlzeit.

(Heiterkeit bei der SPD)

Wieder ernsthaft: Der Rechnungshof in Baden-Württemberg hat das dortige neue Steuerungsinstrument evaluiert und kommt zu verheerenden Ergebnissen. Die Kosten sind nach Ansicht des Rechnungshofs exorbitant, Einführung und Betrieb der neuen Systeme sehr, sehr teuer und Effizienzgewinne bislang nicht ersichtlich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin davon überzeugt, dass, wenn unser Rechnungshof die bisherigen Ergebnisse, Kosten und Effizienzgewinne der neuen Steuerung in unserem Landeshaushalt überprüfen würde, die Ergebnisse noch verheerender wären. Denn bei uns ist es noch teurer, und es kommt noch weniger dabei heraus. Das Parlament wird in seinem Recht der Budgetkontrolle letztlich ausgeschaltet.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Um es deutlich zu machen: Wir bekennen uns zur Notwendigkeit einer Verwaltungsmodernisierung. Aber das, was hier unter dem Schlagwort „neue Verwaltungssteue-

„vorgelegt wird, ist nichts anderes als ein absoluter Etikettenschwindel. Sie verkaufen uns ein pseudo-betriebswirtschaftlich-wissenschaftliches Blendwerk als eine Optimierung von Verwaltungsabläufen, und dabei verwechseln Sie permanent Input und Output.“

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

– Herr Boddenberg, eigentlich wäre die CDU-Fraktion zufrieden, wenn nur die Gesamteinnahmen und die Gesamtausgaben aufgeführt würden. Das wäre auf einem Blatt zu verankern. Das würde Ihre Fraktion einstimmig beschließen, und die Landesregierung könnte dann machen, was sie wollte. Das, was momentan vorliegt, ist nichts anderes.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Abschließend zum Haushalt: Viel mehr als die Rahmen-
daten kann man diesem Haushalt tatsächlich nicht ent-
nehmen.

Ich komme zu der wichtigen Frage: Wie sieht es mit der Konsolidierungspolitik aus, die der Finanzminister für sich in Anspruch nimmt? Da stelle ich fest, dass wir im Jahre 2007 nach Plan 700 Millionen € mehr an bereinigten Einnahmen haben als nach dem Iststand 2005 und dass nach der bislang von allen anerkannten Verfassungsgrenze die zulässige Nettoneuverschuldung bei 900 Millionen € liegt. Das heißt, wir sind 400 Millionen € über der Verfassungsgrenze, der sogenannten alten Definition. Der Finanzminister spricht heute ja von einer „freiwilligen Selbstbindung“.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist unglaublich!)

Selbst wenn der Finanzminister die Steuermehreinnahmen – in seiner Pressemeldung war die Rede von 300 Millionen € – zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung aufwenden will, sind wir bei rund 1 Milliarde € neuer Schulden.

Die nach der Verfassung zulässige Grenze der Neuverschuldung liegt bei 900 Millionen €. Wir werden über 10 % Steuermehreinnahmen haben. Trotzdem schafft es diese Landesregierung nicht einmal, die nach der Verfassung zulässige Grenze der Neuverschuldung einzuhalten. Nicht konsolidieren, sondern im Haushaltsjahr konsumieren, ist der Grundsatz dieser Landesregierung.

(Beifall bei der SPD, bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Roland von Hunnius und Florian Rentsch (FDP))

Mit diesem Haushaltsentwurf kann man nicht viel anfangen. Herr Ministerpräsident, deshalb müssen wir uns mit Ihrer Politik beschäftigen. Ich sagte es Ihnen bereits eingangs: Wir beklagen die Ergebnisse Ihrer Politik. Wir beklagen, dass unser Bundesland Hessen im Vergleich zu den anderen Bundesländern immer schwächer wird.

Jahrzehntelang war Hessen vorne. Das war das Marken-
zeichen unseres Landes Hessen in Deutschland. Es waren die Landesregierungen unter sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, die Hessen nach 1946 an die Spitze der deutschen Bundesländer geführt haben.

Unter dem jetzt amtierenden Ministerpräsidenten Koch ist unser Land schwächer geworden. Hessen hat an Kraft verloren. Andere Länder haben uns überholt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, am deutlichsten kann man dies an der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt erkennen. Seit dem Jahr 2004 liegt unser Bundesland Hes-

sen hinsichtlich der Arbeitslosigkeit ständig über dem Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer. Wir liegen seither ständig über dem westdeutschen Durchschnitt. Das Nachbarland Rheinland-Pfalz hat uns mittlerweile hinsichtlich der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nicht nur überholt. Vielmehr vergrößert sich die Spanne sogar noch weiter. Die Differenz wird immer größer.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unter sozialdemokratischen Ministerpräsidenten lag Hessen immer an der Spitze hinsichtlich der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Herr Ministerpräsident Koch, unter Ihrer Regierung sind wir an der Spitze hinsichtlich der Schaffung von Arbeitslosigkeit. Auch aus ökonomischen Gründen können wir uns Sie nicht mehr leisten.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Mitglieder der CDU grinsen angesichts dieser Zahlen. Das macht die Sache noch bedenklicher.

Ich will Ihnen die Zahlen, die von der Bundesagentur für Arbeit veröffentlicht wurden, noch einmal nennen. Es sind ganz aktuelle Zahlen der Bundesagentur für Arbeit. Sie betreffen den Oktober 2006. Da betrug die Arbeitslosenquote in Hessen 8,4 %. Im Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer betrug sie 8,2 %. In Rheinland-Pfalz lag sie bei 7,2 %.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, früher war das anders. „Hessen vorn“ stand für diese guten Zeiten. In Wiesbaden regierten Sozialdemokraten unser Land, und in Mainz Christdemokraten. Das Ergebnis war: Hier ging es uns besser, denen drüben ging es schlechter.

Eines davon will ich gar nicht grundlegend ändern. Denn ich gönne unseren Nachbarn aus Rheinland-Pfalz die positive Entwicklung, zu der es unter einer sozialdemokratisch geführten Regierung mit Ministerpräsidenten Kurt Beck gekommen ist. Ich akzeptiere aber nicht, dass unser Bundesland Hessen immer schwächer wird. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen Hessen wieder an die Spitze der deutschen Bundesländer führen.

(Beifall bei der SPD)

Der Herr Wirtschaftsminister wendet jetzt gerade mit einer Frage Folgendes ein: Wer hat denn 1998 in Berlin regiert? – Dieser Einwand kam in fast jeder Haushaltsdebatte und in fast jeder anderen Debatte an dieser Stelle in den letzten Jahren. Da wurde immer eingewandt: Ja, es stimmt, wir haben in Hessen große Probleme. Ja, es stimmt, wir können nicht mit dem Geld umgehen. Ja, es stimmt, der Arbeitsmarkt ist nicht in Ordnung. Aber wir sind nicht daran schuld, denn in Berlin regieren die Roten und die GRÜNEN. – Herr Rhiel, das war die immer wieder angeführte Argumentation.

(Norbert Schmitt (SPD): Das muss dann ja jetzt besser geworden sein!)

Diese Argumentation ist sehr gefahrgeneigt. Denn mittlerweile sind in Berlin andere mit zugange. Sie haben jetzt das Problem, dass Sie endlich werden erklären müssen, was Sie hier in Hessen tun.

(Zuruf von der SPD: So ist das!)

Sie können nicht mehr auf andere deuten, wenn Sie darüber reden, dass es uns hier in Hessen so schlecht geht.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Rhiel, Sie wissen, dass Ihre Argumentation von Anfang an nicht richtig war. Wir vergleichen die Ergebnisse Ihrer Politik in Hessen immer mit den Ergebnissen anderer Bundesländer Deutschlands, wie z. B. mit Rheinland-Pfalz. In Rheinland-Pfalz gelten die gleichen bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen wie hier in Hessen; denn Rheinland-Pfalz ist kein Freistaat. Da gelten genau die gleichen Regelungen hinsichtlich der Steuern und der Wirtschaft, wie sie in unserem Land Hessen gelten. Herr Minister Rhiel, Sie konnten aber niemals erklären, warum die sich dort unter den gleichen Bedingungen so deutlich besser entwickeln als wir, was objektiv unbestritten ist.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe meine persönliche Vermutung, warum die sich unter den gleichen Bedingungen so deutlich besser entwickeln als wir hier in Hessen. Es könnte daran liegen, dass sie in Rheinland-Pfalz erstens einen besseren Ministerpräsidenten, zweitens eine bessere Landesregierung und drittens eine bessere, weil sozialdemokratische Politik haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten geben uns nicht damit zufrieden, dass unser Bundesland Hessen im Vergleich der deutschen Bundesländer so weit abgerutscht ist. Wir wollen, dass „Hessen vorn“ wieder zum Slogan unseres Landes in ganz Deutschland wird. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass Hessen wieder zum Vorbild in Deutschland wird.

(Michael Boddenberg (CDU): Sie wollen das hinsichtlich der Vermögensteuer und der Steuererhöhungen, prima!)

– Ich werde auf all diese Punkte zu sprechen kommen. Herr Kollege Boddenberg, es sollte aber eigentlich unser gemeinsames Ziel sein, Hessen wieder nach vorn zu führen.

Ich sage an dieser Stelle ganz deutlich: Wir würden uns wünschen, dass, wenn über Hessen berichtet wird, wieder über die in unserem Bundesland erzielten Erfolge und nicht mehr ausschließlich über Skandale in diesem Bundesland berichtet wird.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Was muss also getan werden?

(Michael Boddenberg (CDU): Zum Politischen haben Sie noch nicht viel gesagt!)

Was muss getan werden, damit unser Bundesland wieder nach vorn geführt werden kann?

(Zurufe des Abg. Michael Boddenberg (CDU) – Norbert Schmitt (SPD): Geben Sie doch dem Kollegen einmal ein paar Tropfen!)

Ich habe angesprochen, dass wir in unserem Bundesland früher besser waren. Ich habe „Hessen vorn“ angesprochen.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

– Herr Boddenberg, obwohl ich in das Mikrofon spreche, versuche ich gar nicht, lauter als Sie zu schreien. Denn ich habe Probleme mit meinem Hals.

Früher galt also: „Hessen vorn“. Was war das Grundrezept der erfolgreichen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten? Worin bestand das Grundrezept unserer Vorgänger? Ich glaube, wir werden jetzt nicht mehr bestimmen können, wie das Erfolgsrezept aussah. Bei den vorhergehenden Regierungen gab es aber einen grundlegenden Unterschied zu der Regierung dieses Ministerpräsidenten, des Herrn Koch. Die Mitglieder der vorhergehenden Regierungen wussten, dass die soziale Balance in unserem Bundesland Hessen die Voraussetzung für wirtschaftlichen Aufschwung ist. Herr Ministerpräsident Koch, in Diskussionen wird bei Ihnen die soziale Balance – wir können das auch soziale Gerechtigkeit nennen – immer dem wirtschaftlichen Aufschwung entgegengesetzt. Für Sie ist die soziale Balance in diesem Lande, wenn sie denn überhaupt vorkommt, immer nur der Bremsklotz für den wirtschaftlichen Aufschwung. Wir sagen: Wenn wir dieses Land wieder nach vorn bringen wollen, dann müssen wir soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Balance wieder in Einklang bringen.

(Beifall bei der SPD)

Da will ich die Maßstäbe nennen. Es geht erstens darum, dass wir die Menschen stark machen, dass wir sie autonom machen, damit sie später nicht von Alimentation abhängig sind. Das betrifft also die Bildungspolitik. Darauf werde ich eingehen.

Zweitens. Wir brauchen eine leistungsfähige Infrastruktur hinsichtlich der Mobilität, der Daseinsvorsorge, der Justiz und der inneren Sicherheit.

(Michael Boddenberg (CDU): Da haben Sie viel bewegt!)

Drittens. Wir brauchen auch Instrumente, um Menschen zu helfen, die in Not geraten sind.

Die entsprechenden Instrumente gehören nun einmal mit dazu, wenn man eine soziale Balance haben will. Ich habe vorhin vorwurfsvoll gesagt, diese Landesregierung würde soziale Gerechtigkeit allenfalls als Bremsklotz für den wirtschaftlichen Aufschwung ansehen. Das wurde von Ihrer Seite nicht wirklich bestätigt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Ministerpräsident Koch, wenn es anders wäre und Sie mit Ihrem Einwand: „Das stimmt doch nicht“ recht hätten, dann hätten Sie nicht mit Ihrer „Operation sichere Zukunft“, die wir „Operation düstere Zukunft“ nennen, das soziale Netz und die soziale Infrastruktur unseres Landes so brutalstmöglich zerstören dürfen, wie Sie es getan haben.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Menschen stark machen und die Menschen unabhängig machen, das ist die Aufgabe der Bildungspolitik. Die Frau Kultusministerin redet davon, Hessen sei das Bildungsland Nummer eins.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ach, Sie meinen Ulla Schmidt!)

– Nein, ich meine Frau Wolff. Herr Hahn, wir sind hier in Hessen. Ich habe von der Kultusministerin gesprochen.

(Günter Rudolph (SPD): Herr Hahn, Sie müssen zuhören!)

Die Kultusministerin redet davon, Hessen sei das Bildungsland Nummer eins. Ich möchte jetzt wieder die objektiven Vergleichszahlen anführen, denn auf irgendetwas muss man sich einigen. Der „Bildungsmonitor 2006“ des

Instituts der deutschen Wirtschaft wird von Ihnen kritisiert, wobei man aber sagen muss, dass das Institut der deutschen Wirtschaft alles andere als eine sozialdemokratische Einrichtung ist. Der „Bildungsmonitor 2006“ des Instituts der deutschen Wirtschaft attestiert unserem Bundesland Hessen, dass wir uns bei den weiterführenden Schulen auf dem vorletzten Platz befinden. Herr Wissenschaftsminister, hinsichtlich der Hochschulen ist unser Bundesland Hessen auf den letzten Platz abgerutscht. Hessen ist also nicht das Bildungsland Nummer eins, sondern das Bildungsnotstandsland Nummer eins.

(Beifall bei der SPD)

Diese Zahlen sind nicht einfach aus der Luft gegriffen. Dieses negative Ranking unseres Landes lässt sich begründen. Im Jahr 2004 haben nahezu 20 % aller Schulabgänger die Schulen ohne Abschluss verlassen. Dazu gehören auch die beruflichen Schulen. Mit dieser Zahl wird das eigentliche Dilemma nur ansatzweise beschrieben. Laut der Ergebnisse der Studie PISA-E aus dem Jahr 2003 verfügen 24,3 % der hessischen Jugendlichen über eine Lesekompetenz der Stufe I oder darunter. Frau Kultusministerin, d. h., dass bei einem von vier Jugendlichen unseres Landes spätestens bei einer Prüfung für die Aufnahme einer Ausbildung, also bei einem Bewerbungstest, deutlich wird, dass dieses Kind massive Probleme hat, einen Text lesen und verstehen zu können. Diese Defizite, die bei diesen Jugendlichen dann aufgetreten sind, werden dazu beitragen, dass es diese Jugendlichen extrem schwer haben werden, einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Sie werden es sehr schwer haben, eine qualifizierte Ausbildung und später einen Beruf zu bekommen.

Ich persönlich habe mehrfach in diesem Hause gesagt, dass das einfache Hinnehmen der Tatsache, dass eines von vier Kindern durchgereicht wird, der eigentliche Skandal in unserem Bundesland Hessen ist.

(Beifall bei der SPD)

Durch diese Politik werden Tausenden von Kindern die Perspektiven und die Chancen genommen. Dabei wissen wir alle doch, dass die Bildung heute das eigentliche Fundament für den sozialen Aufstieg ist.

(Michael Boddenberg (CDU): Einheitsbildung in der Einheitsschule! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Jetzt geraten wir in diese Debatte. Das ist die Einzige, die Sie an der Stelle führen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, zunehmend verfestigt sich bei mir der Eindruck, dass Ihnen die Kinder völlig gleichgültig sind. Ihnen geht es nur um das Schulsystem. Sie diskutieren immer nur über das Schulsystem.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das glauben Sie doch selbst nicht! – Weitere Zurufe von der CDU)

Machen wir es einmal konkret: Vor wenigen Wochen – vielleicht vor zwei Wochen; ich habe das nur im Radio gehört – haben 25 Kultusminister der EU die Bundesrepublik Deutschland dafür kritisiert, dass die Kinder zu früh selektiert und auf die unterschiedlichen Schulformen verteilt werden.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Debatte der Siebzigerjahre!)

Dann wird Frau Wolff interviewt und mit dieser Kritik der 25 EU-Kultusminister konfrontiert. Ihre Antwort im

„HR“ war, daran sei doch nicht das gegliederte Schulsystem schuld. Im Übrigen verbiete sie die Gesamtschulen in unserem Lande nicht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht doch nicht darum, die Gesamtschulen nicht zu verbieten, sondern darum, einen längeren gemeinsamen Unterricht zu fördern.

(Beifall bei der SPD)

Ich spreche an dieser Stelle übrigens nicht nur über die Perspektiven der Kinder, sondern immer auch über das Gebot der ökonomischen Vernunft. Außerhalb der hessischen CDU sind sich nämlich fast alle darin einig, dass wir es uns auf die Dauer, bei den demografischen Entwicklungen, die uns bevorstehen, nicht mehr werden leisten können, 25 % eines jeden Schuljahrgangs den Zugang zu höheren Qualifikationen zu verwehren. Das wird sich ein Staat nicht leisten können. Auch aus ökonomischen Gründen können wir uns das in Zukunft nicht mehr leisten. Die Bildungspolitik, die Sie betreiben, ist also sozial ungerecht und ökonomisch unvernünftig.

(Beifall bei der SPD)

Der Ansatz von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist ein anderer: Wir wollen möglichst viele Kinder mit möglichst hohen Qualifikationen, und wir wollen möglichst kein Kind ohne Qualifikation. Ich wiederhole: viele Kinder mit hohen Qualifikationen, kein Kind ohne Qualifikation.

(Zurufe von der CDU)

Das ist eine Provokation für die CDU in diesem Hause; denn die CDU-Bildungspolitik mit dem ideologischen Ansatz, nach der 4. Klasse möglichst genau zu selektieren, sieht etwas anderes vor. Sie will aussortieren und frühzeitig festlegen, welchen Kindern dauerhaft alle Perspektiven genommen werden, zu hohen und höchsten Bildungsabschlüssen zu kommen.

(Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Diese Art von Politik hat auch etwas mit der Durchlässigkeit einer Gesellschaft zu tun. Sie hat etwas damit zu tun, dass wir wollen, dass Kinder aus einfachen Verhältnissen die Möglichkeit haben, aufzusteigen.

(Zuruf des Ministers Dr. Alois Rhiel)

– Der Wirtschaftsminister murmelt, das sei „Schwachsinn“.

(Zurufe von der SPD)

Herr Wirtschaftsminister, für den gesellschaftlichen Aufstieg – ich sage einmal, außerhalb der CDU ist das unstrittig – ist eine gute Bildung nun einmal die notwendige Voraussetzung. Kinder aus ärmeren, aus einfachen Verhältnissen brauchen hervorragende Bildungsabschlüsse, um den Weg des gesellschaftlichen Aufstiegs von unten nach oben zu gehen. Außerhalb der hessischen CDU ist das völlig unstrittig.

Jetzt wird die CDU für sich beanspruchen, dass sie die Durchlässigkeit einer Gesellschaft – die Möglichkeit, aufzusteigen – unterstützt. Nur, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Union, Sie müssen sich an dieser Stelle die Frage gefallen lassen, warum Sie dann das Wort „Durchlässigkeit“ aus dem Schulgesetz gestrichen haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, dass das Streichen dieses Wortes mehr ist als lediglich ein ideologischer Akt dieser Kultusministerin,

die ihre Vorstellungen nun sozusagen zu Ende entwickelt hat. Vielmehr ist das Streichen des Wortes „Durchlässigkeit“ aus dem Schulgesetz das Markenzeichen der hessischen Union. Die hessische Union will nicht, dass Menschen aus einfacheren Verhältnissen die Chance haben, zu gesellschaftlichen Aufsteigern zu werden. Deshalb hat sie das Wort „Durchlässigkeit“ gestrichen.

(Beifall bei der SPD – Dr. Christean Wagner (Lahn-tal) (CDU): Das glaubt Ihnen doch keiner! – Michael Boddenberg (CDU): Felix, der Polemiker! – Weitere Zurufe von der CDU)

– „Felix, der Polemiker“ – Herr Boddenberg, das wäre ich, wenn es nicht stimmen würde, was ich sage.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Herr Boddenberg, ich habe eben vorgetragen, dass Ihre Fraktion unter diesem Ministerpräsidenten und mit dieser Kultusministerin das Wort „Durchlässigkeit“ aus dem Schulgesetz gestrichen hat. Jetzt können Sie sagen, das sei billige Polemik. Sie können sagen, das sei Unsinn, und damit haben Sie nicht einmal unrecht. Es ist auch Unsinn, dass Sie dieses Wort aus dem Schulgesetz gestrichen haben. Aber Ihre ganze Politik ist so.

(Beifall bei der SPD)

Aus sozialen, aber auch aus ökonomischen Gründen brauchen wir eine andere Bildungspolitik in diesem Lande. Wir müssen früher ansetzen, und wir brauchen mehr Investitionen in die frühkindliche Erziehung. Wir dürfen es nicht so machen wie diese Landesregierung, die in ihrem sogenannten BAMBINI-Programm erklärt: Wir wollen das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei stellen; das ist ein kommunales Thema.

Wir Sozialdemokraten unterstützen diesen Ansatz. Aber dann sagt die Landesregierung in einem zweiten Schritt: Wir müssen das auch noch finanzieren. Wie machen wir das denn? – In einem dritten Schritt erklärt die Landesregierung: Wenn das schon ein kommunales Thema ist, lassen wir die Kommunen das auch finanzieren. – Von den 110 Millionen €, die das Programm kostet, werden 100 Millionen € aus dem KFA genommen. Meine Damen und Herren, Sie betreiben hier eine Raubritterpolitik.

(Beifall bei der SPD)

An dieser Stelle will ich noch etwas hinzufügen. Durch das BAMBINI-Programm wird das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei gestellt. Das ist gut und richtig, und wir unterstützen das. Aber kein einziger zusätzlicher Euro wird für die Qualität und die Quantität der frühkindlichen Erziehung ausgegeben.

(Beifall bei der SPD)

Herr Weimar, das Elterngeld wird durch staatliches Geld in Form von kommunalem Geld ersetzt. Kein zusätzliches Geld wird in das System gegeben.

(Minister Karlheinz Weimar: Das ist nicht so einfach!)

Wir alle sind uns aber einig, dass Investitionen in die frühkindliche Erziehung Kosten sparen, die nachher durch viele Bewerbertrainings und in vielen Bereichen der Sozialhilfe anfallen.

(Zuruf des Ministers Karlheinz Weimar)

Ich finde es in Ordnung, wenn hier deutlich wird, dass wir unterschiedliche Ansätze haben.

(Zuruf des Ministers Karlheinz Weimar)

Ich sage Ihnen deutlich: Wir wollen in die Qualität der Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher und in die Quantität der Plätze investieren. Wir sind nämlich der Auffassung, dass kein Kind ohne ausreichende Deutschkenntnisse in die Grundschule kommen soll; denn das Kind wird dann bereits dort abgehängt.

(Beifall bei der SPD – Minister Karlheinz Weimar: Ihr seid doch dagegen! – Zurufe von der CDU)

Bei dem zweiten Schritt geht es um die Selektion nach der 4. Schulklasse. Dieser Selektion werden wir ein Ende machen – mit den Eltern, nicht gegen die Eltern. Wir betreiben das nämlich ganz unideologisch. Wir lernen aus der PISA-Studie. Wir sind der Auffassung, dass, wenn 25 von 25 Kultusministern der EU sagen: „Das ist falsch, was ihr in Deutschland macht“, etwas dran sein könnte und dass der Bildungsexperte namens Boddenberg vielleicht unrecht hat.

(Beifall bei der SPD – Gerhard Bökel (SPD): Daran könnte etwas sein!)

Wir wollen auch nicht, dass die Selektion – dieses geschlossene System, das Ihnen ideologisch den Weg weist – nach dem Abschluss der Schulzeit stattfindet. Deshalb sind wir gegen die Einführung von Studiengebühren. Herr Ministerpräsident, Ihre Argumentation, dass man mithilfe von Studiengebühren das Studium attraktiver macht, ist, wenn es um Ironie geht, ganz interessant. Wir alle wissen, dass wir in Zukunft mehr und nicht weniger Akademikerinnen und Akademiker in unserem Land brauchen. Deshalb ist es wiederum in sozialer und ökonomischer Hinsicht Unsinn, wenn breiten Schichten der Bevölkerung der Weg in die Universitäten verschlossen wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Union, wenn wir Sozialdemokraten in diesem Haus regieren werden, werden wir die Studiengebühren wieder abschaffen.

(Beifall bei der SPD – Dr. Christean Wagner (Lahn-tal) (CDU): Das sieht der SPD-Bundesvorsitzende anders!)

Das war das Thema soziale Gerechtigkeit. Der zweite Bereich ist die Infrastruktur in diesem Lande. Zu dem Thema Flughafen: Sie sagen selbst, das sei ein wichtiges Infrastrukturprojekt.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

– Nein, Herr Boddenberg, ich habe mir Ihr Wahlprogramm von 1999 noch einmal angeschaut. Ich verstehe, dass Sie an dieser Stelle sehr nervös sind;

(Michael Boddenberg (CDU): Ach, es geht so!)

denn dort sind die Jahre 2006 und 2007 erwähnt. Tatsächlich haben Sie bei diesem wichtigen Projekt eine Bauchlandung hingelegt. Niemand in diesem Lande weiß mehr, ob der Flughafen tatsächlich ausgebaut werden kann. Das Problem Nachtflugverbot ist ungelöst. Das Problem Ticona ist ungelöst. Der Landesentwicklungsplan steht auf tönernen Füßen. Das Erörterungsverfahren muss neu aufgerollt werden.

Wenn eine Landesregierung ein solches Projekt durchsetzt, braucht sie vor allem eines: Sie braucht das Wissen und die Qualifikation, um mit einem so schwierigen Verfahren umzugehen. Das haben Sie nicht. Große Begriffe an die Wand zu schreiben ist das Einzige, was Sie können. Tatsächlich können Sie, zum Nachteil unseres Landes, ein solches Verfahren handwerklich nicht umsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Zu Straßenverkehr und Mobilität. Was momentan in unsere Straßen investiert wird, ist zu gering.

(Lachen und Zurufe von der CDU – Lachen des Minister Karlheinz Weimar)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, bitte.

(Minister Dr. Alois Rhiel: Jetzt haben Sie sich disqualifiziert! – Zurufe von der CDU)

Jürgen Walter (SPD):

Herr Minister Rhiel, Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ich würde Ihnen allen, wie Sie hier sitzen, anbieten, diesen Satz in Ihren Wahlkreisen zu sagen, wo die Leute die Straßen mit den Schlaglöchern haben.

(Clemens Reif (CDU): Das müssen gerade Sie sagen! – Weitere Zurufe von der CDU)

Herr Rhiel, ich bin sicher, Sie würden nicht lachen, und Sie, Herr Wagner, würden nicht lachen, sondern alle würden sagen: Es muss etwas in den Straßenbau investiert werden.

(Beifall bei der SPD – Minister Dr. Alois Rhiel: Mein Gott! – Zurufe von der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte doch. Herr Kollege Milde, das Wort hat wieder ausschließlich Herr Walter.

(Zurufe der Abg. Michael Boddenberg und Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Jürgen Walter (SPD):

Dann bleibe ich bei dem Thema, weil der Herr Wirtschaftsminister nach wie vor der Auffassung ist, dass das ein bisschen anders ist. Ich kenne in diesem Land sehr viele Bereiche. Wenn wir zusammen dort hinfahren und erzählen –

(Minister Dr. Alois Rhiel: Sie haben es doch heruntergefahren!)

– Sie können immer sagen: Vor 15 Jahren war es einmal anders. – Wenn wir zusammen in diese Bereiche fahren und den Menschen dort sagen – meine Position –: „Es muss mehr in die Straßen investiert werden“, und Sie den Menschen dort sagen: „Das ist überhaupt kein Problem“, dann werden Sie in der Region ausgebuht. Herr Minister, halten Sie sich mit dieser Ad-hoc-Kritik eher ein bisschen zurück.

Eine Mobilität endet nicht bei Straßen. Mobilität hat auch etwas mit Schienen zu tun. Auch in diesem Bereich verschläft die Landesregierung notwendige Entwicklungen, die z. B. etwas mit dem notwendigen Ausbau des Frankfurter Flughafens zu tun haben. Wir reden über zusätzliche ICE-Strecken. Wir haben erfahren, dass nur etwas in Frankfurt zur Westtangente gemacht worden ist. Das ist alles wichtig. Nur, wir alle kennen die Planungszeiten von solchen Verfahren. Die Landesregierung glaubt, im Jahre 2015 ihr Programm „Staufreies Hessen“ umgesetzt zu ha-

ben. Sie werden das Programm „Staufreies Hessen“ nicht umsetzen, wenn Sie sagen: Wir warten darauf, dass diese notwendigen zusätzlichen Verbindungen vom Himmel fallen. – Was wir jetzt nicht planen, wird in 15 Jahren nicht gebaut sein. Sie verschlafen in unserem Land eine Entwicklung.

(Beifall bei der SPD)

Zum Bereich Wirtschaft. Herr Ministerpräsident, dies hat eine ganze Menge mit dem Bereich Wirtschaft zu tun. Unser Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main – das spreche ich jedes Jahr an – ist nun einmal die wichtigste Wirtschaftsregion in diesem Land. Wir werden im Vergleich zu anderen nationalen Ballungszentren und insbesondere zu europäischen und übereuropäischen Wettbewerbern zunehmend schwächer. Was hat diese Landesregierung mit ihrem Ballungsraumgesetz getönt? Was sollte alles passieren?

(Andrea Ypsilanti (SPD): Murks!)

Im Jahr 2000 verabschiedet – wir sind mittlerweile am Ende des Jahres 2006. Was haben wir? Wir haben eine Wirtschaftsförderungsgesellschaft mit 25 Aufsichtsräten und einem Budget von 4 Millionen €. Wahrscheinlich waren die Kosten, die innerhalb der Regierung für die Erstellung dieses Gesetzes mit all den Anhörungen aufgewendet wurden, höher als der Betrag, den diese Wirtschaftsförderungsgesellschaft für die Wirtschaftsförderung zur Verfügung hat, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Mittlerweile hören wir von der Stadt Frankfurt, dass sie genau unserer Auffassung ist und sagt: Es ist zwar ganz nett, was die da sagen, aber wir wollen eine Wirtschaftsförderung, und deshalb machen wir unsere eigene Wirtschaftsförderung. – Herr Ministerpräsident, Sie wissen, dass Sie mit dieser Aussage der Stadt Frankfurt – das sind Ihre Parteikollegen – und Ihren Vorstellungen für unseren Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main komplett gescheitert sind.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege, die Fraktionsredezeit ist abgelaufen.

Jürgen Walter (SPD):

Ich komme gleich zum Schluss.

Vom Kulturzwangsverband hört man nicht mehr allzu viel. Wir hatten hier ein grundsätzliches Thema erörtert und dazu gesagt: Das ist ein ganz wichtiges Thema für den Raum Frankfurt/Rhein-Main. – Jetzt haben wir eine Mediation. Aber wir haben nicht einmal absehbar irgendeine Lösung von einem Thema, das eigentlich von allen als Problem anerkannt worden ist.

Herr Ministerpräsident, wir haben Ihnen seit Jahren gesagt: Ihr Entwurf des Ballungsraumgesetzes geht nicht nur zu kurz, es geht in die völlig falsche Richtung. – Sie haben nicht den Mut zu einem wirklichen Schritt für die Zukunft dieses Ballungsraumes.

Unsere Vorstellung: weg mit diesen ganzen Gremien, Zusammenfassen der Landkreise und des Regierungspräsidiums, Herabzonen der Aufgaben auf die Kommunen, wo

es möglich ist. Und all das, was in der Zentrale des Regionalkreises erledigt werden soll, kann zusammengefasst dort erledigt werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer den Ballungsraum konkurrenzfähig machen will, der muss einen solchen Regionalkreis wollen, der muss den Mut haben, diesen Regionalkreis zu wollen, und gegen Widerstände auch in den eigenen Reihen durchsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Schluss. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Politik dieser Landesregierung ist sozial ungerecht, wirtschaftlich erfolglos, und sie ist Kultur von vorgestern. Herr Ministerpräsident, Sie haben ein Land übernommen, das an der Spitze der deutschen Bundesländer stand, und haben es nach unten geführt.

(Lachen des Abg. Clemens Reif (CDU))

Sie haben unser Land schwächer gemacht. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass unser Bundesland Hessen wieder an die Spitze der deutschen Bundesländer kommt. Wir wollen, dass der Slogan „Hessen vorn“ wieder in ganz Deutschland einen guten Klang hat. Wir wollen, dass Hessen wieder zum Vorbild in Deutschland wird. Die allererste Voraussetzung dafür ist, dass Sie, Herr Ministerpräsident Koch, Ihr Amt verlieren und dass Sozialdemokraten wieder in diesem Hause regieren.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, als nächster Redner hat der Herr Ministerpräsident das Wort.

Roland Koch, Ministerpräsident:

Herr Landtagspräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, es ist nicht ganz unfair, wenn man sagt, dass das heute Morgen im Verhältnis zu vielen anderen Reden, die Sie in der Vergangenheit gehalten haben, sicherlich nicht die stärkste war.

(Beifall bei der CDU – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Der wird halt nervöser! – Gegenruf des Abg. Michael Siebel (SPD): Sie spüren das schon gar nicht mehr!)

Jetzt wollen wir einmal als einen objektiven Grund akzeptieren – und möglicherweise gute Besserung wünschen –, dass Sie es im Hals haben.

(Heiterkeit bei der CDU)

Aber Sie erlauben, dass einer, der Sie in einem Wettkampf beobachtet, in dem Sie sich aussuchen wollen, wer gegen mich kandidiert, gelegentlich den Eindruck hat, Sie sind etwas gehemmt, weil Sie eine Kollegin am Hals haben

(Heiterkeit bei der CDU – Michael Siebel (SPD): Nur kein Neid!)

und insofern heute mit einem gebremsten Schaum über die Detailregelungen eines Landeshaushaltes und die Rückkehr zu Positionen reden, womit man glaubt, man könne die CDU als Landesregierung erreichen und gleichzeitig populär werden.

(Norbert Schmitt (SPD): Für den, der dauernd Skandale am Hals hat, ist das ziemlich frech!)

– Lieber Lautsprecher Schmitt, meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie es mich nur an einem Punkt sagen, wo man aufpassen muss – Herr Walter –, dass man die Grenze nicht überschreitet, wenn man noch ernst genommen werden will.

(Andrea Ypsilanti (SPD): „Grenzen überschreiten“ – das müssen Sie gerade sagen!)

Dieser Punkt ist, mit welchem Nachdruck Sie hier über den Straßenbau gesprochen haben.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Es ist nun wahrlich nicht der Kernpunkt dessen, womit ich mich heute Morgen beschäftigen will – mit Ihrer Straßenbauphilosophie. Nur, es gibt eine Grenze des erinnerungsfähigen Anstandes, die man in einer solchen Debatte einhalten muss.

(Zurufe von der SPD)

Was wir im Straßenbau vorgefunden haben, ist Folgendes gewesen.

(Norbert Schmitt (SPD): Über Anstand lassen wir uns von Ihnen nichts sagen!)

Sie können über viele andere Punkte reden. Aber Sie haben es im Jahre 1998 geschafft, die Straßenbauinvestitionen in Hessen inklusive Fahrradwege, Neubau und Erhaltung von Straßen auf 28 Millionen € zu reduzieren, obwohl Sie wussten, dass der jährliche Erhaltungsbedarf oberhalb von 50 Millionen € war. Das haben Sie mit Ihrer rot-grünen Regierung hierher gegeben.

(Beifall bei der CDU)

Das ist ein Jahrzehnt, an dem wir immer noch knapsen. Denn in den letzten Jahren mussten wir immer abwägen, ob wir versuchen sollen, Ihren Investitionsstau bei der Beseitigung von Schlaglöchern aufzulösen

(Minister Dr. Alois Rhiel: So ist es!)

oder an einigen Stellen – an denen Menschen seit Jahrzehnten durch Autos bedrängt sind, die bei ihnen an der Haustür vorbeifahren, obwohl man längst dort hätte eine Umgehungsstraße planen müssen – diese Straße zu bauen.

In dem Haushaltsplan für das Jahr 2006 sind wir hier bei 75 Millionen € anstelle Ihrer 28 Millionen €.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

Im Jahre 2007 werden wir dies im Haushaltsplan wieder durch ein Sonderprogramm gesteigert haben.

(Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich streite mich mit Ihnen über vieles – aber in Hessen irgendeinem Bürger erzählen zu wollen, Rot-Grün sei Garant für auch nur einen Quadratmeter Asphalt an irgendeiner Stelle, damit sich die Leute bewegen können, das ist schlichter Unsinn. Eine solche Diskussion sollten Sie nicht beginnen.

(Beifall bei der CDU)

Aber Sie haben recht: Lassen Sie uns die Situation unseres Landes ein bisschen grundsätzlicher betrachten. Das erfordert vielleicht noch ein paar Aspekte mehr, als Sie sie in Ihrer Haushaltsrede angesprochen haben.

Nach allem, was man untersuchen kann – und in diesem Land wird immer mehr untersucht und betrachtet –, ist

festzustellen, die Menschen leben sehr gerne in Hessen. Sie leben sehr viel lieber in Hessen als in vielen anderen Regionen der Bundesrepublik Deutschland.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Das hat aber nichts mit der Landesregierung zu tun!)

Hessen ist ein sehr sicheres Land. Die Menschen erkennen das an und schätzen das wert. Hessen ist als Land gut für die Zukunft gerüstet. Das ist unsere Bilanz und die Verpflichtung, die wir für die Zukunft haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist müßig, jede Statistikschlacht immer wieder neu zu führen. Herr Kollege Walter, wenn man aber das behauptet, was Sie hier getan haben, dann muss es doch möglich sein, wenigstens auf ein paar Zahlen kurz hinzuweisen.

Beim Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen der Bundesrepublik Deutschland – das sicher ein ganz guter Indikator dafür ist, wie viele Menschen hier arbeiten und was sie damit leisten – steht Hessen in Deutschland immer mit weitem Abstand vorn. Nach wie vor befinden wir uns in einem heftigen Wettbewerb. Darin strengen sich die Bayern und die Baden-Württemberger jedes Jahr an, und trotzdem sind wir wieder vorn. Es gibt kein Land, das eine erfolgreicher arbeitende Bevölkerung hat als Hessen. Das ist am Ende der Leistungsausweis eines Bundeslandes.

(Beifall bei der CDU)

Das schaffen wir mit einer höheren Beschäftigungsquote als alle anderen Länder, auch als Bayern und Baden-Württemberg. In der Tat sind wir ein Land, in dem es außergewöhnlich viel Arbeit gibt. Dabei rechne ich nicht auf, wie die rheinland-pfälzische Arbeitslosenstatistik entsteht, nach dem Motto: Die arbeiten alle bei uns. – Die Wahrheit ist, dass in diesem Lande natürlich sehr viel Beschäftigung geschaffen wird, die nur abzudecken ist, weil die Menschen aus anderen Bundesländern hier arbeiten. Die erfolgreichen Unternehmen sind hier, und sie sind wahnsinnig attraktiv.

(Norbert Schmitt (SPD): Zum Beispiel die BASF?)

Etwa 130.000 Menschen von jenseits des Rheins kommen jeden Tag hierher, weil wir in Hessen so gut sind – nicht, weil wir so schlecht sind.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD) – Norbert Schmitt (SPD): Der Junge hat keine Ahnung!)

Inzwischen sind wir der internationale Raum in der Bundesrepublik Deutschland, was neue Investitionen angeht. Hessen liegt hier auf Platz 1, mit deutlichem Abstand etwa zu Nordrhein-Westfalen. Um Ihnen das einmal darzustellen: Bei den ausländischen Direktinvestitionen pro Erwerbstätigen liegen wir bei 21.000 €; ein Land wie Nordrhein-Westfalen liegt bei 9.000 €; Länder wie Bayern und Baden-Württemberg kommen unter den ersten fünf Plätzen in einer solchen Statistik gar nicht vor. Wir müssen aufpassen, dass Sozialdemokraten mangels vernünftiger Themen sich nicht nur noch zwischen Schlamm-schlachten und Das-Land-Schlechtreden bewegen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das reicht nicht aus, um eine solche Entwicklung zu beschreiben.

(Beifall bei der CDU)

Nehmen wir das Mittelstandsbarometer von Ernst & Young. „Wie bewerten Sie Standortpolitik in Ihrem Bundesland hinsichtlich der Infrastruktur?“ Platz 1: Land Hessen. Mittelstandsbarometer 2005 von Ernst & Young:

„Wie bewerten Sie die Standortpolitik in Ihrem Bundesland hinsichtlich der Förderpolitik?“ Platz 1: Hessen, vor Baden-Württemberg und Bayern.

Wir haben keinen Anlass, uns dort zu verstecken.

(Norbert Schmitt (SPD): Das war jetzt eine Umfrage, keine Statistik!)

Da wir bei Statistiken sind, will ich – obwohl sie vielleicht nicht die ist, die man täglich erwartet – Ihnen doch eine nennen, die ich sehr spannend finde. Die Ernst-&-Young-Studie hat die Frage gestellt, die viele Bürgerinnen und Bürger in diesem Land jeden Tag beschäftigt: Was passiert eigentlich im globalen Wettbewerb mit einer Region wie Hessen? Haben wir denn eine Chance, im Wettbewerb mit dem asiatischen Raum, mit China? Trauen sich das unsere Unternehmen zu?

Herr Kollege Walter, meine Damen und Herren, ich gebe zu, ich habe mir die Daten sehr genau angeschaut, weil diese Statistik aus meiner Sicht extrem überraschend ist. Diese Frage – „Betrachten Sie das Erstarken der chinesischen Wirtschaft insgesamt für Ihr Geschäft eher als eine Chance oder als eine Gefahr?“ – beantworten in einem Bundesland wie Bayern oder Baden-Württemberg, beide gleich, 13 % damit, sie betrachten das als eine Chance. In großen Regionen wie Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen sagen 17 und 18 %, sie betrachten das als eine Chance. Im Bundesland Hessen sagen 41 % der Unternehmen, sie betrachten es als eine Chance.

Hessen ist nicht nur das Land mit den intensivsten Geschäftskontakten dorthin, Hessen ist heute das Land mit einer Wirtschaft, die sich in ihren Rahmenbedingungen so aufgestellt fühlt, dass sie glaubt, im globalisierten Wettbewerb eine Chance zu haben, und zwar in einem Ausmaß, das drei- und viermal so hoch ist wie in jeder anderen Region in der Bundesrepublik Deutschland. Meine Damen und Herren, darauf muss man stolz sein. Das braucht man nicht schlechtzureden oder in eine Situation zu bringen, dass man glaubt, wir seien im Nachteil.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich zahlt sich das alles am Ende irgendwie in Steuern aus. Deshalb ist unsere Situation nach wie vor so, dass wir hier der Platz sind, an dem sehr viel über die Finanzen aller anderen deutschen Bundesländer entschieden wird.

Ich sage das hier jetzt nicht unter dem Gesichtspunkt, wie sehr wir bedauern, dass wir etwas abgeben müssen. Natürlich tun wir das irgendwann auch. Ich sage das hier unter dem Gesichtspunkt, dass man nicht sagen kann, ein Land sei das schlechteste und es sei dort alles immer schlimmer geworden, wenn wir beim Ausgleich der Länder in Deutschland immer höhere Zahlungsverpflichtungen haben.

(Norbert Schmitt (SPD): Das stimmt doch gar nicht! 2008 sind es 2,8 Milliarden € im Länderfinanzausgleich! Das stimmt objektiv nicht!)

– Herr Kollege Schmitt und meine sehr verehrten Damen und Herren, in den letzten Jahren waren wir immer schon im Finanzausgleich unter dem Gesichtspunkt führend, dass wir pro Kopf mehr bezahlt haben als die anderen. Das ist schon etwas, pro Kopf mehr zu bezahlen; denn das bezieht sich auf die Leistung Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigen. Aber nach dem, was wir in den ersten drei Quartalen des Jahres 2006 sehen, werden wir nicht nur alle anderen Länder wieder in der Zahlung pro Kopf deutlich übersteigen, sondern wir werden absolut der

größte Zahler sein. Seit sehr vielen Jahren werden wir wieder erstmals in Euro mehr in den Länderfinanzausgleich einzahlen als das Land Bayern. Das heißt, wir sind so viel besser pro Kopf, dass wir am Ende in einer Größenordnung von deutlich mehr als dem Doppelten einzahlen.

(Zurufe der Abg. Hildegard Pfaff und Norbert Schmitt (SPD))

Das war bisher nicht so. Wir haben diese Länder hier überholt. Meine Damen und Herren, und wenn wir andere überholen, können Sie doch nicht behaupten, wir seien schlechter geworden. Das ist einfach nicht mit der Realität vereinbar.

(Beifall bei der CDU)

Übrigens will ich noch etwas sagen: Wenn Sie die Nettokreditaufnahme je Einwohner nehmen – es ist sicher legitim, diese Größe in unsere Betrachtung einzubeziehen –, dann stellen Sie sehr schnell fest, dass wir bei der Nettokreditaufnahme je Einwohner nach dem Land Sachsen – vor dem wir großen Respekt haben müssen, denn das ist im Augenblick in einer außerordentlich günstigen Lage, und das soll man doch neidlos anerkennen; denn das haben andere nicht geschafft – in Hessen mit 127 € die Besten sind. Erstaunlicherweise ist die Nettokreditaufnahme in Bayern mit 148 € je Einwohner höher als die in Hessen.

Wenn Sie also vergleichen und rechnen, dann hören Sie auf, völlig neben den Zahlen zu liegen. Ich habe nichts dagegen, dass Sie Herrn Beck und das Land Rheinland-Pfalz mögen. Ich mag das Land Rheinland-Pfalz auch, unabhängig davon, welche Regierung ich ihm wünsche. Meine Damen und Herren, am Ende wird es darum gehen, wie viele Steuereinnahmen eines Landes für Zinsen gezahlt werden müssen. Das ist der Maßstab unserer Freiheit. Dabei liegen wir, nach Bayern und Baden-Württemberg und immer noch Sachsen, in Hessen an vierter Stelle, die Rheinland-Pfälzer mit fast 50 % mehr pro Jahr aber deutlich weiter hinten.

Man kann alles miteinander vergleichen, aber man soll die Kirche im Dorf lassen. Dieses Bundesland hat einen Anlass dafür, stolz zu sein. Bei diesen Zahlen ist es in den letzten Jahren besser und nicht schlechter geworden. Auf diese Bilanz ist diese Landesregierung stolz.

(Beifall bei der CDU)

Wir leben in einer Zeit, in der die Debatten durchaus schwierig sind und in der die Politik häufig große Probleme hat, Bürgerinnen und Bürgern zu vermitteln, mit welchen Instrumenten sie welche Ziele erreichen will. Vor allen Dingen leiden alle Parteien – die beiden großen vielleicht am meisten – darunter, dass die Menschen nicht mehr die Erwartung haben, dass eine bestimmte Maßnahme in einer überschaubaren Zeit der eigenen Erinnerung Ergebnisse erzielen würde. Deshalb wird zunächst einmal alles bestritten. Alles ist im Konflikt. Alle setzen darauf, dass der jeweils andere es bestimmt irgendwie nicht schafft. In einer solchen Zeit ist es wichtig, eine Regierung zu haben – das wollen wir sein, und das sind wir –, die bereit ist, schwierige Entscheidungen zu treffen, die Kontroversen nicht aus dem Weg geht, sondern versucht, sie abzuarbeiten, und die sich Mühe gibt, in einer angemessenen Zeit danach den Bürgerinnen und Bürgern zu zeigen: Seht, wir haben diese Entscheidung mutig getroffen, wir haben sie kundig durchgesetzt, und wir können den Bürgerinnen und Bürgern die Erfolge dieser Ent-

scheidung zeigen. – Darüber möchte ich hier gerne einen Augenblick sprechen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, dafür will ich unterschiedliche und durchaus nicht nur einfache Beispiele nennen. Aber einige in der sozialdemokratischen Fraktion und auch bei den GRÜNEN erinnern sich sicher noch an die Debatte über die Zukunft der medizinischen Landschaft in Mittelhessen. Sie wissen, welche Debatte hier angefangen hat. Sie wissen, Sie alle haben gesagt – als die erste Regierungserklärung hier abgegeben wurde und ich Ihnen angekündigt habe, dass wir nach Grundsatzentscheidungen binnen zwölf Monaten die Realisierung eines völlig neuen, in der Bundesrepublik so noch nicht gemachten Projektes haben werden –: Das geht nicht, das ist rechtswidrig, das ist verfassungswidrig; außerdem habt ihr kein Konzept, sondern wollt das nur verkaufen. – Sie haben allen Sand der Erde zusammengekartt, um nur möglichst viele Leute verrückt zu machen und irgendeinen Trick zu finden, wie Sie es verhindern können.

Ich gebe zu: Wir haben unser Ziel nicht ganz erreicht, wir haben zwölf Monate und sieben Tage gebraucht. Aber ich glaube, das liegt noch in einer Toleranzzone. Wir haben es so gemacht, wie wir es den Bürgerinnen und Bürgern, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern versprochen haben.

Ich sehe noch einen sozialdemokratischen Kollegen vor wenigen Wochen vor mir stehen, der bei einer derartigen Veranstaltung gesagt hat: Was Sie da sagen, das würde ich gerne glauben, aber ich glaube es immer noch nicht.

Meine Damen und Herren, inzwischen berät der Magistrat der Stadt Gießen über das modernste Universitätsklinikum, das wir in Zukunft in der Mitte Deutschlands haben werden. Innerhalb weniger Monate haben sie alle Zusagen eingehalten, und sie machen Stück für Stück das, was wir verabredet haben. Die Bürgerinnen und Bürger und vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Sie alle verrückt gemacht haben, können sehen: Wir haben eine Entscheidung getroffen, die keine Arbeitsplätze und auch nicht den Zukunftsstandort Mittelhessen gefährdet, sondern die ihn zu einem der interessantesten Plätze der Bundesrepublik Deutschland in der Medizin macht.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe ja nichts gegen das Wort „Hessen vorn“. Schauen Sie sich doch einmal an, was im Augenblick passiert. Das Wissenschaftsministerium in Hessen könnte derzeit ein Consultingbüro aufmachen. Natürlich sind alle daran interessiert.

Was der Kollege Beck jetzt macht – eine Mitarbeiterin von uns hat nach dort gewechselt –, ist die Reaktion auf das, wofür wir den Durchbruch geschaffen haben. In den nächsten Wochen und Monaten werden Sie sehen, dass das eine immer größere Zahl von Bereichen betreffen wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist nicht das erste Beispiel. Nebenbei will ich einmal darauf hinweisen: Der Kollege Bökel hat mit der Dampftramme in Nordhessen einen Nationalpark durchsetzen wollen und sich dabei eine ziemlich blutige Stirn geholt.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Inzwischen haben wir dort einen Nationalpark geschaffen, der die Zustimmung von allen hat. Das ist eben der

Unterschied in der Art, wie man eine politische Diskussion führen kann und wie wir das Vertrauen haben.

(Beifall bei der CDU)

Das Projekt „Operation sichere Zukunft“ ist uns nicht leichtgefallen. Wenn man Einsparungen ankündigen muss, kann man auf den ersten Blick niemandes Dank erwarten.

Sie wissen, wie Sie es hier bekämpft haben und wie Sie es immer noch bekämpfen. Sie müssen sich irgendwann entscheiden, für was Sie Ihre Tränen verwenden: für die Frage der Staatsverschuldung und den Willen zur Veränderung des Haushalts oder für die Frage des jeweils Einzelnen, der von Einsparmaßnahmen betroffen ist. Ich will Ihnen nur sagen: Würden wir den Haushaltsplan im Bereich des Personals – ich rede jetzt nur über das Personal des Landes – noch so betreiben, wie er in den ursprünglichen Planungen besserer Zeiten war, dann würden wir heute Personalausgaben von etwa 7,5 Milliarden € für das Jahr 2006 haben.

Durch die Maßnahmen, die wir getroffen haben, haben wir eine Zahl, die in etwa bei 6,8 Milliarden € liegen wird. Wir werden 650 Millionen € bis 700 Millionen € nicht einmal, sondern jährlich strukturell einsparen und die Einnahmen-Ausgaben-Relation durch diese Maßnahmen verändern. Wenn Sie diese Prozentzahl im Personalbereich nehmen und die Personalveränderungsmaßnahmen aller Bundesländer, inklusive des Landes Berlin, danebenlegen, werden Sie sehen, dass wir uns nicht verstecken müssen, sondern zu denen gehören, die es von allen am besten gelöst haben. Durch mutiges Handeln haben wir ein wichtiges Stück Zukunft in einer schwierigen Entscheidung geschaffen.

(Beifall bei der CDU)

Es geht durchaus darum, ob man Beteiligte mitnimmt. Dazu will ich Ihnen ausdrücklich sagen: Die Frage, was man mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei der Umsetzung macht, war für uns sehr wichtig. Was haben Sie für Debatten geführt – –

(Michael Siebel (SPD): Die Wahrheit!)

– Die Wahrheit ist: Von etwa 6.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in die Personalvermittlungsstelle eingestellt worden sind, sind heute noch 850 zu vermitteln. Alle anderen haben bereits einen anderen Arbeitsplatz angetreten, haben eine Ausbildung gemacht; die wenigsten davon sind aus Altersgründen, wegen Altersteilzeit oder anderer Maßnahmen ausgeschieden.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, Leute, die sich im Land verändern wollen, fragen, ob sie sich bei der Personalvermittlungsstelle bewerben können, weil mit den Mitarbeitern so fair umgegangen worden ist. Das ist auch unser Markenzeichen, mit einem solchen Projekt umzugehen.

(Beifall bei der CDU – Michael Siebel (SPD): Das glauben Sie nicht, was Sie da sagen! – Norbert Schmitt (SPD): Der größte Arbeitsplatzvernichter in Hessen!)

Natürlich ist ein Projekt, an das solche Maßstäbe angelegt werden, auch die Erweiterung des Frankfurter Flughafens. Da gibt es in der prinzipiellen Diskussion keinen Unterschied in der Meinung. Der Frankfurter Flughafen – das ist allen im Land mit Ausnahme der GRÜNEN klar – ist von erheblicher Bedeutung.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer bestreitet das?)

Die Frage des Zeitablaufs der Genehmigung ist von erheblicher Bedeutung.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist uns auch klar!)

– Ihnen ist es auch klar, Sie ziehen aber die Konsequenz daraus, das Land zu blockieren.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir ziehen die richtigen Schlüsse daraus!)

Wenn Ihnen auch klar ist, wie wichtig der Frankfurter Flughafen ist, ist Ihre Haltung umso verantwortungsloser.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich gehört dann auch dazu, dass das Planungsrecht, mit dem wir uns hier in der Tat herumschlagen – –

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt kommt das Planungsrecht!)

– Das ist Ihr Planungsrecht. Ich nehme das jetzt gar nicht übel. Das Planungsrecht ist in rot-grünen Zeiten in diese Dimension gebracht worden, und eine Große Koalition wird es jetzt für den nächsten Flughafen in Ordnung bringen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo soll denn der nächste Flughafen gebaut werden? – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In der Wetterau!)

Ich werfe Ihnen das Planungsrecht doch gar nicht vor. Ich will eines sagen: Sie haben als rot-grüne Regierung fast ein Jahrzehnt in diesem Land Verantwortung getragen, in der Sie verpflichtet gewesen wären, die Voraussetzungen zu schaffen, die notwendig sind, um die Erweiterung des Frankfurter Flughafens möglich zu machen. Sie haben sie verzögert, verzögert und noch einmal verzögert.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

Das ist der Grund, weshalb wir heute in Zeitnot sind. Sie haben sie ja nicht nur verzögert, sondern Sie haben damals Ihren Wirtschaftsminister Klemm bedrängt, Raumordnungspläne zuzulassen, in denen die Vorhalteflächen, die für Trassen hätten benutzt werden können, in Baugebiete umgewandelt worden sind. Sie haben sehenden Auges die Handlungsfähigkeiten künftiger Generationen, diesen Flughafen auszuweiten, eingeschränkt.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie haben es ausdrücklich gewollt. Sie haben Privathäuser bauen lassen, in der Hoffnung, dass damit eine Erweiterung des Flughafens an bestimmten Stellen unmöglich ist. Das ist die Wahrheit, mit der Sie sich auseinandersetzen müssen.

(Beifall bei der CDU – Hildegard Pfaff (SPD): Das ist purer Unsinn!)

Die Debatte über ein Projekt wie Ticona muss niemanden freuen. Wir werden das, wie alle anderen Projekte auch, im Planungsverfahren lösen. Das ist nicht das Problem. Bei der Debatte, die momentan darüber geführt wird, wie schwierig das mit einem Chemiewerk ist, muss bedacht werden, dass Sie in den Neunzigerjahren dafür gesorgt ha-

ben, dass jede Alternative zu dem Überflug des Chemiewerks mit immer mehr Belastung von Bürgern verbunden ist, weil Sie eben so haben bauen lassen. Deswegen gab es diese Blockaden.

Wer heute sagt, es sei unverantwortlich, über ein Chemiewerk zu fliegen, weil das möglicherweise gefährlich sei, lädt die Flugzeuge ein, über Wohngebiete zu fliegen, oder ist gegen die Entwicklung auf dem Frankfurter Flughafen.

(Beifall bei der CDU)

Ich regle lieber ein Problem mit einem Chemiewerk, als die Flugzeuge mehr als nötig über Wohnbebauung zu jagen. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Hessische Landesregierung hat in der rechtlichen Auseinandersetzung mit Ihnen als Opposition und mit anderen eine hinreichende Erfahrung. Der Auseinandersetzung vor einem Gericht, wer immer sie führen wollte, ob die Abwägung eines Planungsministers sein muss, lieber über Wohngebiete oder lieber über Industriegebiete fliegen zu lassen, sehe ich relativ gelassen entgehen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Völlig unsinniger Ansatz! In schwerer Not sind Sie!)

– Herr Kollege Kaufmann, es ist gut, dass Sie sagen, es sei der falsche Ansatz. Lieber verzichten Sie auf 40.000 Arbeitsplätze, als diesen Konflikt zu lösen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 400.000!)

Ich sage Ihnen: Wir lösen lieber diesen Konflikt und schaffen in diesem Land Arbeitsplätze.

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie viele Leute sind dann ohne Arbeitsplatz bei Ticona? Mein lieber Mann, ihr habt Probleme!)

Wir sehen als Landesregierung natürlich mit Interesse, wie sich die sozialdemokratische Fraktion am Ende zu diesem Projekt einlassen wird.

(Jürgen Walter (SPD): Sie lösen den Konflikt nicht!)

Wir haben hier dem Landtag erstmals die Möglichkeit gegeben, darüber zu entscheiden, ob die Planung prinzipiell aus öffentlichem Interesse notwendig ist und nicht mehr nur eine Entscheidung der Regierung ist, sondern auch eine Entscheidung, die in der Verantwortung des Parlaments liegt. Bei dieser Frage, ob es die Verantwortung des Parlaments wird oder nicht, werden die Sozialdemokraten Farbe bekennen müssen. Wenn Herr Walter vorsichtig andeutet, man könne sich vorstellen, die Nordwestbahn zu nehmen, wird er von Frau Ypsilanti gleich wieder zurückgepfiffen. Wir wollen jetzt einmal sehen, wer da wie pfeift. Das wollen Sie ja in den nächsten Wochen klären.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Das werden wir sehen!)

– Frau Ypsilanti, das werden wir sehen. Ich bin da völlig unbesorgt. Ich bin in jeder Hinsicht völlig unbesorgt, das ist überhaupt keine Frage. Das ist nicht mein Thema.

(Beifall bei der CDU)

Das ist eine Entscheidung, die Ihre Partei zu treffen hat.

(Norbert Schmitt (SPD): Wir pfeifen noch lange nicht aus dem letzten Loch wie Sie!)

Meine Damen und Herren, eines ist doch klar. Sie werden an dieser Stelle aufhören müssen, Ihre Taktik fortzusetzen, die Sie jetzt hier seit Jahren machen: immer mit verschränkten Armen hämisch neben dem Genehmigungsverfahren zu stehen und zu hoffen, dass etwas schiefeht, damit Sie sich profilieren können. – Das war nie loyal zu dieser Region. Das war nie loyal zu den Menschen, die in Zukunft Arbeit brauchen. Aber jetzt sind Sie im Parlament mit gefragt. Sie können mit Ja, Nein oder Enthaltung stimmen. Sie werden aber bis zur nächsten Wahl den Menschen nichts mehr vormachen können. Sie wollten es so hinstellen, als sei die Regierung zu dumm dafür. Sie werden sich selbst eine Meinung bilden müssen und in der Öffentlichkeit dafür die Verantwortung übernehmen müssen. Das ist eine sehr gute und richtige Entscheidung, die wir dabei haben.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir hier über diese Fragen reden, die wir bei diesen wichtigen und spannenden Themen mit durchaus kontroversen Entscheidungen haben, wird das sicherlich auch in Zukunft nur gehen, wenn auf der anderen Seite die Art und Weise, wie es gemacht wird, und die Bilanz dessen, was wir bisher getan haben, in dem Zusammenhang auch stimmen.

Meine Damen und Herren, ich sage es noch einmal: Sie haben gesagt, die Regierung sei juristisch auf dem Holzweg beim Ballungsraumgesetz – das dank Ihrer sozialdemokratischen Initiativen jahrelang verzögert wurde. Das ist okay, das ist legitim. Sie haben vor dem Staatsgerichtshof verloren.

Sie haben anschließend gesagt, die Haushaltspolitik von Karlheinz Weimar sei verfassungswidrig. Sie haben vor dem Staatsgerichtshof verloren.

Sie haben gerade in letzter Zeit gesagt, die Maßnahmen des Personalmanagements, Personalvermittlung, „Operation sichere Zukunft“, seien verfassungswidrig. Sie haben vor dem Staatsgerichtshof verloren.

Viele andere haben es versucht, etwa in der Frage des Frankfurter Flughafens. Ihr bis vor kurzem gewünschter Spitzenkandidat Gerhard Grandke hat sogar einmal versucht, den gesamten Flughafen mit seiner jetzigen Betriebsgenehmigung vor dem Verwaltungsgerichtshof infrage zu stellen. Er hat damit verloren.

Ticona hat versucht, gegen den Überflug zu klagen. Sie haben vor dem Verwaltungsgericht verloren.

Wir haben einen Weg vor uns, auf dem wir Stück für Stück über viele Hürden und Hindernisse gehen müssen. Aber wir haben eine Autorität mit uns: Wir konnten in den letzten Jahren zeigen, dass wir auch in schwierigen Fragen nicht nur mutig entschieden haben, sondern auch so entschieden haben, dass es allen Überprüfungen, die es von außen gegeben hat, standhält. Das soll auch in Zukunft unser Markenzeichen sein.

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Ministerpräsident, wieso gibt es die Abstimmung über den Landesentwicklungsplan? Weil Sie verloren haben! – Gegenruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das hat nichts miteinander zu tun!)

– Nein, es ist nicht, weil wir verloren haben, sondern die Landesentwicklungsplanung ist ähnlich: Wir haben in der

Tat eine Veränderung der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts von früher zur Kenntnis zu nehmen. Das alte Urteil wird überarbeitet, entsprechend muss das angepasst werden. Das wird es auch immer geben, aber das hat keine Zeit gekostet.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Wir haben alle wichtigen Entscheidungen, auch im Bereich des Flughafens, Gott sei Dank und glücklicherweise, gewonnen. Es wird aber nicht nur darum gehen, dies mit den zukünftigen Themen zu machen. Es wird natürlich auch darum gehen, jetzt langsam, Stück für Stück mehr, sich die Frage zu stellen, ob die Leistungsbilanz denn tatsächlich mit dem übereinstimmt, was wir angekündigt haben.

Ich will ein Thema ansprechen, das Sie nicht erwähnt haben. Wir waren ein bisschen erwartungsfroh, ob Sie sich als neuer Protagonist für den Straßenbau in Zukunft auch für die Härte der inneren Sicherheit im Justizvollzug einsetzen wollen. Das Thema haben Sie aber dann ausgelassen. In der Justizpolitik und in der inneren Sicherheit haben wir in den letzten Jahren sehr viel verändert. Wir haben debattiert, was mit den Strafgefangenen passiert, wenn wir den Strafvollzug mit Klarheit und Härte versehen.

In der Tat, ich räume ein, dass man sehen muss, wie viel offenen Strafvollzug es in Hessen während der rot-grünen Zeit gab. In den späten Achtziger- und frühen Neunzigerjahren gab es einmal 686 Strafgefangene im offenen Vollzug. Sie sind 1998 mit dem Doppelten, bis 1.200 und 1.300 pro Jahr, gekommen. Wir sind heute bei weniger. Wir sind bei 380. Das ist richtig. Aus unserer Sicht ist diese Veränderung ein Signal, das politisch gewollt war und bei dem wir den Bürgerinnen und Bürgern am Ende auch sagen, dass wir, wie an vielen anderen Stellen auch, schlicht und ergreifend das gemacht haben, was wir versprochen haben.

Aber, meine Damen und Herren, das hat natürlich auch Folgen. Stellen Sie sich einmal die Frage, wie viele Missbräuche es bei Hafturlauben etwa zu Ihrer Zeit gegeben hat und wie viele heute. Da muss ich feststellen, dass wir im Jahr 1998 bei 261 im Jahr waren. Heute sind wir bei drei im Jahr. Das ist eine Veränderung der Arbeit. Ich will gar nicht fragen, wie viele Leute Ihnen davongelaufen sind. Sie wissen, dazu konnten wir damals wöchentliche Festivals feiern. Im Jahr 1999 waren wir noch bei 26. Heute sind wir bei einem, zwei oder drei Fällen. Wir haben mit dem, was wir gemacht haben, das getan, was wir versprochen haben. Wir haben es aber handwerklich so gemacht, dass es auch funktioniert. Das ist etwas, was die Bürgerinnen und Bürger von der Politik erwarten und von dem ich glaube, dass es eine Chance hat, so gesehen und geachtet zu werden.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden das für die Zukunft nur gestalten können, wenn wir zweierlei machen, wenn wir nämlich die Kräfte der Menschen herausfordern und nicht davon ausgehen, dass der Staat alles regeln kann. Die Kräfte der Menschen herauszufordern und nicht davon auszugehen, dass der Staat alles machen kann, hat eine Menge von verschiedenen Konsequenzen. Das beginnt bei der Ausbildung junger Menschen, bei Ausbildungsprogrammen, die damit zusammenhängen, wo wir viel mehr tun, als wir in der Vergangenheit getan haben. Das geht weiter mit der Frage, dass wir älteren Menschen – nicht nur jungen, sondern auch älteren – als

erstes Bundesland mit einem eigenen Programm „Erfahrung hat Zukunft“, das in diesem Haushalt eine Rolle spielen wird, die Chance geben, durch die Vorbildfunktion des Landes wieder in Arbeit und Beschäftigung hineinzukommen, aber in einer Weise, dass es sich dauerhaft im Bereich der privaten Wirtschaft abspielen muss.

Wir haben für das Ehrenamt mehr getan als je zuvor. Die Ehrenamtscharta ist nur ein äußeres Symbol und Beispiel dafür, dass jeder, der uns in dieser Gesellschaft hilft, auch ein Stück Anerkennung und Wertschätzung persönlich dafür verspüren kann. Wir sind inzwischen das Stiftungsland Nummer eins in der Bundesrepublik Deutschland mit weitem Vorsprung vor denen, die früher dort an der Spitze waren.

Meine Damen und Herren, wenn Sie wieder über Hessens Frauen reden oder wenn es um die Frage der Integration ausländischer Mitbürger geht, ist kein anderes Bundesland mit seinen Modellen so gefragt wie Hessen. Wir sind das Vorbildland für Integration bis hin nach Berlin zum dortigen Senat, der das kopiert, was wir machen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben einen sehr starken Sinn dafür, dass auch in Zukunft alles getan werden muss, damit möglichst viele Menschen gemeinsam an diesem Erfolg des Wachstums eines Landes teilnehmen. Wir haben nach wie vor einen großen Sinn dafür, zu sehen, in welcher Weise wir Innovationen brauchen, und wir leisten unseren Beitrag dazu. Schauen Sie in die Universitätslandschaft hinein. Sie haben in den Neunzigerjahren jahrelang den Hochschulhaushalt als Steinbruch für Ihre Haushaltskürzungsmaßnahmen benutzt, während wir seit Jahren darangehen, diesen Haushalt Stück für Stück nach oben zu führen. Sie müssen sehen, was im Augenblick an der Frankfurter Universität neu entsteht und wie sich die rechtlichen Verhältnisse in Darmstadt gewandelt haben, welche Erfolge die Medizin zwischen Gießen und Frankfurt gemeinsam in einem Netzwerk mit dem Max-Planck-Institut hat, das es so nirgends gibt. Sie müssen sehen, welche Vorstellungen wir für die Entwicklung der Hochschulen und auch der Hochschulbauten in Nordhessen haben. Die Universitäten werden im Augenblick runderneuert.

Wir machen aber nicht nur das, sondern auch etwas, was Sozialdemokraten nie wollten: Die Brücke zwischen dem, was die Wissenschaft kann, einerseits und dem, was die Wirtschaft daraus macht, andererseits wird erstmals gezielt und organisiert nach vorn getrieben. Heute gibt es eben die Pläne für das Anwenderzentrum in Kassel. Heute gibt es die konkreten Projekte für ein Nanotechnologiezentrum in Mittelhessen. Heute gibt es bereits den Gesellschaftsvertrag und den Beginn der Arbeit des Galileo-Zentrums in Darmstadt. Es gibt den Vertrag mit Luft hansa und der Flugsicherung zu ECAD, um uns zu einem der großen Zentren für Luftfahrtforschung zu machen.

(Norbert Schmitt (SPD): Da haben Sie gerade gekürzt!)

Es gibt das Frankfurter Innovationszentrum für Biotechnologie, während Sie die Insulinproduktion aus Deutschland vertrieben haben.

(Beifall bei der CDU)

Das ist schlicht und ergreifend der Unterschied zu dem, wie wir es machen.

Herr Kollege Walter, Sie erlauben, dass ich die Detaildiskussion des ersten Teils Ihrer Rede in den Fachausschuss verweise.

(Lachen bei der FDP)

Aber natürlich ist am Ende auch die Einführung von SAP die erste Einführung eines bilanzierten Haushalts, mit der Karl Starzacher begonnen hat, in einem Flächenland im Jahr 2008. Seien Sie insofern immer vorsichtig mit dem, was Sie kritisieren. Aber das ist von den vielen Projekten, die wir hingebacht haben, eines der Beispiele für Innovationen.

Ich will zum Abschluss sagen: Wir wissen sehr wohl, dass das alles – ehrenamtliches Engagement, Mitwirkung der Bürger, Wohlfühlen, an der Spitze zu sein – nur einen Sinn hat, wenn wir auch im Bereich der Bildung weiter erfolgreich sind. Wir haben in der Bildung unter Führung von Karin Wolff eine Menge erreicht.

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aua, aua!)

Es gibt kaum jemanden, der berechtigt wäre, darüber weniger zu reden als Sie.

(Beifall bei der CDU)

Mit allen Maßnahmen, auch mit denen, den Haushalt zu schonen, weil wir es mit weniger Menschen machen, ist in jedem einzelnen Jahr dieser Regierung die Zahl der Unterrichtsstunden in diesem Land gestiegen, ist der verfügbare Unterricht pro Schüler gestiegen, und das trotz der wachsenden Schülerzahl. Übrigens sind auch die Ergebnisse besser geworden. Aber das ist eine jahrzehntelange Arbeit. Wir haben erst einmal dafür sorgen müssen, dass die Ressourcen stimmen. Wir haben dafür sorgen müssen, dass es Maßstäbe gibt. Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass selbstständige Schulen in Zukunft mit den ausreichenden Ressourcen und den Maßstäben, die sie vergleichbar machen, arbeiten können.

Aber wenn Sie über sozial schwache Schülerinnen und Schüler reden, meine sehr verehrten Damen und Herren – Herr Kollege Walter, das haben Sie zum zweiten Mal versucht –, ist das nicht akzeptabel. Heute sitzen 15-, 16- und 17-jährige Schüler mit Migrationshintergrund in Klassen, in denen sie über Jahre nicht in der Lage waren, dem Unterricht zu folgen. Heute kommen Sie hierher und reden über die Frage, dass Deutschunterricht vor dem Schuleintritt sein müsste. Wenn Sie das in den Neunzigerjahren gemacht und nicht behauptet hätten, eine CDU, die das fordere, sei eine Zwangsgermanisiererin, hätten Sie heute sehr viel mehr Kinder mit Chancen in der Zukunft.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, die Befürworter eines Schulsystems, das in der Einheitlichkeit und der sozialen Gerechtigkeit geschwelgt hat und 1998/99 mit 22 % und mehr Abbrechern in der Hauptschule herausgekommen ist, haben nicht das geringste Recht, über die Schulreform von Karin Wolff, bei der wir heute bei 14 % Abbrechern sind, in irgendeiner Weise gehässig zu reden. Uns reichen die 14 % nicht, aber von Ihnen brauchen wir uns das nicht erzählen zu lassen.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden trotz all des Widerstandes, den Sie und Ihre Hilfstruppen versucht haben, mit der Unterrichtsgarantie plus und anderem am Ende das erste Land in Deutsch-

land sein, das es zu einer Selbstverständlichkeit macht, dass der Unterricht, der in den Plänen des Kultusministeriums steht, auch tatsächlich auf dem Stundenplan steht und dass der Unterricht,

(Norbert Schmitt (SPD): Eine Schulleiterin musste gestern einen Laienlehrer aus dem Unterricht retten!)

der in den Stundenplänen steht, auch tatsächlich gehalten wird. Das ist ein ehrgeiziges Projekt.

(Norbert Schmitt (SPD): Gestern musste eine Schulleiterin einen Laienlehrer aus dem Unterricht retten!)

1 % Krankheit von Lehrerinnen und Lehrern sind fast 3.000 Stunden am Tag. Das ist ein gewaltiges Projekt, das die Schulleiter und Schulleiterinnen gemeinsam machen.

Dies zeigt eines: Diese Landesregierung hat die Frage nach dem, was neu ist, was gemacht werden muss und welche mutigen Schritte zu gehen sind, nicht eingestellt. Wir haben das Jahr für Jahr gemacht, und wir machen das auch ein Jahr, bevor es dann möglicherweise wieder Bilanzen gibt, die auf eine Wahl hinlaufen. Diese Landesregierung hat inzwischen an vielen Stellen die Koordination und die Verantwortung für die Dinge, die im Bund und zwischen den Bundesländern geschehen, übernommen. Wir haben keinen Anlass, uns über mangelnden Einfluss zu beklagen. Wir sind in der bundespolitischen Diskussion präsent. Wir haben nur manchmal Schwierigkeiten mit unserer hiesigen Opposition. Was soll ich armer Mensch machen, wenn ich mit Steinbrück versuche, eine Unternehmenssteuerreform zu verabreden, die dem Finanzplatz Frankfurt in einer besonderen Weise Vorteile brächte, und die Erste, die dagegen mault, die SPD-Landesvorsitzende Ypsilanti ist?

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben doch heute diesen Platz, weil die Leistung in diesem Land stimmt. Deshalb sage ich noch einmal: Die Menschen in diesem Land

(Norbert Schmitt (SPD): Hätten eine bessere Regierung verdient!)

leben gern in diesem Land. Sie sind froh, dass sie in diesem Land leben. Die Menschen fühlen sich in diesem Land sicher, und die Menschen sind davon überzeugt, dass sie in diesem Land eine gute Zukunft haben. Das ist eine Bilanz, die es rechtfertigt, so weiterzumachen, wie wir es bisher getan haben. Und das ist eine Bilanz, die uns sehr optimistisch macht, meine sehr verehrten Damen und Herren, jenseits Ihrer Versuche, in die alten Tricks der Schlammkiste zurückzugehen, jenseits Ihrer verzweifelten Suche nach einem geeigneten Gegenkandidaten, jenseits aller Bestrebungen, die Sie unternehmen, ruhig und präzise das weiterzumachen, was wir bisher getan haben. Wir gelten in diesem Land als mutig. Das ist wichtig. Wir gelten in diesem Land als erfolgreich. Das ist gut. Und wir haben Menschen, die uns zutrauen, dass wir wissen, wie die Zukunft gestaltet werden soll. Das ist unser Kapital. – Vielen herzlichen Dank.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, als nächster Redner in der Aussprache zu Einzelplan 02 hat Herr Kollege Al-Wazir, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das Wort.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, ich weiß nicht, warum Sie es nötig haben, die Rede Ihres Vorredners zu zensieren.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das machen Sie auch gerade, aufpassen!)

Im Hals hat es nicht nur der Kollege Walter, sondern auch wir beide haben es im Hals. Wer wen am Hals hat, das haben Sie beim Kollegen Walter über die innerparteiliche Situation der SPD zu thematisieren versucht. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, Herr Ministerpräsident, aber ich finde, tausendmal lieber Andrea Ypsilanti am Hals als die Freien Wähler.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Sie hatten eine halbe Stunde Zeit, darüber nachzudenken, und das ist dabei herausgekommen! – Weitere Zurufe von der CDU)

Herr Ministerpräsident, ich habe von Ihnen in der Generalaussprache selten eine Rede gehört, in der von der Bundespolitik überhaupt keine Rede war.

(Ministerpräsident Roland Koch: Sie wollten doch immer Landespolitik haben!)

Herr Ministerpräsident, ich begrüße es außerordentlich, dass Sie vor allem über die Landespolitik geredet haben; denn das bedeutet, dass wir am 27. Januar 2008 einen Ministerpräsidenten haben werden, der nicht mehr Oppositionspolitiker gegenüber der Bundesregierung ist, sondern dass wir über die Bilanz des Hessischen Ministerpräsidenten nach neun Jahren Amtszeit reden können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Ministerpräsident, ich finde es sehr bemerkenswert, dass Sie heute auf einmal wieder angefangen haben – im achten Jahr Ihrer Regierungszeit –, über Ihre Vorgänger zu reden.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das finde ich durchaus bemerkenswert.

(Zurufe von der CDU)

Herr Ministerpräsident, im Jahr 2008 werden Ihre neun Regierungsjahre zur Abstimmung stehen. Das bedeutet, dass jeder, der die Schule nach neun Jahren ohne Abschluss verlässt, von der ersten Klasse an Karin Wolff als Kultusministerin hatte. Auf diese Debatte freuen wir uns.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Ministerpräsident, mir ist aufgefallen, dass Sie sehr kräftig dabei waren, die Schuld bei anderen zu suchen. Ihre Vorgänger sind z. B. schuld daran, dass wir so hohe Schulden haben.

(Zuruf des Abg. Armin Klein (Wiesbaden) (CDU))

Damit klar ist, worüber wir reden: Wir haben momentan ungefähr 33 Milliarden € Landesschulden. Zum Vergleich: Die Steuereinnahmen liegen bei 14 Milliarden €. Jetzt können Sie sich ausrechnen, was das für Sie bedeuten würde, wenn es sich um Ihren privaten Haushalt handeln würde. Glücklicherweise sind wir als Land Hessen nicht in dieser Situation, aber die Lage ist auf keinen Fall gut.

Wir haben gelernt, daran ist nicht die Hessische Landesregierung schuld, obwohl sie in ihrer Amtszeit 10 Milliarden € neue Schulden aufgenommen hat, sondern der Länderfinanzausgleich ist schuld. Wir haben gelernt, dass an der hohen Arbeitslosenquote – das Land Hessen liegt zum ersten Mal, seit es eine Arbeitslosenstatistik gibt, deutlich über dem Durchschnitt der westdeutschen Länder – nicht diese Landesregierung schuld ist, sondern die Einpendler aus Rheinland-Pfalz schuld sind.

(Axel Wintermeyer (CDU): Die Zahlen sind Quatsch! Das wissen Sie genau! – Weitere Zurufe von der CDU)

Herr Ministerpräsident, wie lächerlich wollen Sie sich mit Ihrer Argumentation eigentlich machen? Diese Einpendler gibt es nicht erst seit dem letzten Jahr.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben gelernt – das ist ganz besonders toll –, dass an der Tatsache, dass im achten Jahr der Regierungszeit dieses Ministerpräsidenten der Frankfurter Flughafen mit seinen Ausbauwünschen nicht sonderlich viel weiter ist, was ich ausdrücklich nicht kritisiere, nicht etwa der Ministerpräsident, sondern das Planungsrecht schuld ist, also ebenfalls wieder Rot-Grün. Ich muss Ihnen sagen, am Planungsrecht haben die GRÜNEN in der Geschichte dieser Republik am allerwenigsten geändert. Das Planungsrecht stammt im Kern nämlich noch aus der Zeit der sozialliberalen Regierung. Herr Ministerpräsident, das wissen Sie genau.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich will das, was Sie zum Flughafen gesagt haben, deshalb nicht kritisieren, weil es mir zeigt, wie groß Ihre Not ist. Sie haben heute den Versuch der Vorbereitung der Enteignung eines Industrieunternehmens unternommen. Im Übrigen: Es handelt sich hier um real existierende Arbeitsplätze, die im Fall der Enteignung vernichtet würden.

Herr Ministerpräsident, die Stadt Raunheim ist 1.200 Jahre alt.

(Zurufe von der CDU)

Sie tun so, als hätten die GRÜNEN dafür gesorgt, dass die sich in der Nähe des Flughafens ansiedeln, der dort erst seit 80 Jahren ist. Das ist doch albern, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man mag zur Notwendigkeit des Ausbaus des Frankfurter Flughafens stehen, wie man will, aber hier solche Reden zu halten ist für jemanden, der einmal gesagt hat, dass er etwas hinkriegen wolle – und der bis jetzt nichts hingekriegt hat –, wirklich unter aller Würde, und es ist auch unter der Würde eines Ministerpräsidenten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Von unserer Seite hat sich niemand auf die Nordwestbahn festgelegt. Die Festlegung erfolgte durch den CDU-Landesvorsitzenden Roland Koch.

(Michael Boddenberg (CDU): Welche Variante favorisieren Sie?)

Wenn Sie nicht in der Lage waren, zu sehen, dass sich nebedran eine Chemiefabrik befindet, dann ist das nicht unser Problem, Herr Ministerpräsident, sondern Ihr ganz persönliches Problem.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Ich will zum Haushalt und zu der generellen Frage, wie viel Geld wir wofür ausgeben, sagen: Wir haben glücklicherweise Steuermehreinnahmen. Im Entwurf des Landeshaushalts für das nächste Jahr stehen 1 Milliarde € an Steuermehreinnahmen, und es ist wahrscheinlich, dass wir noch mehr einnehmen werden. Wenn ich mir allerdings betrachte, dass im Entwurf dieses Landeshaushaltes trotz bereits prognostizierter Steuermehreinnahmen von über 1 Milliarde € die Nettoneuverschuldung – ich betone: im Entwurf – fast gleich bleibt, dann zeigt das, wie sehr Sie in den beiden Vorjahren dafür gesorgt haben, dass Vermögen verschleudert worden ist, um das strukturelle Defizit zu überdecken.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Ministerpräsident, wenn man nach siebeneinhalb Jahren, die man an der Regierung ist, über 40 % der Gesamtschulden des Landes Hessen seit 1946 zu verantworten hat, dann kann das wirklich niemand in diesem Lande begrüßen. Die Tatsache, dass über 2 Milliarden € an Vermögenswerten verschleudert worden sind – Stichwort: „Leo I“, „Leo II“ –, ohne einen Gegenwert dafür zu bekommen, außer dass das strukturelle Defizit zweier Haushaltsjahre überdeckt wurde, zeigt, wie dramatisch die Situation des Landes immer noch ist.

Dass die Steuermehreinnahmen erst im Haushaltsjahr 2007 fließen, ist kein Zufall. Es gehört zu den großen Eigentümlichkeiten der Zusammensetzung dieses Landtags, dass die Wahl im Jahre 2003 von der CDU mit einer Kampagne gegen Steueränderungspläne der damaligen Bundesregierung mit absoluter Mehrheit gewonnen worden ist. Hauptpunkte dieser Steueränderungspläne, gegen die Sie damals – leider erfolgreich – polemisiert haben, waren unter anderem Kürzungen bei der Eigenheimzulage, bei der Pendlerpauschale und Ähnlichem. Es gehört zu den Eigentümlichkeiten der Politik und auch zu dem Problem der Glaubwürdigkeit der Politik, dass Sie als Verhandlungsführer der Großen Koalition gemeinsam mit Peer Steinbrück all die Kürzungen, die Sie damals thematisiert und so erfolgreich bekämpft haben, dass die CDU in Hessen die absolute Mehrheit bekam, höchstpersönlich in das Gesetzblatt geschrieben haben. Den Erfolg sieht man an den Steuermehreinnahmen, die im nächsten Jahr fließen werden. Man kann zwar sagen: „Okay, was kümmert mich mein dummes Geschwätz von gestern“, aber wenn Sie sich die Frage stellen, warum die Politik insgesamt unter einem Verlust der Glaubwürdigkeit leidet, dann lautet die Antwort: Das hängt auch damit zusammen, dass diejenigen, die im Jahre 2003 behauptet haben, die Abschaffung der Eigenheimzulage sei eine Katastrophe, sie am Ende selbst abgeschafft haben und die Steuermehreinnahmen jetzt als Ergebnis ihrer Politik feiern. Das ist ein generelles Problem des politischen Systems in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielleicht kommen Sie in einer stillen Stunde – möglicherweise angesichts des Besuchs, den Sie in der letzten Woche gemacht haben – zu der Erkenntnis, dass Ihnen ein bisschen Reue guttun würde, Herr Ministerpräsident.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Der weiß gar nicht, was das ist!)

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident, ich will trotzdem noch einmal auf die generelle Frage eingehen, wie es mit den Finanzen aussieht. Es ist schade, dass der Herr Finanzminister gerade nicht da ist.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Er versäumt nichts! – Gegenruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD): Es ist eigentlich ungehörig, dass der Finanzminister nicht hier ist! In einer Haushaltsdebatte ist das nicht üblich!)

– Über Etikette unterhalte ich mich mit vielen, aber nicht mit Christean Wagner.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

– Herr Irmer, Sie sind doch ein Freund deutscher Sprichwörter. Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Folgendes zum Stichwort Vermögensverkauf. Gestern hat das Finanzministerium eine Presseerklärung herausgegeben, in der es heißt: Leo II erfolgreich abgeschlossen; 36 weitere Gebäude des Landes sind verkauft. – Ich möchte Ihnen an einem Beispiel deutlich machen, was hier gerade stattfindet. Es wird das Gebäude des Statistischen Landesamtes verkauft. Das steht in der Anlage zu dieser Presseerklärung unter Nr. 34.

Das Gebäude des Statistischen Landesamtes befindet sich in Wiesbaden in der Rheinstraße. Jeder kann es sich betrachten. Der Beginn der Bebauung in diesem Gebiet hat im Jahr 1828 stattgefunden. Im Jahre 1843 wurde dieses Gebäude für 64.000 Gulden an die herzogliche Generaldomänenverwaltung verkauft. Im Jahre 1855 wurde es an den Landessteuerfiskus verkauft und wurde als Geschäftslokal der herzoglichen Landesregierung betrieben. Es hat sich dann in unterschiedlichen Nutzungen befunden, inklusive Preußisches Behördenhaus, 1945 Beschlagnahme durch die amerikanische Besatzung, Verwendung als Truppenunterkunft, seit 1954 Nutzung als Hessisches Statistisches Landesamt. Dieses Gebäude befindet sich also seit dem Vormärz in öffentlichem Besitz.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Es hat die Paulskirchenrevolution in öffentlichem Besitz erlebt. Es hat den Deutsch-Französischen Krieg in öffentlichem Besitz überlebt. Es hat die Reichsgründung in öffentlichem Besitz erlebt. Es hat den Ersten Weltkrieg in öffentlichem Besitz überstanden. Es hat die Ausrufung der Republik im öffentlichen Besitz überstanden.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Es bleibt im öffentlichen Besitz! Eigentum!)

Es hat die Beschlagnahme durch die Amerikaner im öffentlichen Besitz überstanden. Dieses Gebäude hat aber Karlheinz Weimar und Roland Koch nicht überlebt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das macht Ihnen vielleicht klar, was hier gerade passiert. Hier findet ein Ausverkauf statt, der ohne Beispiel in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist.

(Michael Boddenberg (CDU): Steht das Gebäude noch?)

Herr Finanzminister, wenn Sie dann nebenbei sagen: „Wir haben wegen neuer Pläne in Frankfurt aus dem Paket drei Gebäude herausgenommen“, dann sage ich Ihnen: Was wäre denn passiert, wenn Sie die Gebäude für 30 Jahre Mietvertrag jetzt gleich mitverkauft und zurückgemietet hätten und die neuen Pläne im nächsten Jahr entstanden wären? Was hätten wir denn dann gemacht?

(Frank Gotthardt (CDU): Was ist mit Offenbach?)

Herr Finanzminister, was hätten wir denn dann gemacht? Hätten wir dann die drei Gebäude leer stehen lassen und hätten 30 Jahre lang Miete bezahlt? Meine Damen und Herren, was hier stattfindet, ist der größte Irrsinn, seit es öffentliche Gebäude gibt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich kann Ihnen nur sagen: Wenn wir alle, die wir hier gerade diese Debatte führen und die wir in der nächsten Plenarsitzung des Hessischen Landtags den Verkauf dieses Pakets beschließen werden, schon nicht mehr im Plenarsaal des Hessischen Landtages präsent sein werden, werden unsere Nachfolgerinnen und Nachfolger noch Miete für diese Verträge bezahlen müssen, die diese Landesregierung abschließt. Das kann doch nicht richtig sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Lieber Schulden machen! Was ist denn das grüne Gegenprogramm? Habt ihr keines? – Michael Boddenberg (CDU): Antrag zum Geldausgeben!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben uns in der Haushaltsklausur unserer Fraktion, so wie die anderen Fraktionen auch, mit dem Haushalt beschäftigt und werden im Gegensatz zu den beiden anderen Oppositionsfraktionen unsere Anträge zur dritten Lesung einbringen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Vermögensteuer einführen, Grundwasserabgabe einführen, den Menschen ins Portemonnaie greifen!)

– Herr Hahn, ich bitte Sie. Was sollen denn diese Zwischenrufe?

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Was denn? Was ist denn mit der Grundwasserabgabe, Herr Al-Wazir? – Michael Boddenberg (CDU): Das haben wir doch schwarz auf weiß!)

– Ja, wir sind der Meinung, dass wir wieder eine Gewässerschutzabgabe einführen wollen, Herr Hahn, weil wir einen seriösen Haushalt und keine Milchkühenrechnung vorlegen wollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ach, wie schön! – Michael Boddenberg (CDU): Subventionierte Waschmaschinen! – Zuruf des Abg. Rafael Reißer (CDU))

Wir haben uns eingehend mit dem Haushalt beschäftigt. Herr Hahn, wir haben seriöse Vorschläge für Minderausgaben und Mehreinnahmen gemacht. Ich gebe zu, an einem Punkt ist unser Vorschlag für Mehreinnahmen auch ein Vermögensverzehr, wenn wir nämlich vorschlagen, 2,3 % des Grundkapitals der Fraport zu verkaufen. Allerdings gebe ich zu bedenken, dass das ein Vermögensverzehr ist, den wir nachher nicht sofort für 30 Jahre zurückmieten müssen. Herr Finanzminister, das ist doch ein gewisser Unterschied.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das war ein Witz, jetzt müsst ihr lachen! Das haben sie gar nicht verstanden! – Gegenruf der Abg. Andrea Ypsilanti (SPD): Was ist denn los heute Morgen? Haben Sie schlecht geschlafen?)

Ich glaube, dass wir mit unseren Haushaltsvorschlägen, wenn Sie sie sich genau betrachten, durchaus deutlich machen, dass es möglich ist, auch angesichts der angespannten Finanzsituation des Landes eine deutlich andere Politik in diesem Land zu machen.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD) – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Bitte? Ihr habt ein Benehmen, das ist unerhört! Frau Fuhrmann hat „Kotzbrocken“ zu mir gesagt, damit Sie es wissen, Herr Präsident! – Michael Boddenberg (CDU): Ihr Beitrag zur Etikette!)

Präsident Norbert Kartmann:

Ich werde nachher das Protokoll einsehen. – Vielen Dank.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Wenn Herr Hahn sich beruhigt hat, kann ich fortfahren. – Ich glaube, dass es durchaus möglich ist, in diesem Haushalt andere Akzente zu setzen.

Dann komme ich zur Bildung. Herr Ministerpräsident, wenn Sie sich angesichts der Situation, die wir an den hessischen Schulen haben, hierhin stellen und sich für Ihre Bildungspolitik loben, dann sage ich Ihnen: Es wird Ihnen damit so gehen wie mit Ihren groß angekündigten Projekten, von denen Sie denken, Sie ernten Dankbarkeit, und für die Sie am Ende – Stichwort „Unterrichtsgarantie plus“ – zu Recht einen Sturm der Entrüstung geerntet haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Wie viele Anrufe haben Sie pro Tag? Habt ihr Daten? Habt ihr die Hotline schon abgeschaltet? – Ministerpräsident Roland Koch: Der Sturm war so groß, dass sie das Telefon abgeschaltet haben! – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Sie haben Steuermehreinnahmen von über 1 Milliarde €.

(Minister Karlheinz Weimar: Wie viele Anrufe haben Sie denn? Beantworten Sie das doch einmal!)

Von diesen Steuermehreinnahmen von über 1 Milliarde € nehmen Sie insgesamt 6,5 Millionen € für neue Lehrerstellen. Das sind 1,3 Promille.

(Minister Karlheinz Weimar: Wir wollen dem gern nachgehen!)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Al-Wazir, gestatten Sie Zwischenfragen?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich gestatte eine Zwischenfrage und kann dem Herrn Boddenberg nur wünschen, dass es eine sinnvolle ist!)

– Das werden wir gleich sehen. Herr Boddenberg, bitte.

Michael Boddenberg (CDU):

Herr Al-Wazir, da Sie das Thema „Unterrichtsgarantie plus“ angesprochen hatten: Wie viele Anrufe haben Sie denn bei den GRÜNEN? Ich glaube, darüber haben wir beim letzten Mal geredet. Vielleicht können Sie mir auch gleich in Prozent ausrechnen, wie viel das von den täglich gehaltenen Unterrichtsstunden betrifft.

(Norbert Schmitt (SPD): Reden Sie mit den Elternbeiräten! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Norbert Schmitt (SPD): Das war keine sinnvolle Frage!)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Al-Wazir, bitte.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich habe wenigstens etwas trinken können. Insofern hatte die Frage ihren Sinn.

Wir haben von Anfang an gesagt, dass wir unser Telefon für zwei Wochen schalten.

(Michael Boddenberg (CDU): Wie viele waren es denn? Wie viel Prozent?)

In diesen zwei Wochen hatten wir am Tag ungefähr zehn Anrufe.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Herr Boddenberg, passen Sie auf: ohne dass wir über 200.000 € Steuergeld für Werbung für diese Nummer ausgegeben haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Wie viele Stunden pro Tag?)

Aber obwohl Sie über 200.000 € Steuergeld als Werbung für Ihre Nummer ausgegeben haben, haben bei uns Leute angerufen und gesagt: „Ich habe gerade beim Kultusministerium angerufen, aber die nehmen mich nicht ernst.“ Darüber sollten Sie einmal nachdenken.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD) – Michael Boddenberg (CDU): Beeindruckende Kampagne!)

Ihr Grundproblem ist doch, dass Sie im Rahmen der „Operation düstere Zukunft“ über 1.000 Lehrerstellen gestrichen haben. Wenn Sie sagen, dass Sie im Gegenzug für die verbleibenden Lehrerinnen und Lehrer die Arbeitszeit erhöht haben, so ist das richtig. Allerdings wissen Sie auch, dass es das Problem bei Krankheit eher vergrößert, weil dann auch jeweils eine Stunde mehr ausfällt. Aber das nur nebenbei.

(Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

Herr Ministerpräsident, ich glaube, dass Sie sich überlegen müssen, ob es nicht Sinn machen würde, diesen Fehler, den Sie Ende 2003 begangen haben, zu korrigieren, anstatt immer mehr Geld in Vertretungsverträge von Professionellen – allerdings dann nur für das Schuljahr und immer wieder unterbrochen – und immer wieder Geld in Vertretung durch Laien – Stichwort „Unterrichtsgarantie plus“ –, jedenfalls zum Teil, zu stecken. Wir haben das jedenfalls beantragt. Sie können diese Streichung im Haushaltsausschuss zwischen der zweiten und der dritten Lesung rückgängig machen und das machen, was eigentlich Sinn macht, nämlich Unterricht durch professionelle Lehrkräfte erteilen zu lassen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich schlage Ihnen vor, ein Sofortprogramm Schule zu machen und jeder Schule 50 € pro Schüler und Schülerin und Jahr zur freien Verfügung zu geben.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das haben Sie in Ihrer Regierungszeit nicht gemacht!)

Wir schlagen Ihnen vor, das, was Sie Ganztagschule nennen und was in Wahrheit pädagogische Mittagsbetreuung ist, für alle zu machen, die sich dafür bewerben, und wirkliche Ganztagschulen zu etablieren. Herr Ministerpräsident, wir schlagen Ihnen vor, dass Sie bei der Qualitätsverbesserung noch einmal zusätzliches Geld einsetzen. Ich sage ausdrücklich: inklusive Prioritätensetzung, weil wir alle unsere Anträge und Änderungsanträge für Mehrausgaben durch Mehreinnahmen oder Minderausgaben im Haushalt decken werden. Das können Sie sehen, sobald unsere Anträge eingebracht sind.

Herr Ministerpräsident, wir glauben, dass die Erhebung von Studiengebühren in der Art und Weise, wie Sie sie hier mit Ihrer absoluten Mehrheit durchgesetzt haben, falsch ist. Wenn Sie hören, dass wir jetzt bei der ersten Bilanz der Einschreibungen der Erstsemester an hessischen Hochschulen einen Rückgang haben, dann kann ich nur hoffen, dass das nicht schon die ersten Auswirkungen der Ankündigung der Einführung von Studiengebühren im Jahre 2007/2008 sind.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist aber so! – Andrea Ypsilanti (SPD): Natürlich, klar!)

Herr Ministerpräsident, Sie werden in der Ministerpräsidentenkonferenz im Dezember zu entscheiden haben, ob Sie dem Bildungspakt, der bundesweit zusätzliche Studienplätze vorsieht, mit Ihren Kollegen Ministerpräsidenten zustimmen. Dazu braucht es mehr Geld. Deswegen haben wir nicht nur beantragt, auf die Studiengebühren zu verzichten und den Hochschulen das ausfallende Geld aus dem Haushalt zu geben, sondern wir werden beantragen, für den Ausbau von Studienplätzen 19 Millionen € zusätzlich bereitzustellen. Denn wenn wir den Bildungspakt, den Frau Schavan vorgeschlagen hat, ernst nehmen, braucht es zur dritten Lesung in diesem Haushalt noch deutliche Veränderungen bei dem Wissenschaftsetat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sehr verehrte Damen und Herren, wir schlagen Ihnen bei der Kinderbetreuung ein Konzept vor, das wir BIBER 0–10 genannt haben, als Abkürzung für: Bildung, Betreuung, Erziehung aus einem Guss für Kinder von null bis zehn Jahren. Denn wir finden ausdrücklich richtig, was die Landesregierung in ihrem Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder von 0 bis 10 Jahren aufgeschrieben hat. Aber wir

finden es ausdrücklich falsch, dass außerhalb von Modellprojekten das, was dort richtig steht, nicht gemacht wird. Deswegen schlagen wir Ihnen vor, dass wir dafür Geld im Landshaushalt hinterlegen und aufhören mit der Trennung in Kinder unter drei Jahren, Kinder von drei bis sechs Jahren, Vorschule, Grundschule, sondern dass wir mit Bildung, Betreuung und Erziehung aus einem Guss Ernst machen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir schlagen Ihnen außerdem zu den Stichwörtern BAMBINI und beitragsfreies drittes Kindergartenjahr vor: Freiheit für die Kommunen statt goldener Zügel.

(Beifall der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir schlagen Ihnen also vor, dass Sie die Zweckbindung im Kommunalen Finanzausgleich für den Bereich Kinderbetreuung, die Sie nur für das beitragsfreie dritte Kindergartenjahr eingeführt haben, auf den Bereich Kinder insgesamt erweitern und es den Kommunen überlassen, ob sie das erste Kindergartenjahr oder das dritte Kindergartenjahr beitragsfrei stellen wollen, ob sie dieses Geld in Qualitätsverbesserung investieren wollen oder ob sie dieses Geld z. B. in die Betreuung von unter dreijährigen Kindern investieren wollen. Wir schlagen Ihnen vor, den Kommunen freie Hand zu geben, weil die am besten wissen, wo das Geld gebraucht wird.

Dabei ist auch von Ihnen unbestritten, dass die Beitragsfreiheit des dritten Kindergartenjahres natürlich von jeder Kommune umgesetzt wird, wenn sie nur dafür Geld bekommen kann. Das ist völlig klar. Aber dass damit kein zusätzliches Geld für diesen Bereich zur Verfügung gestellt wird, sondern nur Elternbeiträge ersetzt werden, das ist Ihnen auch wohl klar. Deswegen schlagen wir Ihnen vor, in diesem Bereich Freiheit für die Kommunen einzuführen, statt den goldenen Zügel zu verwenden, den Sie früher immer so heftig kritisiert haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir schlagen Ihnen vor, das wir unter dem Motto „Weg von Öl und Atom“ Ernst machen mit der Energiewende in Hessen. Ich finde es geradezu einen Skandal, dass wir gestern in erster Lesung einen Nachtragshaushalt eingebracht bekommen haben, in dem das Geld für erneuerbare Energien reduziert statt aufgestockt wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Das ist angesichts des Ölpreises, angesichts Ihres Döbel-Dilemmas, angesichts dessen, was wir momentan auf dem Energiemarkt erleben,

(Norbert Schmitt (SPD): Ganz schön übel mit dem Döbel!)

ein Beweis dafür, dass die hessische CDU hinter dem Mond lebt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Clemens Reif (CDU): Wo ist der Mond?)

– Der Mond ist da, wo Sie denken, dass die Erde eine Scheibe ist. Herr Reif, ungefähr da ist der Mond für die hessische CDU.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir schlagen Ihnen vor, 20 Millionen € zusätzlich für die hessischen Verkehrsverbände zur Verfügung zu stellen, damit die angekündigten Fahrpreiserhöhungen und Streckenstilllegungen wegen der von diesem Ministerpräsidenten maßgeblich betriebenen Reduzierung der Regionalisierungsmittel nicht Realität werden.

Wir schlagen Ihnen zum Stichwort Zwangsverband Kultur – Herr Ministerpräsident, davon haben Sie heute nicht geredet – eine Alternative vor, die ausdrücklich sagt: Ja, wir brauchen für die Stadt Frankfurt eine gewisse Finanzierung des Landes, weil es aus historischen Gründen, weil die einen einmal Fürsten hatten und die anderen einmal freie Reichsstadt waren, schwer erklärlich ist, warum es in manchen Städten Staatstheater und Landesmuseen gibt und in der größten Stadt Hessens nicht. Ja, wir brauchen ausdrücklich eine gewisse Mitfinanzierung. Aber es ist ausdrücklich falsch, nur den engen Bereich des Ballungsraumgesetzes und des Planungsverbandes zur Mitfinanzierung heranzuziehen.

Vielmehr sollten wir einen großen Wurf machen: in Zukunft Drittelfinanzierung von Land, Sitzstadt und Kommunalem Finanzausgleich. Das würde unter dem Strich bedeuten, dass die Kommunen, die im Gebiet des Ballungsraumgesetzes liegen, deutlich weniger zahlen müssten, als im Kulturzwangsverband vorgesehen würde. Wenn man sieht, wie groß der Kommunale Finanzausgleich insgesamt ist und um welche Summen es geht, dann weiß man, dass es kaum von Gewicht für die einzelne Kommune ist; aber insgesamt ergibt es eine deutliche Summe. Die vorgeschlagene Lösung würde dazu führen – wir bitten, ernsthaft darüber nachzudenken –, dass wir nicht nur das Problem für Frankfurt lösen würden, sondern dass wir auch der Ungerechtigkeit in einem gewissen Maß entgegenstehen würden, indem die Stadt Kassel, der es finanziell nicht so gut geht und die für ihr Staatstheater ungefähr die Hälfte bezahlt,

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Offenbach erst!)

in Zukunft eine gewisse Entlastung bekommt und die Stadt Baunatal, um ein anderes Beispiel aus direkter Nähe zu nehmen, einen gewissen Beitrag zumindest indirekt über den KFA leisten würde.

Wir haben diesen Vorschlag gemacht, damit wir ernsthaft darüber nachdenken – wir werden ihn auch allen zur Verfügung stellen, die in der Kulturmediation momentan über dieses Thema beraten –, damit es in diesem Bereich einen wirklichen Fortschritt gibt und damit wir von dieser unsäglichen Idee des Ministerpräsidenten für einen Kulturzwangsverband endlich wegkommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben Ihnen auch den Vorschlag gemacht, wieder ein Sozialbudget in Hessen einzuführen. Ich finde, an einem Punkt ist sehr deutlich geworden – Herr Ministerpräsident, Sie haben die „Operation düstere Zukunft“ angesprochen –,

(Frank Williges (CDU): Hat er nicht!)

was wir in den letzten drei Jahren in Hessen erleben. Wir alle haben Kindesmisshandlungen und schwierige Familienverhältnisse beklagt, und wir alle diskutieren über die Frage, wie man Eltern z. B. durch verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen dazu bringen kann, die bestehenden Angebote für ihre Kinder wahrzunehmen. Wir sind uns alle einig. Wir streiten manchmal über den Weg, ob das auf Landesebene passieren soll oder ob man immer nur Forderungen an andere wie die Bundesebene stellen soll.

Herr Ministerpräsident, wenn man als Ministerpräsident oder als Sozialministerin Verantwortung dafür trägt, dass man den Familienberatungsstellen im Lande Hessen im Jahre 2003 einen Großteil ihrer bisherigen Finanzierung gestrichen hat,

(Petra Fuhrmann (SPD): So ist es!)

und sich danach darüber beklagt, dass es für bestimmte schwierige Situationen keine Beratung mehr gibt, dann kann ich das nur noch als Heuchelei bezeichnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Man kann lange darüber streiten, ob die Etikettierung einer bestimmten Bevölkerungsgruppe als Unterschicht hilfreich ist oder nicht. Aber dass wir in bestimmten Bereichen der Gesellschaft ein Problem haben, das immer größer wird, das ist unbestritten. Dass wir in bestimmten Bereichen eine Aufgabe als Staat haben, eine Erziehungs-, eine Betreuungs-, eine Beratungs-, eine Befähigungsaufgabe, und dass das auch etwas mit Sozialpolitik und mit sozialem Ausgleich in dieser Gesellschaft zu tun hat, das müsste unbestritten sein. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sollten hier noch einmal darüber nachdenken,

(Petra Fuhrmann (SPD): Die gucken alle betreten unter sich!)

ob man die katastrophalen Fehler, die im Bereich des Sozialministeriums im Jahr 2003 für das Haushaltsjahr 2004 gemacht worden sind, in einem gemeinsamen Kraftakt in diesem Parlament korrigieren muss. Wir laden Sie dazu ein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Ministerpräsident, wir sind der Meinung, dass wir natürlich auch über die Frage nachdenken müssen, wie man jenseits des originären Haushalts zu weiteren Mehreinnahmen kommt. Wir machen Ihnen den Vorschlag, dass man im Bereich des Finanzministers einmal über die Frage nachdenkt, wie die Steuerprüfung in diesem Land funktioniert. Wir haben diesen Vorschlag gemacht, noch bevor der Bericht des Bundesrechnungshofs auf den Tisch kam. Wenn ich dann als Verteidigung aus dem Finanzministerium höre, der Bundesrechnungshof habe nicht Recht, der Einkommensmillionär werde in Hessen nicht alle 14 Jahre, sondern alle zehn Jahre überprüft –

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): 16,9 Jahre ist der Bundesschnitt! – Gegenruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD): Na und?)

– Der Bundesschnitt mag 16,9 Jahre sein. Das ist skandalös. Aber ich finde, zehn Jahre sind immer noch nicht gut. Darüber müssten wir uns eigentlich einig sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir machen Ihnen den Vorschlag, dass wir die Finanzverwaltung in die Lage versetzen, genauer hinzugucken. Wenn je die Vorstellung eines Selbstfinanzierungseffektes gerechtfertigt war, dann in diesem Bereich, weil man ungefähr weiß, wie viele Steuerprüfungen wie viele Mehreinnahmen ergeben.

Herr Finanzminister, ich kann Ihnen sagen, dass ich davon ausgehe, dass wir in Hessen mehr Einkommensmillionäre haben als in Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen-Anhalt. Deswegen gehen wir davon aus, dass hier auch

mehr Geld zu holen ist. Ich sage ausdrücklich: Das hat überhaupt nichts mit Sozialneid oder Ähnlichem zu tun. Aber wer immer wieder Diskussionen darüber beginnt, dass man bei denen, die pro Monat 345 € Arbeitslosengeld II bekommen, den Sozialmissbrauch stärker kontrollieren muss, und es dann hinbekommt, jemanden, der pro Jahr mehr als 1 Million € verdient, im Schnitt alle zehn Jahre zu kontrollieren, der macht irgendetwas falsch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir glauben, dass wir Ihnen ein Angebot gemacht haben und denjenigen, die im Haushaltsausschuss vor der dritten Lesung über unsere Anträge zu befinden haben, machen werden, über das es sich nachzudenken lohnt. Wir hoffen, dass dieses Nachdenken in bestimmten Bereichen wirklich einsetzt und nicht die automatische Abstimmungsmaschinerie in Gang gesetzt wird nach dem Motto: Alle sind dagegen, die CDU hat immer Recht. – Ich glaube, Ihnen würde das unter dem Strich nicht gut bekommen, dass Sie so wenig nachdenken.

Dass Sie wenig nachdenken, kann man auch an dem Beispiel Unterrichtsgarantie plus sehen. Ich habe das Gefühl, dass Sie ernsthaft darüber erstaunt waren, dass es Proteste gab. Ich glaube, ein Teil dieser ganzen Debatte um die Unterrichtsgarantie plus ist nur dadurch zu erklären, dass die CDU der Meinung war, dass ihr Dankbarkeit entgegenkommen müsste, wo ihr zu Recht Protest entgegen geschlagen ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass Sie dieser Fehleinschätzung unterlegen sind, hat viel damit zu tun, dass Sie in der Situation der absoluten Mehrheit und in der Situation der Tankstelle – nach dem Motto: alle kennen sich schon immer, alle bestätigen sich schon immer, alle klopfen sich gegenseitig auf die Schulter, dass sie immer schon recht hatten – die Vorstellung dafür verloren haben, dass es auch noch andere Meinungen als die Ihre geben könnte. Ich kann für dieses Land und diesen Landeshaushalt nur hoffen, dass das Nachdenken spätestens bei den Debatten über die Anträge der Opposition in diesem Hause einsetzt und dass dieses Einsetzen zu Verhaltensänderungen führt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das heißt allerdings nicht, dass ich dafür dankbar wäre, wenn diese Verhaltensänderung dazu führte, dass Sie Ihre absolute Mehrheit auch nur annähernd verteidigen könnten. Ich glaube – aber das wissen Sie ja selbst –, dass das kaum machbar ist. Aber ich glaube, dass es der politischen Kultur in diesem Lande guttun würde, wenn wir diese 56 : 54-Front hier einmal durchbrechen würden und in ernsthafte Debatten über Sachpolitik eintreten könnten, und zwar jenseits der Einstellung: Die CDU hat immer recht, weil sie hier die Mehrheit hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben noch über ein Jahr bis zur Landtagswahl. Das heißt, zum jetzigen Zeitpunkt könnten Sie in bestimmten Bereichen immer noch eine Kurskorrektur vornehmen, an die sich am 27. Januar 2008, wenn wir ganz ehrlich sind, keiner mehr erinnern wird. Also nutzen Sie die Chance jetzt, es wäre dem Land Hessen zu wünschen. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Al-Wazir. – Als Nächster hat Herr Hahn als Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion das Wort.

Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum Abschluss seines Beitrags hat Kollege Al-Wazir eben darauf hingewiesen, dass am 27. Januar des Jahres 2008 die Wählerinnen und Wähler in Hessen die Chance, ja das Recht, ja die Pflicht haben, einen neuen Hessischen Landtag zu wählen. Das ist in 16 Monaten. Herr Kollege Al-Wazir, ganz offensichtlich leben Sie und einige andere hier im Hause von dem Bild: Die eine Seite meint, die CDU habe immer recht; die andere Seite meint, Rot-Grün sei gegen alles, was die CDU mache. – Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, dass das ein vollkommen falsches Bild von Politik ist und dass das von den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land vollkommen abgelehnt wird. Deshalb möchte ich für die FDP-Fraktion, wie wir es in den letzten Jahren immer wieder gemacht haben, bewerten, welche von beiden Seiten richtige Vorschläge hat. Denn eines ist doch klar: Weder hat die Union immer recht, noch hat sie immer unrecht.

(Beifall bei der FDP)

Es ist weder immer falsch noch immer richtig, zu sagen: „Was die Union macht, ist falsch.“ Herr Kollege Al-Wazir, dieses Ritual – ich will ein bestimmtes Wort jetzt nicht benutzen, damit der Präsident nicht in die Lage kommt, mich rügen zu müssen – ist bei den Menschen draußen nicht mehr in. Sie hassen dieses Ritual, sie verstehen uns nicht. Frau Kollegin Landesvorsitzende, wenn gerade gestern Nachmittag die Wirtschaftsjuden Sie in diesem Hause gefragt haben: „Was war denn das für eine Debatte, die ihr da abgeliefert habt?“, so habe ich jedenfalls von jedem Wirtschaftsjuden einzeln gehört: Es war gut, dass wenigstens die FDP-Fraktion nicht in dieses Ritual mit hineingefallen ist, sondern versucht hat, sich einem Sachverhalt objektiv zu nähern.

(Beifall bei der FDP – Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Frau Kollegin Schulz-Asche, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist sinnlos, in der tiefsten Überzeugung hier vorne zu stehen, nur man selbst habe recht, wenn man auf der anderen Seite draußen abtestet, dass die Menschen das anders sehen. Deswegen ergibt es auch keinen Sinn, so aufzutreten, wie Kollege Al-Wazir es gerade getan hat, indem er alles, was diese Regierung während der absoluten Mehrheit der CDU in diesem Lande gemacht hat, als schlecht bezeichnet.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, warum kommen wir nicht endlich einmal auf den Trichter, dass wir das, was wir mit Politikverdrossenheit umschreiben – wo es doch vielmehr eine Parteienverdrossenheit ist –, nicht selbst weiterhin vorsätzlich bedienen, sondern dass wir darangehen, uns mit den Themen auseinanderzusetzen, die die Menschen in diesem Lande beschäftigen.

(Beifall bei der FDP – Andrea Ypsilanti (SPD): Als Back-up!)

Ich möchte ganz besonders darauf hinweisen, dass sich die Menschen in diesem Lande verstärkt damit auseinandersetzen – da bin ich inhaltlich gar nicht weit weg von Tarek Al-Wazir –, wie es um die Verschuldungssituation steht. Ich kenne keinen Bürger, der es uns noch abnimmt, wenn wir sagen, wir müssten neue Schulden machen. Das kann uns deshalb kein Bürger ernsthaft abnehmen, weil er es selbst nicht macht. Die Politik ist doch genau andersherum eingestellt, als es der Bürger zu Hause ist. Der Bürger und die Familie sind so eingestellt, dass sie sagen: Ja, wir wollen einen Zuwachs für die Familie haben. Ja, wir möchten, dass – ich überspitze es jetzt und übersetze es ins Hessische – noch ein Häussche fürs Enkelsche da ist. Natürlich muss das „Häussche fürs Enkelsche“ auch schuldenfrei sein.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, was macht die Politik? Sie baut auch Häuser, aber die sind nicht schuldenfrei, sondern mit Schulden überlastet. Dadurch brechen sie ein. Das ist der Unterschied zwischen dem privaten Menschen und dem Staat, den wir endlich einmal aufbrechen müssen.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ja, ich stimme Jürgen Walter und Tarek Al-Wazir in der Kritik an dem grundsätzlichen Finanzgebaren von Karlheinz Weimar und Roland Koch zu. Wenn es denn tatsächlich so ist, wie in dem Haushalt des Finanzministers notiert, dass im Jahr 2007 die Steuereinnahmen erheblich mehr sprießen, als sie das in den vergangenen Jahren getan haben, dann ist es doch vollkommen vernünftig, Herr Finanzminister, mit den strukturellen Umbaumaßnahmen im Haushalt zu beginnen. Sie haben im Haushalt 2007 keinen strukturellen Umbau vorgenommen.

(Beifall bei der FDP)

Es ist doch eine Binsenweisheit, die man sogar als Jurist versteht, dass man in den Zeiten, in denen das Geld strömt, eine Umstrukturierung vornehmen muss, um letztlich keine Schulden machen zu müssen. Um es noch platter zu sagen: Je mehr Geld im Portemonnaie ist, desto mehr muss man zur Schuldentilgung einsetzen. – Das weiß, wie gesagt, jeder Jurist. Herr Kollege Weimar, ich weiß, Sie sind Jurist, aber dazu noch Finanzminister des Landes Hessen. Es ist unverantwortlich – das sage ich ganz bewusst für die FDP-Fraktion in diesem Hause –, gerade das Jahr 2007 nicht zu nutzen, um ein Umschichten vorzunehmen von geringerer Neuverschuldung auf Schuldenabbau.

(Beifall der Abg. Dieter Posch und Roland von Hunnius (FDP))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, warum machen das die Unionschristen, die mit absoluter Mehrheit in diesem Hause vertreten sind, denn nicht? Sie haben in Hessen für das Jahr 2007 doch keinen Bürgerhaushalt, keinen Haushalt für die Bürger, vorgelegt. Sie haben einen Wahlkampfhaushalt für die hessische CDU für das Jahr 2007 vorgelegt.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Das ist der zentrale Unterschied dazu, wie man eigentlich eine vernünftige Haushaltsführung vornimmt. Lieber Karlheinz Weimar, wir kennen uns persönlich sehr gut, aber gestern habe ich richtig laut gelacht – Gott sei Dank vor meinem Fernseher im Zimmer und nicht hier im Raum –, als der amtierende hessische Finanzminister da-

von gesprochen hat, dass er eine seriöse Haushaltsführung betreibt.

(Minister Karlheinz Weimar: Ja!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist doch tatsächlich nur noch entweder zum Lachen oder zum Weinen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Seriös wäre es, das Jahr 2007 mit den zusätzlichen Einnahmen zu nutzen, um die Reduzierung der Schulden drastisch voranzutreiben, also nicht nur weniger Schulden aufzunehmen. Sie machen den Menschen in diesem Lande doch etwas vor, wenn Sie so tun, als wären Sie ein Sparkommissar. Nein, Sie sind ein Schuldenkommissar, weil Sie weiterhin den vorhandenen Schulden zusätzliche Schulden hinzufügen.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Jürgen Walter (SPD) und Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich habe Verständnis dafür – das ist, was vorhin Jürgen Walter und gestern auch Frank-Peter Kaufmann in der Debatte um den Nachtragshaushalt angesprochen hat –, dass man den Liberalen sagt: Aber Freunde, in den Jahren von 1999 bis 2003, in denen ihr mitregiert habt, sind auch zusätzliche Schulden entstanden. – Ja, dazu stehen wir. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich erinnere aber immer wieder daran – ich weiß, dass das viele in diesem Hause ein bisschen nervt –, dass in der Debatte um den Nachtragshaushalt 2003 Roland von Hunnius als haushaltspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion und ich in meiner Funktion als Fraktionsvorsitzender der Liberalen gesagt haben: Mit den Entwicklungen, die nach der Bundestagswahl 2002 erkennbar eingetreten sind, werden wir ein Umswitchen – um es auf Deutsch zu sagen: ein Herumdrehen der Schraube – bewirken, damit es keine neuen Schulden mehr in Hessen gibt.

(Beifall bei der FDP)

Diese Aussage haben wir nicht nur gemacht, sondern wir haben sie auch belegt. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wenn wir verantwortlich mit dem Haushalt umgehen, wenn wir Freiheit für unsere Kinder auf die Tagesordnung schreiben und nicht deren Entscheidungskraft einschränken wollten, so könnten wir im Jahre 2007 einen Haushalt fahren, der auf der einen Seite den berechtigten Interessen und Aufgaben des Landes Hessen gerecht wird und auf der anderen Seite nicht einen Cent neue Schulden aufnimmt.

(Beifall bei der FDP)

Das kann man tun. Die Union in diesem Lande will es nicht tun, weil sie sich, wie in alten Zeiten geprobt, durch den Haushalt 2007 – das ist übrigens, um es etwas dreist auszudrücken, wertkonservativ – mit Wahlkampfgeschenken Wählerstimmen zu erkaufen sucht, so, wie es in den letzten Jahrzehnten alle gemacht haben.

Meine sehr verehrten Kollegen von der Union, diese Politik ist out. Seien Sie endlich nach vorne gerichtet, seien Sie strukturell für unsere Kinder da. Das heißt, stellen Sie einen Haushalt auf, wie wir ihn vorgeschlagen haben, in dem es letztlich keine neuen Schulden für das Jahr 2007 braucht.

(Beifall bei der FDP)

Meine Kollegen von der Mitopposition – die mit mehr Schaum vor dem Mund –, es ist natürlich dreist, so zu tun,

als ob man das alles, wie Sie es darstellen, nicht machen könnte, ohne den Bürger zu belasten. Wir sagen: Das geht. – Ich komme gleich darauf zurück. Sie sagen: Bürger, bitte öffne dein Portemonnaie.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was?)

Jürgen Walter sagt: Öffnet eure Portemonnaies. – Die Sozialdemokraten wollen die Vermögensteuer einführen. Damit befinden wir uns wiederum im alten Denken: Wenn der Staat nicht weiter weiß, braucht er eine neue Geldquelle. – Das lehnen wir als Liberale ab.

(Beifall bei der FDP)

Frau Kollegin Landesvorsitzende der GRÜNEN, Sie haben soeben ein bisschen hilflos „Was?“ dazwischengerufen. Herr Kollege Al-Wazir hat das gerade eben noch einmal bestätigt. Die GRÜNEN haben gesagt: Ja, wir wollen die Grundwasserabgabe. – So nannte man das früher. Sie werden mir das neue Wort irgendwann noch einmal beigebracht haben. Ich glaube, jetzt soll es Gewässerschutzabgabe heißen. Das ist aber vollkommen egal. Sie wollen jedenfalls eine neue Steuer einführen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das wollen wir Liberalen nicht.

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen nicht, dass ein Problem dadurch gelöst wird, dass man eine neue Steuer oder eine neue Abgabe einführt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sondern?)

Herr Kollege Al-Wazir und Herr Kollege Walter, ich halte das, was Sie meinen, für relativ unglaubwürdig. Sie meinen, die Landesregierung damit treiben zu können, indem Sie sagen: Das ist doch alles ganz einfach, eröffnet euch weitere Einnahmequellen, zockt die Bürger weiterhin ab und greift in deren Portemonnaie. – Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, nein, so kann das nicht sein. Wir müssen dahin kommen, dass wir von uns aus wieder zu einem strukturellen Haushalt kommen, der gefahren werden kann, ohne dass es zu neuen Schulden kommt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie machen Sie das?)

– Herr Kollege Al-Wazir, Sie können hier noch fünfmal dazwischenrufen. Ich kann Ihnen das auch sechsmal erklären. Ich mache das gerne. Ich weiß, dass Sie es wissen. Das ist das Interessante bei Ihnen. Sie wissen es. Trotzdem wollen Sie das noch einmal hören.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

Denn Sie meinen, das würde bei den Menschen draußen nicht gut ankommen. Doch, das kommt bei den Menschen gut an.

Wir wollen die Einnahmen unseres Landes dadurch kurzfristig erhöhen, dass wir Vermögen veräußern.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

Es ist eine Schimäre, zu glauben, dass man Vermögen immer nur ausschließlich gegen Vermögen eintauschen kann. Haben Sie schon etwas davon gehört, dass man Schulden auch negatives Vermögen nennt? Ist es nicht vernünftig, das Vermögen, das man nicht mehr benötigt, dafür einzusetzen, Schulden abzubauen, damit die Zins-

belastung geringer wird? Ist das nicht eine Logik, die jeder Private anwendet und die auch für den Staat gilt?

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Al-Wazir, das kann mir doch völlig egal sein, solange es sich rechnet. Sie haben von dem Haus in der Rheinstraße gesprochen, das so alt ist, dass es eigentlich schon fast zusammengefallen sein müsste. Mir ist vollkommen egal, wer der Eigentümer dieses Hauses ist. Es ist mir vollkommen egal, wer bei diesem Haus als Eigentümer im Grundbuch steht. Wichtig ist doch etwas anderes, nämlich die Frage: Wie hoch ist die Belastung für den Steuerzahler, die sich daraus ergibt, dass dort ein Amt des Landes Hessen untergebracht ist, solange dieses Amt noch gebraucht wird? Wie ist dieses Amt dort am kostengünstigsten untergebracht? Es kann kostengünstiger sein, das Haus zu verkaufen, dadurch Einnahmen zu erzielen, mit denen man den Schuldenstand senken kann. Dann müssen für die Benutzung des Hauses Zinsen gezahlt werden, die man Mietzinsen nennt.

Der Rechnungshof hat das doch durchgerechnet. In diesem Punkt unterscheiden sich schon wieder die Roten und die GRÜNEN von den Blau-Gelben. Wir machen nicht alles nieder, was die Landesregierung tut. Wenn sie einen vernünftigen Schritt unternimmt, wenn sie Vermögen, das nicht benötigt wird, nutzt, um die Schulden zu reduzieren, dann ist die FDP mit dabei und unterstützt die Landesregierung.

(Beifall bei der FDP)

Das Land hat Vermögen, das es überhaupt nicht mehr braucht.

Herr Kollege Al-Wazir ist auf die grandiose Idee gekommen, man könnte etwas mehr als 2 % der Anteile des Landes an der Fraport AG verkaufen. Dagegen spricht eigentlich nichts. Der Bund, das Land Hessen und die Stadt Frankfurt haben aber einen Konzessionsvertrag abgeschlossen, in dem verpflichtend festgeschrieben ist, dass es eine Bindung in den ersten zehn Jahren nach dem Börsengang gibt. Das gilt ab dem Jahr 2001. Dann muss man zehn Jahre hinzurechnen. Dann kommt man auf das Jahr 2011. Bis dahin müssen entsprechend dem Vertrag mindestens 50,01 % der Anteile von der Stadt Frankfurt und dem Land Hessen gehalten werden.

(Michael Boddenberg (CDU): Mit anderen Worten: Der Bund kann verkaufen, wir nicht!)

Das könnte man also tun. Ich habe vom Grundsatz her nichts dagegen, dass diese Maßnahme ergriffen wird. Ansonsten werde ich mich zu Entwicklungen des Konzerns und zu den Börsenentwicklungen aus dem bekannten Grund nicht äußern. Denn ich bin dort Mitglied eines Gremiums.

Das ist also eine Idee. Wir, die Mitglieder der FDP, sagen dazu: Das muss man jetzt nicht tun. Vielmehr sollte man nach Ablauf der Frist im Jahre 2011 insgesamt verkaufen. Nach unserer Auffassung ist das Land Hessen dann verpflichtet, die Anteile an der Fraport AG zu verkaufen, und zwar alle Anteile, die es besitzt. Sicherlich wird man dazu ein geeignetes Modell finden müssen. Denn man kann nicht innerhalb von drei Monaten 33 % eines Unternehmens verkaufen, das im MDAX gelistet ist. Wenn man das tun würde, würde man sich den Kurs etwas vermässeln. Aber wir sind der Auffassung, die Anteile sollten dann innerhalb kurzer Zeit über ein System verkauft werden, sei es etwa über die Helaba oder wie auch immer. Ja, das

Land Hessen braucht dann nicht mehr Miteigentümer des Flughafens Frankfurt zu sein.

Das gilt jetzt aber auch schon für die Messe Frankfurt. Warum übernimmt das Land als Anteilseigner in einer GmbH letztlich das Risiko, das die Messegesellschaft als weltweit agierendes Unternehmen trägt? Wir sind dafür, dass die Anteile verkauft werden.

Warum besitzt das Land Hessen ungefähr 48.000 Wohnungen? Wieso muss ein Land im Jahre 2006 – –

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Es sind 62.000 Wohnungen!)

– Es sind also mehr geworden. Habt ihr wieder welche dazugekauft?

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Nein, diese Wohnungen waren vorher schon im Besitz des Landes!)

– Okay, diese Wohnungen befanden sich also schon vorher im Besitz des Landes Hessen. Ich übernehme die Zahl gerne. Es sind also knapp 70.000 Wohnungen. Können wir uns vielleicht darauf einigen?

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Es sind 62.000!)

– Es sind also 62.000 Wohnungen. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, es ist eine relativ lustige Angelegenheit, die genaue Zahl zu erhalten.

Ich weiß, dass die Kolleginnen und Kollegen der Fraktion der Union derzeit nicht in der Lage und bereit sind, den entscheidenden Schritt zu gehen und den Verkauf der Gesellschaft vorzunehmen. Wieso machen wir das eigentlich nicht?

Es war im Jahre 1950 sehr vernünftig, dass das Land Hessen, nachdem unser Bundesland und ganz Deutschland zerbombt waren, Wohnungsmangel herrschte und die Flüchtlinge aus dem Osten kamen, Wohnungsbewirtschaftung betrieben und Wohnungen gebaut hat. Das war damals für die Daseinsvorsorge von grundlegender Bedeutung. Das gilt aber doch bitte nicht mehr für das Jahr 2006 bzw. für das Jahr 2007.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich weiß, dass sich die Sozialdemokraten auch gerade mit den sogenannten Heuschrecken anfreunden. Vielleicht könnt ihr das deshalb ein bisschen nachvollziehen. Nach vorsichtiger Schätzung kann allein dieser Wohnungsbestand als Vermögen mit einem Betrag zwischen 1,5 und 1,7 Milliarden € aktiviert werden. Die 33 Milliarden € Schulden, die eben Tarek Al-Wazir angesprochen hat, könnten mit den Modellen, von denen ich eben gesprochen habe, um ungefähr 2,5 Milliarden € reduziert werden. Es geht also nicht darum, zusätzliche Schulden zu machen, wie es Karlheinz Weimar oder Roland Koch vorsehen, sondern um eine Reduzierung der Schulden.

(Beifall bei der FDP)

Dafür muss man aber den Mut haben, die entsprechenden Diskussionen zu führen. Dann darf man sich nicht irritieren lassen, wenn der eine oder andere verwirrte Sozialdemokrat sagt – ich sage das bewusst so, denn das ist auch inhaltlich falsch –: Wenn verkauft wird, ist das für die Mieter schlecht. – Da hinten sitzt so ein Sozialdemokrat.

(Marco Pighetti (SPD): Ja!)

Offensichtlich wissen Sie das nicht – deshalb möchte ich Ihnen das gerne noch einmal vortragen –: Kauf bricht

nicht Miete. – Der Mietvertrag ist also immer wichtiger als ein Vertrag über den Verkauf der Wohnungen. Es hat keine Auswirkungen auf die Mieter, wenn ein Eigentümerwechsel stattfindet. Das haben die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften in den letzten fünf Jahren auch erkannt. Herr Kollege, deswegen haben sie ihren bundesweit vorhandenen Wohnungsbestand auch veräußert. Tun Sie doch nicht so, als ob das für Sie etwas Neues wäre.

(Beifall der Abg. Dieter Posch, Roland von Hunnius (FDP) und Frank Williges (CDU))

Wir sollten grundsätzlich an dieses Thema herangehen und nicht so vorgehen, dass sich der eine dies und der andere das herausucht.

Ich möchte jetzt zum Abschluss des Themas Verschuldung kommen. Der Entwurf des Haushalts für das Jahr 2007 ist von Mutlosigkeit geprägt. Es fehlt jeglicher Einsparwillen. Der Haushaltsentwurf ist gespickt mit Wahlgeschenken. Das betrifft zum einen diese 250 €. Ich möchte es einmal in einer Form ausdrücken, die sicherlich jeder versteht. Es geht dabei um den Kauf der Beamten bzw. um Beamtenbestechung.

(Zurufe von der CDU: Ei, ei, ei!)

– Sehen Sie das anders? Ich habe gehört, dass Ihr Kollege das während einer Sitzung des Innenausschusses vom Inhalt her genauso bezeichnet hat.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Hahn, ich wundere mich über Ihre ungewohnte Schärfe!)

Ich wundere mich deshalb sehr, dass Sie sich jetzt in dieser Form äußern.

(Minister Karlheinz Weimar: Das hast du nicht nötig! Das ist unsäglich!)

– Das habe ich nicht nötig? – Ich finde, die Union sollte es nicht nötig haben, jeden Beamten zweimal zusätzlich mit 250 € zu besolden. Ich finde, das habt ihr nicht nötig.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde, das hat eine ordentlich geführte Landesregierung nicht nötig.

(Zurufe von der CDU)

Wenn sie denn möchte, dass eine bessere – –

(Zurufe des Ministers Karlheinz Weimar)

– Wir können das Thema gerne diskutieren.

(Minister Karlheinz Weimar: Das ist unglaublich!)

Wenn die Landesregierung möchte, dass es eine gerechte Besoldung der Beamten gibt, dann soll sie auch eine gerechte Besoldung der Beamten einführen.

(Beifall bei der FDP – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Was haben Sie denn für eine Vorstellung von Beamten?)

Es ist nicht gerecht, in diesem und im nächsten Jahr einfach einmal pauschal 250 € draufzulegen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es!)

Das ist einfach eine Zugabe. Wenn es darum gehen soll, die Transparenz bei der Beamtenbesoldung und die Leistungsbereitschaft der Beamten zu fördern, dann fallen mir

ganz andere Vorschläge ein, wie man das besoldungstechnisch und auch in einem Tarifvertrag machen könnte.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es!)

Man kann das aber nicht machen, indem man einfach sowohl im Jahr 2006 als auch im Jahr 2007 jeweils 250 € zahlt.

(Beifall bei der FDP, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Lieber Herr Minister, Sie wissen, dass es dabei auch noch rechtliche Probleme gibt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es!)

Es wird eine Auszahlung vorgenommen, obwohl das Parlament noch nicht den entsprechenden Beschluss gefasst hat.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Tarek Al-Wazir und Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich weiß, dass die Auszahlung unter Vorbehalt geschieht. Ich glaube, mir braucht da in juristischer Hinsicht niemand etwas zu sagen. Da sind wir auf der gleichen Ebene.

Ein Kabinettsbeschluss reicht nicht aus, um das Parlament zu umgehen. Darüber will ich aber gar nicht lange diskutieren. Vielmehr sage ich: Das ist ein Wahlgeschenk. – Genauso war es auch gemeint. Warum soll es sonst für die Jahre 2006 und 2007 gemacht werden?

(Minister Karlheinz Weimar: Warum wurde es in den anderen Bundesländern gemacht?)

Wieso ist es denn sonst im Jahre 2007 – –

(Minister Karlheinz Weimar: Warum haben es die anderen Bundesländer gemacht?)

– Herr Finanzminister, ich weiß, dass Sie als Abgeordneter dazwischenrufen dürfen. Ich weiß, dass es diesmal keine Ministerbank gibt. Was Sie gerade tun, ist aber ein wenig unerträglich. Sie können nach mir hier noch reden.

(Beifall bei der FDP)

Aber in dieser Penetranz dazwischenzurufen, halte ich für relativ unerträglich.

(Minister Karlheinz Weimar: Wer so anfängt, muss das auch ertragen!)

– Ich denke, die Zuhörer sollten es genießen, zu erleben, wie betroffen der Finanzminister und jetzt auch der Ministerpräsident bei diesem Thema reagieren.

(Minister Karlheinz Weimar: Nein, ich bin nicht betroffen!)

Umso deutlicher wird, dass ich mit meiner Behauptung recht habe, warum Sie dieses Geld ausgeben.

(Beifall bei der FDP, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Ich weiß, dass der mir nachfolgende Kollege Dr. Wagner zu diesem Thema sicherlich noch einmal ausführlich inhaltlich Stellung nehmen wird. Er wird all das, was der Finanzminister eben dazwischengerufen hat, noch einmal fachlich und sachlich in die Debatte einbringen.

Warum haben Sie denn vorhin nicht dazwischengerufen, als es um die ganzen Fragestellungen ging, die ich zuvor

behandelt habe? Warum haben Sie nicht gesagt: „Jawohl, wir wollen den Haushalt des Jahres 2007 noch konsolidieren?“ Warum sagten Sie nicht: „Wir werden nicht weiter in die Verschuldensfalle gehen?“ Warum reagieren Sie gerade beim Thema Beamtenbesoldung, bei den 500 € pro Beamten, so emotional? Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, das zeigt, dass das genau so gemeint ist, wie ich es eben angesprochen habe.

Herr Ministerpräsident, Sie grummeln seit einiger Zeit. Ich widme mich jetzt aber anderen Themen. Ich werde mich jetzt dem BAMBINI-Programm widmen.

Auch das BAMBINI-Programm ist ein Zeichen dafür, dass diese Landesregierung im Jahr 2007 und in den fortfolgenden Jahren keine Verantwortung vor Ort, keine Subsidiarität und keine vernünftige Haushaltsführung in ihre Gedanken einbeziehen will. Auch dieses Programm ist eindeutig vom Wahlkampf getrieben.

Ich habe es für meine Fraktion schon einmal in einer anderen Debatte äußern müssen: Silke Lautenschläger erinnert mich da sehr stark an Edelgard Bulmahn. Sie wissen, dass Edelgard Bulmahn ein Programm aufgelegt hat.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist aber nicht sehr charmant!)

– Kümern wir uns erst einmal um die Inhalte, dann können Sie das auf das Weibliche beziehen. Herr Kollege Kaufmann, ich wollte das gar nicht machen.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Das dürfen Sie auch gar nicht! Das steht Ihnen nicht zu!)

Herr Kaufmann, zahlen Sie 5 € in die Chauvikasse. Das wollen wir doch einmal klar sagen.

(Beifall bei der FDP)

Frau Kollegin Bulmahn hat ein Programm vorgelegt, das sie „Ganztagsschulprogramm“ genannt hat: Ausbau der Ganztagsbildungseinrichtungen nicht nur in Hessen, sondern überall im Bund. Wir alle wissen, dass dies überhaupt nicht der Job des Bundes ist. Das wussten auch die Sozialdemokraten; ich hatte die Ehre, im Rahmen der Föderalismuskommission mit vielen in Berlin darüber zu reden.

Aber sie hat mit dem Scheckbuch gewinkt, und deshalb sind wir alle – die einen mehr, die anderen weniger – darauf eingegangen: die Landespolitiker, die Landräte und die Kommunalpolitiker. Wir haben uns gesagt: Also gut, das Geld nehmen wir halt mit. – Es war eine Anmaßung, eine Aufgabe, für die man nicht zuständig ist; aber die Anmaßung wurde mit eigenem Geld, nämlich mit Bundesgeld, bezahlt.

Silke Lautenschläger und Roland Koch machen es anders. Sie nehmen sich eines Themas an, das sie fachlich nichts angeht, nämlich der Kinderbetreuung. Ich glaube, das ist unstrittig. Das wissen auch die jetzt Regierenden.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Herr Al-Wazir, fachlich geht uns das alle etwas an. Die Zuständigkeit aber liegt eindeutig bei den Kommunen, und zwar bei den Städten und Gemeinden, noch nicht einmal bei den Kreisen. Auch über dieses Thema gibt es schon Diskussionen.

Aber das ist nur der erste Schritt. Das hieße, wie Edelgard Bulmahn zu handeln. Aber Edelgard Bulmahn zu toppen bedeutet, das auch noch mit dem Geld aus dem Kommu-

nenalenausgleich zu machen, das den Kommunen zusteht: Edelgard Bulmahn hoch zwei.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, was hat das mit einer vernünftigen und ehrlichen Haushaltsführung zu tun, wenn Sie doch sehen, dass dort ein Problem ist? Ja, wir alle sehen dort ein Problem.

Ich glaube, der Herr Ministerpräsident wird sich daran erinnern, wie intensiv wir auf einer Reise über ein anderes Modell diskutiert haben, das nach Auffassung der FDP das viel zielführendere ist. Wir haben nämlich darüber diskutiert, dass wir bei der Kindergartenfinanzierung von der Objektförderung der Einrichtung wegkommen und uns der Subjektförderung zuwenden müssen, nämlich der Förderung des Kindes, das einen Kindergarten besuchen will.

Dazu wollen wir mit Kindergartengutscheinen arbeiten, statt die Gemeinde – sei es die politische oder die kirchliche; wer auch immer der Betreiber dieses Kindergartens ist – zu finanzieren. Indem wir den Menschen Gutscheine aushändigen, mit denen sie ihre Kinder vom Kindergarten A zum Kindergarten B bringen können, geben wir ihnen die Möglichkeit, Wettbewerb zu organisieren. Wir alle finden das offensichtlich gar nicht so schlecht. Das habe ich der Reaktion auf unserem Parteitag entnommen, den wir im Frühjahr zu diesem Thema veranstaltet haben. Nur, das BAMBINI-Programm macht das kaputt – noch dazu mit Geld, das einem nicht zusteht.

Meine Damen und Herren, ich bin der festen Überzeugung, dass das Verhältnis zwischen dem Land Hessen und den Kommunen nicht so kaputt ist, wie das insbesondere von interessierter sozialdemokratischer Seite immer wieder gesagt wird. Das ist falsch. Wenn das Verhältnis so kaputt wäre, würden die kommunalen Organisationen – Städtetag, Städte- und Gemeindebund, Landkreistag – entweder jeden Tag vor Gericht gehen oder diese Konnex-Gruppe anrufen und fragen, wie das so läuft. Wenn das Verhältnis so schlecht wäre, wie behauptet wird, müssten die Vertreter des Städte- und Gemeindebunds vor Zorn explodieren, weil den Kommunen hessenweit zugunsten der Kreise immerhin 220 Millionen € – plus/minus 50 Millionen € – weggenommen worden sind.

So schlecht ist das Verhältnis nicht. Nur, wenn die Landesregierung das Verhältnis immer wieder aushöhlt, immer wieder das Geld der Kommunen nimmt und immer wieder kleine Töpfe einrichtet, wie es jetzt der Fall ist, macht sie deutlich, dass sie mit ihrer Politik zwar bis in den letzten Kindergarten hinunterregieren möchte, aber nicht das Geld dafür hat. Sie nimmt deshalb das Geld der Kommunen. Sie nimmt die Vorschläge der anderen nicht auf und begreift nicht, dass Subsidiarität heißt, dass nicht nur die Aufgabe dort gemacht wird, wo sie anfällt, sondern dass auch das Geld dort bleibt, wo es eingenommen wird, statt von anderer Seite genutzt zu werden.

(Beifall bei der FDP)

Nachdem ich für die FDP-Fraktion eine Reihe von Punkten sehr kritisch beleuchtet habe, bei denen es um finanzielle Maßnahmen der Landesregierung auf dem Gebiet der Kinderbetreuung geht, will ich auch auf einige sehr positive Aspekte hinweisen. Wir reden in einer Haushaltsdebatte nicht nur über die Zukunft. Vielmehr sprechen wir, wenn eine Generaldebatte ansteht, auch über das vergangene Jahr.

Allein auf dem Gebiet der Wissenschafts- und Hochschulpolitik begrüßen wir zwei Entscheidungen dieser Landesregierung – der CDU-Fraktion –, die die FDP entscheidend mit begleitet hat. Es war eine kluge und letztlich von Erfolg gekrönte Entscheidung, die Universitätsklinik in Gießen und Marburg zu privatisieren. A la bonne heure, das war ein Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall bei der FDP)

Ich sage ein bisschen stolz – ich weiß, dass Sie das in internen Gesprächen nicht abstreiten –: Wir Liberale sind daran beteiligt, dass der eine oder andere technische Stolperstein, der im Weg lag, erkannt und zur Seite geräumt werden konnte, sodass dies jetzt zu einem Erfolgsmodell geworden ist. Dass dies mit den Namen Udo Corts und Roland Koch verbunden ist, ist völlig klar. Wir werden auch überhaupt nicht hineinreden. Es war eine richtige Entscheidung, sich von staatlichen Aufgaben zu trennen, die keine staatlichen Aufgaben mehr sind – gerade dann, wenn man sie nicht mehr vernünftig finanzieren kann. Das hat die Unterstützung der FDP gefunden, und das ist hier ausdrücklich zu loben.

(Beifall bei der FDP)

Sie wissen, dass wir innerhalb der hessischen FDP-Fraktion über ein bestimmtes Thema mindestens fünf oder sechs Jahre lang streitig diskutiert haben. Jörg-Uwe Hahn und Ruth Wagner waren die Antipoden in dieser Diskussion. Dabei geht es um die Einführung von Studiengebühren an den hessischen Hochschulen. Wir wollten Sie dazu bewegen und haben mit dem Vorlegen eines eigenen Gesetzentwurfs letztlich auch die richtige Spur gelegt.

Das war eine gute, eine zukunftsweisende Entscheidung, aber leider auch eine Entscheidung, mit der Sie bewiesen haben, dass Sie – zumindest am Anfang – eine Reihe von Problemen nicht mit aufgenommen haben. Ich bin nicht so selbstbewusst, zu sagen, Sie hätten sie nicht erkannt. Aber Sie haben sie nicht aufgenommen. Daher haben Sie nach der Anhörung, in der der FDP-Vorschlag viel positiver bewertet worden ist als der Vorschlag der CDU, eine Reihe von entscheidenden Vorschlägen aus unserem Programm übernommen.

Das zeigt, dass die Mehrheit der Unionsfraktion in diesem Hause an einigen Punkten lernfähig und bereit ist, Vorschläge anderer zu übernehmen, wenn das für das Land Hessen von besonderer Bedeutung ist, und das auch ohne irgendeine Häme macht. Auch das muss in einer Haushaltsrede erörtert werden. Für die FDP-Fraktion sage ich das hier sehr deutlich.

Es gibt aber auch Punkte – das ist meine dritte Abteilung –, bei denen wir nicht verstehen, wie Sie sich benehmen. Ich will das anhand des Beispiels Energieversorgung in Hessen deutlich machen. Das wird auch eine zentrale Auseinandersetzung im Landtagswahlkampf werden.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Natürlich!)

Ich erläutere die Position der FDP. Wir möchten in Hessen eine Energieversorgung haben, die verbrauchernah und kostenbewusst ist und weder von sehr wenigen Energiequellen noch von sehr wenigen Gesellschaften abhängig ist. Wir möchten einen Energiemix haben, der von der Kernenergie bis zu den erneuerbaren Energien reicht. Wir wollen, dass die Energie, die in Hessen produziert wird, auch weiterhin hier produziert wird – jedenfalls dann, wenn sie mithilfe von Auflagen sicher produziert werden kann. Außerdem möchten wir, dass die Abhängigkeit vom

Ausland so gering wie möglich ist. All das können wir in Hessen leisten.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Wir haben so viele Öl- und Gasreserven in Hessen!)

Allein von den beiden Kraftwerken in Biblis und in Staudingen werden über 70 % der Stromenergie produziert, die wir in unserem Bundesland benötigen. Wenn alle Blöcke von Biblis und Staudinger laufen, können wir sogar Strom in andere Bundesländer exportieren. Daher kann ich bei den Sozialdemokraten einiges nicht nachvollziehen. Bei den GRÜNEN kann ich es nachvollziehen. Das hat etwas mit der Geschichte zu tun. Ich meine das überhaupt nicht abwertend. Aber wer aus der Anti-AKW-Bewegung kommt, wird sich sicherlich nicht dafür einsetzen, dass die Kernkraftwerke länger am Stromnetz bleiben. Doch die Sozialdemokraten in Hessen hatten den Ministerpräsidenten Georg August Zinn – auf den sie in Sonntagsreden immer wieder stolz verweisen –, der sich bewusst dafür eingesetzt hat, dass an den Standorten Biblis A und Biblis B Kernkraftwerke eingerichtet werden.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Ich habe es Ihnen schon einmal erklärt! Sie haben es nicht verstanden!)

– Frau Kollegin Ypsilanti, wenn man sich davon verabschiedet, wird man nicht lernfähig, sondern geschichtslos.

(Beifall bei der FDP – Andrea Ypsilanti (SPD): Nein, Sie haben es nicht verstanden! – Petra Fuhrmann (SPD): Wer hat denn etwas gelernt? Die FDP nicht!)

Das ist ein Running Gag geworden. Wenn man mit Kollegen aus anderen Ländern spricht, fragen die einen bereits: Wo sind denn die 1.700 Windmühlen der Andrea Ypsilanti?

(Beifall bei der FDP – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Windmühlen standen in Biblis!)

Wir haben gehört, dass sie jetzt entlang der Autobahnen aufgebaut werden sollen.

(Zurufe von der SPD)

– Es wurde so gesagt, es wurde so behauptet. Sie hat von diesem Pult aus gesagt, wir benötigten 1.700 Windmühlen, um Biblis A und Biblis B auszugleichen. Diese sollten entlang der Autobahnen aufgestellt werden. Gott sei Dank habe ich noch keine einzige neue Windmühle gesehen. Das würde nämlich dem Landschaftsbild schaden.

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen also, dass Staudinger ausgebaut wird und dass man dort einen neuen Block, ein Steinkohlekraftwerk, baut. Wir wollen, dass Biblis A und Biblis B wieder ans Netz gehen, wenn die technischen Probleme mit den Dübeln gelöst sind.

Wir wollen darüber hinaus auch, dass erneuerbare Energien eingesetzt werden. Ich habe mit Freude zur Kenntnis genommen, dass der Antrag von Heinrich Heidel zu dem Thema „Biomasseprogramm in Hessen“ im Ausschuss so positiv aufgenommen worden ist, dass man versucht, für die dritte Lesung einen gemeinsamen Antrag zu erarbeiten.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie sehen also, dass wir von der Kernkraft bis zur Energie aus Biomasse relativ gut und insbesondere unideologisch

aufgestellt sind. Wir wollen aber auch erreichen, dass die Politik umgesetzt wird. Ich finde, dass der Herr Ministerpräsident da eine hohe Verantwortung hat. Der Herr Ministerpräsident sagt in allen seinen Reden – er sagt es nicht nur hier, sondern auch im Fernsehen –, er halte es für falsch, dass eine funktionierende Produktionsstätte, wie in Biblis, aus ideologischen Gründen kaputtgemacht wird. Herr Ministerpräsident, da sind wir Seite an Seite.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Wie so oft! Sie sind doch das Back-up des Ministerpräsidenten!)

Es gibt nur einen Unterschied zwischen Ihnen und uns. Als größte Oppositionsfraktion haben wir derzeit in der Bundespolitik weniger Einfluss als Sie als künftiger stellvertretender Bundesvorsitzender der größten Regierungspartei im Deutschen Bundestag.

Die Verantwortung liegt bei Ihnen. Es reicht nicht – auch das wird ein Teil der Auseinandersetzung werden –, in Hessen und möglicherweise auch in Fernsehsendungen, die in Berlin aufgenommen werden, zu sagen: Ich bin dafür, dass Biblis am Netz bleibt. – Vielmehr ist das die verdammte Pflicht und Schuldigkeit des Hessischen Ministerpräsidenten, der künftig stellvertretender Vorsitzender der Bundes-CDU wird und damit eines der wichtigsten Ämter in der größten Regierungspartei in Berlin wahrnimmt.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, daran werden wir die Messlatte anlegen. Das gilt nicht nur für die Frage Biblis. An der Frage Biblis kann man deutlich machen, wo der Unterschied ist. Es gilt nicht mehr – Herr Kollege Al-Wazir, da haben Sie Recht –, Roland Koch und seiner Regierung durchgehen zu lassen, dass sie Opposition gegen Berlin machen. Es gilt aber auch nicht, dass im Wahlkampf 2007/08 der Ministerpräsident – Hand in Hand oder wie auch immer, das stelle ich mir ganz spannend vor – mit dem/der Spitzenkandidat/in der SPD auf der einen Seite Berlin verteidigt und auf der anderen Seite in Wiesbaden vollkommen gegeneinander sozusagen Kampfhunderennen spielt. Wir wollen ganz genau schauen, dass die Zuordnungen und die Verantwortungen sauber bleiben.

(Beifall bei der FDP)

Darauf werden wir Liberale – da können Sie sicher sein – schon Wert legen und hinweisen. Wir möchten den Ministerpräsidenten in einem Punkt heute schon ernst nehmen. Sie wissen, ich meine das jetzt nicht polemisch – damit nicht wieder irgendjemand irgendetwas unterstellt.

(Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

– Nein, es wurde mir vorhin von Karlheinz Weimar unterstellt, es wäre polemisch, was ich gemacht habe. Ich finde, das war der Sache sehr angemessen und sachlich. Aber darüber kann man sich noch einmal streiten. Das wird Kollege Dr. Wagner nachher bestimmt tun.

Jetzt geht es um die Frage, dass der Ministerpräsident vor einiger Zeit ein Interview in der „Welt“ gegeben hat, in dem es um die Frage zusätzlicher Neuverschuldung in den Ländern und im Bund ging. Darin hat er gesagt – es ist beschrieben worden –, es sei ein erster Schritt zur Konsolidierung der Haushalte, dass man sich überlegen sollte, künftig nur noch mit Zweidrittelmehrheit neue Schulden in den Landtagen durchgehen zu lassen. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, genau das beantragen wir.

(Beifall bei der FDP)

Wir beantragen nichts anderes, damit die Kollegen von der Union nicht meinen, dass wir irgendwie aufmüppig oder so etwas wären. Das wird immer unterstellt. Ich sage das einmal ganz bewusst mit dem Gedanken –

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Heiterkeit bei der FDP)

– Es war mir so klar. Die Dame mit der Brille, die immer so unverschämte Zwischenrufe macht, ist auch wieder wach geworden und hat jetzt offensichtlich die dritte Brille auf.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist anscheinend bei Ihnen ein Trauma!)

Mir war so klar, dass der Pawlow bei Ihnen herauskommt. Aber es ist ausschließlich der Wortlaut dessen, was Roland Koch in einer der großen deutschen Zeitungen zu Protokoll gebracht hat. Ich halte diese Diskussion, die er angestoßen hat, im Übrigen für sehr bedenkenswert, aber auch für sehr beredenswert, weil es – es überrascht mich, dass es von Roland Koch kam – eine Aussage war, die eigentlich das klassische System von Regierung und Opposition über den Haufen wirft, indem er sagt: Die Regierung muss sich jedenfalls so binden, dass sie zusätzliche Schulden nur dann aufnehmen kann, wenn ein Teil der Opposition, der relativ groß ist, mitmacht. – Wir meinen, das Land Hessen ist so weit, dass wir diese Entscheidung nunmehr treffen können.

(Beifall bei der FDP)

Sie wissen, der Bund der Steuerzahler hat uns Anfang Oktober entsprechende Vorgaben ins Stammbuch geschrieben. Ich bin sehr gespannt, wie die Union mit den Worten ihres Vorsitzenden Roland Koch zu diesem Thema umgeht.

Lassen Sie mich zum Abschluss kommen. Die anderen beiden Anträge der FDP sind zum Teil schon von anderen Kollegen bearbeitet worden. Zum Thema Kennzahlen hat Jürgen Walter zu Beginn seiner Haushaltsrede ausführlich Stellung genommen.

Lassen Sie mich deshalb zusammenfassen. Wir diskutieren den letzten Haushalt vor der Landtagswahl 2008. Dieser Haushalt ist eindeutig so angelegt, dass die mit absoluter Mehrheit regierende Union ihn als Wahlkampfhaushalt gebrauchen möchte. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir möchten nicht, dass ein staatlicher Haushalt als Wahlkampfhaushalt missbraucht wird. Wir möchten einen Haushalt für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande mit einer erheblichen Reduzierung des Schuldenaufkommens insgesamt. Diese Art von Wahlkampfhaushalt lehnt die hessische FDP-Fraktion ab. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Kollege Hahn. – Als Nächster hat Herr Dr. Wagner für die CDU-Fraktion das Wort.

Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mut und Verlässlichkeit prägen seit 1999 die hessische Haushaltspolitik.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mut ist ja sehr schön, aber die Verlässlichkeit! Jedes Jahr mehr Schulden!)

Auch der Haushalt 2007 ist Ausweis der konsequenten Politik unter der Führung von Roland Koch.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich nenne ein Beispiel für diesen Mut, für Entschlossenheit und Zukunftsorientierung,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist die Rekordverschuldung!)

nämlich die bereits angesprochene „Operation sichere Zukunft“.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Düster, düster!)

Ohne diese Operation müssten wir Jahr für Jahr – auch in diesem und im nächsten Haushaltsjahr – rund 600 Millionen € mehr an Krediten aufnehmen. Wir hätten heute eine um fast 3 Milliarden € höhere Gesamtverschuldung. Diese notwendige und verantwortungsvolle Operation wird von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bis zum heutigen Tage als Rotstiftpolitik diffamiert.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Als Schuldenmacherei, Herr Kollege!)

Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie sind in eine Glaubwürdigkeitsfalle hineingetappt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das müssen Sie gerade sagen! – Michael Boddenberg (CDU): Das machten die vorzüglich!)

Auf der einen Seite prangern Sie den angeblichen Sozialabbau an. Auf der anderen Seite bemängeln Sie eine zu hohe Verschuldung. Sie müssen sich schon entscheiden, ob Sie das eine oder das andere wollen. Beides geht gleichzeitig nicht.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihre Politik wollen wir nicht!)

Meine Damen und Herren, in dem Zusammenhang will ich auf ein bemerkenswertes Zitat aus dem Munde des Oppositionsführers zu sprechen kommen. Er hat wörtlich gesagt – ich bin sicher, wenn ich das Zitat vortrage, werden Sie noch einmal Beifall klatschen, das ist auch in Ordnung –, was das Erfolgsrezept der SPD ist: Die soziale Balance sei die Voraussetzung für wirtschaftlichen Aufschwung.

(Andrea Ypsilanti (SPD): So ist es!)

– Das haben Sie so gesagt. Ich glaube, hier im Hause gibt es niemanden, der gegen soziale Balance in unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft ist – keine der vier Fraktionen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Aber das ist der Punkt, bei dem ich glaube, dass die Sozialdemokraten Jahr um Jahr und seit Jahrzehnten einem Denkfehler unterliegen. Verehrter Herr Kollege Walter,

ich glaube, dass vernünftige und verantwortungsvolle Sozialpolitik nur betrieben werden kann, wenn die Wirtschaft floriert, wenn ausreichend Arbeitsplätze vorhanden sind und deshalb dem Staat ausreichend Steuern zur Verfügung gestellt werden, damit mit diesen Steuern eine erfolgreiche Sozialpolitik betrieben werden kann. So wird aus der Sache ein Schuh.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich sage: 5 Millionen Arbeitslose als Ergebnis einer rot-grünen Bundesregierung sind Ergebnis der unsozialsten Sozialpolitik, die ich mir vorstellen kann.

(Beifall bei der CDU)

Ich will gleich zu Anfang ein ausdrückliches Lob an die Adresse des Finanzministers Weimar aussprechen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weihrauch! – Zurufe von der FDP)

Sie werden wahrscheinlich ohnehin nicht das Gegenteil von mir erwartet haben. Aber was wahr ist, muss auch wahr bleiben.

(Beifall bei der CDU)

Karlheinz Weimar ist in den letzten Jahren einen schwierigen Weg zwischen notwendigen Investitionen in die Zukunft, für die er steht, auf der einen Seite und verantwortlichem Sparen auf der anderen Seite gegangen. Zu diesem Thema will ich Folgendes an die Adresse des Kollegen Hahn sagen.

Wir werden, wie wir wissen, auch nach der neuesten Steuerschätzung vom November dieses Jahres erfreulicherweise über zusätzliche Einnahmen verfügen. Lieber Kollege Hahn, diese zusätzlichen Einnahmen, die zum Glück nicht gering ausfallen, werden von Karlheinz Weimar vollständig zur Verminderung unserer Schulden eingesetzt werden. Das gehört auch zur Vollständigkeit der Wahrheit.

(Beifall bei der CDU)

Auch das muss hier gesagt werden.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zur Verminderung der Neuverschuldung! – Nicola Beer (FDP): Das ist ein kleiner Unterschied!)

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen in dem Zusammenhang eine weitere Zahl nennen. Kein verantwortungsvoller Politiker kann mit Staatsverschuldung glücklich sein. Aber wenn wir schon von Verschuldung sprechen, müssen wir feststellen, dass Hessen von allen Bundesländern die viertniedrigste Pro-Kopf-Verschuldung hat. Das ist zum Schluss Ergebnis Ihrer verantwortungsvollen Haushaltspolitik in den letzten sieben Jahren, lieber Karlheinz Weimar.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weihrauch!)

Meine Damen und Herren, wir haben mit unserer Politik die rot-grüne Politik vergangener Zeiten überwunden. Wir haben, um einige Beispiele zu nennen, die Unterfinanzierung von Schulen und Hochschulen überwunden. Wir haben den Modernisierungsrückstand bei Polizei und Justiz überwunden. Und wir haben – das ist heute mehrfach angesprochen worden – auch die ideologisch bedingte Vernachlässigung des Straßenbaus überwunden. Zur Schule und Bildung werde ich nachher kommen.

Wie Hessens Gegenwart unter rot-grüner Regierungsverantwortung aussähe, kann man daran ablesen, was Sie von Rot und Grün in den vergangenen Jahren im Zusammenhang mit Haushaltsplänen abgelehnt haben. Mit Rot-Grün gab es keinen Abbau des Unterrichtsausfalles, keine neuen Straßen, kein Geld für Ausbesserung.

Kollege Walter, das Notwendige ist Ihnen zu diesem Punkt bereits aus dem Munde des Ministerpräsidenten gesagt worden. Ich war auch ziemlich baff, dass Sie plötzlich vortrugen, dass diese Landesregierung für die Schlaglöcher und Straßenzustände verantwortlich sei, die wir von Ihnen übernommen haben und die wir mehr und mehr verbessern. Es ist geplant, 2008 100 Millionen € für neue Straßen und für die Ausbesserung von Straßen einzusetzen. Sie haben uns 18 Millionen € für Straßenbau hinterlassen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vorhin waren es noch 28 Millionen €!)

Ich vermute einmal, dass das nicht sozialdemokratische Politik war. Das war im Wesentlichen grüner Druck auf Ihre Koalition. Aber wie können Sie gerade dieses Faktum noch in die Öffentlichkeit stellen?

Meine Damen und Herren, mit Rot-Grün gibt es keinen Ausbau des Flughafens Kassel-Calden. Zu Frankfurt ist einiges gesagt worden. Man weiß noch nicht genau, wo es denn hingehet. Es gibt höchst unterschiedliche Ansichten zwischen Ihnen und Ihrer Mitbewerberin. Der Bürger weiß jedenfalls nicht, was passieren würde, wenn hier wieder Rot-Grün die Mehrheit gewönne. Meine Spekulation ist klar: Die GRÜNEN würden Sie daran hindern, dass der Flughafen Frankfurt weiter ausgebaut werden würde.

Meine Damen und Herren, mit Rot-Grün gäbe es für die Universitätsklinik in Gießen und Marburg keine Perspektive. Sie hätten die weiter abnehmende Wettbewerbsfähigkeit der beiden Kliniken hingenommen. Sie hätten hingenommen, dass es damit keine weiteren Verbesserungen der Patientenversorgung in Marburg und Gießen gegeben hätte.

Jörg-Uwe Hahn hat es bereits angesprochen: Mit Rot-Grün gibt es keinen Fortbestand des Kernkraftwerks Biblis. 1.000 Arbeitsplätze würden hier zynisch vernichtet werden.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sind weniger als bei Ticonal!)

Meine Damen und Herren, es ist Ihnen überhaupt keine Diskussion wert, sich über 1.000 Arbeitsplätze und 1.000 Familien, die davon leben, Gedanken zu machen.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Bei den erneuerbaren Energien werden wir das Vielfache davon schaffen!)

Meine Damen und Herren, im Zusammenhang mit der Kernenergiepolitik will ich noch etwas an die Adresse von Jörg-Uwe Hahn sagen. In der Kernenergiepolitik sind wir überwiegend eines Sinnes. Aber, lieber Kollege Jörg-Uwe Hahn, ich finde es nicht ganz fair, wie Sie in diesem Zusammenhang immer wieder – auch heute – den Ministerpräsidenten ansprechen und sozusagen tun, als ob er per Knopfdruck bei der Großen Koalition in Berlin jetzt dafür sorgen könnte, dass das von uns und von Ihnen gewünschte Fortbestehen von Biblis durchgesetzt wird. Sie wissen ganz genau – das haben Sie leidvoll mit der CDU und wir leidvoll mit Ihnen erlebt –, dass es in einer Koalition immer wieder Kompromisse gibt.

(Lachen und Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP): Aber nicht bei diesem Thema!)

Leider ist das mit der SPD und ihrem Umweltminister Gabriel, der in der vollen Tradition seines Vorgängers steht,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gut!)

im Augenblick nicht umsetzbar. Unser Wille ist klar. Der Wille des Ministerpräsidenten und dieser Landesregierung ist klar. Was wir als Landesregierung und als Mehrheit im Landesparlament tun können, das tun wir. Aber so zu tun, als ob unser Ministerpräsident das in Berlin sozusagen anordnen könnte, das ist nicht ganz fair. Ich denke, diese Diskussion sollten wir für die Zukunft beenden.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gewollt hat er schon gemocht, aber gekonnt hat er nicht gedurft!)

Meine Damen und Herren, am Rande will ich noch an die Adresse der GRÜNEN sagen: Wenn Biblis abgeschaltet würde, dann müssten entsprechende Ersatzenergieen geschaffen werden. Das sind im Augenblick bedauerlicherweise Kohlekraftwerke, und das bedeutet 40.000 t des Klimakillers CO₂ pro Tag zusätzlich.

(Norbert Schmitt (SPD): Weil Sie die Mittel für erneuerbare Energien immer kürzen! So ein Stuss!)

Meine Damen und Herren, ich finde es schon bemerkenswert, dass die GRÜNEN über dieses Faktum mit einer riesigen Nonchalance hinweggehen, und offenbar auch die SPD.

(Norbert Schmitt (SPD): Unsinn!)

Es ist für eine selbst ernannte Ökopartei wirklich ein Armutzeugnis, dies einfach zu ignorieren.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt gar nicht! – Norbert Schmitt (SPD): Wer hat denn die Mittel für die erneuerbaren Energien gekürzt? Selbst im Nachtrag!)

Meine Damen und Herren, Sie sprechen doch immer davon, was wäre, wenn wir heute eine rot-grüne Mehrheit hätten. Mit Rot-Grün gäbe es keine vorwärts weisenden Impulse in der Integrationspolitik. Es gäbe keinen Integrationsbeitrag. Es gäbe nicht das, was Volker Bouffier – dazu will ich noch etwas sagen – im Zusammenhang mit der Einbürgerung bundesweit durchgesetzt hat, das vernünftige Verfahren von Kurs, Test und Eid.

Meine Damen und Herren, im letzten Jahr vor der Landtagswahl stellt sich die Frage: Wie würde es für Hessens Zukunft aussehen, wenn die SPD wieder Regierungsverantwortung trüge?

Zunächst einmal muss ich Ihnen ein Zitat aus dem Munde eines der beiden Mitbewerber, nämlich aus dem Munde von Ypsilanti, vortragen. Laut Bericht der „Wetzlarer Neuen Zeitung“ vom 17. November dieses Jahres über die Kandidatenvorstellung im SPD-Unterbezirk Lahn-Dill sagte sie, dass die Staatsquote erhöht werden müsse.

(Norbert Schmitt (SPD): Klar!)

Hinzu kommt, dass die SPD im Zusammenhang mit dem Haushaltsplan 2007 die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Erhöhung der Erbschaftsteuer verlangt,

(Norbert Schmitt (SPD): Jawohl!)

also mehr Sozialismus in unserem Lande.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Norbert Schmitt (SPD): Dann hatten wir in Deutschland 40 Jahre lang Sozialismus! Das ist ja das Dümmlichste, was ich bisher gehört habe! 40 Jahre Sozialismus unter Adenauer, denn da gab es schon die Vermögensteuer!)

Meine Damen und Herren, mit diesem abgewirtschafteten Modell ist nun wirklich keine Zukunft zu machen. Deshalb liefern Sie zusätzliche Argumente für die Bürger Hessens, wenn sie in eine sichere Zukunft gehen wollen, Rot-Grün nicht wieder eine Chance zu geben.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Freiheit statt Sozialismus!)

Meine Damen und Herren, Sie greifen auch bei anderen Politikbereichen in die Mottenkiste.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer hat sie denn gerade aufgemacht, diese Mottenkiste?)

Sie fordern die Gesamtschule unter dem neuen Etikett Einheitsschule. Herr Kollege Walter, ich schätze Sie in vieler Beziehung, aber ich weiß nicht, ob Sie nicht heute mit Ihrer nicht besonders gelungenen Bewerbungsrede vielleicht auch ein bisschen den linken Teil der SPD mit ansprechen wollten: als Sie sich heute schulpolitisch für die Gesamtschule stark gemacht haben. Aber dieses Modell ist nun wirklich ausgelaufen.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist auch Sozialismus – sagen Sie es doch!)

Ich sage, ein begabtes Arbeiterkind hat den Anspruch, wenn es die entsprechende Begabung mitbringt, im Gymnasium sein Abitur zu machen. Aber wir wollen das Schulwesen ganz bewusst begabungsgerecht gliedern und organisieren. Wir wollen eben keinen schulpolitischen Einheitsbrei, den Sie 20, 30 Jahre lang mit abnehmendem Erfolg bundesweit vertreten haben.

(Norbert Schmitt (SPD): Sie sortieren schon nach der 4. Klasse aus, das ist das Schlimme!)

– Wir sortieren nicht aus, sondern wir werden dem Individuum, dem einzelnen Schüler gerecht, anstatt alles über einen Leisten schlagen zu wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Eben gerade nicht!)

Meine Damen und Herren, neben dem Rückfall in die schulpolitische Steinzeit brilliert die SPD Hessen auf dem Gebiet der Energiepolitik mit wirklich kabarettistischen Einlagen. Kollege Hahn hat das bereits ausgeführt. Sie will 1.700 Windkraftanlagen an den Rändern der Autobahn aufstellen. Lieber Jörg-Uwe Hahn, das würde bedeuten, dass alle 500 m an allen hessischen Autobahnen eine Windkraftanlage steht.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Nee, ehrlich?)

Angesichts der unbestreitbaren Erfolgsbilanz der Regierung Koch muss es da wie eine Drohung wirken, wenn Frau Ypsilanti vor SPD-Versammlungen immer wieder ausruft: Ich will nicht irgendetwas anders machen als Koch, ich will es ganz anders machen. – Meine Damen und Herren, für die Klarheit dieser Aussage sind wir ausdrücklich dankbar.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich wenige Sätze zum Länderfinanzausgleich sagen. Ich hoffe, wir sind uns unter allen vier Fraktionen im Hessischen Landtag darüber einig, dass das ein immer wieder ärgerliches Thema ist. Von 2000 bis 2007 haben wir 6 Milliarden € mehr in den Länderfinanzausgleich gezahlt, als wir neue Schulden aufgenommen haben.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt kommt diese Platte schon wieder!)

– Das ist keine Platte, das ist die Wahrheit.

(Axel Wintermeyer (CDU): Richtig! – Norbert Schmitt (SPD): Die platte Wahrheit!)

Herr Kollege Kaufmann, im Interesse des Landes Hessen sollten Sie sich endlich mit diesen Zahlen auseinandersetzen und daraus in Ihrer GRÜNEN-Partei die richtigen politischen Konsequenzen ziehen, auch auf Bundesebene.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Norbert Schmitt (SPD): Die CDU regiert auf Bundesebene wenigstens mit!)

Meine Damen und Herren, ohne den Länderfinanzausgleich hätten wir in Hessen 6 Milliarden € weniger Schulden. Deshalb sage ich: Diese Schiefelage in der Finanzverfassung der Bundesrepublik muss zurechtgerückt werden.

(Norbert Schmitt (SPD): Dann rücken Sie einmal!)

Vieles von dem, was Bürger und Unternehmen in unserem Land durch ihre Arbeit erwirtschaften, wird abgezogen und fließt in die Kassen anderer Bundesländer, beispielsweise nach Berlin. Wie wir alle wissen, ist das Land Berlin mit seiner Forderung nach Sonderzuweisungen vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert. Aus dem Länderfinanzausgleich erhält das Land Berlin jährlich 2,7 Milliarden €. Dafür will sich nun die Regierung aus SPD und Postkommunisten demnächst gebührenfreie Kindertagesplätze für alle Jahrgänge leisten. Das kann nicht richtig sein. Meine Damen und Herren, es kann nicht gerecht sein, dass sich ein völlig überschuldetes Land Berlin unter der Führung von SPD und Postkommunisten zu unseren Lasten Sozialtaten leistet, die wir uns nicht leisten können.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einige Sätze zur Bundespolitik sagen. Ich bin darüber erfreut, dass nach Jahren rot-grüner Wirtschaftsflaute jetzt wirklich ein Silberstreifen am Horizont zu erblicken ist.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, du ahnst es nicht!)

Die Steuereinnahmen liegen deutlich höher als erwartet. – Herr Al-Wazir, Sie sind daran nicht beteiligt gewesen, Sie brauchen sich deswegen jetzt auch gar nicht zu erregen.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Roland Koch)

– Herr Ministerpräsident, es ist völlig richtig: Seitdem sie weg sind, ist es besser.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bisher habt ihr doch noch gar nichts in der Steuerpolitik geändert!)

Die Steuereinnahmen sind deutlich höher als erwartet, in den Jahren 2006 und 2007 jeweils um rund 20 Milliarden €. Deshalb haben die öffentlichen Haushalte jetzt die Chance, wieder ein bisschen mehr gestalten zu können.

Die Anzahl der Arbeitslosen ist bereits nach einem Jahr Großer Koalition um 470.000 gesunken.

(Norbert Schmitt (SPD): Nur in Hessen bleibt sie über dem Bundesdurchschnitt!)

– Das gibt mir die wunderbare Gelegenheit, mit einer Unwahrheit aufzuräumen. Das hat auch Ihr Fraktionsvorsitzender gesagt. Er hat sich auf die westdeutschen Bundesländer bezogen und gesagt, seit 2004 würden wir über dem Durchschnitt der westdeutschen Länder liegen.

(Norbert Schmitt (SPD): Natürlich, 8,7 %!)

Ausweislich der Statistik der Bundesagentur beträgt der Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer im letzten Jahr 9,9 % Arbeitslose, der Anteil in Hessen aber 9,7 %. Es ist die glatte Unwahrheit, was ihr Kollege da vorgetragen hat.

(Axel Wintermeyer (CDU): So ist es! – Minister Karlheinz Weimar: Das war eine Lüge!)

Ich denke, das muss hier klar und deutlich gesagt werden.

Jetzt komme ich zu dem, was auf Bundesebene an erfreulichen Entwicklungen festzustellen ist. Wir haben 470.000 Arbeitslose weniger. Die Wachstumsprognosen werden nach oben korrigiert, gegenwärtig liegen sie bei 2,4 %. Endlich werden die Maastricht-Kriterien wieder eingehalten. Deshalb sage ich: Das sind kleine, aber erfolgreiche Schritte in die richtige Richtung.

Ein großer Schritt in die richtige Richtung ist die Unternehmenssteuerreform, die unser Ministerpräsident und der Bundesfinanzminister zu verantworten haben. Herr Ministerpräsident, herzlichen Dank für das, was Sie mit dem Bundesfinanzminister zur Erhöhung der Attraktivität des Standortes Deutschland hier geleistet haben.

(Beifall des Ministers Karlheinz Weimar)

Denn das bedeutet zum Schluss, dass unsere Unternehmen wieder erfolgreicher arbeiten und damit wieder zusätzliche Arbeitsplätze schaffen können. Meine Damen und Herren, diesen Zusammenhang blenden Rot und Grün leider häufig aus.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich will hinzufügen: Für diese Steuerreform von Koch/Steinbrück gibt es Lob von allen Seiten, von Industrie und Handel, vom Handwerk, sogar von Hermann Otto Solms von der FDP, von Christine Scheel von den GRÜNEN – sie lehnt, wie sie sagt, diese Reform grundsätzlich nicht ab. Es ist bereits angesprochen worden: Es gibt nur unsere SPD-Landesvorsitzende in Hessen, die im Zusammenhang mit der Unternehmenssteuerreform sagt

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

– Herr Schmitt, Sie haben sich ja schon längst zwischen den beiden Kandidaten entschieden, Sie sind für Ihre Landesvorsitzende und Ihrem Fraktionsvorsitzenden bei dieser Frage voll und ganz in den Rücken gefallen.

(Norbert Schmitt (SPD): Vor allem bin ich gegen Koch und Wagner, da haben Sie Recht!)

Aber das ist Ihre Angelegenheit, nicht unsere.

Frau Ypsilanti sagt, die Entlastung der Unternehmen ist nicht akzeptabel. Frau Ypsilanti, damit befinden Sie sich in bester Gesellschaft mit Lafontaine und seinen neuen Freunden. Ich glaube aber, das bedenken Sie nicht, wenn Sie Ihren linken innerparteilichen Wahlkampf betreiben.

Lassen Sie mich noch einige Sätze zur inneren Sicherheit sagen. Unter der Landesregierung von Roland Koch und in der Verantwortung des Innenministers Volker Bouffier ist Hessen sicherer geworden. Stichwortartig nenne ich nur die Modernisierungsoffensive bei der Polizei, die Erhöhung der Polizeipräsenz vor Ort. Ich nenne den freiwilligen Polizeidienst, der auch ein Stückchen mehr Sicherheit bietet. Inzwischen sind es bereits 93 Kommunen mit 672 Helfern, die sich an diesem Polizeidienst beteiligen. Wir haben eine Rekordaufklärungsquote von 54,5 %. Hessen ist wirklich sicher geworden.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie haben sich die Straftaten entwickelt?)

Herr Innenminister, ich möchte hinzufügen: Respekt dafür, dass Sie bundesweit parteiübergreifende Mehrheiten in der Länderinnenministerkonferenz und in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung gefunden haben, wenn es darum geht, unser Land sicherer zu machen, wenn es darum geht, auch die schwierigen Fragen von Einbürgerungs- und Bleiberechtsregelungen zu lösen. Das, was hierzu in der letzten Woche geschehen ist, mit Ihrem maßgeblichen Einfluss, finde ich sehr bemerkenswert. Die Union hat sich hier durchgesetzt: keine Zuwanderung in die sozialen Systeme. Das muss klar und deutlich gesagt werden und als Programm gefordert und umgesetzt werden.

Die Regelung sieht so aus: Zunächst auf zwei Jahre befristete Aufenthaltserlaubnis wird für bereits geduldete Ausländer gegeben, wenn sie ihren Lebensunterhalt selbst verdienen können, sich seit mindestens acht Jahren in Deutschland befinden, Deutschkenntnisse vorweisen können und nicht straffällig geworden sind. Herr Innenminister, ich sage klar und deutlich: Statt Multikulti ist das eine Politik, die sich an den Interessen unseres Landes orientiert. Dafür möchte ich Ihnen sehr, sehr herzlich namens der CDU-Fraktion des Landtags meinen Dank aussprechen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir sprechen zu Recht vom Bildungsland Hessen. Wir geben im Jahr 2007 rund ein Drittel des Haushalts für Bildung aus: 4 Milliarden € für das Kultusministerium und 2 Milliarden € für die Hochschulen. Frau Kultusministerin, ich weiß aus eigener leidvoller Erfahrung, dass ein Kultusminister ein schwieriges Geschäft zu betreiben hat. Er kann noch so viel tun, wie er will, er hat immer wieder mit Unzufriedenheit zu kämpfen. Das gilt nicht nur für das Land Hessen, das gilt für sämtliche Kultusminister in Deutschland. Ich will deutlich festhalten: Sie haben in den letzten sieben Jahren – ich sage es einmal mit meinen Worten – so eine stille Revolution zum Besseren im Lande Hessen durchgeführt, gegen viele Widerstände, aber zum Besten unserer Kinder, unserer Schüler, die auch im Bundesvergleich wieder wettbewerbsfähiger geworden sind.

(Beifall bei der CDU)

Ich nenne 3.500 neue Lehrerstellen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Minus 1.000!)

Damit haben wir den Unterrichtsausfall massiv abgebaut, den wir von Rot-Grün übernommen hatten. Ich nenne die verlässliche Unterrichtszeit von der ersten bis zur sechsten Schulstunde. Ich nenne die Verbesserung von Qualität, die Vergleichbarkeit von Leistungen – Abschlussprüfungen an Haupt- und Realschulen, Landesabitur. Ich nenne die Einführung des Abiturs nach zwölf Schuljahren. Ich nenne die Förderung von Hauptschülern in den sogenannten Schub-Klassen. Ich nenne die verpflichtende Lehrerfortbildung, die Verdoppelung des Ganztagsangebots, die Deutschvorlaufkurse vor der Einschulung und den Schul-TÜV. Frau Kultusministerin, Respekt, das haben Sie wirklich in diesen sieben Jahren mit einem Riesenenergieaufwand glänzend gemacht. Das muss in der Öffentlichkeit auch immer wieder deutlich gemacht werden.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Von 1987 bis 1991 war es noch schlechter!)

Entschlossenheit und Mut zeichnen die Regierung Roland Koch auch bei dem Ausbau der Landebahn des Flughafens Frankfurt aus. Hier geht es um die Schaffung von etwa 100.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum sagt er nicht gleich 1 Billion?)

– Das ist dem Fraktionsvorsitzenden der GRÜNEN nicht mehr als ein Gelächter wert. Ich finde, hierüber müssten wir uns einmal in aller Ruhe unterhalten. Herr Al-Wazir, Sie haben es noch immer nicht gelernt, als Politiker Verantwortung für die Öffentlichkeit wahrzunehmen.

(Beifall bei der CDU)

Sie sollten sich wenigsten mit den Fakten auseinandersetzen und nicht mit einem blasierten Gelächter über solche notwendigen Themen hinweggehen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht fangen Sie damit einmal an! Ihre Einbildung möchte ich einmal haben!)

Hier gibt es, ich sagte es bereits, ein klares Führungsproblem innerhalb der SPD. Wir würden deswegen nach einer Landtagwahl auch nicht wissen, was im Hinblick auf den Ausbau des Frankfurter Flughafens geschehen wird. Mit einer Partei, die in einer so entscheidenden Zukunftsfrage gespalten ist, ist zum Schluss auch kein Staat zu machen. Mit dem Wunschpartner der SPD, den GRÜNEN – jedenfalls, was Frau Ypsilanti angeht; bei Herrn Walter weiß man nicht so genau, welchen Wunschpartner er hat –, wird jedenfalls mit ihrer fundamentalistischen Abwehrhaltung alles, aber auch jegliche Entwicklung in unserem Lande blockiert.

(Petra Fuhrmann (SPD): Wir wünschen vor allem, dass Sie nach der Landtagswahl nicht mehr an der Regierung sind!)

Es ist notwendig, dass die GRÜNEN keine Teilhabe an einer Verantwortung der Regierungsgeschäfte in Hessen haben.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hoffentlich haben Sie Angst davor!)

Meine Damen und Herren, Ähnliches gilt, wenn auch in kleinerem Maßstab, für Kassel-Calden. Auch hier können neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Ich habe vor einigen Wochen ein Logistikunternehmen im Großraum Kas-

sel besucht. Dort wurde mir gesagt, man warte auf diesen Flughafen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es will nur keiner dorthin fliegen!)

Herr Kollege Lübcke war dabei und pflichtet mir zu: Dieser Flughafen wird zusätzliche Betriebe generieren und zusätzliche Arbeitsplätze anziehen. Das muss im Interesse von Nordhessen klar und deutlich gesagt werden.

(Beifall des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Ich unterlasse es, noch einmal auf den Straßenbau zurückzukommen. Ich will mich noch mit zwei Vorschlägen der SPD und der GRÜNEN beschäftigen: mit den alten Ladenhütern Vermögensteuer und Grundwasserabgabe.

Herr Kollege Walter, Sie wollen die Vermögensteuer regional in Hessen einführen. Ich bin überrascht, dass der Bundesvorsitzende der SPD, der Ministerpräsident und Regierungschef von Rheinland-Pfalz, das bisher mit seiner absoluten Mehrheit nicht getan hat und dies in anderen SPD-regierten Ländern auch nicht geschieht.

(Norbert Schmitt (SPD): Und der war einmal zuständig für die Justiz!)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Kollege Wagner, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):

Nein, ich will jetzt zum Schluss kommen. – Die Einführung der Vermögensteuer wird unserer Wirtschaft schaden. Gleichzeitig wird sie einen Beitrag dazu leisten, dass eine Kapitalflucht ins Ausland zu unseren Lasten und zu Lasten unserer Arbeitsplätze stattfindet.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich ein Letztes zur Grundwasserabgabe sagen. Sie ist natürlich genauso schädlich. Sie erhöht nicht nur die Wasserrechnungen unserer Privathaushalte,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber weniger als eure Umsatzsteuererhöhung!)

sondern benachteiligt auch die Betriebe, die mit Wasser arbeiten müssen, in ihrem Wettbewerb innerhalb Deutschlands. Auch hier geht es wieder um Arbeitsplätze, was Sie offenbar vollkommen ignorieren.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch alles nicht zu fassen!)

Ich will am Rande nur einmal darauf hinweisen: Als es die Grundwasserabgabe noch gab, gab es in der Stadt Darmstadt ein Programm zur Förderung der privaten Anschaffung von Waschmaschinen. Erste Antragstellerin war die grüne Stadträtin Daniela Wagner.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ah!)

Ich frage die Fraktion der GRÜNEN: Wie viele heimliche Anträge aus Ihrer Fraktion haben Sie denn schon in der Tasche? Wenn Sie sich mit diesem absurden Vorschlag durchsetzen würden, könnten Sie dann auch entsprechende Parteifreunde bedienen.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Narrhallamarsch! – Norbert Schmitt (SPD): Mit

Waschmaschinen und Schmutzwäsche-Waschen sollten Sie vorsichtig sein!)

Meine Damen und Herren, der Gegensatz könnte nicht größer sein. Dort eine rot-grüne Opposition, die sich seit Monaten hinquält, um einen Spitzenkandidaten zu finden. Da gibt es die Qual der Wahl zwischen einem schon einmal von der Kandidatur zurückgetretenem Bewerber und einer links orientierten Bewerberin, die nicht einmal die Mehrheit ihrer eigenen Fraktion hinter sich hat. Hier dagegen steht eine entschlossene, mutige und kreative Regierung unter Roland Koch, die die Zukunft unseres Landes sichert und uns auf allen Politikfeldern nach vorne bringt.

Hier Zukunft und dort Vergangenheit – nirgends wird dies so deutlich wie bei den Vorschlägen von Rot-Grün zum Landeshaushalt. Die Zukunft des Landes Hessen und seiner Bürger liegt bei der Regierung von Roland Koch in guten Händen. Wir wünschen ihm viel Glück und viel Erfolg bei seiner weiteren Regierungszeit im Interesse unseres Landes.

(Anhaltender Beifall der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Dr. Wagner. – Weitere Wortmeldungen zum Einzelplan 02 liegen nicht vor. Damit ist der Einzelplan des Ministerpräsidenten besprochen.

Wir kommen zum

Einzelplan 03 – Hessisches Ministerium des Innern und für Sport –

Ich eröffne die Aussprache und darf Herrn Rudolph für die SPD-Fraktion das Wort erteilen. Herr Rudolph, zehn Minuten waren vorgesehen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Der Chefaufklärer! – Gegenruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD): Korruption muss aufgeklärt werden, darin unterscheiden wir uns!)

Günter Rudolph (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Hahn, wenn es etwas aufzuklären gibt, wenn es um Bestechung und ähnliche Delikte geht, dann müssen wir das gemeinsam aufklären. Ich hoffe, dass auch die FDP als Opposition dieses gemeinsame Ansinnen hat.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Personalsituation bei der hessischen Polizei bleibt angespannt. Durch die falschen Weichenstellungen dieser CDU-geführten Landesregierung und auch des Innenministers stehen in Hessen immer weniger Polizeibeamtinnen und -beamte zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zur Verfügung. In den Jahren 2007 und 2008 – im Haushalt 2007 steht es sehr konkret – wirkt sich die „Operation düstere Zukunft“ aus: 360 Stellen bei der Vollzugspolizei, 600 Stellen bei den Tarifangestellten sollen in den nächsten beiden Jahren gestrichen werden. Bei den Tarifangestellten sind die Streichungen schon vorgenommen worden.

Für den Haushalt 2007 haben wir, wie bereits in den letzten beiden Jahren, erneut die Rücknahme der PVS-Stellenstreichungen gefordert. Leider jedoch ohne Erfolg,

weil die CDU und dieser Innenminister sich völlig uneinsichtig zeigen. Die Leidtragenden werden zunächst die hessischen Polizeibeamtinnen und -beamten sein, aber auch Hessens Bürgerinnen und Bürger. Im Ergebnis bedeutet das: In den nächsten Jahren steht weniger Polizei in Hessen zur Verfügung. Das ist der falsche Ansatz.

(Beifall bei der SPD)

Herr Innenminister, Sie haben es immerhin noch nicht ernsthaft bestritten: Seit Ihrem Amtsantritt im Jahr 1999 bis zum Jahr 2008 werden wir über 1.200 Stellen bei der Vollzugspolizei weniger haben, und bei den Tarifangestellten werden wir über 1.600 Stellen weniger haben. Sie haben 244 Stellen bei der Wachpolizei geschaffen. Sie haben 460 Stellen im Angestelltenbereich ebenfalls aus der Vollzugspolizei besetzt. Das bedeutet entgegen ihren anderen Aussagen ein Weniger an professioneller Polizeiarbeit in Hessen. Auch das ist der falsche Ansatz Ihrer Politik. Wir haben in den letzten Jahren immer wieder gefordert, dass wir mehr Personal brauchen. Als Antwort der CDU-Fraktion wurden alle Haushaltsanträge abgelehnt, nach dem Motto: Es ist ausreichend.

Wir haben das auch für den Haushalt des Jahres 2007 getan. Interessanterweise haben wir in den letzten Jahren eine Rate von 300 Polizeibeamten pro Jahr, die ausscheiden, 250 Ausbildungsstellen haben Sie zur Verfügung gestellt, und dieses Jahr sind es 400. Das reicht nicht aus. Unser Haushaltsantrag, weitere 250 Ausbildungsstellen für die Polizei zu schaffen, wurde von Ihnen wieder abgelehnt, auch das ein falscher Schritt. Aber immerhin, Sie haben anerkannt, dass Polizeibeamte fehlen. Also könnte man, wenn man Ihnen wohlwollend gegenübersteht, sagen: Sie haben erkannt, dass die SPD an der Stelle recht hatte, Herr Innenminister.

(Beifall bei der SPD)

Gelegentlich erleben wir auch bei Ihnen, dass Sie gute Sachen von der sozialdemokratischen Fraktion anerkennen. Herr Innenminister, das ist aber ein ganz kleiner Meilenstein. Da müssen noch viele weitere folgen, weil nämlich eines unstrittig ist: Die Arbeitsverdichtung bei Hessens Polizei ist enorm. Die Alternativen – eben auch von Herrn Wagner noch einmal martialisch dargestellt – wie Wachpolizei und freiwilliger Polizeidienst sind keine Alternativen. Sie haben sie als Ersatz für qualifizierte Polizeiarbeit angesehen. Das ist der zentrale Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Beifall bei der SPD)

Weniger qualifizierte Polizei bedeutet weniger Präsenz vor Ort, und das ist das völlig falsche Signal zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Sie setzen auch im Jahr 2007 – da ist Innenminister Bouffier allerdings konsequent – die falsche Politik zugunsten der Beschäftigten fort. Personalpolitik heißt bei Ihnen Politik nach Gutsherrenart. Gestern veranstaltete der Beamtenbund eine Demonstration vor dem Rathaus hinter der Bannmeile. Überschrift: „Verkocht“. Das ist schon ein interessantes Signal. Wie gesagt, der Beamtenbund macht sehr deutlich: Diese Landesregierung setzt sich nicht für die Beschäftigten ein. – So machen Sie das auch.

Sie sind als Innenminister für die Tarifverhandlungen zuständig. Im Haushaltsplan finden wir wieder weit über 500.000 € für Gutachterkosten. Diese Gutachten brauchen Sie. Meine Damen und Herren, das ist hinausgeworfenes Geld. Hessen ist nach Berlin das einzige Bundesland, das aus der Tarifgemeinschaft der Länder ausgetre-

ten ist. Es gibt im öffentlichen Dienst einen guten neuen Tarifvertrag. Er ist ein vernünftiger Kompromiss zwischen den Belangen der Länder und dem Haushaltsdruck einerseits und den berechtigten Interessen der Mitarbeiter andererseits. Deswegen brauchen wir in schwierigen Haushaltssituationen einen Dialog mit den Beschäftigten, mit den Tarifpartnern. Deswegen fordern wir Sie auf, Herr Innenminister: Kehren Sie in die Tarifgemeinschaft der Länder zurück. Das ist dringend notwendig.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie schaffen es in Hessen, eine unterschiedliche Art von Beschäftigung zu erreichen. Wir haben Beamte, die 42 Stunden in der Woche arbeiten. Wir haben Tarifangestellte, die 38,5 Stunden arbeiten, und wir haben Tarifangestellte, die 42 Stunden arbeiten. Sie wollen damit den öffentlichen Dienst spalten und eine Entsolidarisierung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen herbeiführen. Wir brauchen eine moderne Personalpolitik und ein modernes Tarifrecht.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

– Ja, Herr Boddenberg, das alles sind Dinge, die Sie nicht machen.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

– Von ver.di rede ich nicht, und selbst wenn das so ist, muss ich sagen: Dass sich eine Gewerkschaft für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen einsetzt, ist das ureigenste Anliegen von Gewerkschaften. Das haben wir nicht zu kritisieren.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Selbst wenn ich die eine oder andere Äußerung von Gewerkschaftsfunktionären innerlich nicht mittrage, spielt das keine Rolle. Das ist eine Aufgabe von Gewerkschaften. Wir brauchen auch ein modernes Mitbestimmungsrecht. Sosehr wir die Entscheidung des Staatsgerichtshofs im Interesse der Rechtstreue zu respektieren haben, gar keine Frage, werden wir doch, wenn wir die Regierungsverantwortung übernehmen, ein modernes Personalvertretungsrecht schaffen. Wir wollen die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen auf dem Reformprozess im öffentlichen Dienstrecht mitnehmen und dürfen sie nicht als lästiges Übel ansehen, wie es diese Landesregierung an der Stelle tut.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Herr Innenminister, Sie sagen, Schwerpunkt der Arbeit des Amtes für Verfassungsschutz sei die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus. Ja, diese mögliche Bedrohung müssen wir gemeinsam sehr ernst nehmen. Aber auch da gilt natürlich der Grundsatz: keine Hysterie, aber natürlich die Bevölkerung sensibilisieren und gemeinsam gucken, wo wir Verbesserungen herbeiführen müssen. Da gibt es auf Bundesebene die Antiterrordatei. Als Sozialdemokraten haben wir gesagt, dass wir der so zustimmen; aber wir sagen auch sehr deutlich in Hessen: Wir dürfen die Gefahren, die durch den Rechtsextremismus entstehen, nicht unterschätzen. Da sehen wir in Hessen noch Möglichkeiten der Verbesserung. Wir müssen in Hessen größere Anstrengungen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus unternehmen. Für die von ihm ausgehende Bedrohung und die Gefahr einer sich zunehmend herausbildenden rechtsextremen Jugendszene brauchen wir staatlich unterstützte Projekte zur Bekämpfung solcher Tendenzen. Das bleibt

eine Daueraufgabe. Deswegen ist es fahrlässig, Herr Innenminister, wenn Sie unseren Haushaltsantrag, rund 250.000 € mehr für solche Projekte zur Verfügung zu stellen, im Haushaltsausschuss ablehnen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Koch, das ist bei Ihnen von oben nach unten gut durchorganisiert. Da hat der eine oder andere, der es ablehnt, nicht mehr die Möglichkeit, sehr darüber nachzudenken. Das ist relativ einfach. Das macht man einfach, wenn es vorgegeben wird.

Meine Damen und Herren, diese Mittel können wir sinnvollerweise für das Netzwerk gegen Gewalt einsetzen, für die Arbeit des Rings politischer Jugend, aber auch die Arbeit der Feuerwehr oder der Sportjugend, die sich mit solchen Projekten auseinandersetzen müssen. Gerade jugendlicher Rechtsextremismus ist eine Bedrohung der nächsten Jahre. Da verändert sich auch etwas in den Strukturen, weg von den dumpfen Skinhead-Dingern. Das ist der gleiche braune Sumpf, auch wenn er heute in Schlips und Kragen auftritt. Deswegen müssen wir gemeinsam diese Anstrengungen unternehmen, auch wenn solche Leute wie Herr Gotthardt das nicht einsehen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Gotthardt, seien Sie einmal ganz vorsichtig. Herr Innenminister, Sie geben sonst gern viele Presseerklärungen hinaus. Wir hätten aber von Ihnen einmal eine klare Aussage zu dem Fall eines Neonazis erwartet, der im CDU-nahen RCDS in Gießen als zweiter Vorsitzender aktiv war. Hier hätte die CDU einmal eine klare Aussage machen müssen, wie sie damit umgeht. Das ist eben kein Kavaliersdelikt, sondern eine grundsätzliche Auseinandersetzung, die wir führen müssen. Meine Damen und Herren, dazu keine Aussage.

(Beifall bei der SPD)

Dass die Feuerwehren 1,5 Millionen € mehr zur Verfügung gestellt, bekommen, also die Kommunen, ist nötig. Dort gibt es schon einen Antragsstau. Deswegen ist das keine Ruhmestat, sondern an der Stelle durchaus notwendig. Die Kommunen – sie unterstehen Ihnen als Kommunalaufsicht – brauchen Spielraum zur Erfüllung ihrer Aufgaben. Deshalb darf es keine weitere Erhöhung der Kreisumlage geben. Ihre unsolide Finanzpolitik geht zulasten der kreisangehörigen Städte und Gemeinden. Deswegen ist es gut und richtig, wenn die Kreisumlage nicht erhöht werden soll. Da wollen wir einmal nach Ihren Worten auch Taten sehen lassen.

Es bleibt zum Schluss zu sagen: Die Personalsituation in der hessischen Polizei ist nach wie vor angespannt. Wir haben eine hohe Arbeitsverdichtung. Sie haben sich beispielsweise für das Innenministerium an der Stelle viele Erhöhungen bewilligt. Das mag so sein. Aber es geht auch darum, dass die vielen Indianer, die auf Hessens Straßen unterwegs sind, vernünftige Arbeitsbedingungen haben. Deswegen heißt unsere Botschaft ganz klar: Der Personalabbau in Hessens Polizei muss gestoppt werden. Wir brauchen mehr qualifizierte Polizeibeamte, weil wir aufgrund der Veränderungen in der Gesellschaft entsprechendes Fachpersonal brauchen. Deswegen ist Ihr Ansatz falsch. Wir haben in Hessen in den letzten Jahren einen überdurchschnittlichen Anstieg der Kriminalität gehabt. Im Jahr 2005 war der Anstieg etwas geringer. Trotzdem bleiben die Gefahren bestehen. Herr Innenminister, deswegen besteht kein Grund, sich auszuruhen. Hessens Polizeibeamte leisten einen hervorragenden Dienst und ha-

ben eine enorme Arbeitsverdichtung, nachdem um viele Stellen gekürzt wurde. Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen gilt es, viel zu tun. Wir werden einiges korrigieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Rudolph. Es waren exakt zehn Minuten.

Dann darf ich verabredungsgemäß BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort erteilen. Es liegt aber noch keine Wortmeldung vor. – Herr Frömmrich, bitte sehr, Sie haben das Wort.

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege Rudolph hat schon viele Aspekte der inneren Sicherheit angesprochen, und wir konnten auch von der CDU nach ihrer Haushaltsklausur lesen, wo sie Schwerpunkte in der inneren Sicherheit setzen wollte. Da hat sie groß angekündigt, in der inneren Sicherheit würden entsprechende Mittel für technische Erneuerung und für IT-Ausstattung bei der Polizei und für den Austausch von Polizeifahrzeugen zur Verfügung gestellt. Es ging dann um Verpflichtungsermächtigungen bis 2009 in der Größenordnung von 35 Millionen €.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir erleben immer wieder, dass die CDU auf der einen Seite die innere Sicherheit groß nach draußen bringt, aber auf der anderen Seite in den Vorwahlkampfzeiten, wie Sie das jetzt wieder tun, Herr Innenminister, ganz normale Dinge, die ganz normale Ausstattung der Polizei, den Ersatz von ganz normalen Fahrzeugen, den Ersatz von ganz normaler IT-Ausstattung, als eine besondere Leistung dieser hessischen Union hinstellt. Herr Innenminister, hängen Sie es einfach tiefer. Das ist Business.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Entschuldigung, wenn Sie sich an Ihre eigenen Versprechungen von vor fünf Jahren erinnern, Herr Kollege Wintermeyer, müssten Sie wissen: Der Innenminister und der Ministerpräsident haben gesagt, es werde kein Polizeiauto in Hessen mehr geben, das älter als fünf Jahre sei. Jetzt ist es ganz normal, dass die Polizeiautos, die seinerzeit mit viel Aufwand von diesem Innenminister übergeben worden sind, 2008 und 2009 ausgetauscht werden müssen. Von daher ist es keine besondere Leistung dieses Innenministers, sondern eine ganz normale Ersatzbeschaffung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

– Das hat getroffen. Das merkt man an Ihren Aussagen. Wir können es im Protokoll der kursorischen Lesung des Einzelplans 03 nachlesen. Da steht: Es handelt sich um Fahrzeuge, die zu Beginn des Jahres 2008 ausgeliefert werden sollen und für deren Beschaffung die Mittel schon 2007 bereitgestellt werden. – Frau Kollegin Zeimetz-Lorz, genau so haben Sie es organisiert. 2007 werden die Verpflichtungsermächtigungen im Haushalt eingestellt. Ende 2007 werden die Fahrzeuge bestellt, damit Sie pünktlich zur Landtagswahl wieder herumfahren und die neuen Polizeiautos übergeben können. Das ist die Strategie dieser Union.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Demonstrativer Beifall bei der CDU)

Von daher sollten Sie sich, denke ich, nicht mit fremden Federn schmücken. Sie machen ganz normal das, was ausgetauscht werden muss.

(Michael Boddenberg (CDU): Schon einmal etwas von Zufall gehört?)

Ein weiterer Punkt, den ich ansprechen möchte, ist der Stellenplan, hier die 150 zusätzlichen Anwärterstellen. Herr Innenminister, die Diskussion darüber führen wir mit Ihnen schon seit mehreren Jahren. Sie vollziehen jetzt endlich das, was wir Ihnen gesagt haben. Es scheiden mehr Leute aus, als Sie in den Polizeidienst übernehmen. Sie vollziehen das nach, was wir in den letzten Jahren immer gefordert haben. Eines ist deutlich, Herr Innenminister – das muss man Ihnen auch einmal sagen –: dass Sie auf der einen Seite mit den 150 Anwärterstellen hausieren gehen. Wie Sie aber Personal behandeln, wie Sie PVS-Vermerke herausgeben, ist die andere Seite.

Wenn man sich einmal den Stellenplan Ihres Ministeriums anschaut, sieht man wahrlich die Vermehrung und Anhebung von Stellen. Da wird beispielsweise bei B 6 die Zahl der Stellen von fünf auf sieben erhöht. Die Zahl der Stellen für Ministerialräte in B 2 wird von 16 auf 17 erhöht. Die Zahl der A 16-Stellen wird von 27 auf 31 erhöht und die Zahl der Stellen in A 15 von 22 auf 38. Bei A 14 haben wir eine Erhöhung der Stellenzahl von 13 auf 21.

Herr Innenminister, das ist die Politik dieser Landesregierung. Sie schicken die Indianer in die PVS. Bei denen bauen Sie Stellen ab. Aber in Ihrem Ministerium werden vermehrt Stellen ausgewiesen, die gehoben besoldet sind. Das ist die Politik dieser Landesregierung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So kann man mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht umgehen. Man kann nicht auf der einen Seite beim Personal sparen und Einschnitte machen – im Übrigen auch Einschnitte bei der Vollzugspolizei und bei den Angestellten –, während im Ministerium fleißig Stellen angehoben werden.

Ich möchte einen Satz zur Terrorbekämpfung sagen. Über dieses Thema haben wir uns in den letzten Wochen und Monaten hier im Hause öfter unterhalten. Die Terrorbekämpfungsdatei ist inzwischen eingerichtet. Der Herr Innenminister hat angekündigt, dass für die Terrorbekämpfung elf zusätzliche Stellen eingerichtet werden.

Herr Innenminister, wir müssen auch noch einen anderen Punkt angehen. Man kann nicht auf der einen Seite zur Bekämpfung des Terrors entsprechende Dateien einrichten, einen Ausbau der Videoüberwachung fordern, das Auslesen von Mautdaten zu einer Aufgabe der normalen Polizeiarbeit machen, wenn auf der anderen Seite Maßnahmen der Sicherheit auf dem Frankfurter Flughafen nicht funktionieren, wie wir heute wieder in der „Bild“-Zeitung lesen müssen. Das passt nicht zusammen. Auf der einen Seite haben wir die Situation, die Terrorbekämpfung vorantreiben zu müssen, und auf der anderen Seite stellen wir fest, dass die ganz normale Polizeiarbeit im Rahmen der Sicherheit am Frankfurter Flughafen nicht funktioniert. Herr Innenminister, ich fordere Sie auf, die Missstände am Frankfurter Flughafen endlich in den Griff zu bekommen und hierzu auch mit der Bundespolizei ins Gespräch zu kommen. Es kann nicht sein, dass im Bereich der Sicherheits- und der Körperkontrollen, aber auch im Bereich der Videoüberwachung am Frankfurter Flughafen

fen nicht all das unternommen wird, was zu tun ist. Es kann nicht sein, dass Sie große Sicherheitsanforderungen in den Raum stellen und meinen, das mit billig bezahlten Sicherheitskräften erledigen zu können. Qualität im Bereich der Sicherheit und der Abfertigung am Flughafen hat eben ihren Preis.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte am Ende meiner Rede den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums, aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Polizei danken, die in diesem Jahr hervorragende Leistungen erbracht haben, insbesondere im Zusammenhang mit der Fußballweltmeisterschaft. Da haben wir gesehen, dass unsere hessische Polizei mit sehr viel Engagement, Tatkraft und Umsicht gearbeitet hat. Deshalb gilt unser Dank am Ende der Ausführungen zum Einzelplan 03 der hessischen Polizei.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke schön, Herr Kollege Frömmrich. – Das Wort hat Frau Zeimetz-Lorz für die Fraktion der CDU.

(Günter Rudolph (SPD): Am besten reden Sie für Herrn Hahn gleich mit!)

Birgit Zeimetz-Lorz (CDU):

Ich gehe davon aus, dass der Kollege Hahn Wert darauf legt, die Position der FDP gleich selbst darzulegen.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die innere Sicherheit ist und bleibt ein zentrales Feld der CDU-Politik in diesem Lande. Der Vorsitzende unserer Fraktion, Herr Dr. Wagner, hat bereits darauf hingewiesen, dass wir im vergangenen Jahr mit einer Aufklärungsquote von 54,5 % das beste Ergebnis seit 36 Jahren in Hessen hatten. Der vorliegende Haushaltsentwurf ist erneut ein Beleg für unsere erfolgreiche Arbeit im Dienst der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Das Regierungsprogramm wird damit auch im Jahre 2007 Schritt für Schritt umgesetzt. Wir erfüllen unser Regierungsprogramm Stück für Stück nach dem Motto „Versprochen und gehalten“.

(Günter Rudolph (SPD): Bei den Beamten schon, das haben wir gesehen!)

Herr Kollege Rudolph, ich will mich nur auf einige wenige, für uns wichtige Punkte beschränken. Im Haushalt 2007 wird die Zahl der neu eingestellten Polizeianwärter von 250 auf 400 deutlich erhöht.

(Günter Rudolph (SPD): Im letzten Jahr war es offensichtlich noch nicht nötig, da haben Sie das abgelehnt!)

Ich darf an dieser Stelle noch einmal daran erinnern, dass wir im Jahre 2006 in Hessen erstmals sämtliche Polizeivollzugsstellen besetzt haben. Herr Kollege Rudolph, Sie haben einen schönen Änderungsantrag gestellt und fordert, weitere 250 Anwärter einzustellen. Das wären dann insgesamt 650 Anwärter. Man kann natürlich nicht bestreiten, dass 650 Anwärter besser sind als 400 Anwärter. Ich habe mir aber, da ich wusste, dass Sie wieder mit der Platte „Personalabbau bei der hessischen Polizei“ kommen würden, erlaubt, ein wenig im Archiv zu wühlen. Ich habe nachgeschaut, wie viele Anwärter die SPD – ge-

meinsam mit den GRÜNEN – in den Jahren von 1994 bis 1999 eingestellt hat. Ich bin in keinem einzigen Jahr auf eine Anwärterzahl gestoßen, die auch nur annähernd dem entspricht, was wir für den kommenden Haushalt vorsehen, nämlich 400.

(Günter Rudolph (SPD): Wir hatten eben keine PVS wie Sie!)

Herr Kollege Rudolph, alle Einstellungszahlen unter rot-grüner Regierungszeit lagen deutlich unter 400. Sie gingen bis auf 181 Anwärter zurück. Deshalb finde ich es schon ziemlich kühn, so zu argumentieren. Dem Kollegen Frömmrich kann man es nachsehen, weil er noch nicht so lange dabei ist, aber der Kollege Rudolph müsste es wissen, denn er ist länger dabei. So viel zum Thema selektive Wahrnehmung. Das muss an dieser Stelle einmal gesagt werden.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Deswegen finde ich es schon ein wenig kess und putzig, Herr Kollege Rudolph, hier einen solchen Antrag zu stellen. Zur Finanzierung greifen Sie natürlich wieder in die alte sozialistische Mottenkiste aus den Achtzigerjahren: Erhöhung der Erbschaftsteuer und Einführung der Vermögensteuer. Diese Diskussion haben wir schon oft geführt. Die müssen wir an dieser Stelle nicht mehr führen.

(Günter Rudolph (SPD): Wie z. B. die Einmalzahlung, die haben Sie auch finanziert!)

Ich möchte auf einen zweiten Punkt zu sprechen kommen, die technische Ausstattung der hessischen Polizei. Herr Kollege Frömmrich, Sie haben gesagt, es sei ein ganz normaler Vorgang, dass wir uns, wie geplant, an der bundesweiten Einführung des Digitalfunks bei der Polizei und bei den Rettungsdiensten beteiligen und dafür in den kommenden Jahren rund 200 Millionen € zur Verfügung stellen. Sie haben gesagt, es sei ein ganz normaler Vorgang, dass bis 2011 rund 23 Millionen € in die Erneuerung der IT-Ausstattung der Polizei investiert werden.

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie haben gesagt, dass es ein ganz normaler Vorgang sei, dass insgesamt 11.000 PCs, 11.000 Monitore, 9.200 Drucker, 1.000 Laptops und 1.500 Einzel-PCs angeschafft werden.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch keine Leistung dieser CDU-Fraktion! Tun Sie nicht so!)

Sie haben gesagt, es sei ein ganz normaler Vorgang, dass wir dem seit 1999 geltenden Grundsatz folgen, dass Fahrzeuge der Polizei nicht länger als fünf Jahre in den Dienst gestellt werden sollen, und deshalb 18,4 Millionen € in die zweite Stufe der 2002 gestarteten Kfz-Modernisierungsoffensive eingestellt werden.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die müssen jetzt ersetzt werden! Das ist normal!)

Lieber Herr Kollege Frömmrich, auch Sie darf ich auf die Vergangenheit hinweisen. Es war leider – so muss ich sagen – ein ganz normaler Vorgang, dass vor 1999 keine PCs bei den Polizeidienststellen existierten, es sei denn, die Polizistinnen und Polizisten haben eigene PCs mitgebracht.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dafür haben wir die zweigeteilte Laufbahn eingeführt!)

Realität war damals doch, dass in den Polizeistuben die alte Adler-Such-Schreibmaschine gestanden hat, bei der die Kolleginnen und Kollegen sieben Durchschläge machen mussten, um eine stinknormale Kfz-Diebstahlsanzeige aufnehmen zu können.

(Beifall bei der CDU – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dafür haben wir die zweigeteilte Laufbahn eingeführt!)

Ich darf Sie daran erinnern, Herr Kollege Frömmrich, dass die Polizei seinerzeit mit Uraltgurken auf die Straße geschickt wurde, um Verbrecher zu jagen, und dass wir 2002 neue Fahrzeuge angeschafft haben.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dafür haben wir die Polizeibeamten besser bezahlt!)

Wenn Sie rechnen können, Herr Frömmrich, dann wissen Sie, dass im Jahre 2007 die Fahrzeuge, die 2002 angeschafft worden sind, fünf Jahre alt sind und ersetzt werden. Das ist – insofern gebe ich Ihnen recht –, ein normaler Vorgang für eine CDU-geführte Landesregierung, aber kein normaler Vorgang für eine rot-grünen Landesregierung. Das darf ich an der Stelle noch einmal in Erinnerung rufen.

(Beifall bei der CDU – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nett vorgetragen, aber Quatsch!)

Ein weiterer Punkt, der uns wichtig ist und der in dieser Debatte noch nicht erwähnt worden ist: Es wird auch mehr Geld für eine qualitativ und quantitativ verbesserte Einsatzverpflegung der Beamtinnen und Beamten der Polizei zur Verfügung gestellt. Insofern sehe ich die Polizei in Hessen nicht schlecht dastehen.

In einem Punkt stimme ich Ihnen zu, Herr Kollege Frömmrich. Wir sind stolz auf die Arbeit der hessischen Polizistinnen und Polizisten, und ich möchte für meine Fraktion an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön aussprechen. Wir sind stolz auf die hessische Polizei.

(Beifall bei der CDU)

An dieser Stelle will ich ein Weiteres erwähnen, das erstmalig geschehen wird. Für das Jahr 2007 stehen im Haushaltsplanentwurf erstmals originäre Landesmittel für die hessische Feuerwehr, für die Brandschutzförderung bereit. Wir haben hierfür 1,7 Millionen € eingestellt, die mit einer Verpflichtungsermächtigung abgesichert werden. Auch darauf sind wir stolz, weil die Arbeit der hessischen Feuerwehren nicht hoch genug einzuschätzen ist. Sie bedarf daher einer entsprechenden Unterstützung.

Ein dritter Punkt, der mir wichtig ist, ist das Investitionsprogramm Sportland Hessen. Damit wollen wir in Zukunft insbesondere den Breitensport in Hessen fördern. Wir haben gerade in Nordhessen aufgrund des demografischen Wandels die Situation, dass es für die Vereine immer schwieriger wird, bestehende Anlagen so in Schuss zu halten, dass sie auch weiterhin genutzt werden können. Auch hierfür sollen in den kommenden Jahren ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Herr Kollege Rudolph, Sie haben einen Änderungsantrag zum Thema Bekämpfung des Rechtsextremismus gestellt. Man kann es immer unterstützen, den Rechtsextremismus zu bekämpfen. Ich frage mich allerdings: Was wollen Sie mit einem Haushaltsansatz von 250.000 € erreichen, der nach meinem Dafürhalten nach dem Gießkannenprinzip über das Land verteilt werden muss?

(Günter Rudolph (SPD): Über die Ausgestaltung kann man ja reden!)

Ich darf mir an dieser Stelle den Hinweis erlauben, dass wir uns in Hessen bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus unter gar keinen Umständen zu verstecken brauchen. Ganz im Gegenteil, wir sind bundesweit Spitze, was die niedrige Anzahl an rechtsextremistischen Straftaten angeht. Darauf können wir ein Stück weit stolz sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir können gern darüber diskutieren, wie wir diesen Kampf gemeinsam besser führen wollen. Aber ich denke, mit einem Ansatz von 250.000 € mittels eines Änderungsantrages werden wir das nicht erreichen. Herr Kollege Rudolph, ich muss doch sagen, dass ich sehr dafür bin, dass wir Extremismus insgesamt gemeinsam bekämpfen.

(Günter Rudolph (SPD): Habe ich etwas anderes gesagt? Ich habe nichts anderes gesagt! – Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Denn wir haben auch Probleme anderer extremistischer Art und Weise.

An dieser Stelle darf ich noch einmal sagen, dass wir stolz auf unseren Innenminister und auf unseren Finanzminister sind. Auch an dieser Stelle kommt von meiner Fraktion noch einmal ein dickes Lob für diesen Haushaltsentwurf. Damit lässt sich arbeiten. Dem werden wir mit Freude unsere Zustimmung geben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke sehr, Frau Zeimetz-Lorz. – Dann ergreift Herr Hahn, der Vorsitzende der FDP-Fraktion, das Wort.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Als innenpolitischer Sprecher!)

– Nur als innenpolitischer Sprecher.

(Minister Volker Bouffier: Was heißt „nur“?)

Ich glaube, das ist in Personalunion möglich.

Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema „nur“ haben Sie gerade in die Diskussion gebracht.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Ich habe gesagt: in Personalunion.

Jörg-Uwe Hahn (FDP):

Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich rede hier als innenpolitischer Sprecher und als einer, der sich seit nunmehr 17 Jahren mit der Innenpolitik in diesem Lande beschäftigt. Ich glaube, im Raum ist nur noch Volker Bouffier, der das länger tut. Ansonsten maße ich mir schon an, ein Bild auch über die Veränderungen der hessischen Polizei in den letzten 17 Jahren mir eingeprägt, erarbeitet und in vielen Gesprächen mit Polizeibeamten vor Ort, aber auch mit Polizeiführern geprägt zu haben. Ich glaube, der Kollege Frömmrich liegt richtig,

wenn er sagt, dass es vollkommen normal ist, dass nach fünf Jahren die Autos ausgetauscht werden. Ich halte das auch für normal. Herr Kollege Frömmrich, dass Sie das erkannt haben, ist aber neu. Denn als Sie die Verantwortung hatten, war es unnormal, dass Autos nach fünf Jahren ausgetauscht werden. Das ist halt der Unterschied.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben dafür die Beamten besser bezahlt! Wir haben die zweigeteilte Laufbahn eingeführt! Da sind Sie auf die Bäume gestiegen!)

Es bleibt normal. Es war aber in den Jahren von 1991 bis 1999 nicht klar. In dieser Zeit – Herr Kollege Frömmrich, da können Sie noch so lange hereinbrüllen, ich habe das Mikrofon – sind die Autos immer älter geworden. Wenn Sie jetzt stolz darauf sind, dass Sie die zweigeteilte Laufbahn eingeführt haben,

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau! Da ist der Herr Kanther auf die Bäume gegangen!)

so sage ich Ihnen: Die gilt in Hessen immer noch. Es wird nämlich jetzt beides gemacht.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Auf der einen Seite gibt es die zweigeteilte Laufbahn, und auf der anderen Seite wird auch das an Material ausgetauscht, was die Polizei benötigt. Das ist halt der Unterschied zu Rot-Grün in den Neunzigerjahren.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schauen Sie sich das Gehalt von Polizeibeamten an, wie Sie das in den letzten Jahren rasiert haben, Herr Innenminister!)

Sie haben nur eine einzige Sache gemacht. – Wenn Sie Baldrian brauchen: Wir haben vorne einen netten Mitarbeiter vom Malteser Hilfsdienst. Der ist bestimmt bereit, Ihnen das zu geben, Herr Kollege Frömmrich, wenn Sie es brauchen. Ich glaube, das gibt es sogar umsonst, egal ob Sie Beihilfeempfänger sind oder ob Sie irgendetwas auf Krankenschein benötigen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe das nicht nötig!)

Nein, ich finde es lästig, wenn jemand überhaupt nicht erkennt, dass er dauernd falsch dazwischenruft. Deswegen sage ich es noch einmal: Ja, in der Zeit von 1991 bis 1999 wurde von Rot-Grün die zweigeteilte Laufbahn umgesetzt. Im Jahre 1999, als Volker Bouffier als Innenminister und ich als innenpolitischer Sprecher gemeinsam mit unserem Alterspräsidenten von der Union die Innenpolitik verantwortlich übernommen haben, haben wir beides gemacht. Wir haben die zweigeteilte Laufbahn fortgeführt, weil das vernünftig ist.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Auf der anderen Seite haben wir die technische Ausstattung eingeführt, weil das überfällig gewesen ist. Armin, damals warst du noch nicht Alterspräsident, aber deine Weisheit hat uns schon geholfen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Zurufe von der CDU: Ui!)

Zweite Bemerkung. Ich möchte ganz, ganz dringend alle hier im Raume bitten, das Thema Flughafen nicht so zu

diskutieren, wie es der Kollege Frömmrich eben getan hat. Oder war es der Kollege Rudolph? Nein, es war der Kollege Frömmrich. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, wir alle, die in den Gremien dieses Hauses sind, die zu Verschwiegenheit verpflichtet sind, wissen, was ich damit meine.

Aber erst einmal der objektive Sachverhalt. Für die Sicherheit an der Außengrenze der Bundesrepublik Deutschland ist bisher immer noch die Bundesrepublik Deutschland zuständig und nicht ein Land.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Frömmrich, also ist es zunächst einmal nicht Aufgabe der Landespolizei.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe „Bundespolizei“ gesagt! – Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Ich sage das sehr bewusst, und jetzt bitte ich Sie, Herr Kollege Frömmrich, einmal ein bisschen Dampf abzulassen. Das ist Aufgabe der Bundespolizei. Das ist auch – das sage ich sehr bewusst, weil ich das immer wieder höre – nicht Aufgabe des Unternehmens. Ich habe versucht, bei der Diskussion die Tage deutlich zu machen: An den Außengrenzen, an den Autobahnen der Bundesrepublik Deutschland, wenn es nicht den Vertrag von Schengen betrifft, ist auch nicht der jeweilige Tankstellenbesitzer zuständig, sondern es ist immer die Bundespolizei dafür zuständig. Genau dasselbe gilt für den Rhein-Main-Flughafen.

(Beifall bei der FDP – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Natürlich!)

Dritte Bemerkung. Herr Kollege Frömmrich, wir können dankbar dafür sein, dass die Behörden der inneren Sicherheit – jetzt sage ich: sowohl die des Bundes als auch die der 16 Bundesländer – in den letzten Monaten derart erfolgreich zusammengearbeitet haben, dass mehrere Attentate verhindert werden konnten.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Herr Kollege Frömmrich, es erregt einen sehr, wenn flapsig mit diesem Thema umgegangen wird. Wir können viel flaschen. Aber wenn man an ein Thema, das unsere Gesellschaft im Mark trifft, mit einer solchen Flapsigkeit herangeht: Herr Kollege Frömmrich, das lassen Sie aber bitte sein.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Vierte Bemerkung: zum Thema Polizeirecht. Wir haben als FDP-Fraktion einiges in den Geschäftsgang des Landtages eingebracht. Wir sind der Auffassung, dass das Polizeigesetz, so, wie es jetzt in Hessen ist, in zwei, drei Punkten nicht verfassungsgemäß ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich erhoffe mir von der Debatte, dass auch bei der Regierung eine Einsicht kommt, dass z. B. die Rasterfahndung, wie sie derzeit im Polizeigesetz geregelt ist, auf alle Fälle anders organisiert werden muss. Ich sage Ihnen: Bei uns wächst immer mehr die Erkenntnis, dass Rasterfahndung nichts bringt. Aber, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, das möchte ich in der Anhörung noch einmal von Fachleuten bestätigt bekommen.

(Beifall bei der FDP)

Vorletzte Bemerkung. Thema der Innenpolitik ist nicht nur die Polizei. Das haben auch alle Kollegen bewiesen.

Ich möchte zum Thema Kommunalwahl noch etwas sagen. Ich möchte daran erinnern, dass wir uns nicht mit der unheimlich geringen Wahlbeteiligung zufriedengeben können, die wir im März dieses Jahres erleben mussten. Ich bitte deshalb die Fraktionen dieses Hauses, ohne Vorurteile, sondern mit offenem Kopf an die Debatte im Innenausschuss heranzugehen, wie wir das Kommunalrecht so modernisieren können, dass wir mehr Menschen motivieren können, zur Wahl zu gehen. Das fängt an bei der Abschaffung der Scheinkandidaturen von direkt Gewählten, bis hin zu mehr Informationen auf dem Wahlzettel. Nach unserer Auffassung muss der Wahlzettel auch zur Entscheidung nach Hause geschickt werden können.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, das Internet ist ein Medium, das wir auf alle Fälle nutzen müssen, um die Menschen mehr zu interessieren, bei den Kommunalwahlen mitzumachen.

Letzte Bemerkung: Sport. Herr Minister, Herr Ministerpräsident, verehrtes hessisches Landeskabinett,

(Günter Rudolph (SPD): Ui!)

tun Sie uns einen Gefallen, tun Sie sich einen Gefallen, und tun Sie dem Sport einen Gefallen: Unterbrechen Sie unverzüglich die Verhandlungen über den Sportwettensattsvertrag, wie er vorliegt.

(Beifall bei der FDP)

Er ist ein Übel für den Sport. Sie wollen das Sportwettensmonopol – hinter dem die FDP-Fraktion in diesem Hause immer gestanden hat, das sicherlich nicht mehr modern ist und geändert werden muss – durch ein Suchtbekämpfungsmonopol ersetzen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir hatten als liberale Fraktionsvorsitzende am vergangenen Freitag den Präsidenten des Deutschen Fußballbundes, Dr. Theo Zwanziger, zu Besuch, der in eindrucksvoller Weise darauf hingewiesen hat: Das jetzt Vorgelegte ist verfassungswidrig. Das jetzt Vorgelegte ist nicht kompatibel mit Europarecht zu machen, und es gibt parteirechtliche Bedenken.

(Beifall bei der FDP)

Wenn die Ministerpräsidenten am 13.12. mit dem berühmten Kopf durch die dicke Wand gehen und dann das Bundesverfassungsgericht feststellt, dass allein Art. 14 bereits danach schreit, dort angewandt zu werden, der Staatsvertrag aufgehoben wird, dann haben wir ein derartiges Durcheinander auf dem Sportwettensmarkt, dass eines klar ist: Diejenigen, die ehrenamtlich Sport betreiben, werden dann kein Geld mehr aus den Sportwetten bekommen. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, das wollen wir Liberale nun wirklich nicht. Deshalb muss hier unverzüglich ein Umdenken stattfinden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke sehr, Herr Hahn. – Herr Staatsminister Bouffier, bitte sehr, Sie haben das Wort.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Zunächst bedanke ich mich bei meiner Fraktion, wenn ich das so sagen darf, und insbesondere bei Frau Kollegin Zeimetz-

Lorz und auch beim Kollegen Hahn für die freundliche Würdigung der Arbeit. Ich beginne beim letzten Punkt. Das ist ein weites Feld. Ich bitte um Verständnis, dass es bei der vorgegebenen Sprechzeit, die wir hier haben, ausgeschlossen ist, dass ich auf alle Stichpunkte eingehen kann, die die Vorredner hier vorgetragen haben.

(Günter Rudolph (SPD): Das konnten wir auch nicht!)

Deshalb ist es eine Auswahl. Von daher werden Sie verstehen, dass ich das in Teilen im Stakkato mache.

Ich will zunächst einmal festhalten: Hessen ist ein sicheres Land. Wir sind auf dem viertbesten Platz der Bundesrepublik Deutschland. Wir möchten gern noch weiterkommen. Aber das ist ein Sachverhalt, auf den man einmal hinweisen darf.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben eine Rekorderklärungquote, und wir haben eine hervorragend arbeitende Polizei. Ich bedanke mich ausdrücklich, dass dies hier jedenfalls so weit parteiübergreifend anerkannt wurde. Die hessische Polizei leistet eine hervorragende Arbeit, weil sie auch die Voraussetzungen für diese Arbeit bekommt. Es bleibt dabei: Es ist die bestausgebildete, die bestausgerüstete und die bestbezahlte Polizei in Deutschland, wahrscheinlich in Europa. Das kostet uns eine Menge. Das ist aber richtig. Lieber Herr Kollege Frömmrich, ich habe schon vieles gehört, aber dass man dafür kritisiert wird, dass man das tut, was man vorher versprochen hat, das ist die Krönung einer Haushaltsdebatte. Das habe ich hier in 24 Jahren noch nicht erlebt.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist darum gegangen, dass Sie mit Lobhudeleien durchs Land gehen! Das ist ein ganz normaler Vorgang!)

Herr Kollege Hahn hat das Notwendige dazu gesagt. Jetzt bringe ich die Sache einmal auf den Punkt. Sie haben doch nicht an irgendeiner Stelle irgendetwas ernsthaft kritisieren können. Die Arbeit läuft prima. Die Voraussetzungen sind großartig. Niemand bestreitet, dass wir sie weiter verbessern wollen und können. Wenn wir nächstes Jahr wieder 400 Neue einstellen, ist das ein wichtiges Signal. Wenn wir die Technik in modernstem Zustand halten, wenn wir die Gesetzgebung in einer Weise modelliert haben, dass alle anderen Länder auf uns schauen und das Stück für Stück übernehmen, dann können wir uns doch gemeinsam freuen. Es wird trotzdem so sein – darauf will ich hinaus –, dass wir uns immer wieder anstrengen müssen.

Wir werden am Ende dieser Legislaturperiode trotz PVS mehr Polizei haben als vorher. Die Zeit erlaubt es jetzt nicht, das alles mit dem berühmten Thema Stellenplan herauf und herunter zu diskutieren. Aber seien Sie versichert, wir werden noch oft genug Gelegenheiten haben, im Detail darüber zu sprechen. Was mir wichtig ist: Die Hessen leben sicher, wir haben eine hervorragende Arbeit, und wir stehen vor großen Herausforderungen.

Meine Damen und Herren, ich will auf einen Punkt eingehen, den Herr Kollege Hahn eben angesprochen hat. Seit zwei Tagen werden wir überall gefragt: Was war auf dem Frankfurter Flughafen los? Die Menschen sind außerordentlich besorgt. Das hat etwas damit zu tun, dass man in der Bundesrepublik Deutschland lange Zeit den Eindruck bekommen konnte, wir seien von der terroristischen Bedrohung eigentlich nicht betroffen. Das war immer falsch. Wenn wir sagen, wir sind Teil eines allgemei-

nen Gefahrenraums, dann ist das keine faszinierende Botschaft, und sie ist trotzdem richtig.

Ich finde, das muss hier gesagt werden – ich kann es sehr kurz halten, der Kollege Hahn hat hierzu richtig ausgeführt –: Die Sicherheitsbehörden haben eine hervorragende Arbeit geleistet, dass schon in einem so frühen Stadium erkannt werden konnte, was sich dort anschickte, im Bereich Extremismus/Terrorismus in sehr gefährlicher Weise zu geschehen. Wenn das so ist, dann ist es unsere gemeinsame Pflicht, den Sicherheitsbehörden für ihre herausragende Arbeit zu danken und hier nicht falsches Zeugnis zu reden.

(Beifall bei der CDU)

Sie müssen sich einmal vorstellen, was passieren würde, wenn Ihre Rede jemand gehört hätte, der morgen zum Flughafen will, um zu verreisen. An Spitzentagen sind es über 200.000 Menschen, die an diesem Flughafen ankommen und wegfliegen, mehr als in ganz Deutschland zusammengenommen. Dann stellt sich der Sprecher einer Fraktion hierhin und sagt: Diese unglaublichen Verhältnisse am Flughafen müssen endlich in Ordnung gebracht werden.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Unerträglich!)

Jetzt sage ich Ihnen bei allem Verständnis auch für Schwarz-Weiß-Malerei:

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ich habe keines mehr!)

Dort haben Sie das, was man noch ertragen kann, bei Weitem überschritten. Das ist einfach unerträglich.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie doch einmal etwas zu den Realtests! – Gegenruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP): Nein, nein, erst zündeln und dann weglaufen wollen!)

– Moment, die Realtests. Ich komme noch zu einem zweiten Punkt. – Das war falsch, erstens weil Sie Menschen verunsichern,

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Richtig!)

zweitens weil die Arbeit gut ist. Niemand bestreitet, dass wir permanent die Aufgabe haben, zu schauen, ob wir sie noch besser machen können. Aber Ihre Argumentation, die keine Argumentation, sondern eine schlichte Diffamierung ist, ist auch schäbig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Denn – der Kollege Hahn hat darauf hingewiesen – das ist Sache des Bundes. Wenn Sie hier versuchen, jetzt noch schnell Punkte gewerkschaftspolitischer Art zu machen, sage ich Ihnen: Es war die rot-grüne Bundesregierung, die entschieden hat, diese Kontrollen zu privatisieren. Sich hierhin zu stellen und mir und dieser Landesregierung das vorzuwerfen, ist schäbig und unwahr. Das kann nicht unwidersprochen bleiben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Zweite Bemerkung. Die Landesregierung tritt immer und überall gegen jeden an, der extremistisch oder gar terroristisch in diesem Land etwas zu unternehmen versucht. Das gilt rechts, das gilt links, und das gilt auch für den Ausländerextremismus.

Herr Kollege Rudolph, Ihr Antrag zum Rechtsextremismus macht sich gut.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist gut!)

– Nein, es ist nicht gut.

(Günter Rudolph (SPD): Das sagen Sie! – Gegenruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU): Warten Sie einmal ab!)

Was man dazu braucht, ist eine Konzeption und nicht ein schnell heruntergepinselter Antrag. Ich meine das jetzt sehr ernst.

(Zurufe von der SPD)

– Lassen Sie uns doch in Ruhe darüber reden.

(Günter Rudolph (SPD): Aber nicht so! – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann müssen Sie auch in Ruhe antworten!)

Wir müssen aufpassen, dass wir das Thema Bekämpfung des Rechtsextremismus nicht zur billigen Ware machen. Wenn wir uns darüber einig sind, dann will ich Sie nur einmal auf einen Artikel im „Spiegel“ dieser Woche hinweisen: „Aktionismus der Anständigen“. Dort wird eine Studie der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung zitiert, und das müsste für Sie doch bedenklich sein.

(Axel Wintermeyer (CDU): Hört, hört! – Günter Rudolph (SPD): Die kennen wir!)

Ich zitiere wörtlich:

Die Umsetzung der Projekte sei „halbherzig“, mit dem Geld werde nach dem Gießkannenprinzip „ein unverbundenes Nebeneinander unterschiedlicher Maßnahmen und Akteure“ gefördert.

Deshalb glaube ich, dass wir ein breit angelegtes Konzept brauchen. Frau Zeimetz-Lorz hat zu Recht darauf hingewiesen: Wir brauchen uns in Hessen nicht zu verstecken. Wir haben die mit Abstand besten Zahlen. Das lässt uns aber nicht ruhen, sondern wir haben auch ein Konzept. Das hat bedauerlicherweise niemand erwähnt, deshalb möchte ich es sagen. Wenn Sie unser Programm Ikarus nehmen, das wir seit Jahren durchführen, wo wir allein im vergangenen Jahr 50 Informationsveranstaltungen nur in Hessen gemacht haben, wo wir 38 Leute aus der Szene herausgeholt haben, Schüler, junge Werk tätige und andere,

(Günter Rudolph (SPD): Das ist doch gut! – Axel Wintermeyer (CDU): Das muss doch einmal erwähnt werden!)

wenn Sie dann unser Programm „Wölfe im Schafspelz“ hinzufügen, das von Ihnen bedauerlicherweise auch nicht erwähnt wurde – an allen weiterführenden Schulen, mit DVDs, mit Infokampagnen, mit den Jugendkoordinatoren, mit einem Kreativwettbewerb, den die hessische Polizei ausgelobt hat –, so ist das ein breiter Ansatz. Das geht bis dahin – damit Sie einmal sehen, was wir alles schon machen –, dass wir z. B. bei der Tagung der Feuerwehrführer diese Leute dort auftreten lassen, damit unsere Feuerwehrführer und die Jugendfeuerwehrführer informiert sind, damit sie frühzeitig erkennen, wo sich etwas tut.

Das heißt, dieses Konzept, über das wir gern vertieft reden können, wenn wir mehr Zeit haben, haben wir. Vielleicht gibt es noch bessere Argumente, vielleicht gibt es noch Dinge, über die wir zusätzlich sprechen können.

(Günter Rudolph (SPD): Es hat auch keiner gesagt, dass Ikarus schlecht ist!)

Aber ich lege Wert darauf: Hier sind keine Versäumnisse aufzuzeigen, gerade was dieses Thema angeht.

Ich füge hinzu, weil Sie das mit einem kritischen Unterton vorgetragen haben: Ich fürchte, dieses Thema wird uns noch lange beschäftigen. Deshalb werbe ich dafür, dass wir dies möglichst intelligent, mit breitem Konzept und nicht mit der Schlagzeile des Tages versuchen. Denn die Menschen, um die es dort geht, sind nicht von Landtagsdebatten zu beeindrucken, so bedauerlich es ist.

Ich will noch zwei Bemerkungen hinzufügen. Wenn wir von Sicherheit in diesem Lande sprechen, dann gehören die Arbeit der Hilfsorganisationen, die Arbeit des Katastrophenschutzes und die Arbeit der Feuerwehr dazu. Die Situation bei der Feuerwehr und die Zusammenarbeit sind ausgezeichnet. Ich bedanke mich ausdrücklich für die zusätzliche Unterstützung durch die CDU-Fraktion.

(Axel Wintermeyer (CDU): Gern!)

Das wird die Arbeit der Feuerwehr nachhaltig verbessern. Das wird auch einen weiteren potenziellen Schub für die Arbeit geben. Ich möchte mich herzlich bedanken, sowohl bei den Angehörigen der hessischen Feuerwehr als auch ausdrücklich – Herr Kollege Hahn hat eine Organisation genannt, allein deshalb muss ich die anderen erwähnen – bei allen Angehörigen der Hilfsorganisationen, die tagaus, tagaus diesen Dienst leisten. Ich denke, das kann ich partiübergreifend tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Herr Innenminister, gestatten Sie mir den Hinweis, dass die nach den Vereinbarungen aufgeschriebene Redezeit abgelaufen ist.

Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Frau Präsidentin, ich komme dann gleich zum Schluss.

Ich freue mich, dass bei allem, was diskutiert wird, in diesen Fragen doch hohe Übereinstimmung besteht. Das gibt eine Chance für weitere erfolgreiche Arbeit. Wenn wir als Sportland Hessen in herausragender Form die politische Gestaltung für den Sport jetzt noch besser machen können, dann freut uns das. Das ist aber kein Selbstzweck. Ich möchte vor dem Hause ausdrücklich den vielen Ehrenamtlern in den Vereinen danken – nicht nur in den Sportvereinen, sondern in den Vereinen –, die den Kitt dieser Gesellschaft bilden. Vieles von dem, was hier diskutiert wurde, auch in der allgemeinen Aussprache über den Landeshaushalt, wäre Makulatur, wenn es nicht die Menschen gäbe, die gerade in den Vereinen ihre Leistung tagtäglich bringen.

(Beifall bei der CDU, der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Das anzuerkennen und die Mittel zu erhöhen, das ist mir ein Anliegen. Wenn wir darüber weiter Konsens behalten, dann bedanke ich mich für eine sehr entspannte Debatte. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Innenminister.

Nun ist noch eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt der Dringliche Entschließungsantrag der CDU betreffend neue Vorteile für den Mittelstand – Unternehmens-

steuerreform bringt Deutschland weiter voran, Drucks. 16/6370. Wird hier die Dringlichkeit bejaht? – Ich sehe keinen Widerspruch, also ist das der Fall. Damit wird dieser Dringliche Entschließungsantrag Tagungsordnungspunkt 65 und kann, wenn dem nicht widersprochen wird, nach Tagesordnungspunkt 50, der Aktuellen Stunde zu diesem Thema, aufgerufen und dann ohne Aussprache abgestimmt werden. – Auch hier sehe ich keinen Widerspruch, dann verfahren wir so.

Weiter eingegangen ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion der CDU betreffend konjunkturelle Erholung greift – Einnahmen der Kommunen steigen, Drucks. 16/6371. Wird hier die Dringlichkeit bejaht? – Auch hier sehe ich keinen Widerspruch, also ist das der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 66 und kann, wenn dem nicht widersprochen wird, mit Tagesordnungspunkt 40 zu diesem Thema aufgerufen werden.

(Günter Rudolph (SPD): Ja! – Axel Wintermeyer (CDU): Sehr gut!)

So machen wir es und kommen nun zu Einzelplan 04. Ich rufe

Einzelplan 04 – Hessisches Kultusministerium –

auf und erteile als erster Rednerin Frau Kollegin Habermann für die SPD-Fraktion das Wort.

Heike Habermann (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Fraktionsvorsitzende der FDP hat vorhin in seiner Haushaltsrede gesagt, dieser Landeshaushalt sei ein Wahlkampfhauhalt der hessischen CDU. Nach einem Blick in den Einzelplan 04 kann ich diesen Eindruck allerdings nicht bestätigen.

(Axel Wintermeyer (CDU): Das ist aber nett!)

Im Einzelplan 04 gibt es nur wenige Veränderungen, und es gibt keine Verbesserungen für die hessische Bildungspolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Einzelplan 04 schreibt den beklagenswerten Zustand

(Axel Wintermeyer (CDU): Der Opposition!)

an den hessischen Schulen fest und schafft es nicht einmal, die zahlreichen Baustellen an den Schulen zum Abschluss zu bringen. Es gibt mehr Kontrolle durch die Einführung flächendeckender Schulinspektionen, aber keine Unterstützung für die Schulen, um Qualität zu entwickeln.

Frau Kultusministerin, Ihr Haushalt spiegelt Ihr verstaubtes Verständnis einer Bildungspolitik wider, die einzig auf veralteten Begabungstheorien aufbaut.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wer sich vorhin die Ausführungen des Fraktionsvorsitzenden der CDU zur Bildungspolitik angehört hat, hat das auch voll bestätigt bekommen. Mich tröstet immer noch, wenn ich mir vorstelle, dass er einmal Kultusminister in diesem Land gewesen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ihr Haushalt setzt nicht auf individuelle Förderung und ganzheitliche Lernansätze. Behängt wird das Ganze mit einzelnen Feigenblättchen – Stichworte: Ganztagsbetreu-

ung oder Selbstverantwortung –, zu wenig, um Schule positiv zu verändern, aber genug, um die eigenen konzeptionellen Blößen notdürftig zu verdecken. Frau Kultusministerin, Ihr Haushalt bietet keine Lösungsansätze für die wichtigste Aufgabe guter Bildungspolitik, nämlich jedem Kind bestmögliche Bildungschancen zu eröffnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die zentralen Fragen von PISA werden nicht beantwortet: Wie verringere ich die sogenannte Risikogruppe und senke dauerhaft die hohe Zahl der Bildungsverlierer? Wie durchbreche ich die faktische Abhängigkeit zwischen sozialer Herkunft und Schulerfolg? Wie kann ich mehr Kinder zu besseren und qualifizierten Schulabschlüssen führen? Wie erhöhe ich die Quote der Schulabgänger mit Hochschulzugangsberechtigung, die dieses Land angesichts der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung zukünftig braucht?

Viele Fragen, aber keine Antworten darauf im Haushalt der Landesregierung. Mit den im Kultusetat formulierten strategischen Zielen zur Verringerung der sogenannten Risikogruppe nach PISA und der Zahl der Schüler ohne Hauptschulabschluss werden Absichtserklärungen formuliert, aber keine Wege aufgezeigt.

(Ministerin Karin Wolff: Na ja!)

Frau Kultusministerin, Sie setzen kurzfristig auf Maßnahmen, die erst dann einsetzen, wenn Leistungsrückstände in der Schule für die Kinder ein Problem werden. So ist der auch von uns unbestrittene Erfolg der SchuB-Klassen letztlich nur Reparaturmaßnahme in einem Schulsystem, das Kinder frühzeitig in Abhängigkeit von ihrer sozialen Herkunft zu erfolgreichen und weniger erfolgreichen Schülern macht. SchuB-Klassen können eine Lösung für diejenigen Jugendlichen sein, die bereits im System versagt haben. Sie sind aber keine Strategie für bessere Lernerfolge von Anfang an.

(Beifall bei der SPD)

Auch die Debatte über die Senkung der Quote der Hauptschulabschlüsse, die wir heute Morgen schon wieder vernommen haben, beweist nicht, dass Sie mit Ihrer Bildungspolitik Erfolge in diesem Bereich vorweisen können. Sie beweist lediglich die Beeinflussbarkeit statistischer Bezugsgrößen.

(Ministerin Karin Wolff: Da geht es um Schicksale!)

Frau Kultusministerin, zunächst einmal haben Sie mit Ihren Schulgesetzänderungen die erhöhte Selektivität unseres hessischen Schulsystems eingeleitet. Die Folge war, dass sich bis vor zwei Jahren die Zahl der Hauptschüler ständig erhöht hat. Damit wurde natürlich auch das Leistungsspektrum verbreitert, und schwups, schon wird der Anteil der Schulversager prozentual kleiner. Gleichzeitig besuchen in Hessen immer mehr Kinder eine Förderschule. Ihre Schulpolitik hat dafür gesorgt, dass die Schülerzahlen an den Schulen für Lernhilfe seit Beginn Ihrer Amtszeit um fast 20 % gestiegen sind. Die Zahl der Erziehungshilfeschüler hat sich im gleichen Zeitraum verdreifacht. Hier von Erfolgen zu reden, ist fahrlässig.

So werden strategische Bildungsziele zur Farce, und Kinder werden ins Bildungsabseits gestellt. Wer will, dass Kinder bessere Bildungschancen haben, muss in den Anfang investieren. Die Stärkung der frühkindlichen Bildung und die Förderung des einzelnen Kindes, z. B. durch neue Lernstrukturen beim Schuleingang oder in der Ganztags-

schule, stehen zwar auch bei Ihnen auf dem Papier, werden aber nur unzureichend umgesetzt.

Wir haben es begrüßt, dass der Bildungs- und Erziehungsplan nach langen Vorgeburtswehen endlich vorgelegt worden ist. Aber jetzt nähert sich die Erprobungsphase dem Ende, und wir finden im neuen Haushalt dieser Landesregierung keinen einzigen Euro dafür, um diesen Bildungs- und Erziehungsplan auch in den Kindergärten und Grundschulen zu implementieren und dafür zu sorgen, dass er dort sinnbringend angewandt werden kann. Deshalb will die SPD-Fraktion die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans von Landesseite fördern.

Die Fortbildung der Erzieher und Erzieherinnen und der Grundschullehrkräfte ist notwendig, um dem Personal das entsprechende Rüstzeug mit auf den Weg zu geben. Kooperation zwischen Grundschule und Kindergarten ist nicht nur eine unverbindliche Forderung, sondern muss auch vom Land durch Bereitstellung der zeitlichen Ressourcen für die dort Beschäftigten ermöglicht werden. Deswegen wollen wir im kommenden Jahr 7 Millionen € dafür zur Verfügung stellen. Bessere Chancen beim Schuleingang sollen auch durch die Einführung der Schuleingangsstufe erreicht werden. In einem ersten Ausbauschritt sollen Sozialpädagogenstellen für 200 Gruppen im Landeshaushalt eingestellt werden.

Stichwort: Ganztagschulentwicklung. Auch hier täuschen die kultusministeriellen Zahlenspielerereien nicht darüber hinweg, dass die Entwicklung zur Ganztagschule in Hessen in den letzten Jahren mehr gebremst als gefördert wurde. Genehmigt wurden ausschließlich Einrichtungen zur pädagogischen Mittagsbetreuung; verhindert wurde die Entwicklung von ganztägig arbeitenden Schulen, die Förderung und Unterricht, Freizeit und Leistung miteinander verbinden und den Kindern mehr Zeit zum Lernen geben. Um diese Möglichkeiten für mehr Schulen zu eröffnen, wollen wir ab dem nächsten Schuljahr zusätzlich 250 Lehrkräfte zur Verfügung stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Auch die Grundschulen sollen ein Signal erhalten, dass der Ausbau von Betreuung und Ganztagsangeboten dort vorangeht. Deswegen wollen wir die Betreuungsmittel in diesem Bereich erhöhen und auch für einen Investitionsanstoß sorgen, da die Grundschulen als Einzige relativ unterproportional von den IZBB-Mitteln profitiert haben.

Meine Damen und Herren, mehr gemeinsames Lernen ist auch ein Ziel der Bildungspolitik der hessischen SPD. Deshalb wollen wir mit 10 Millionen € Schulen fördern, die sich auf den Weg machen, mehr gemeinsames Lernen zu erproben.

(Lothar Quanz (SPD): Sehr gut!)

Vielfalt bietet Chancen – Unterricht in heterogenen Gruppen fördert leistungsstarke und leistungsschwache Kinder. Vielfalt erfordert aber auch Ressourcen, um im Unterricht und innerhalb der Klasse differenzieren zu können. Ziel ist individuelle Förderung, ohne auszugrenzen und ohne Kinder zurückzulassen. Wir wollen den Schulen Mut machen, Vielfalt zuzulassen und Kinder gemeinsam zu fördern, unabhängig von den Ergebnissen der letzten Klassenarbeiten.

(Michael Boddenberg (CDU): Schreiben wir bei Ihnen denn noch Klassenarbeiten?)

Der Verzicht auf Abschlungen und Querversetzungen bietet pädagogische Chancen, nicht nur für die einzelnen Kinder, sondern auch für die Entwicklung unserer Schule selbst.

(Michael Boddenberg (CDU): Hausaufgaben auch abschaffen, Frau Kollegin! Wenn man eine Einheitsschule hat, braucht man so etwas nicht mehr!)

Meine Damen und Herren, kommen wir noch zum größten bildungspolitischen Flop dieses Jahres, der Unterrichtsgarantie plus. Werbekampagnen und rigide Maßregelungen von Schulleitern und Kollegien haben nicht dazu geführt, dass aus einem schlechten Konzept ein Erfolgsmodell wurde. Alle Befürchtungen über eine Verschlechterung der Unterrichtsqualität und ausufernde bürokratische Belastung der Schulen haben sich bestätigt.

(Michael Boddenberg (CDU): Siehe zehn Anrufe jeden Tag!)

– Herr Boddenberg, wenn Sie einmal mit den Eltern reden würden, wie ich das vor Ort mache, dann wüssten Sie, warum die Eltern nicht an Ihrem Elterntelefon anrufen. Dann könnten Sie nämlich hören: „Wir wollen unseren Schulen und Schulleitern nicht schaden“; denn es kommt sofort ein Anruf vom Kultusministerium, und deswegen hält man sich dort zurück.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Axel Wintermeyer (CDU): Das ist doch gut! – Michael Boddenberg (CDU): Ungeheuerlich!)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Frau Kollegin Habermann, gestatten Sie mir den Hinweis, dass die vereinbarte Redezeit gerade abgelaufen ist.

Heike Habermann (SPD):

Ich komme sofort zum Schluss.

Wir beantragen deshalb, mit der Selbstverantwortung der Schulen endlich Ernst zu machen und den Schulen das Budget von 30 Millionen € zur Gewährleistung verlässlicher Schulzeiten ohne die bisherigen Auflagen zuzuteilen. 30 Millionen € sind ein Äquivalent von 600 Lehrstellen. Warum soll eine Schule nicht selbst entscheiden, ob sie zur Abdeckung von Unterrichtsstunden weitere Fachkollegen einstellt, ob sie lieber sozialpädagogische Betreuung organisiert oder auch Projekte fordert, die das eigenständige Lernen fördern? So können Schulen Selbstverantwortung mit Qualität im Unterricht verbinden. Ihre Unterrichtsgarantie plus dagegen verringert Bildungsqualität und ist Selbstzweck, um Betreuung als Unterricht auszuweisen und Lehrkräfte zu sparen.

Meine Damen und Herren, mit unseren Haushaltsanträgen gewinnt das Haus der Bildung der SPD-Fraktion Konturen. Sie sind ein solides Fundament, um die einzelnen Bausteine zu einem Ganzen zusammenzufügen, und sie sorgen dafür, dass jedes Kind die besten Chancen erhält, um seine Begabungen und Talente zu entfalten. Ihren Einzelplan 04 dagegen werden wir ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Frau Habermann. – Als nächster Redner hat Herr Kollege Wagner für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der von der Landesregierung vorgelegte Einzelplan 04 für das Kultusministerium hat eine einfache Botschaft: Bildung hat für diese Landesregierung keine Priorität mehr. Das ist die einfache Botschaft dieses Haushaltsplans.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Boddenberg (CDU): 600 Millionen € mehr für Kultus!)

Meine Damen und Herren, wir haben Steuermehreinnahmen für das Jahr 2007 von im Haushalt schon veranschlagten 1,1 Milliarden €, und wir wissen seit der letzten Steuerschätzung, dass noch einmal 300 Millionen € obendrauf kommen. Also wir haben im Haushaltsjahr 2007 Steuermehreinnahmen von 1,4 Milliarden €. Von diesen 1,4 Milliarden € will diese Landesregierung gerade einmal 6,5 Millionen € in zusätzliche Lehrerstellen investieren. Das sind 4,6 Promille des Steuermehraufkommens in diesem Haushalt. Deshalb sage ich wohlbegründet: Bildung hat für diese Landesregierung in diesem Landshaushalt keine Priorität.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Eine Schwerpunktsetzung in Bildung, eine Schwerpunktsetzung für unsere Schulen, wäre dringend nötig; denn es fehlt in unseren Schulen an allen Ecken und Enden.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Wo leben Sie eigentlich?)

Wenn man in die Schulen geht, wenn man mit den Lehrerinnen und Lehrern redet, wenn man mit den Eltern redet, wenn man mit Schülerinnen und Schülern redet,

(Michael Boddenberg (CDU): Wann reden Sie wohl mit Eltern?)

dann wird einem das überall bestätigt. Es fehlt an allen Ecken und Enden. Das ist natürlich auch kein Zufall, wenn Bildung für diese Landesregierung keine Priorität mehr hat und wenn sich diese Landesregierung auf etwas verlegt, Frau Kultusministerin, was ich eine deklamatorische Politik nennen würde. Sie verkünden etwas von Wiesbaden aus, vom Kultusministerium aus, was die Schulen machen sollten. Das klingt manchmal auch ganz gut. Aber Sie vergessen, die Schulen in die Lage zu versetzen, das, was Sie von Wiesbaden aus deklamieren, tatsächlich auch umzusetzen, weil Sie den Schulen die notwendigen Mittel verweigern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nehmen wir das Beispiel Förderpläne. Natürlich ist es gut und richtig, dass Lehrerinnen und Lehrer bei Schülern, die Schwierigkeiten in einzelnen Fächern haben, Förderpläne schreiben. Nur, die Arbeit, die sich die Lehrerinnen und Lehrer damit machen, darf dann nicht ins Leere laufen. Frau Kultusministerin, was ist gewonnen, wenn Lehrerinnen und Lehrer mit viel Mühe Förderpläne schreiben, aber dann an der Schule keine Ressourcen zur Verfügung stehen, um das, was in den Förderplänen steht,

auch tatsächlich umzusetzen? Dann haben Sie damit ein hohles Instrument auf den Weg gebracht, weil Sie den Schulen die notwendigen Mittel verweigern, um es umsetzen zu können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Kultusministerin, über die Verkürzung der Schulzeit kann man trefflich streiten. Sie verkürzen die Schulzeit in der Mittelstufe. Aber wenn man das so macht, wie Sie es machen, wenn man die Gymnasien damit faktisch zu Ganztagschulen macht, so wie Sie den Unterricht in die Mittelstufe hineinpressen, dann muss man die Schulen auch baulich zu Ganztagschulen machen. Frau Kultusministerin, das muss man machen, bevor man G 8 einführt, und darf nicht im laufenden Betrieb versuchen, jetzt die größten Fehler zu korrigieren. Was Sie hier machen, ist ein Feldversuch an einer ganzen Generation von Schülerinnen und Schülern. Es wird mit Sicherheit die Bildungschancen von vielen Kindern verschlechtern, so wie Sie G 8 in unserem Land durchführen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Oder die Unterrichtsgarantie plus. Meine Fraktion hat immer gesagt, wir haben nichts gegen die verlässliche Schule, aber es müsste etwas mit Qualität zu tun haben. So, wie Sie die Unterrichtsgarantie plus machen, hat es eben nichts mit Qualität zu tun. Was Sie dort auf den Weg gebracht haben, ist ein bürokratisches Monster.

(Dr. Walter Lübcke CDU): Beleidigte Leberwurst!

Sie haben den Schulen zusätzliche Aufgaben aufgebürdet – zu dem, was die Schulen ohnehin schon machen müssen. Das Ergebnis ist einmal mehr riesig viel Bürokratie an den Schulen. Für die eigentliche pädagogische Arbeit, für die Förderung der Schülerinnen und Schüler, bleibt noch weniger Zeit. Das haben Sie mit der Unterrichtsgarantie plus auf den Weg gebracht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Walter Lübcke (CDU): Was habt ihr denn gemacht?)

Meine Damen und Herren, angesichts einer solchen Politik kann es nicht wundern, dass die Ergebnisse schlecht sind. Schauen wir uns die Ergebnisse von bald acht Jahren Politik dieser Kultusministerin an. Ein Fünftel aller Studierenden bricht sein Studium ab. Ein Viertel aller 15-Jährigen hat Probleme damit, einfachste Texte zu verstehen. Diese 15-Jährigen sind jahrelang in die Schulen von Frau Wolff gegangen, und mit 15 Jahren können sie trotzdem einfachste Texte nicht verstehen. Ein Viertel aller Schülerinnen und Schüler – Ergebnis Ihrer Politik. Sogar ein Drittel aller Schülerinnen und Schüler durchläuft unser Schulsystem nicht in der dafür vorgesehenen Zeit, weil sie entweder einmal sitzen bleiben oder zu Beginn ihrer Schulzeit vom Schulbesuch zurückgestellt werden. Frau Kultusministerin, das sind katastrophale Ergebnisse. Vom Bildungsland Nummer eins, von dem Sie gern erzählen, kann da wirklich keine Rede sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit wir uns nicht falsch verstehen: Es liegt nicht an den Schulen. Die Schulen würden sich gern auf den Weg machen. Die Schulen würden gern die Schülerinnen und Schüler individuell fördern. Aber es fehlt ihnen an den notwendigen Rahmenbedingungen aus Wiesbaden. Diese Rahmenbedingungen verantworten Sie mit dem Haushalt, den Sie hier vorgelegt haben.

Es kann nicht wundern, dass in keiner einzigen nationalen Vergleichsstudie – vom internationalen Vergleich ganz zu schweigen – unsere Schulen auch nur im oberen Drittel wären. Es gibt keine einzige Vergleichsstudie. Überall sind die Schulen, so wie Sie sie in Hessen organisieren, Frau Ministerin, bestenfalls im Mittelfeld, meistens sogar im unteren Drittel. Sie kennen all die Untersuchungen, ich muss sie nicht noch einmal erwähnen. Es gibt keinen einzigen Beleg dafür, dass Ihr Gerede vom Bildungsland Nummer eins auch nur im Entferntesten an unseren Schulen realisiert wäre, und das ist sehr bedauerlich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich frage Sie: Wo wollen Sie mit Ihrer Bildungspolitik eigentlich hin? Es ist nicht zu erkennen, wo das hinführen soll, was Ihr Ziel ist. Welches Maß die Verwirrtheit mittlerweile erreicht hat, kann man im Haushaltsplan sehr schön sehen bei der Beschaffung von Lernmitteln. Da legt diese Landesregierung einen Haushalt vor, der die Finanzmittel für Lernmittel um 1 Million € kürzt. Die Frau Ministerin erklärt uns bei der kursorischen Lesung dieses Einzelplans wortreich, dass das alles schon seinen Sinn habe, dass das so sein müsse und dass man nicht mehr so viel Geld für Lernmittel brauche. Wir haben das in der kursorischen Lesung schon für falsch gehalten. Jetzt kommt die CDU-Fraktion und erhöht diese Mittel. Was denn jetzt? Es ist eine völlige Verwirrung. Sie wissen doch überhaupt nicht mehr, wo Sie mit Ihrer Bildungspolitik in diesem Land hin wollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Dr. Walter Lübcke (CDU): Das zeigt, wie gut wir zusammenarbeiten!)

Liebe Kollegen von der CDU, sehr geehrte Frau Ministerin, Sie haben vor lauter Messen der Qualität an unseren Schulen vergessen, die Qualität an unseren Schulen zu verbessern. Das ist Ihr Problem. Sie sind nur noch mit Messen beschäftigt. Die Schulen müssen ständig neue Berichte geben. Aber Sie haben das Entscheidende vergessen, nämlich dass es an unseren Schulen besser wird, nicht dass wir besser messen, was an unseren Schulen geschieht, sondern dass wir es besser machen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Die grüne Fraktion in diesem Hause wird Ihnen sehr konkrete Verbesserungen zu Ihrem Haushaltsentwurf vorlegen, und sie wird mit diesen Anträgen dafür sorgen, dass Bildung tatsächlich wieder Priorität in unserem Land bekommt. Wir wollen ein Sofortprogramm Schule, mit dem zumindest die dringendsten Notstände an unseren Schulen behoben werden. Wir wollen, dass die 1.000 Lehrstellen, die Sie im Rahmen der „Operation düstere Zukunft“ gestrichen haben, wieder eingestellt werden. Und wir wollen den Schulen ein wirklich eigenes Budget geben, also nicht irgendwie umgewidmete Mittel, sondern tatsächlich ein eigenständiges Budget von 50 € pro Schüler zur freien Verfügung für die Qualitätsverbesserung an Schulen.

Das würde die Schulen endlich in die Lage versetzen, tatsächlich Probleme anzugehen, individuell zu entscheiden: Was ist die Problemlage unserer Schule, wofür können wir dieses Geld am sinnvollsten verwenden? – Das wäre ein Vorschlag, um wirklich etwas für die Qualität unserer Schulen zu tun. An einer Schule mit 800 Schülern hieße das 40.000 € pro Jahr zur freien Verfügung, um Probleme

angehen zu können. Das ist Qualitätsverbesserung. Was Sie machen, ist wirklich Bildungsabbau.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen in Ganztagschulen investieren, und zwar in Ganztagschulen, wo auch wirklich Ganztagschule drin ist, und nicht nur in pädagogische Mittagsbetreuung, wie Sie das machen, Frau Ministerin. Nichts gegen pädagogische Mittagsbetreuung – das ist besser als nichts. Aber mit dem pädagogischen Konzept einer Ganztagschule hat es schlicht und ergreifend null und nichts zu tun, und es hat nichts zu tun mit dem Wunsch vieler Schulen, ihren Unterricht flexibler über den Tag zu verteilen und damit Kinder individueller fördern zu können. Deshalb wollen wir das ändern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Herr Kollege Wagner, auch für Sie der Hinweis, dass die angemeldete Redezeit gerade abgelaufen ist.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich komme nach einigen Sätzen zum Schluss.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen die Schulen unterstützen, die sich auf den Weg machen wollen, Schülerinnen und Schüler besser zu fördern, die auf das Sitzenbleiben verzichten wollen, die auf die Querversetzung verzichten wollen, und wir wollen diese Schulen in ihrer Entwicklung nicht blockieren. Das schlagen wir vor, solche Ansätze wollen wir im Haushalt fördern. Bei Ihnen gibt es keinerlei Ansätze in diese Richtung.

Zur flexiblen Eingangsstufe hat die Kollegin Habermann schon etwas gesagt. Das sehen wir auch so. Auch da finden wir, das muss man auf den Weg bringen. Frau Ministerin, da darf man nicht nur sagen, das ist eine hübsche Idee, sondern da muss man etwas dafür tun, dass aus dieser Idee auch Wirklichkeit wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden Ihnen das alles zur dritten Lesung sehr detailliert in Antragsform präsentieren, wie Sie das von uns gewohnt sind, natürlich seriös gegenfinanziert.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Dr. Walter Lübcke (CDU): Straßenbau oder was?)

Man kann einen Schwerpunkt auf Bildung in diesem Land setzen, aus unserer Sicht muss man es sogar, und darf es nicht so machen wie Sie, dass Bildung keine Priorität mehr hat. Bildung ist unsere wichtigste Zukunftsaufgabe, darin müssen wir investieren. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und auch die Kollegen der Sozialdemokratie wollen das tun. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Kollege Wagner. – Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Irmer für die CDU-Fraktion das Wort.

Hans-Jürgen Irmer (CDU):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! An ihren Taten sollt ihr sie erkennen und messen. Lieber Kollege Wagner, Frau Kollegin Habermann, Sie müssen sich schon fragen lassen, warum Sie heute etwas fordern, was Sie unter Ihrer eigenen Regierungsverantwortung alles hätten machen können, aber nicht gemacht haben.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Argument für die nächsten 20 Jahre!)

Sie reden heute davon, die Schulen brauchten ein eigenes Budget. Wir haben heute in der Tat 30 Millionen €, die den Schulen als Budget zur Verfügung stehen. Wir haben heute die Tatsache, dass Schulen ein eigenes Fortbildungsbudget haben. Natürlich kann man darüber streiten, ob das genug ist oder ob man es möglicherweise noch hätte ausbauen können. Einverstanden. Aber sie haben heute ein eigenes Fortbildungsbudget, wir haben damit angefangen. Das war doch bei Ihnen ein Fremdwort, das gab es noch nicht einmal als Gedanke, was wir in die Tat umgesetzt haben.

Oder nehmen Sie das Thema Ganztagschule. Ich halte es schon für heftig – um es einmal so freundlich zu formulieren –, wenn Sie heute von uns das fordern, was Sie selbst nicht geleistet haben. Sie fordern die gebundene Ganztagschule möglichst flächendeckend. Sie waren noch nicht einmal in der Lage, im Laufe einer Legislaturperiode ein einziges Angebot zusätzlich zu genehmigen. Sie haben von 1995 bis 1999 alles abgelehnt. Das war die Realität Ihrer Regierungspolitik.

Meine Damen und Herren, ich bedauere schon ein klein wenig die Schüler, wenn ich mir vorstelle, dass sie einen ganzen Tag Unterricht bei Lehrern wie Ihnen haben sollten, Frau Kollegin Habermann. Die gehen doch anschließend traumatisiert aus der Schule heraus. Das muss man doch einmal deutlich sagen. Fragen Sie doch gelegentlich einmal die Schüler, ob sie das denn wollen.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann machen Sie es doch einmal! Das ist doch eine Lachnummer!)

Deshalb sagen wir, wir wollen auf freiwilliger Basis einen weiteren Ausbau von Ganztagsangeboten da, wo gewünscht. Wir machen genau das konsequent, kontinuierlich jedes Jahr, in den letzten Jahren, in diesem Jahr und im nächsten Jahr. Die Menschen können sich auf die CDU verlassen.

Ein letzter Satz zu dem Thema Unterrichtsgarantie plus. Frau Kollegin Habermann, ich weiß nicht, ob Sie heute die SPD-nahe „Frankfurter Rundschau“ gelesen haben. Ich zitiere nur einen Satz aus einem Interview mit Herrn Hans Rolf Eifert. Das ist der zuständige Schulamtsdirektor. Ich glaube, er gehört Ihrer Partei an. Er sagte zum Thema Unterrichtsgarantie plus:

Nach meinem Eindruck gibt es bei den Schulleitungen und Eltern eine hohe Akzeptanz für das Programm. Die Verwaltung hat inzwischen die Probleme auch im Griff. Von daher glaube ich, dass negative Einzelfälle nicht ablenken dürfen von der

Tatsache, dass das Konzept Akzeptanz gefunden hat.

Ich finde, wo er recht hat, hat er recht.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Ich halte es auch für mutig, wenn Sie, Frau Kollegin Habermann, hier erklären, es gebe keine Verbesserung im Landeshaushalt. Ich will an dieser Stelle erneut deutlich machen, dass wir heute rund 550 Millionen € mehr im Bildungsetat haben als zum letzten vergleichbaren Haushalt von Rot-Grün im Jahre 1998. Wenn man das auf die gesamte Regierungsverantwortung von CDU und von CDU und FDP kumuliert, haben wir heute festzustellen, dass es eine Mehrausgabe in der Größenordnung von über 3 Milliarden € gegeben hat. Damit wird deutlich, dass Bildung Priorität hatte, hat und auch in Zukunft haben wird.

(Beifall bei der CDU)

Wir machen das dadurch deutlich, dass auch in diesem und im nächsten Jahr erneut 130 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen werden, unter anderem für Ganztagsangebote und SchuB-Klassen. Wir wandeln 200 BAT-Stellen in Planstellen um. Wir haben als CDU in einem Antrag 2 Millionen € für Zentren für lebensbegleitendes Lernen an acht Standorten vorgesehen. Frau Kollegin Habermann, es erstaunt schon, dass Sie als Vorstand des VHS-Verbandes zum Thema Erwachsenenbildung überhaupt kein Wort verloren haben. Auch hier sind wir im Sinne von lebensbegleitendem Lernen bereit, zusätzliche Akzente zu setzen. Dafür haben wir Herrn Dr. Lübcke, der sich in besonderer, bewährter Form dieses Themas annimmt.

Wir haben insgesamt 42 Millionen € für Vertretungsmittel. Ich kann noch einmal, weil es so schön ist, an eine Presseerklärung von Herrn Holzapfel erinnern, der im Oktober 1998 mit stolzgeschwellter Brust erklärte: Wir haben jetzt 4,4 Millionen € Vertretungsmittel. – Wir diskutieren heute über 42 Millionen €. Das ist der Unterschied.

Wir haben 500.000 € für entsprechende Konsequenzen aus dem Bildungs- und Erziehungsplan angesetzt. Wir werden im nächsten Jahr in die Auswertungsphase einsteigen. Wir haben zusätzlich 500.000 € für ein Osterferiencamp beantragt. Man muss fairerweise sagen, dass sowohl die GRÜNEN als auch die FDP dem Antrag der CDU zugestimmt haben. Das erkennen wir positiv an.

Überhaupt nicht nachvollziehen können wir, dass eine Partei wie die Sozialdemokraten, die vorgeben, sich besonders um Schwache und Schwächere, um Benachteiligte kümmern zu wollen, an dieser Stelle abgelehnt hat, obwohl es genau darum geht, Kindern und Jugendlichen zu helfen, die in irgendeiner Form benachteiligt sind, die versetzungsgefährdet sind. Denen wollen wir helfen, aber Sie lehnen das ab. Das müssen Sie einmal Ihrer Wählerklientel deutlich machen.

Ich will zu den verschiedenen Finanzierungsvorschlägen, die im Rahmen der allgemeinen Haushaltsdebatte gekommen sind, nicht viel sagen. Herr Kollege Wagner, es ist wieder typisch für Rot-Grün insgesamt. Auf der einen Seite fordern Sie mehr Ausgaben ohne seriöse Deckungsvorschläge. Auf der anderen Seite kritisieren Sie die angebliche Verschuldung.

Meine Damen und Herren, Sie müssen sich in der Tat entscheiden, was Sie wollen. Wenn Sie konkrete Vorschläge

machen, dann müssen sie auch umsetzbar sein. Die Grundwasserabgabe ist doch eine Luftnummer. Sie können es nicht beschließen, weil Sie die Mehrheit nicht haben. Bei der Vermögensteuer ist es das Gleiche.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach du liebe Zeit!)

Schloss Hansenberg schließen – da sage ich an die Adresse der GRÜNEN, dass wir wissen, dass Sie mit Eliten- und Begabtenförderung nichts am Hut haben. Aber von den sechs Vorstandssprechern der Grünen Jugend Hessen sind immerhin vier, die das Schloss Hansenberg als Schüler besuchen. Herr Kollege Wagner, ich empfehle Ihnen, dass Sie sich mit diesen jungen Leuten auseinandersetzen, um von ihnen zu lernen, welche tolle Möglichkeiten diese jungen Leute auf Schloss Hansenberg haben.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe gestern mit allen gesprochen!)

Ein Letztes zum Thema Haushalt. Wir beginnen heute, die letzte rot-grüne Altlast abzuräumen. Es geht um die Lernmittel, um die Mittel für Schulbücher und Unterrichtsmaterial. Mir liegt eine Presseerklärung des Hessischen Philologenverbandes vom Sommer 1991 vor,

(Lachen der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

der damals den Kultusminister kritisiert hat und Angst davor geäußert hat, dass es in Zukunft nur noch eine Kreidephysik geben werde, weil die Haushaltsmittel für Lernmaterial um 30 % gekürzt werden sollten. Das war die erste Maßnahme, als Sie an die Regierung kamen; die Mittel dafür zu kürzen. Das war aber nur der Anfang.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Pressemitteilung war bestimmt noch mit der Hand geschrieben!)

Der Verband der Lehrer hat drei Jahre später zur gleichen Thematik festgestellt, dass für jeden Schüler 35 % weniger Mittel für Lernmaterial zur Verfügung stehen als noch drei Jahre zuvor.

Mit anderen Worten: Wir hatten den Zustand, dass wir Schulbücher hatten, die so alt waren, dass Schüler die Bücher in die Hand bekommen haben, um festzustellen, dass ihre Eltern bereits die gleichen Bücher hatten. Das war das Ergebnis Ihrer Lernmittelpolitik, und damit räumen wir auf.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Deshalb gibt es ein Sonderprogramm über fünf mal 5 Millionen €, sodass wir im nächsten Haushaltsjahr rund 28 Millionen € dafür zur Verfügung haben. Damit wird auch die letzte rot-grüne Altlast beseitigt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und warum haben Sie erst gekürzt?)

Mit diesem Haushalt, den wir voller innerer Überzeugung tragen, machen wir deutlich: Bildung in Hessen hatte Priorität, sie hat Priorität, und sie wird für uns auch in Zukunft Priorität haben. Dieser Kultusetat, der Einzelplan 04, findet deshalb unsere uneingeschränkte Zustimmung.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Welche Überraschung!)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Kollege Irmer. – Nun hat Frau Kollegin Henzler für die FDP-Fraktion das Wort.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine Presseerklärung von 1991! Das gibt es doch nicht! – Weitere Zurufe und Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

– Meine Damen und Herren, ich finde es schön, dass Sie sich zu dieser Uhrzeit noch so belustigen. Aber Frau Kollegin Henzler hat das Wort.

Dorothea Henzler (FDP):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist schön, wenn wir uns über Schule auch einmal mit lachenden Gesichtern unterhalten. Das ist eine angenehme Abwechslung in diesem Hause.

Es ist richtig: Der vorliegende Haushaltsentwurf des Kultusministeriums zeigt keine großen Veränderungen zum Vorjahr.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Was?)

Er beinhaltet also auch keine großen Schwerpunkte. – Nein, mein Lieber, du musst deinen Haushalt richtig lesen. Dann weißt du das.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Kannst du ihn einmal vorlesen?)

– Nein. Ich lese gerne vor, ich lese auch gerne im Kindergarten vor und am Freitag in der Schule, aber nicht dir.

Die Gesamtausgaben des Kultusetats sind bei 3,8 Milliarden € in etwa auf der Höhe des Vorjahres, außer dass 200 BAT-Stellen in 330 Lehrerstellen umgewandelt werden, was übrigens sehr interessant ist. Da sieht man wieder, wie viel billiger Beamtenstellen doch sind im Verhältnis zu BAT-Stellen.

(Minister Karlheinz Weimar: Wir müssen doch Rücklagen bilden!)

– Aus 200 BAT-Stellen werden 330 beamtete Lehrerstellen. Das ist ein großer Unterschied.

(Minister Karlheinz Weimar: 130 neue Stellen!)

– 130 neue, okay, das stimmt. – Insoweit hat Frau Habermann recht mit ihrem Urteil über den Landeshaushalt. Allerdings muss ich sie fragen, ob sie die Anträge der CDU nicht gelesen hat. Da die CDU-Fraktion hier die absolute Mehrheit stellt, gehe ich davon aus, dass nach der dritten Lesung der Haushalt so aussieht, wie ihn die CDU-Fraktion beantragt hat. Da kann man wirklich sagen: Der 27. Januar 2008 lässt grüßen.

Die Anträge sind ein wunderschöner bunter Blumenstrauß, und sie erinnern an das Blumenverteilen am Info-stand. In Ihren Anträgen gibt es schöne Dinge, das muss man sagen. Diese Dinge sind zum Teil von der Opposition angemahnt worden. Im Einzelnen kann man ihnen auch nur zustimmen. Man kann sich hinterher nicht lassen, dass wir gegen das Geld seien, das zusätzlich für Schulbücher ausgegeben wird. Wir können uns nicht sagen lassen, wir seien gegen das Geld für Elternfortbildung, für die Tandems beim Bildungs- und Erziehungsplan. Die bekommen mehr Geld, die Ostercamps auch. Den Einzelanträgen kann die Opposition eigentlich nur zustimmen, denn das sind alles Dinge, die wir selbst eingefordert haben.

Das hat aber nichts mit dem gesamten Haushalt zu tun, denn beim Haushalt der Landesregierung fehlt insgesamt der Sparwille. Der fehlt allerdings auch bei den Anträgen der Oppositionsfraktionen. Auch da lässt der Wahlkampf grüßen.

(Beifall bei der FDP – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das waren Sie aber auch!)

Die GRÜNEN wollen einen Bildungspakt. Der kostet 500 Millionen € Schuldenaufbau für mehr Lehrer, ohne dass Sie wissen, ob die Fachlehrer überhaupt da sind, und ohne die Personalfolgekosten zu berücksichtigen. Eines der Dinge, mit denen gegenfinanziert werden soll, ist die Grundwasserabgabe.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Falsch!)

Wahrscheinlich kommen auch noch andere Steuererhöhungen hinzu, wenn Sie Ihre Anträge auf den Tisch legen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Falsch!)

– Sie können nicht „falsch“ sagen. Da Sie Ihre Anträge noch nicht gestellt haben, können wir es auch gar nicht wissen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum behaupten Sie es dann?)

– Die Grundwasserabgabe haben Sie vorhin schon genannt. – Die SPD will ein Haus der Bildung mit 48 Millionen € mehr und ohne solide Gegenfinanzierung bauen. Das heißt, es ist schon klar, dass man die Ländervermögensteuer wieder einführen will.

Das sind immer nur Steuererhöhungen, immer nur Belastungen für den Einzelnen. Dass Sie jetzt bei der Unterrichtsgarantie plus auf unser garantiertes Schulzeitkonzept eingeschwenkt sind, ist ganz nett, Frau Habermann. Aber das hätten Sie auch ein bisschen schneller haben können.

Man soll natürlich bei der Bildung nicht sparen. Trotzdem darf man bei der gegenwärtigen Haushaltslage die Mittel nicht unkontrolliert erhöhen. Das geht nicht wie von Rot-Grün gefordert. Das ist unseriös. Das ist eine untragbare Belastung für die nächste Generation.

(Beifall bei der FDP)

Unsere Kritik an diesem Haushalt beruht auch auf der Art und Weise, wie das Verfahren dieser Haushaltsberatungen stattgefunden hat. Es gab eine kursorische Lesung, und zu der gibt es ein Protokoll. Bis heute liegen die in der kursorischen Lesung zugesagten und im Protokoll vermerkten Informationen zu diesem Haushalt nicht vor. Ich darf Ihnen einmal fünf Stellen zitieren:

Förderung von Religionsgemeinschaften ... Die Erklärung, weshalb sich die Gesamtkosten des Produkts gegenüber dem Ansatz für das Jahr 2006 erhöhen, wird nachgereicht.

Förderung der Weiterbildung ... Eine Auflistung der Träger, die im Jahr 2006 in den Genuss der Fördermaßnahmen ... kamen, wird nachgereicht.

Reisekosten ... Eine Auflistung, wie die Reisekosten kalkuliert wurden, wird nachgereicht.

Schulpsychologische Beratung ... Es wird bei insgesamt 80 Stellen bleiben. Wie viele Stellen davon besetzt sind, wird nachgereicht.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das könnte ich sogar beantworten!)

Finanzielle Förderung der Ersatzschulen Darmstadt ... Die Begründung, warum der Ansatz für das Jahr 2007 stark von dem Ist des Ansatzes 2005 abweicht, wird nachgereicht.

Allgemeine Übersicht, Hauptschulfördermaßnahmen ... Ob diese Mittel für die SchuB-Klassen und wofür sie verwendet werden, wird nachgereicht.

Die kursorische Lesung fand am 11. Oktober 2006 statt. Wir beraten den Haushalt heute in zweiter Lesung. Nicht eine einzige der Informationen, die vom Kultusministerium zugesagt waren, ist bis heute nachgereicht worden.

(Nicola Beer (FDP): Das ist unglaublich! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schlampladen!)

Wie soll denn der Haushaltsgesetzentwurf beschlossen werden? Reichen Sie die Unterlagen nach, nachdem die dritte Lesung stattgefunden hat? Das ist eine Missachtung der Arbeit der Abgeordneten der Oppositionsfraktionen, und zwar eine entschiedene.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ähnlich verhielt es sich hinsichtlich der Novellierung des Ersatzschulfinanzierungsgesetzes in der Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses, die gestern Abend stattgefunden hat. Da sagte der Staatssekretär: Die Informationen, die wir Ihnen zugesagt haben und die Sie dauernd anfordern, haben mit der Sache nichts zu tun, die brauchen Sie eigentlich gar nicht. – Er wollte uns also vorschreiben, was wir brauchen und was wir nicht brauchen.

Liebe Mitglieder der absoluten Mehrheit der CDU, wissen Sie, die Opposition ist Ihnen lästig. Schöner wäre es ohne sie. Deshalb informiert man die Mitglieder der Opposition in Zukunft am besten überhaupt nicht mehr.

Die Schwerpunktsetzung der FDP liegt auf zwei anderen Gebieten. Zum einen wollen wir mit der selbstständigen Schule Ernst machen. Sie muss endlich als Fachziel in den Einzelplan aufgenommen werden, damit man sieht, dass es der Landesregierung damit wirklich ernst ist. Wozu haben wir Fachziele, wenn das wichtigste Ziel, das politisch immer beschrieben wird, nicht aufgenommen ist?

Wir wollen mehr Geld für die Lehrer und nicht für die Werbung einsetzen.

(Beifall der Abg. Nicola Beer und Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Deswegen haben wir die Kürzung der Mittel für Öffentlichkeitsarbeit um 1,5 Millionen € beantragt. Im Kultusministerium hat man sich die Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit stetig erhöht. Sie betragen nun 2,8 Millionen €. Es gab eine Aktion mit Hochglanzplakaten für 195.000 €. Hinzu kam noch eine Information der Eltern. Insgesamt wurden rund 390.000 € nur als Werbemittel für die Unterrichtsgarantie plus aufgewandt. Das ist wirklich zu viel.

Ich gebe zu, Werbung wäre dringend nötig gewesen. Bei einem schlechten Produkt hilft aber leider auch die beste Werbung nichts.

Die Unterrichtsgarantie plus ist ein Bürokratiemonster.

(Beifall bei der FDP)

Für jede einzelne Unterrichtsstunde von 45 Minuten müssen 15 Minuten lang Daten in SAP in den Computer eingegeben werden.

(Ministerin Karin Wolff: Ach was! Das betrifft die erste Eingabe!)

– Selbstverständlich ist das so. Sie sollten einmal in den Staatlichen Schulämtern nachfragen. Die Ersteingabe für jede Person dauert 30 Minuten. Für jede einzelne Stunde müssen dann noch einmal 15 Minuten aufgewendet werden.

Daran erkennt man, dass die Unterrichtsgarantie plus überbürokratisiert ist. Denn dort sind eben keine Honorarverträge zugelassen.

Ich möchte jetzt aber noch einmal ganz kurz darauf zu sprechen kommen, was das Kultusministerium von seinen Lehrern hält. Ich möchte dazu aus der Plenarrede von Karin Wolff vom 5. Oktober 2006 zitieren:

Die Gesellschaft muss den Lehrerberuf wertschätzen, damit wieder mehr qualifizierte junge Menschen bereit sind, diesen Beruf zu ergreifen und sich den Anforderungen wie auch den Möglichkeiten, den Chancen und der Freude, die dieser Beruf macht, zu stellen.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Das ist richtig!)

Glauben Sie denn wirklich, die Lehrkräfte mit befristeten BAT-Verträgen hätten große Freude daran, jedes Jahr vor den Sommerferien zum Arbeitsamt zu gehen und die entsprechenden Anträge zu stellen?

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Deshalb wandeln wir 200 Stellen um!)

Wo findet sich denn die Wertschätzung für die Lehrer, von der Sie sprachen? Da passt ein Zitat des Bundespräsidenten besser. Er sagt:

Engagierte Lehrer sind die Helden des Alltags.

(Beifall bei der FDP)

Das trifft ganz besonders auf die Lehrkräfte mit den BAT-Verträgen zu, die zusätzliche Arbeit auf sich nehmen, die mit den Eltern arbeiten und in den Ferien in der Schule ihre Stunden vorbereiten. Sie sind wirklich die Helden des Alltags. Deshalb fordert die FDP-Fraktion, 1,5 Millionen € bei den Werbemitteln des Kultusministeriums zu streichen, um das für die befristeten Lehrkräfte einzusetzen und ihnen Jahresverträge zu geben.

(Beifall der Abg. Nicola Beer und Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Im Haushaltsplan sind 12 Millionen € für die Staatlichen Schulämter für die langfristigen Verträge zur Unterrichtsabdeckung vorgesehen. Das reicht für 46 Wochen. Wir sehen vor, die Mittel auf 13,5 Millionen € zu erhöhen, damit das für 52 Wochen reicht. Das heißt, dann könnte man die Lehrkräfte mit den befristeten BAT-Verträgen auch über die Sommerferien beschäftigen. Liebe Mitglieder der CDU-Fraktion, wenn es Ihnen mit der Wertschätzung der

Lehrer ernst wäre, würden Sie diesem Änderungsantrag zustimmen.

(Beifall der Abg. Nicola Beer und Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Herr Irmer hat gerade eben gesagt, das wäre schrecklich, und die Kinder kämen traumatisiert nach Hause, wenn sie in einer Ganztagschule den ganzen Tag den Lehrern ausgesetzt wären.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Das hat Frau Habermann gesagt! Zuhören ist wichtig! – Weitere Zuerufe)

– Frau Habermann ist eine Lehrerin. Das ist eine Aussage, zu der ich Ihnen alleine schon sagen muss: Das ist sehr an der Sache vorbei.

Bei einem Haushalt mit Schulden nicht bei den Bildungsausgaben zu sparen ist eine Gratwanderung. Daran muss sich jede Regierung messen lassen. Wir sind uns aber alle einig: Beim Sparen muss der Bildungsbereich tabu sein. – Ich denke, darüber sind wir uns in diesem Hause alle einig. Er ist aber nicht ausgenommen, wenn es darum geht, Gelder effektiv einzusetzen. Da ist auch der Bildungsbereich nicht ausgenommen. Dazu muss ich sagen: Bei der Unterrichtsgarantie plus ist schlicht und ergreifend alles schiefgegangen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Frau Henzler, vielen Dank. – Nun hat Frau Kultusministerin Wolff das Wort.

Karin Wolff, Kultusministerin:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Haushaltsberatung und die Vorbereitung durch die Behandlung der Änderungsanträge in den entsprechenden Ausschüssen sind die Gelegenheit, deutlich zu machen, wer es wirklich ernst meint mit der Prioritätensetzung bei der Bildung. Da muss man auch sehen, ob das, was Herr Kollege Walter vorhin gesagt hat, dass es darum geht, möglichst viele Kinder und Jugendliche zu möglichst hochwertigen Abschlüssen und zur Lebensfähigkeit zu bringen, durch die Änderungsanträge tatsächlich eingelöst werden kann. Es ist zu fragen, von wem das mit welcher Konzeption eingelöst wird.

Ich stelle fest: Für die Zeit, in der die Sozialdemokraten und die GRÜNEN zeigen konnten, was sie konnten,

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Die haben doch nichts gezeigt!)

können wir folgende Bilanz erkennen, die für uns die Ausgangsbilanz ist. 27 % der Jugendlichen hatten schlechte Voraussetzungen hinsichtlich des Lesens, sind also damit gestartet. Wir haben es innerhalb weniger Jahre – nämlich innerhalb von eineinhalb Jahren – geschafft, die Zahl dieser Jugendlichen um 4 Prozentpunkte zu senken. Wir werden auf diesem Weg weitergehen.

Im Weiteren haben wir etwas erreicht, was zu Recht schon mehrfach genannt wurde. Die Zahl der Hauptschülerinnen und Hauptschüler, die ohne Abschluss die Schule verlassen, konnte von über 21 % auf unter 15 % gesenkt werden. Diese Absenkung erfolgte nicht selbstständig. Das hat auch nichts mit einer Fälschung der Zahlen zu tun.

Frau Kollegin Habermann, diese Unterstellung weise ich als infam zurück.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vielmehr hat es etwas mit Leistung zu tun, nämlich mit der Leistung derjenigen, die die Bildungspolitik steuern, und mit der Leistung derer, die die Bildungspolitik in der Schule umsetzen und die die Kinder und Jugendlichen verantwortungsbewusst erziehen. Das hat auch zunehmend mit der Leistungsbereitschaft der Jugendlichen zu tun, die bereit sind, sich der Anstrengung des Ablegens der Hauptschulprüfung erfolgreich zu stellen.

Das ist also eine schlichte Beleidigung für diese Jugendlichen. Es geht dabei um das Schicksal von über 400 Jugendlichen, die jetzt nicht mehr ohne Abschluss unsere Schulen verlassen.

Frau Kollegin Habermann, ich biete gerne an, das, wo auch immer, zu erörtern, aber nach Möglichkeit öffentlich. Wir können dann gern die Zahlen von vor 1999 denen von heute gegenüberstellen. In diese Bilanz sollten dann auch alle Schülerinnen und Schüler der Förderschulen einbezogen werden. Wir haben insgesamt Hunderte Jugendliche mehr, die einen Abschluss abgelegt haben, und zwar einen wertvolleren Abschluss, als dies zu Ihrer Regierungszeit der Fall gewesen ist. Ich denke, darauf können alle, die gehandelt haben, stolz sein. Das ist die Ausgangsbasis, auf deren Grundlage wir weiterarbeiten wollen. Auf dieser Grundlage werden wir in den Haushalt des Jahres 2007 einsteigen.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich ist dabei auch auf die Frage zu achten, wie seriös die Änderungsanträge sind. Ich nehme wahr, dass der Haushalt des Kultusministeriums um 33 Millionen € über dem vorhergehenden liegen soll. Wir könnten noch manches Zusätzliche hinzurechnen, was aus Verrechnungen oder Rückstellungen stammt. Das soll jetzt aber nicht Gegenstand meiner Erörterung sein. Es sollen 33 Millionen € mehr sein. Es sollen noch einmal 8 Millionen € mehr sein, wenn der Augenblick eingetreten ist, dass alle Änderungsanträge angenommen sind.

Was machen die Mitglieder der Oppositionsfractionen? Am Anfang der Generalaussprache jammerten sie über die zunehmende Verschuldung. Das sagte der Vorsitzende der GRÜNEN. Er sprach auch von Verschleuderung des Vermögens. Das hat er gesagt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Recht hat er!)

Am Nachmittag werden dann Änderungsanträge gestellt, die mit höherer Verschuldung finanziert werden sollen. Mit nichts anderem als höherer Verschuldung soll das finanziert werden.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): So sind sie!)

So wurde das angekündigt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist falsch!)

Auf der Seite der Sozialdemokraten soll das mit nicht erzielbaren Steuererhöhungen finanziert werden. Meine Damen und Herren, wenn das Ihr Konzept sein soll, dann sage ich Ihnen dazu: Das durchschauen die Bürgerinnen und Bürger. Die Weise, wie Sie das hier machen, werden sie in keiner Weise goutieren.

Unsere Priorität ist klar: Es sind fast 600 Millionen € mehr vorgesehen, als es im Haushalt des Jahres 1998 gegeben hat. Damit besteht die Chance, 100.000 Stunden mehr Unterricht zu haben, als es früher der Fall war. Damit kann man dreimal so viele Ganztagschulen haben, wie es zuvor der Fall war. Die Vertretungsmittel sind siebenmal so hoch, wie es zuvor der Fall war. Es gibt mehr als doppelt so viele Sprachförderkurse, wie das zuvor der Fall war. Es gibt mehr als dreimal so viele sonderpädagogische Förder- und Beratungszentren, als das zuvor der Fall war. Das könnte ich noch fortsetzen.

Das macht deutlich, wo die Prioritäten gesetzt werden, insbesondere damit Schülerinnen und Schüler, die bisher keine oder nur wenige Chancen hatten, unterstützt werden, an unser Bildungssystem herangeführt werden und dort erfolgreich sein können.

Frau Habermann, mit Ihren Worten haben Sie manchmal recht, aber nicht hinsichtlich Ihrer Taten. Das fängt mit dem Bildungs- und Erziehungsplan an. Den haben natürlich wir aufgelegt. Er läuft mit gutem Erfolg. Bereits vor der Evaluierung ist klar, dass er mit den Änderungen, die noch erforderlich sind, umgesetzt werden kann. Es ist auch klar, dass sowohl im Sozialministerium als auch im Kultusministerium aufgrund eines Änderungsantrags Mittel bereitgestellt werden, um die Implementierung zu fördern. Es soll z. B. die gemeinsame Fortbildung der Erzieherinnen und Lehrkräfte ermöglicht werden. Damit soll die Qualität der Frühförderung im Sinne des frühen Lernens aufgebaut und ausgebaut werden. Das soll in der Realität landesweit umgesetzt werden.

Dazu gehören auch die Schaffungen 130 zusätzlichen Lehrerstellen und die Umwandlung von 200 Lehrstellen. Frau Kollegin Henzler, ich denke, damit haben wir ein gutes Angebot genau in die Richtung, die Sie angesprochen haben. Außerdem haben wir 330 Leerstellen, damit wir Kräfte, die sich im Erziehungsurlaub befinden, durch beamtete Lehrkräfte ersetzen können. Das ist etwas, was auch die Mitglieder der FDP dieses Hauses würdigen könnten, wenn sie denn wollten. Erlauben Sie mir allerdings auch, dass ich würdige, dass Sie für die 1,5 Millionen €, die Sie für diesen Bereich veranschlagt haben, vielleicht eine Einsparmöglichkeit an anderer Stelle finden konnten, dass das aber nicht angemessen ist, um die Kosten, die dabei tatsächlich entstehen, auszugleichen.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Vertretungsmittel in der Höhe von 42 Millionen € werden zur Verfügung gestellt, ferner Mittel für die Schulinspektion in einer Größenordnung von 1,16 Millionen €. Dazu lautet der Kommentar von Frau Habermann nur: Schulinspektion ist mehr Kontrolle. – Herr Wagner sagt, die Regierung messe nur.

Das ist in der Tat die Wende, die diese Landesregierung vollzogen hat. Sie hat gesagt: Wer verbessern will, wer Impulse zur Verbesserung setzen will und wer das Verbessern durch vielerlei Maßnahmen, für die wir viel Geld ausgeben, begleiten will, muss auch wissen, wovon er ausgeht, und er muss die Erfolge kennen. Er muss sich den Realitäten stellen. Deswegen messen wir, und deswegen haben wir eine Schulinspektion.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Fangen Sie einmal bei den Realitäten an!)

Hinzu kommt eine ganze Reihe von Anträgen, die von den Fraktionen gestellt werden. Das ermöglicht, dass wir in den nächsten fünf Jahren für Lernmittel einen Betrag von insgesamt 140 Millionen € ausgeben können. Dadurch kann ein weitgehender Austausch der Bücher vorgenommen werden. Es bedeutet, dass wir beim lebenslangen Lernen einen weiten Wurf machen können. An dem, der angesichts der heutigen demografischen Entwicklung über diesen Faktor nicht redet und nicht bereit ist, mit den acht Modellen zu starten und sie auch finanziell auszustatten – wie wir es vorhaben –, ist die Entwicklung völlig vorbeigegangen.

Ich stelle fest, dass dies der einzige Antrag zu diesem Haushaltsbereich ist und dass wir hier landesweit neue wesentliche Impulse geben können.

(Beifall bei der CDU)

Das heißt, dieser Haushalt ist – so konsequent, wie es nur möglich ist – die Fortsetzung dessen, was wir in den vergangenen Jahren begonnen haben, die Fortsetzung dessen, was der Begriff „Priorität Bildung“ meint, und die Fortsetzung unserer Erklärung, dass wir angetreten sind, um starke Schüler zu fördern. Deswegen wird es uns niemals einfallen, ein Projekt wie Schloss Hansenberg sozusagen einfach mit dem Radiergummi auszulöschen oder es zu privatisieren.

Wir behalten das als öffentliche Aufgabe, und wir werden gleichermaßen mit großem finanziellen Aufwand dazu beitragen, dass Schülerinnen und Schüler aller Schichten, aller Gruppierungen und jedes Leistungsstandes die Chance auf die bestmögliche Bildung in unserem Bundesland und damit auf eine hervorragende Ausgangsposition für ihr persönliches Leben und für unsere gesamte Gesellschaft haben, die gut ausgebildete Jugendliche braucht. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Frau Kultusministerin. – Ich rufe jetzt den

Einzelplan 05 – Hessisches Ministerium der Justiz –

auf. Das Wort hat Frau Kollegin Heike Hofmann für die SPD-Fraktion.

Heike Hofmann (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Justiz unterliegt einem permanenten Wandel. Unsere Rechtsnormen unterliegen zum einen einer zunehmenden Europäisierung des Rechts, zum anderen aber auch einem gesellschaftlichen Wandel, dem die Justiz ebenfalls ausgesetzt ist. Hinzu kommen steigende Eingangszahlen bei der ordentlichen Justiz oder bei der Sozialgerichtsbarkeit.

Wie hat sich die Landesregierung diesen Herausforderungen gestellt? Sie hat sich diesen Herausforderungen mit einem Stellenabbau gestellt: Bis 2007/2008 werden in der Justiz und im Justizvollzug über 800 Stellen abgebaut. Dieser Personalabbau wird auch mit dem Haushalt 2007 weiter vollzogen. Es werden weitere 170 Stellen in Abgang gebracht: 34 Planstellen, die mit Richtern und Staatsanwälten besetzt werden; weitere 96,5 PVS-Vermerke; darüber hinaus 47 Planstellen, die auch mit Richtern und Staatsanwälten besetzt werden. Dadurch werden der hessischen Justiz kontinuierlich Ressourcen entzogen, die auch durch die Binnenmodernisierung nicht kompensiert

werden können. – Herr Minister, es ist schön, dass Sie zu der Beratung des Einzelplans 05 kommen.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Wegfall der Stellen kann also – im Gegensatz zu dem, was Sie, Herr Minister, immer behaupten – durch die Binnenmodernisierung nicht in ausreichendem Maße kompensiert werden. Insbesondere bei den Staats- und Anwaltschaften ist die Arbeitsbelastung extrem hoch. Das haben wir in einer der letzten Debatten deutlich gemacht. Diese Auffassung wurde von Ihnen im Prinzip geteilt.

Insbesondere bei den Staatsanwaltschaften des Rhein-Main-Gebiets, die sehr stark mit der Korruptionsbekämpfung, aber auch mit der Wirtschaftskriminalität zu tun haben, ist ein Verfahrensstau zu verzeichnen. Aufgrund nicht ausreichenden Personals, aber auch infolge der Auslastung mit vorrangigen Haftsachen können gerade Strafsachen, die unter die Wirtschaftskriminalität fallen – das wissen die Fachleute –, nicht zeitgerecht bearbeitet werden. Wir versprechen uns durch eine engere Anbindung polizeilicher Ermittlungsgruppen an staatsanwaltschaftliche Spezialabteilungen Verbesserungen in diesem Bereich.

Die Praxis vieler Zivilprozesse ist dadurch gekennzeichnet, dass die Ressourcenverknappung und der Erledigungsdruck einen wesentlichen Einfluss auf die Verfahrensgestaltung haben. Wie uns von vielen Richterinnen und Richtern bestätigt wird, leiden darunter die Bearbeitungstiefe und natürlich auch die Qualität der richterlichen Arbeit.

Angesichts der prekären Haushaltslage wollen wir, die SPD, aber nicht das finanzielle Füllhorn auspacken, sondern nur sicherstellen, dass die Justiz ihren verfassungsrechtlichen Aufgaben im Interesse des Recht suchenden Bürgers gerecht werden kann. Wir wollen deshalb den bereits eingeleiteten Personalabbau stoppen und bei den Staats- und Anwaltschaften eine personelle Verstärkung vornehmen. Hier muss nämlich der Staat die Sicherstellung einer effektiven Strafverfolgung garantieren.

Lassen Sie mich noch kurz etwas dazu sagen, dass, bis auf wenige Kapitel – etwa das Kapitel des Ministeriums –, auch in der Justiz erstmalig ein umfassender Produkthaushalt erstellt worden ist. Dieser Produkthaushalt stellt uns Parlamentarier, was die Transparenz und die Lesbarkeit angeht, vor große Herausforderungen. Das hat unser Fraktionsvorsitzender heute Morgen sehr deutlich gemacht. Es ist schließlich das vornehmste Recht von uns Parlamentariern, letztendlich als Haushaltsgesetzgeber tätig zu werden.

Deshalb möchte ich hier noch einmal auf unseren Antrag verweisen, in dem unter anderem gefordert wird, dass die entsprechenden Ressortberichte zu einem echten Leistungscontrolling ausgebaut werden.

Lassen Sie mich zu einigen aktuellen Fragen bezüglich der Justiz Stellung nehmen. Im Haushalt 2007 ist z. B. ein Pilotprojekt zur Privatisierung der Vermittlung gemeinnütziger Arbeit vorgesehen. Wir, die SPD-Fraktion, befürchten, dass dies ein weiterer Akt in dem Kapitel „Ausverkauf der Justiz“ sein wird.

(Nicola Beer (FDP): Ja, wir machen etwas, und ihr meckert schon wieder!)

Ein Drittel der Stellen in der Gerichtshilfe ist unter dieser Landesregierung schon abgebaut worden. Nun privatisie-

ren Sie auch den hauptsächlichen Aufgabenbereich der Gerichtshilfe. Wir fordern schon an dieser Stelle eine detaillierte Evaluierung, die dann dem Parlament vorgelegt wird. Wir werden dieses Projekt sehr kritisch beobachten.

Auf die zunehmenden Herausforderungen der Justiz reagiert die CDU mit einer Aufgabenverlagerung. Das kennen wir auch aus anderen Bereichen. So gibt es etwa die Bestrebung, das Handelsregister in die Industrie- und Handelskammern auszulagern. Auch das Grundbuch kann man noch nennen. Gerade wenn man an das Handelsregister denkt, muss man feststellen, dass dies lukrative Bereiche der Justiz sind. Aber das ist auch ein Versuch, den Rechtsschutz zulasten des Bürgers abzubauen.

Ich möchte hier ein aktuelles Beispiel nennen: das Bestreben der Landesregierung, das Prozesskostenrecht zu einem Armenrecht zu degradieren. Eine Gesetzesinitiative auf der Bundesebene, die von Hessen unterstützt wird, sieht nämlich vor, dass zur Zurückzahlung der Verfahrenskosten auf sämtliche Vermögenswerte eines Antragstellers, der Prozesskostenhilfe benötigt, zurückgegriffen werden kann. Zudem sollen sämtliche Freibeträge auf das sozialhilferechtliche Existenzminimum abgesenkt und eine Gebühr für das bloße Betreiben des Prozesskostenhilfverfahrens eingeführt werden.

Ich sage Ihnen heute: Die SPD wird es nicht zulassen, dass der Zugang zum Recht auf eine verfassungswidrige Weise erschwert wird. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind gelungene Beispiele für eine Entlastung der Justiz, zum Teil auch mit finanziellen Aspekten, die Stärkung der außergerichtlichen Streitschlichtung, die gerichtsnaher Mediation und längst überfällige Aufgabenübertragungen von Bereichen der Nachlass- und Registersachen auf die Rechtspfleger. Sie haben jetzt die entsprechenden personellen Möglichkeiten dazu.

Ich möchte noch auf einen ganz zentralen Bereich zu sprechen kommen, nämlich auf den Strafvollzug. Wie Sie wissen, ist im Zuge der Föderalismusreform 2006 diese Kompetenz auf die Länder übertragen worden. Aber unsere Skepsis bleibt. Wir sind noch nicht von der Vermutung abgekommen, dass der Wettbewerb der Schäftigkeiten auch in Hessen Einzug halten wird. Herr Justizminister, diese Vermutung konnten Sie noch nicht qualifiziert ausräumen.

Ich glaube, wir alle sollten uns darin einig sein, dass ein guter Behandlungsvollzug auch genügend personelle und sächliche Mittel benötigt. Wie aber sieht das Konzept des Justizministeriums aus? Fehlanzeige – Sie haben sich dazu noch nicht geäußert. Außer Allgemeinplätzen und vermeintlich liberalen Tönen, die Sie in Ihren Ansprachen anklängen lassen und die wahrscheinlich von der Staatskanzlei nicht gedeckt sind, haben wir noch nichts dazu gehört. Ihre konkreten Vorstellungen, wie Sie diese Gesetzgebungskompetenz ausfüllen wollen, kennen wir noch nicht.

Eines wissen wir: Sie haben auch im Justizvollzug Personal abgebaut. Gab es 2003 noch 1.820 Stellen im allgemeinen Vollzugsdienst, werden es im Haushaltsjahr 2007 gerade noch 1.734 Stellen sein.

Wir, die SPD, haben dagegen klare Vorstellungen, wie wir den Vollzug in Hessen ausgestalten wollen. Insbesondere im Jugendstrafvollzug, also da, wo wir auf die Persönlichkeit der Jugendlichen einwirken können, wollen wir in der Tat einiges bewegen und damit sicherstellen, dass vor allem Jugendliche, deren Persönlichkeit noch nicht ausgeformt ist und die noch beeinflussbar sind, künftig ein Le-

ben ohne Straftaten führen können. Wir wollen uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sehr eng an das Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 31.05. dieses Jahres anlehnen.

Es hat in erstaunlicher Art und Weise sehr detailliert beschriebene Standards gesetzt, denen wir uns anschließen wollen, dass etwa gerade im Jugendvollzug die familiären Kontakte größer als im Erwachsenenvollzug sein müssen, dass der Wohngruppenvollzug ausgestaltet sein soll, dass er möglichst nur zwölf Personen umfasst, dass Jugendliche ein differenziertes Lern- und Bildungsangebot präsentiert bekommen sollen oder dass bis zum 1. Juni 2008 – das ist eine Forderung des Bundesverfassungsgerichts – zwei Drittel der Haftplätze entsprechende Bildungs- und schulische Angebote enthalten. Was ganz wichtig ist: Zur Wiedereingliederung der Jugendlichen müssen die entsprechende Unterbringung im offenen Vollzug und die Gewährleistung von Lockerungen möglich sein.

Der Erwachsenenvollzug ist für uns ebenso von zentraler Bedeutung. Wir sagen klar: Die Wiedereingliederung der verurteilten Straftäter muss für uns im Mittelpunkt des Erwachsenenvollzugs stehen. Hier nehmen wir das mit Verfassungsrang ausgestaltete Resozialisierungsgebot sehr ernst. Herr Minister, Ihre derzeitigen Entscheidungen zeigen nicht in diese Richtung.

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Frau Kollegin Hofmann, auch an Sie geht der freundliche Hinweis, dass die vereinbarte, eingetragene Redezeit abgelaufen ist.

Heike Hofmann (SPD):

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss.

Meine Damen und Herren, insgesamt bleibt festzuhalten, dass dieser Justizhaushalt 2007 einer modernen, bürger-nahen Justiz nicht gerecht wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Frau Hofmann. – Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Dr. Jürgens, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das Wort.

Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Einzelhaushalt des Justizministers, wie er uns vorliegt, ist fast ein bisschen langweilig. Er enthält praktisch keine innovative Zielsetzung für die nächste Zeit. Allerdings ist er in einem Punkt durchaus bemerkenswert. Darauf möchte ich an dieser Stelle hinweisen. Er enthält implizit das Eingeständnis, dass die „Operation düstere Zukunft“ ein Fehler war.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich darf daran erinnern: Neben vielem anderen haben Sie mit der „Operation düstere Zukunft“ auch die Haftentlassenenhilfe auf null gesetzt. Die Zuschüsse, die es vorher an die Organisationen gab, die Gefangene beim Übergang in die Freiheit begleiten, wurden gestrichen. Meine Fraktion hat in den Folgejahren immer wieder dafür gekämpft

und Änderungsanträge gestellt, dass das im Haushalt reaktiviert wird. Jetzt ist es tatsächlich so weit. Wenn man genauer hinschaut: 250.000 € will der Justizminister für ein sogenanntes Übergangsmanagement einrichten und damit Organisationen unterstützen, die genau das machen, nämlich den Übergang von der Justizvollzugsanstalt in Freiheit unterstützen. Was vorher Haftinsassenhilfe hieß, das nennt man jetzt anders, ist aber in der Sache das Gleiche.

(Nicola Beer (FDP): Ja!)

Ich begrüße ausdrücklich, dass sich der jetzige Justizminister zumindest an dieser Stelle von seinem Vorgänger klar abgrenzt, die Kritik der Opposition ernst genommen hat

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

und unserer Kritik endlich Rechnung trägt. Sie sollten auch an anderer Stelle die Fehler der „Operation düstere Zukunft“ korrigieren, unseren Vorschlägen folgen und einräumen, dass die Politik der verbrannten Erde in der sozialen Infrastruktur zu erheblichen Problemen geführt hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden mit unseren Haushaltsanträgen erstmals eine Änderung des Oberziels des Ministeriums und des Fachziels Strafvollzug beantragen. Wir haben in der letzten Zeit häufig über die künftige Gestaltung des Strafvollzugs debattiert. Das gewinnt an besonderer Bedeutung, weil das Land jetzt eigene Gesetzgebungskompetenz hat.

Im Haushalt des Justizministeriums ist ein Fachziel Justizvollzug formuliert und entsprechend in das Oberziel des Ministeriums aufgenommen, das nach unserer Überzeugung inhaltlich falsch und jedenfalls nach der gegenwärtigen Rechtslage sogar gesetzeswidrig ist. Nach dem Strafvollzugsgesetz – wir haben darüber mehrfach diskutiert – ist die Resozialisierung des Täters, der möglichst in die Lage versetzt werden soll, künftig ein Leben ohne Straftaten zu führen, das alleinige Vollzugsziel. Etwas anderes kann nach unserer Überzeugung auch gar nicht Ziel des Strafvollzugs sein.

Ihr Fachziel lautet, einen „auf Sicherheit und Resozialisierung ausgerichteten Strafvollzug“ zu gewährleisten – also eine Gleichstellung von Sicherheit und Resozialisierung. Natürlich muss – das ist selbstverständlich – Sicherheit während des Vollzugs gewährleistet sein. Das ist aber eine ständige Aufgabe. Das kann nicht die Zielsetzung sein. Denknötwendig ist ein Ziel, das am Ende eines Prozesses steht. Am Ende des Strafvollzugs muss nach unserer Überzeugung die ideale Vorstellung, das, was wir erreichen wollen – die Resozialisierung der Täter –, stehen. Nur das ist das Vollzugsziel, das sinnvoll und richtig ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit wird der Sicherheit der Bevölkerung Rechnung getragen, weil ein resozialisierter Täter keine weiteren Straftaten begeht. Deswegen wollen wir es richtig formulieren, nämlich: durch einen effizienten, auf Resozialisierung ausgerichteten Justizvollzug den Schutz der Allgemeinheit gewährleisten. Wir wollen hier die Verhältnisse vom Kopf auf die Füße stellen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben ein paar andere Änderungs- und Ergänzungsvorschläge. So wollen wir z. B. die Effizienz der Strafver-

folgung im Bereich der Wirtschaftskriminalität und Korruption steigern. Wir haben vorgeschlagen, drei weitere Stellen für Staatsanwälte einzurichten, die sich im Wesentlichen selbst finanzieren würden. Das ist der Effekt dabei.

(Nicola Beer (FDP): Habt ihr es endlich erkannt?)

Sie sollen in der entsprechenden Abteilung der Staatsanwaltschaft in Frankfurt zur Wirtschaftskriminalität und Korruptionsbekämpfung eingesetzt werden. Es ist völlig klar, dass durch höhere Geldstrafen und Geldbußen, die dort durch die Abschöpfung von illegalen Gewinnen und der Verwertung eingezogener Gegenstände usw. eingenommen werden, mindestens so viel hereinkommt, wie uns dort die Stellen kosten.

(Nicola Beer (FDP): Mehr!)

– Wahrscheinlich sogar mehr. Aber wir sind pessimistisch davon ausgegangen, dass es jedenfalls die Kosten deckt. – Das kann dazu führen, dass es einen nachhaltigen Beitrag zur Förderung der Verfolgungsdichte im Bereich der Wirtschaftskriminalität gibt. Durch Steuerhinterziehung, Korruption, Subventionsbetrug, und was es alles gibt, gehen der Volkswirtschaft jährlich mehrere Millionen, wenn nicht Milliarden Euro verloren. Hier kann ein wirksamer Beitrag dazu geleistet werden, dass es der Wirtschaft besser geht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen auch, dass eine Informationskampagne zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz durchgeführt wird. Wir haben mehrfach über das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz oder das Antidiskriminierungsgesetz, wie es in dem ursprünglichen Konzept hieß, im Landtag sehr kontrovers diskutiert. Wir haben es aber jetzt. Erstmals wird die Beachtung von Bürger- und Menschenrechten auch im Zivilrecht zur Verpflichtung gemacht.

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Herr Kollege Dr. Jürgens, auch für Sie der freundliche Hinweis, dass die vereinbarte Redezeit abgelaufen ist.

Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Danke schön. Ich komme zum Schluss.

Die Bürger- und Menschenrechte sind etwas Neues, was im deutschen Zivilrecht eingeführt wird. Deswegen meinen wir, sowohl diejenigen, die von den neuen Verpflichtungen betroffen sind, als auch diejenigen, die Rechte daraus haben, haben einen Anspruch darauf, über die neuen gesetzlichen Regelungen besser informiert zu werden. Wir sind davon überzeugt, dass sich etwas grundsätzlich Neues, wie es das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz darstellt, nicht von alleine verwirklicht, sondern durch eine aktive Umsetzung gefördert werden muss.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben noch einige andere Änderungsvorschläge. Ich muss Sie auf die Lektüre verweisen. Jedenfalls geben sie insgesamt die Chance, im Justizhaushalt neue Ideen zu verankern. Ich finde, Sie sollten dieser Chance und unseren Anträgen folgen, die im Übrigen alle entsprechend gegenfinanziert sind. – Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Herzlichen Dank, Herr Kollege Dr. Jürgens. – Als nächster Rednerin erteile ich Frau Kollegin Beer für die FDP-Fraktion das Wort.

Nicola Beer (FDP):

Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In den Augen der FDP-Fraktion bleibt der Einzelplan Justiz im Haushaltsentwurf für das nächste Jahr auch nach dem Wechsel von Herrn Dr. Wagner zum neuen Justizminister Jürgen Banzer ein Einzelplan mit Licht und Schatten. Es gibt durchaus Licht. Das habe ich schon in der letzten Haushaltsberatung eingeräumt.

So sehen wir als FDP-Fraktion die Fortsetzung der 1999 begonnenen Modernisierungsoffensive als eines dieser Licht ausstrahlenden Reformprojekte. Herr Minister Banzer, die 28 Millionen €, die wir im nächsten Jahr einsetzen wollen, sind gut investiertes Geld. Mit Projekten wie dem Signatursystem, dem elektronischen Gerichts- und Verwaltungspostfach sowie dem elektronischen Ordnungswidrigkeitsverfahren sind wir als Hessen auf dem richtigen Weg.

Ohne Schatten schaffen wir es aber leider auch in diesem Bereich nicht, da man eingestehen muss, dass wir keineswegs an der Spitze der Entwicklung stehen, sondern nur einen sehr großen Nachholbedarf haben. Blickt man in andere Bundesländer, allein über den Rhein hinüber nach Rheinland-Pfalz, dann muss man konzedieren, dass es dort schon länger solche und weitergehende elektronische Möglichkeiten gibt, wie z. B. das vollelektronische Verwaltungsgerichtsverfahren, das es jedem ermöglicht, sich elektronisch in die jeweilige Prozessakte einzuklinken, und zwar auch von außen heraus den Vertretern der Rechtsanwaltschaft für ihre Parteien, und entsprechende Schriftsätze dort niederzulegen.

Herr Minister, genauso bin ich für die FDP-Fraktion nach wie vor sehr enttäuscht, dass es weder Ihnen noch Ihrem Vorgänger bislang gelungen ist, das Projekt elektronische Schuldnerkartei auch nur einen Schritt weiter voranzubringen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist ein Projekt, bei dem ich Sie daran erinnern darf, dass wir es hier 2003 einmütig beschlossen haben, wo wir – obwohl man sich in der hessischen Justiz mittlerweile der Modernisierungsoffensive rühmt – nach wie vor mit 46 Karteikästen in 46 Amtsgerichten arbeiten. Ich glaube, das passt nicht wirklich zum Bild einer modernen Justiz in Hessen.

Licht – da habe ich eine komplett andere Anschauung als Sie, Frau Kollegin Hofmann – sehe ich im Bereich des Personals dort, wo der Personalabbau gedämpft wird. Herr Kollege Jürgens hat darauf hingewiesen. Herr Minister Banzer, Ihren Vorgänger haben wir an dieser Stelle stets kritisiert, weil ersichtlich war, dass die zunehmende Belastung auch im personellen Bereich der Justiz, der Gerichte und Staatsanwaltschaften, zu entsprechend verlängerten Verfahrenszeiten führen wird.

Sie planen nun fast genauso viele zusätzliche Stellen ein, wie Sie durch die „Operation sichere Zukunft“ abbauen. Also ist hier wenigstens der Abbau der Personalstellen gebremst. Das halten wir für wirklich wichtig und nötig. Denn – darauf muss immer wieder hingewiesen werden – kurze Verfahrenszeiten sind für die Recht suchende Bevölkerung Geld wert. Deswegen ist es notwendig, hier schnell und mit hoher Qualität Recht zu sprechen und Recht zu verschaffen.

Schatten allerdings auch in diesem Bereich, denn Sie versäumen es ein weiteres Jahr lang, im Justizministerium zukunftsweisende Strukturen einzuführen. Stichwort nur: effektivere Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität durch die Bildung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft.

Ich bin froh, dass es mittlerweile auch bis in die Fraktion der GRÜNEN gedrungen ist: dieses Projekt, das wir als FDP-Fraktion in diesem Hause bereits seit Jahren verfolgen. Auch diesmal haben wir wieder nachgewiesen, dass sich die Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft Wirtschaftskriminalität mit Nettomehreinnahmen für das Justizressort von über 10 Millionen € rechnen würde. Herr Minister, ich hege jetzt die Hoffnung, dass Sie nach Ihren letzten Äußerungen in der Sitzung des Rechtsausschusses wenigstens die neu eingestellten Staatsanwälte und vor allem Wirtschaftsreferenten so einsetzen, dass sie vielleicht nicht mit dem Wort „Schwerpunktstaatsanwaltschaft Wirtschaftskriminalität“ versehen werden, aber mit dem betreffenden Aufgabengebiet doch mehr hinter der Weiße-Kragen-Kriminalität her sein werden. Wie gesagt, sowohl für die Verfolgungsdichte als auch im Hinblick auf die Einnahmen im Justizressort ist das ein lohnenswertes Projekt.

Zukunftsträchtige Strukturen erwarte ich mir aber auch bei der Vollstreckung. Ich darf hier erneut auf unser Projekt der Privatisierung des Gerichtsvollzieherdienstes verweisen, das – ich habe es an dieser Stelle schon mehrfach dargestellt – für alle Seiten, sowohl für die Recht suchende Bevölkerung als auch für die Gerichtsvollzieher und für den Landeshaushalt Vorzüge haben würde.

Mittlerweile wissen wir, dass dieses Projekt auch im Rahmen der Justizministerkonferenz unterstützt wird. Herr Minister Banzer, daher wünsche ich mir wirklich einen größeren Elan und vor allem ein großes Durchsetzungsgewicht an dieser Stelle auf Bundesebene.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, mit dem heutigen Tag stellen Sie seit genau einem Jahr die Bundeskanzlerin. Aber bislang konnten wir nicht feststellen, dass dies dazu geführt hätte, auf der Bundesebene blockierte wichtige Zukunftsprojekte voranzubringen. Seit einem Jahr können wir beobachten, dass Sie gerade bei der Justiz bislang nur die SPD-Kröten geschluckt haben; das Stichwort Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz ist hier schon gefallen. Wir erinnern uns alle sehr gerne an den Eiertanz des Kollegen Rhein – er möge in Frankfurt erfolgreich walten –, den er hier zwischen den verschiedenen Anträgen und Verhandlungssituationen auf Berliner Parkett aufführen musste.

Herr Minister Banzer, wir wünschen uns, dass Sie solche Projekte, zumal wenn Sie die Unterstützung dieses Hauses und der Justizministerkonferenz haben, endlich auch auf der Bundesebene durchsetzen und dort Führungsqualitäten zeigen. Wozu sonst dient es denn hier, zumindest mit der Kanzlerin eine Führungsperson zu stellen, wenn sich dies nicht auch in Ergebnissen niederschlägt?

Licht und Schatten aber auch in einem anderen Bereich, nämlich dem Justizvollzug. Herr Minister Banzer, wir nehmen sehr positiv zur Kenntnis, dass Sie, wie seit Jahren von der FDP gefordert und anders als Ihr Vorgänger Herr Dr. Wagner, nun endlich auch im Justizvollzug die Prävention, sprich: die Haftentlassungsvorbereitung, aber auch die Haftentlassungshilfe, zur Vermeidung von Rückfälligkeit entdeckt haben und als Aufgabe des Justizvollzugs begreifen. In unseren Augen ist dies schon immer wichtig gewesen, nicht nur im Sinne der Sicherheit für die Bürgerinnen

und Bürger in diesem Land, sondern gerade auch im Sinne der Perspektive, die diese Gesellschaft den Haftentlassenen bieten soll.

(Beifall bei der FDP)

Wir als FDP-Fraktion haben einen sehr wichtigen Schwerpunkt gerade auf den Justizvollzug gesetzt, indem wir bereits einen entsprechenden Gesetzentwurf für den Jugendstrafvollzug eingebracht haben. Herr Minister Banzer, wir hoffen sehr, dass die Beratungen der jetzt im Lande Hessen zu verabschiedenden Strafvollzugsgesetze zeigen werden, dass Sie nicht wieder in die Haltung Ihres Vorgängers zum härtesten Strafvollzug Deutschlands zurückfallen.

Das Jugendstrafvollzugsgesetz, das wir als FDP-Fraktion vorgelegt haben, könnte die Basis für einen modernen, erzieherischen und vor allem effektiven Jugendstrafvollzug sein, der jungen Menschen neue Perspektiven und Chancen einräumt, ihr Leben eigenbestimmt und ohne Kriminalität führen zu können.

Auch wenn es Ihnen nicht passt, so werden wir das parlamentarische Verfahren an dieser Stelle zügig betreiben. Herr Minister, wir sind sehr gespannt auf die Vorlage des Entwurfs der Landesregierung, den Sie für die nächsten sechs Monate angekündigt haben. Vor allem sind wir sehr gespannt auf die angeblich großen Unterschiede zu dem jetzt von der FDP-Fraktion vorgelegten Entwurf.

Ich sage aber auch an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich, dass für uns als FDP-Fraktion zu der neuen Kompetenz der Länder im Strafvollzug auch ein selbstständiger, gleichwertiger Ausschuss für den Strafvollzug gehört.

(Beifall bei der FDP)

Ich meine, das sind wir sowohl den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wie auch der Bedeutung des Strafvollzugs in unserem Land schuldig.

Schatten leider aber auch in diesem Bereich, denn wir können nach wie vor keine Verbesserung im Haushalt beim Opferschutz feststellen. Daher schlägt Ihnen die FDP erneut die Einrichtung einer Opferschutzstiftung vor. Wir meinen – und auch dies haben andere Bundesländer, z. B. die Initiative des früheren Ministers Mertin in Rheinland-Pfalz, gezeigt –, dass man mit einem solchen Instrumentarium Opfer von Kriminalität wirkungsvoller, unbürokratischer und effektiver unterstützen kann.

Fazit zum Einzelplan Justiz im Haushaltsentwurf 2007: ein Einzelplan mit Licht und Schatten. Herr Minister, das bedeutet für Sie den Arbeitsauftrag: bitte nachbessern.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Herzlichen Dank, Frau Kollegin Beer. – Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Beuth für die CDU-Fraktion das Wort.

Peter Beuth (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie das mit den Arbeitsaufträgen ist, das wollen wir dann hier gemeinsam entscheiden und nicht Ihnen allein, Frau Kollegin Beer, überlassen.

(Nicola Beer (FDP): Herr Kollege, das ist sehr schade!)

Lassen Sie uns daher diese Debatte und die Debatte über den gesamten Haushalt erst einmal in Ruhe abwarten.

Meine Damen und Herren, notwendige Voraussetzung dafür, sich Rechtsstaat nennen zu dürfen, ist eine unabhängige, leistungsstarke und effektive Justiz. Frau Kollegin Hofmann, insofern gebe ich Ihnen da uneingeschränkt Recht. Das ist auch verfassungsrechtlicher Auftrag. Aber genau das stellt der Haushaltsplan 2007 nach unserer Auffassung sicher. Dem kommen wir in Hessen mit großem Erfolg nach.

Meine Damen und Herren, neben den Mehrheitsverhältnissen in diesem Hause ist auch das große Gewicht von Staatsminister Banzer und Staatssekretär Dr. Schäfer Gewähr dafür,

(Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass die Justizpolitik in Hessen weiterhin erfolgreich geführt wird. – Habe ich da etwa das Wort „politisch“ vor „Gewicht“ vergessen? – Entschuldigung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Nicola Beer (FDP))

Im Namen der CDU-Fraktion möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der hessischen Justiz in den Gerichten, bei den Staatsanwaltschaften, in den Justizvollzugsanstalten und im Ministerium sehr herzlich danken. Ja, meine Damen und Herren, das ist hier zum Ausdruck gekommen: Wir verlangen von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Justiz – ich will sagen: im gesamten Land – sehr, sehr viel. Das ist richtig. Aber das ist in der heutigen Zeit nicht nur bei der Justiz so. Wir müssen von den Menschen in unserem Land sehr viel verlangen.

Meine Damen und Herren, mit dem, was wir dort im Haushalt niedergelegt haben, sorgen wir dafür, dass wir eine schnelle und qualitativ hochwertige Justiz in Hessen erhalten. Das ist ein Standortfaktor – ich glaube, das ist bei dem einen oder anderen Vortrag hier bereits deutlich geworden. Schnelle Verfahren bei den Verwaltungsgerichten, z. B. bei Genehmigungsverfahren, sichern Infrastrukturprojekte und binden nicht unnötig lange Kapital. Das dient letztendlich Arbeitsplätzen.

Frau Kollegin Beer hat gerade eben vorgetragen: Kurze Verfahren im Zivilrecht sind für die Bevölkerung Geld wert. In der Tat, wenn die Bürgerinnen und Bürger bei mangelhafter Zahlungsmoral schnell zu ihrem Recht kommen, dient ihnen das natürlich, und das ist der Auftrag, den wir hier bei der Justiz zu erfüllen haben.

Schnelle Verfahren vor den Strafgerichten dienen zum einen der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, aber sie dienen natürlich auch dazu, dass den Tätern unmittelbar und schnell ihr Fehlverhalten aufgezeigt wird, und dadurch kann vielleicht die Chance auf eine erfolgreiche Umkehr bei Tätern erreicht werden. Bei der Verfahrensdauer insgesamt können und müssen wir noch besser werden. Das ist sicherlich richtig, das ist keine Frage. Aber dem dient auch dieser Haushalt wieder.

Lassen Sie mich an dieser Stelle kurz das Thema Privatisierung der Gerichtsvollzieher einflechten. Frau Kollegin Beer, das scheitert jedenfalls zurzeit daran, dass wir keine Aussicht darauf haben, im Bund eine Verfassungsänderung zu erreichen. Dafür gibt es keine Mehrheit. Ich glaube, deswegen ist es unklug – wenn wir wissen, dass es zumindest im Moment keine verfassungsändernde Mehrheit im Deutschen Bundestag dafür gibt –, im hessischen

Haushalt bereits darauf zu bauen und hier entsprechende Mittel vorzusehen.

(Nicola Beer (FDP): Ihr habt doch eine Große Koalition!)

Meine Damen und Herren, mit der Verstärkung der Staatsanwaltschaften kommen wir unter anderem auch dem Wunsch der FDP bei der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität nach – nicht in der Form, wie Sie das wollen. Das halte ich auch für entbehrlich. Aber die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität wird auch mit dem, was wir dafür im Haushalt vorgesehen haben, weiter möglich und noch verbessert.

(Beifall der Abg. Nicola Beer (FDP))

Im Übrigen ist die Entlastung der Eingreifreserve ein Punkt, der mit dazu gehört. Aber lassen Sie mich wenigstens noch dazu sagen: Die Deckungsvorschläge, die Sie für Ihren Antrag vorgelegt haben, halte ich allerdings in der Tat für genauso unseriös wie die allgemeinen Hinweise der GRÜNEN, vom Kollegen Wagner für das Kultusressort oder eben vom Kollegen Jürgens für das Justizressort.

(Zuruf der Abg. Nicola Beer (FDP))

Meine Damen und Herren, mit der Verstärkung der Staatsanwaltschaften zeigen wir, dass die Justiz in Hessen nach wie vor Priorität genießt. Im Übrigen finde ich es bei der Staatsanwaltschaft besonders bemerkenswert – das haben wir unlängst in den Diskussionen im Landtag erörtert –, dass wir trotz erhöhter Eingänge die Dauer der Verfahren verkürzen konnten und die Zahl der unerledigten Verfahren reduziert haben. Auch das gehört zu der Wahrheit, die den Hintergrund für diesen Haushalt bildet.

Meine Damen und Herren, bei den freiwilligen Leistungen – das ist eine Vielzahl von Maßnahmen: Beratungsstellen, Betreuungsmaßnahmen, Täter-Opfer-Ausgleich, Bildungsmaßnahmen – haben wir ein Niveau von fast 4 Millionen € erreicht. In der Tat haben wir diesen Ansatz um 250.000 € erhöht. Es ist aller Ehren wert, in Zeiten, in denen es auch nicht besonders leicht ist, Haushalte entsprechend zu stemmen.

Lassen Sie mich in dem Zusammenhang auch einen Dank an die Ehrenamtlichen in der Justiz loswerden, ob das in Gefangenenbeiräten, bei Schöffen oder in den gerade eben zitierten Opfervereinigungen ist. Es ist auch wichtig, dass Justiz nicht nur auf die Profis in den Gerichten setzt, sondern dass sie dort mit viel Ehrenamt verstärkt wird. Dafür all denen, die die Justiz unterstützen, ein ganz herzliches Dankeschön.

(Allgemeiner Beifall)

In der Ausbildung der Juristen haben wir ein Ausbildungsmonopol. Deswegen ist es, so finden wir, notwendig – wir haben das in einem Fraktionsantrag hinterlegt –, die Ausbildungskapazitäten im kommenden Jahr und auch darüber hinaus zu erhöhen, bis der Referendarbauch abgebaut ist. Die 1.000 Kandidatinnen und Kandidaten, die jetzt ins Examen gehen, sollen auch ihren Referendardienst absolvieren können. Es ist ein wichtiges Signal an die Examenskandidatinnen und -kandidaten, ohne lange Wartezeiten – wie das noch vor 1999 gang und gäbe war – die Ausbildung beenden zu können.

Meine Damen und Herren, wenn Herr Dr. Jürgens hier vorträgt, der Haushalt hätte mangelnde Innovationen, dann kann ich nur erwidern: Herr Kollege Dr. Jürgens, Sie haben die Modernisierung in der hessischen Justiz in kei-

ner Weise verstanden. Hier können sich der hessische Justizminister und die hessische Justiz nichts vorwerfen.

Gestern Abend waren wir erst zusammen auf einer Veranstaltung, bei der die Frage von E-Justice besprochen wurde. Dabei ist noch einmal in Erinnerung gerufen worden, dass seit dem Jahr 2000 nicht nur bei der Polizei, sondern auch in der Justiz über 11.500 PC-Arbeitsplätze neu eingerichtet worden sind. Seit 2006 haben wir 66 Millionen € dort eingesetzt. Wir haben dafür Sorge getragen und tragen weiter dafür Sorge, auch mit den IT-Mitteln in Höhe von 28 Millionen € in diesem Haushalt, in die Dinge, die nicht mehr auf dem Stand der Zeit sind, zu reinvestieren. Auch das ist ein wichtiges Zeichen dieses Haushalts.

Meine Damen und Herren, ob das das E-Grundbuch oder das E-Handelsregister oder die OWi-Verfahren sind, die auf elektronische Basis umgestellt werden, all das dient einer effektiven Justiz in Hessen. Das ist hochgradig innovativ, weil auch hier Hessen eine Vorreiterrolle im gesamten Bundesgebiet einnimmt. Ich erinnere daran, dass ein Konzept erarbeitet wurde, das insgesamt eine zukunftsfähige Justiz darstellt, und zwar nicht nur für ein Haushaltsjahr, sondern für einen langen Zeitraum über das Jahr 2010 hinaus.

Dr. Schäfer hat gestern Abend bei der Veranstaltung, die ich eben gerade zitiert habe, von der Kundenorientierung der hessischen Justiz gesprochen. Dabei kommen eine moderne Verwaltungskultur und ein modernes Dienstleistungsverständnis zum Ausdruck. Da kann ich nur sagen: à la bonne heure.

Wir haben Zeiten in diesem Land erlebt – der Herr Ministerpräsident hat heute Morgen in der allgemeinen Debatte noch einmal daran erinnert –, in denen wir zu beklagen hatten, dass Insassen aus Strafvollzugsanstalten geflohen sind. All das sind Dinge, die in den vergangenen Jahren in Hessen keine Rolle mehr gespielt haben. Während wir Mitte der Neunzigerjahre fast jede zweite Woche beklagen mussten, dass die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger im Land gefährdet wird, haben wir das seit 1999 abstellen können.

Das ist nicht vom Himmel gefallen, das ist kein Zufall. Wir haben die Überbelegungen in den hessischen Justizvollzugsanstalten konsequent abgebaut. Wir haben – jetzt kommen wir wieder zum Thema Innovation – eine teilprivatisierte Justizvollzugsanstalt in Hünfeld in Betrieb genommen. Wir sind dabei, Frankfurt I mit 520 modernen Haftplätzen auszustatten und für Frankfurt III, den Frauenvollzug, 80 weitere Haftplätze zu errichten. Meine Damen und Herren, hier wird der hessische Justizvollzug modernisiert. Die Anzahl der Haftplätze wird ausgeweitet, sodass die Überbelegungszahlen, die wir vor dem Jahr 1999 hatten, der Vergangenheit angehören.

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Herr Kollege Beuth, darf ich Sie kurz darauf hinweisen, dass die vereinbarte Redezeit bereits überschritten ist?

Peter Beuth (CDU):

Ich komme gleich zum Schluss. – Wir sind auf dem Weg, Einzelunterbringung in Hessen zum Standard zu machen. Wie wichtig das ist, haben wir gerade in der vorvergangenen Woche in der Justizvollzugsanstalt in Siegburg bei dieser schlimmen Tat erleben müssen.

(Zuruf des Abg. Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die letzten beiden Hinweise, die ich noch mitgeben möchte: Mit einem modernen Vollzugskonzept und ab dem kommenden Jahr – Frau Kollegin Beer – werden wir uns in den Debatten darüber auseinandersetzen,

(Nicola Beer (FDP): Schön, dass Sie dann auch wissen, was Sie wollen!)

wie wir Jugendstrafvollzug richtig organisieren. Das sind Dinge, die bereits in Hessen Eingang gefunden haben. Das Gesetz noch nicht, aber das Konzept, das dahinter steht, und die Philosophie, wie wir mit Strafvollzug umgehen, sind bekannt und werden auch in Zukunft konsequent fortgesetzt werden.

Der letzte Punkt, den ich ansprechen möchte, ist unser Antrag zum Thema Butzbach. Wir haben darum gebeten, dass Mittel für die Anliegerkosten eingestellt werden. Nicht etwa, um die Verschönerung der JVA für einen „Tag der offenen Tür“ zu erreichen, sondern es dient der Verschönerung der Stadt zum Hessentag. Insofern bitte ich darum, dass Sie hierzu Ihre Zustimmung erteilen.

Der Bereich der Justiz genießt weiterhin hohe Priorität. Im Haushalt 2007 ist das sichtbar. Das ist gut für den Rechtsstaat, das ist gut für Hessen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Herzlichen Dank, Herr Kollege Beuth. – Als nächstem Redner erteile ich Herrn Justizminister Banzer das Wort.

Jürgen Banzer, Minister der Justiz:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich für die faire Diskussion des Haushalts des Justizressorts. Es tut der Justiz auch gut, wenn sie nicht im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen steht. Justiz braucht etwas Abgehobenheit aus dem parteipolitischen Streit.

(Norbert Schmitt (SPD): Harte Kritik an Dr. Wagner!)

Die Aufgabenstellungen, die Sie zu Recht an die dritte Gewalt richten, sind Leistungsfähigkeit und Bürgernähe der entscheidenden Gerichte. Das sind Kriterien, die Sie immer erheben werden. Gerade gegenwärtig, bei all den Belastungen, die Sie angesprochen haben, haben wir eine positive Tendenz feststellen können.

Wie misst man die Qualität und die Leistungsfähigkeit der Gerichte? Für den Bürger kommt es darauf an, dass er schnell Entscheidungen bekommt. Deswegen ist es berechtigt, Laufzeiten und Verfahrenszeiten anzuschauen und dabei festzustellen, ob die Justiz die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger erfüllt. Wir können dabei auf ein erfolgreiches Jahr 2006 zurückblicken.

Die durchschnittliche Verfahrensdauer in den Verwaltungsgerichten hat sich von 20,8 Monaten im Jahr 2000 auf inzwischen 10,6 Monate im ersten Halbjahr 2006 praktisch halbiert.

Bei dem vorläufigen Rechtsschutz – der für den Bürger im Einzelfall noch wichtiger ist, weil er eine schnelle Entscheidung will – haben wir noch im Jahr 2000 eine durchschnittliche Laufzeit von 3,6 Monaten feststellen müssen.

Im ersten Halbjahr 2006 haben wir eine durchschnittliche Laufzeit von 1,5 Monaten. Das zeigt sich jetzt auch vor dem Hintergrund der Auswirkungen der Abschaffung des Widerspruchsverfahrens. Es hat zwar zu einer leichten Steigerung der Geschäftstätigkeit bei den Verwaltungsgerichten geführt, konnte aber, wie die Zahlen sagen, ganz gut aufgefangen werden.

Bei der Finanzgerichtsbarkeit hat man auch oft das Vorurteil langer Laufzeiten. Hier konnten wir die Verfahrenszeiten noch einmal reduzieren. Jetzt sind nur noch 3,6 Monate für ein durchschnittliches Verfahren zu erwarten.

In der Sozialgerichtsbarkeit – das ist einer der Punkte, bei denen wir den Atem anhalten, weil wir infolge der Hartz-IV-Reform, aber auch infolge vieler anderer Diskussionen mit ständig steigenden Eingangszahlen zu rechnen haben – können wir mit einem dicken Dankeschön an die beteiligten Sozialgerichte konstatieren, dass wir im Jahr 2004 eine durchschnittliche Verfahrensdauer von 16,37 Monaten mitgebracht haben. Im Jahr 2005 konnten wir diese auf 15,02 Monate senken und im Jahr 2006 bei erheblicher Belastung noch einmal auf 14,91 Monate reduzieren. Auch beim Landessozialgericht konnten wir die Laufzeiten von 16 auf 14 Monate reduzieren.

Ein Bereich, der sich der liebevollen Anteilnahme des gesamten Landtags erfreut, nämlich die Staatsanwaltschaften, kann eine bemerkenswerte Reduzierung der durchschnittlichen Dauer der Ermittlungsverfahren vorweisen: Sie lag im Jahr 2002 bei 3,6 Monaten und liegt jetzt bei 2,8 Monaten. Bei den amtsanwaltshaftlichen Ermittlungen haben wir sogar einen Rückgang von 2,8 Monaten auf 2,0 Monate im ersten Halbjahr 2006, also fast eine Halbierung.

Das sind bemerkenswerte Zahlen. Wenn Sie sich dabei noch vergegenwärtigen, dass bei den Staatsanwaltschaften die Eingangszahlen seit dem Jahr 2002 von 313.000 auf 354.000 gestiegen sind, gibt es wirklich Grund, sich bei den Richtern und Richterinnen sowie bei allen Beschäftigten der Gerichte in Hessen zu bedanken. Dort wird ein toller Job geleistet. Vieles, was hin und wieder so durchschwingt, auch als Reflex auf die Unabhängigkeit des Richters, die ja auch die Gestaltbarkeit seiner Arbeitszeit umfasst, sollte deswegen überprüft werden. Man kann hier nicht sagen, dass aus dieser Freiheit des Richters kein entsprechend verantwortliches Agieren folgt, sondern wenn man das anschaut – wachsende Eingangszahlen bei stabil gebliebenem Personalbestand, schnellere Urteile, höhere Leistungsfähigkeit –, ist das schon eine beachtliche Leistung, auf die wir alle stolz sein sollten, weil es auch ein Standortfaktor ist. Die hessische Justiz ist ein positiver Standortfaktor für Hessen.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich hat das etwas mit der IT-Unterstützung zu tun, und da muss ich jetzt, die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in Schutz nehmend, die da besonders engagiert arbeiten, schon sagen: Es ist ja gang und gäbe, sich mit Rheinland-Pfalz zu vergleichen, aber nicht im Zusammenhang mit IT und Justiz. Wenn Sie dahin schauen, werden Sie unterschiedliche Philosophien erleben und feststellen, dass das Konzept, wie wir es in Hessen haben, zukunftsfähig ist, dass das die elektronische Akte zulässt, dass das den elektronischen Rechtsverkehr zulässt und dass das die Frage der elektronischen Signatur, also der Sicherheit des Rechtsverkehrs, regelt und löst. Da wird man, ohne dass ich jetzt das gutnachbarliche Verhältnis zu Rheinland-Pfalz gefährden will, noch einiges vor sich haben, bis

Rheinland-Pfalz das richtige Konzept entdeckt hat. Die Idee, die jetzt besteht, sich ein bisschen von den bundesweiten Entwicklungsverfahren abzukoppeln, scheint mir eher in die falsche Richtung zu gehen.

Also der Hintergrund ist sicherlich auch der IT-Bereich, aber ich glaube schon, dass wir es vernünftig verstanden haben, dort Schwerpunkte in der Ausstattung mit Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, mit Richtern und Richterinnen zu setzen, wo es sinnvoll und nötig ist. Insoweit bin ich dem Finanzminister und der CDU-Landtagsfraktion sehr dankbar, dass es möglich ist, in diesen schwierigen Zeiten und unter dieser hohen Belastung richtige Schwerpunkte zu bilden und dafür zu sorgen, dass man ganz behutsam an den Stellen etwas tut, an denen Unterstützung notwendig ist. Deswegen bin ich froh, dass wir 18 zusätzliche Stellen im Rahmen der Wirtschaftsstrafverfolgung im Haushalt 2007 verwalten und damit den Wirtschaftsstandort Hessen gestalten können.

Ich glaube eben, dass die Organisation, die wir für den Bereich der Wirtschaftsstrafsachen bei der Staatsanwaltschaft gefunden haben, das kostengünstigere Verfahren gegenüber dem Verfahren der Schwerpunktstaatsanwaltschaft ist, bei dem wir den gesamten Verwaltungs- und organisatorischen Bereich aufbauen und mitfinanzieren müssen, während wir so, wie wir das jetzt mit der Eingreifreserve und den entsprechenden Abteilungen für Korruption organisiert haben, eine sehr flache und sehr schlanke Struktur aufgebaut haben.

Wir müssen uns – deswegen wird das auch ein Schwerpunkt im nächsten Jahr sein – um die Vermeidung von Haftentlassungen kümmern. Wir wollen versuchen, dort flexibler zu sein, wo Krankheitsfälle, Schwangerschaften oder andere Dinge eintreten, die zu Personalausfällen führen, indem wir versuchen, eine Unterstützungsreserve für Richterinnen und Richter, für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte aufzubauen. Das ist gar nicht so einfach, weil ein Richter, sobald er Richter auf Lebenszeit ist, nicht mehr versetzbar ist. Wie man dann die Frage der Personalbewirtschaftung vernünftig lösen kann, ist ein besonderes Problem. Wir sind dankbar, dass wir hier zukünftig noch etwas mehr Spielraum haben werden.

Ein Problem ist sicherlich der Rechtspflegerdienst, und ich bin ganz froh, dass wir dort mit 50 Stellen den Bereich der Gerichtsvollzieher reformieren und dafür sorgen können, dass Rechtspfleger, die inzwischen als Gerichtsvollzieher tätig werden, sich entscheiden können, ob sie Gerichtsvollzieher bleiben oder als Rechtspfleger zurückgehen wollen. Wir können ansonsten den Rechtspflegerdienst weiter aufbauen, und damit haben wir die Möglichkeit, Dinge, die nach der neuesten Bundesgesetzgebung als durch Rechtspfleger zu gestaltende Aktivitäten angesehen werden, die bisher Richter gemacht haben, auch Rechtspflegern zu übergeben. Auch dies wird ein weiterer Beitrag zur Effizienzsteigerung in der hessischen Justiz sein.

Ich glaube also, dass im Bereich der Rechtsprechung, der Gerichtsbarkeit sehr gute Akzente gesetzt sind und dass wir das Jahr 2007 erfolgreich organisieren können.

Im Strafvollzug werden wir noch gemeinsam unseren Spaß haben. Ich glaube auch, dass es der Sache dient, wenn man das in aller Ruhe und Gründlichkeit diskutiert. Wir werden in den nächsten Wochen ein Symposium haben. Wir werden uns auch Konzepte im Ausland anschauen und versuchen, wirklich den besten Weg zu finden.

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Herr Justizminister, darf ich auch Sie darauf hinweisen, dass die angemeldete Redezeit abgelaufen ist?

Jürgen Banzer, Minister der Justiz:

Jawohl. – Vor allem werden wir versuchen, Dinge, die im ideologischen Grabenkampf überhaupt nicht gut gedeihen, pragmatisch zu lösen. Die Frage ist wirklich, ob Sicherheit und Resozialisierung Gegensätze sind. Wenn Sie die Reaktion der Bevölkerung beobachtet haben, als ein Verbrecher auf das Dach der Justizvollzugsanstalt gestiegen ist – da bestand keine Fluchtgefahr, sondern es ging eigentlich um Symbolik und andere Fragestellungen –, haben Sie gesehen, wie sensibel die Öffentlichkeit auf diese Fragestellungen reagiert. Ein Rechtsstaat muss auch auf diese Positionen und Grundeinstellungen der Bevölkerung Rücksicht nehmen.

Natürlich weiß ich, dass im Jugendstrafvollzug – sonst gäbe es kein Jugendstrafrecht – eine besondere Betonung des Erziehungsgedankens notwendig ist. Dass aus dieser Erziehungsidee auch Konsequenzen folgen, liegt auf der Hand. Wir werden dazu auch die entsprechenden Schwerpunkte in diesem Gesetz finden und mit Ihnen diskutieren. Es wird auf jeden Fall einen Gewinner geben, und das wird nicht, sage ich einmal vorsichtig, die Kasse des Finanzministers sein, von wegen Schäubigkeitswettbewerb, sondern es wird der Jugendstrafvollzug sein, der durch die Diskussion und den Wettkampf der Konzepte profitieren wird, sodass ich glaube, dass in Hessen – wir sind bisher mit unserem einheitlichen Jugendstrafvollzugskonzept führend – auch künftig die besondere fachliche Kompetenz im Jugendstrafvollzug deutlich werden wird.

Man kann sagen, das Jahr 2006 war ein erfolgreiches Jahr für das Justizressort, für die Gerichte, für die dritte Gewalt in Hessen. Es spricht nichts dagegen, dass der Haushalt 2007 die Voraussetzungen dafür schafft, im Jahr 2007 mindestens so erfolgreich zu sein. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Justizminister.

Jetzt rufe ich

Einzelplan 06 – Hessisches Ministerium der Finanzen –

auf. In Verbindung damit rufe ich

Einzelplan 17 – Allgemeine Finanzverwaltung –

und

Einzelplan 18 – Staatliche Hochbaumaßnahmen –

auf. Gleichzeitig rufe ich **Tagesordnungspunkt 36**

Antrag der Fraktion der FDP betreffend Verwendung steigender Einnahmen – Drucks. 16/6229 –

sowie **Tagesordnungspunkt 37** auf:

Antrag der Fraktion der FDP betreffend Kennzahlensystem – Drucks. 16/6230 –

Zunächst erteile ich Herrn Abg. Schmitt für die SPD-Fraktion das Wort.

Norbert Schmitt (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der entscheidende Webfehler des Haushalts unter finanzpolitischen Gesichtspunkten ist sicherlich, dass einmal mehr die Verfassungsgrenze nicht eingehalten wird, und dies, obwohl es ganz erhebliche Steuermehreinnahmen gibt, nämlich nach dem Haushaltsplan, der bisher vorliegt, 1,1 Milliarden €.

(Zuruf des Ministers Volker Bouffier)

– Nein, Herr Innenminister, das ist nicht beruhigend.

(Minister Volker Bouffier: Bedrückend!)

– Bedrückend, da haben Sie recht. – Nach dem, was der Finanzminister angekündigt hat, werden wir über die Planungen hinaus vielleicht noch einmal 300 Millionen € Steuermehreinnahmen haben, also im Jahr 2007 insgesamt mit 1,4 Milliarden € Steuermehreinnahmen rechnen können. Das ist eine Steigerung von über 10 %. Das ist sehr schön, aber der entscheidende Webfehler des Haushalts ist, dass trotz dieser ungeheuren Steuermehreinnahmen und trotz der Tatsache, dass wiederum Vermögensveräußerungen in Höhe von über 400 Millionen € geplant sind, der Haushalt die Verfassungsgrenze nicht einhalten wird. Wir sehen das als einen entscheidenden Mangel an.

Herr Finanzminister, wahrscheinlich sind wir von der Verfassungsgrenze, wenn diese Steuermehreinnahmen kommen, etwa 100 Millionen € weg. Das sind Summen, die wir unter Rot-Grün mehrmals hintereinander mit Haushalten und auch mit Haushaltssperren und der Frage des Sparens bewegt haben. Deswegen kann man Sie nur auffordern: Schließen Sie diese Lücke. Legen Sie dem hessischen Parlament in der dritten Lesung einen verfassungsgemäßen Haushalt vor.

Einen weiteren Punkt möchte ich ansprechen. Der Hessische Ministerpräsident hat in der Debatte heute Morgen davon gesprochen, dass der Länderfinanzausgleich auch ein gewisses Kriterium dafür sei, wo sich Hessen bewege, wie stark Hessen sei, und er hat gesagt: Hessen wird wahrscheinlich 2006 das Land sein, das den höchsten Betrag in den Finanzausgleich einzahlen wird.

(Michael Boddenberg (CDU): Ja!)

– Das wird so sein, Herr Boddenberg. – Ich will aber einmal den Blick auf den Finanzplan richten. Da sind die Ausgaben der letzten Jahre für den Länderfinanzausgleich aufgeführt. Hier gibt es einen interessanten Punkt. Im Jahr 1999 hat das Land Hessen rund 2,5 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich abgeben müssen. 1999 war das Jahr, in dem zumindest im ersten Teil noch Rot-Grün an der Regierung war. Diese Summe liegt, auch wenn wir jetzt im Jahr 2006 mit 2,1 Milliarden € mehr ausgeben müssen als geplant – für das nächste Jahr sind rund 2 Milliarden € geplant –, immer noch höher als die Ausgaben in den Länderfinanzausgleich unter der jetzigen Regierung.

Wenn die Schlussfolgerung des Ministerpräsidenten von heute Morgen richtig ist, dass die Höhe der Zahlung in den Finanzausgleich ein Zeichen dafür ist, wo Hessen steht, dann muss ich sagen, Hessen ist in den letzten Jahren ganz erheblich zurückgefallen – dank Ihrer Politik. Das ist ebenfalls schlimm.

(Michael Boddenberg (CDU): Wollen wir einmal über die Verhältnisse in den Neunzigerjahren reden?)

– Das war das Argument des Ministerpräsidenten. Vielleicht haben Sie das heute Morgen nicht verstanden. Ich habe dieses Argument nur aufgegriffen.

Ich will nur deutlich machen: Unter Rot-Grün haben wir in den Länderfinanzausgleich Summen abführen müssen, die viel höher waren als die Summen, die heute gezahlt werden müssen. In Ihrem ersten Regierungsjahr mussten Sie insgesamt 2,8 Milliarden € in den LFA zahlen. Der Anteil Hessens am Länderfinanzausgleich ist zurückgefahren worden und bewegt sich auf einem Stand, der unter dem der Jahre 1999 und 2000 liegt. Das sind keine erfindenen Zahlen.

Ich will noch etwas zur Verschuldung sagen, weil der Finanzminister und der Ministerpräsident behauptet haben, bezüglich der Pro-Kopf-Verschuldung stehe Hessen relativ gut da. Das stimmt zwar, aber das hat etwas damit zu tun, dass in den Regierungsjahren zuvor über lange Zeit eine solide Haushaltspolitik betrieben wurde. Wenn man Hessen mit den übrigen westdeutschen Ländern vergleicht, dann fällt eines auf: Hessen lag bis zum Jahre 2002 bei der Pro-Kopf-Verschuldung unter dem Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer. 2003 ist dieses Verhältnis gekippt. Die FDP hatte vier Jahre lang daran mitgewirkt, dass die Ausgaben entsprechend gesteigert worden sind.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Wir stehen auf Platz eins in Deutschland!)

Unter Ihrer Regierungsverantwortung ist das Verhältnis gekippt. Hessen hat mittlerweile unter den westdeutschen Flächenländern eine überdurchschnittlich hohe Pro-Kopf-Verschuldung. Das macht doch alles deutlich.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

– Nein, Herr Kollege Milde. Ich habe Sie als einen wenigstens teilweise soliden Menschen kennengelernt, aber hier haben Sie nicht recht.

Ich will ein Wort dazu sagen, wo wir bezüglich der Verschuldung im nächsten Jahr enden werden. Wir werden nach dem Finanzplan – es wird wahrscheinlich durch die Steuereinnahmen etwas besser – Ende 2007 rund 33 Milliarden € Schulden haben. Das ist eine unglaubliche Summe, die allein auf Sie zurückgehen wird. Fast 30 % der Verschuldung des Landes Hessen haben Sie in Ihren Regierungsjahren angehäuft.

Ich will noch ein Stichwort aufgreifen: die Kommunen. Wir erheben noch einmal die Forderung, dass der Anteil an den Steuermehreinnahmen, der den Kommunen aus dem Jahre 2006 zusteht, rund 100 Millionen €, in den Kommunalen Finanzausgleich eingestellt wird. Das Gleiche gilt für das Wohngeld. Auch da wollen Sie wieder 35 Millionen € mitnehmen. Die Kommunalen Spitzenverbände haben das dargestellt. Diese 35 Millionen € gehören aber in den Kommunalen Finanzausgleich für das Jahr 2007.

Die Änderungen der Umlagegrundsätze, die Sie bei der Kreisumlage vorgenommen haben, sind beim Städtetag und beim Städte- und Gemeindebund auf erhebliche Kritik gestoßen. Herr Finanzminister, Sie müssen sich insbesondere den Vorwurf machen lassen, dass Sie diese Fragen nicht diskutiert haben. Es gibt eine Stellungnahme der kommunalen Seite, die verhältnismäßig hart ausgefallen ist. In ihr heißt es, dass die Aussagen der Kommunalen Spitzenverbände in der Gesetzesbegründung nur eingeschränkt wiedergegeben wurden und dass die Anhörun-

gen, die bisher stattgefunden haben, diese Bezeichnung nicht verdienen. Das ist eine verhältnismäßig harte Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes.

Ich möchte zusammenfassen, weil ich den Kollegen die eine oder andere Minute schenken will. Wir konnten uns ja schon in der ersten Lesung austauschen. Man muss insgesamt sagen, der Haushalt für das Jahr 2007 wird der Lage nicht gerecht. Er gibt keine Beschäftigungsimpulse, weil die Investitionen zurückgeführt oder gestrichen werden. Er stellt einen finanzpolitischen Offenbarungseid dar. Trotz Steuermehreinnahmen in Höhe von 1,4 Milliarden € wird die Verfassungsgrenze gerissen. Das ist eigentlich ein Skandal. Dafür müssten Sie die politische Verantwortung übernehmen, Herr Finanzminister. Das machen Sie aber nicht. 2008 wird das der hessische Wähler für Sie vollziehen. Er wird Sie von der Regierung ablösen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Nächste Wortmeldung, Frau Kollegin Erfurth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor der Kollege Milde mit seinen Lobpreisungen beginnt

(Norbert Schmitt (SPD): Milde Sorte!)

– ja, Milde Sorte –, muss ich Ihnen sagen, Herr Finanzminister, dass Sie ein schlechtes Beispiel abgeben.

(Michael Boddenberg (CDU): Ich möchte wissen, was Sie sagen, wenn er einmal das Gegenteil tut!)

– Das würde mich überraschen. Aber im Abgeben schlechter Beispiele sind Sie richtig gut, Herr Finanzminister.

Statt an der Aufarbeitung des strukturellen Defizits im Landeshaushalt zu arbeiten, erklären Sie die steigenden Steuereinnahmen zu Ihrem persönlichen Erfolg und entbinden sich damit quasi selbst von der Pflicht, über weitere Konsolidierungsmaßnahmen nachzudenken. Das ist schon eine „besondere“ Leistung angesichts der bisher veranschlagten Mehreinnahmen. Wir haben gehört, die Einnahmen werden wahrscheinlich noch steigen. Bei den bisher veranschlagten Mehreinnahmen von 1,1 Milliarden € nur ganze 20 Millionen € in die Reduzierung der Nettokreditaufnahme zu stecken, ist eine „beachtliche“ Leistung.

Sie verkaufen Landesvermögen, um nicht noch weitere Kredite aufnehmen zu müssen, und mieten die Gebäude zurück. Das ist eine Zahlentrickserei, die das Landesvermögen schmälert und künftige Regierungen über Jahrzehnte durch Mietzahlungen bindet. Den Kommunen haben Sie dieses Verhalten in der HGO verboten. Diese dürfen, Sie können es in § 109 HGO nachlesen, für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendiges Vermögen nicht verkaufen. Das wird ihnen aus gutem Grund verboten. Auch hier geben Sie aber ein schlechtes Beispiel ab. Sie tun das, was Sie anderen verbieten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Nachdem die Opposition Sie nun lange genug damit genervt hat, dass Sie die Verfassungsgrenze der Neuverschuldung nicht einhalten, und Sie im Haushaltsgesetz 2006 noch erklärt hatten, die Einhaltung der bis dahin gültigen Verfassungsgrenze sei objektiv nicht möglich, haben Sie sich jetzt wohl zur Flucht nach vorn entschlossen. Sie haben die Verfassungsgrenze der Verschuldung zum 60. Geburtstag des Landes Hessen umdefiniert und auch die Zuweisungen für Investitionen, die an die Kommunen weitergegeben werden, in diese Grenze einberechnet. Damit haben Sie den Hessinnen und Hessen zum 60. Geburtstag des Landes weitere 421,9 Millionen € Schulden geschenkt. Auch das ist eine „reife“ Leistung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank!)

Offen bleibt für mich die Frage, welches Ereignis diese Umdeklarierung ausgelöst hat und wie sich die Neuregelung auf die Kommunen auswirkt. Diese Antwort bleiben Sie schuldig. Auch insofern geben Sie ein schlechtes Beispiel ab: Neudefinition anstelle von Handeln.

Herr Finanzminister, Sie lassen kaum eine Gelegenheit aus, zu beklagen, dass der Länderfinanzausgleich den hessischen Haushalt über Gebühr belastet und dass es uns hier in Hessen wunderbar ginge, wenn wir diese Zahlungen nicht leisten müssten. Ich nehme an, auch der Kollege Milde wird uns das wieder erklären.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Nein, der Kollege Williges erklärt es!)

Der Kollege Kaufmann hat Ihnen gestern schon nachgewiesen, dass diese Argumentation nicht stichhaltig ist. Ich kann mir das an dieser Stelle also sparen. Was mich an der ganzen Sache aber ärgert: Sie zündeln am Gedanken der Solidarität. Der Funke ist durchaus schon übergesprungen. Auch insoweit geben Sie ein schlechtes Beispiel ab.

Der Städte- und Gemeindebund hat nämlich Ihre Argumentation im Verhältnis 1 : 1 übernommen und erklärt, wenn die kreisangehörigen Gemeinden keine Kreisumlage zahlen müssten, dann ginge es ihnen ganz prima, und die Kreise sollten doch bitte ihre Hausaufgaben machen und in die Pötte kommen. In der aktuellen Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes zum Finanzausgleichsgesetz heißt es wörtlich – ich zitiere –,

... dass die Zahlungen, die die Städte und Gemeinden an Kreisumlage geleistet haben, ihre jahresbezogenen Fehlbeträge in jedem einzelnen Fall bei Weitem überstiegen haben. Mit anderen Worten: Es hätte keine hessische Stadt oder Gemeinde einen ausgeglichenen Haushalt, wenn die Verpflichtung zur Zahlung der Kreisumlage nicht bestünde.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kommt einem bekannt vor!)

– Das kommt einem sehr bekannt vor. Da haben Sie wirklich ganze Arbeit geleistet, ein schlechtes Beispiel abzugeben, Herr Weimar.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Es bleibt als letztes Ihrer schlechten Beispiele der Umgang mit dem Kennzahlensystem. Wir haben das schon im letzten Jahr kritisiert, und da sind wir durchaus auf einer Linie mit den Kolleginnen und Kollegen von der FDP-Fraktion. Ich möchte beispielhaft das Produkt Nr. 5 des Finanzministeriums herausgreifen. Es beschäftigt sich mit

der Planung und der Aufstellung des Landeshaushalts. Es beschäftigt sich mit der Steuerung des Haushaltsvollzugs, der Sicherung des Haushaltsausgleichs, der Rechnungslegung und der Vorbereitung und Erstellung der Finanzplanung. Als politisches Ziel wird in diesem Produkt Folgendes definiert: „eine solide Finanzpolitik in Verantwortung gegenüber den heutigen und kommenden Generationen“. – Das ist so herrlich unkonkret, dass es nicht falsch sein kann.

Bei den Kennzahlen zur Leistungswirkung finde ich Folgendes: „Verschuldungsquote im Ländervergleich“. – Das ist sicher eine interessante Aussage. Man kann sie für geeignet halten, um Vergleiche zu ziehen. Aber ob sie geeignet ist, um als Kennzahl im Haushalt etwas zu erfassen und irgendetwas zu bewirken, das bezweifle ich. Bei diesem Produkt hätte ich als Ziel eigentlich die Verpflichtung erwartet, einen verfassungskonformen Haushalt vorzulegen. Dieses Ziel habe ich aber vergeblich gesucht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Bei der Kennzahl zur Prozessqualität finde ich den denkwürdigen Satz: „rechtzeitige Übersendung der Regierungsvorlage vor Einbringung in das Parlament“. – Bisher habe ich geglaubt, das sei selbstverständlich. Ich musste lernen, das muss man in Kennzahlen für die Prozessqualität fassen.

Mein Fazit: Das Ziel ist unbestimmt, die Kennzahlen sind ungeeignet. Herr Finanzminister, wenn ich Ihr Bild von dem Schiff aus der Einbringungsrede noch einmal aufgreifen darf: Sie steuern ohne Kompass im Nebel. Auf die Zustimmung der GRÜNEN könne Sie daher nicht hoffen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat der Kollege Roland von Hunnius für die FDP-Fraktion.

Roland von Hunnius (FDP):

Herr Präsident, Herr Minister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie uns über Ziele reden. Die Frau Kollegin hat dieses Thema gerade angerissen. Die Fachziele sind nicht konkret, sie sind nicht quantifiziert, sie sind nicht befristet und somit nicht kontrollierbar. Da bin ich ganz Ihrer Meinung, Frau Kollegin Erfurth.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

– Herr Kollege, es gab vorher keine Ziele. Sie wissen, dass das Zielsystem erst eingeführt worden ist.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Also!)

Die Regierung hat im vergangenen Jahr genauso schlechte Ziele gehabt. Ich komme gleich noch zu unseren Änderungsanträgen. Die sind von Ihnen bedauerlicherweise alle abgelehnt worden.

Das Oberziel ist leider auch nicht besser als die Fachziele.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Das Oberziel besteht aus drei Sätzen, in denen man es geschafft hat, alle Fachziele verbal zu integrieren. Das sagt aber nichts Neues aus. Oberziel und Fachziele sind identisch. Alle sagen nichts aus.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben versucht, dies im letzten Jahr und in diesem Jahr besser zu machen. Ich will Ihnen sagen, welche Änderungsanträge wir gestellt haben und was abgelehnt worden ist. Daraus können Sie ersehen, was die CDU nicht will. Die Kolleginnen und Kollegen der anderen Oppositionsfraktionen haben teilweise mitgestimmt, sich teilweise enthalten. Für mich ist die CDU hier am interessantesten,

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Sowieso!)

weil sie die Meinung der Regierung mit reflektiert.

Wir haben beantragt, das Fachziel 1 so zu ändern, dass verfassungsgemäße Haushalte aufgestellt werden müssen.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Selbstverständlichkeit für uns! Das als Ziel zu formulieren, das ist doch logisch!)

Das wurde von der CDU abgelehnt. Meine Damen und Herren, das will sie nicht haben. – Das ist kein Ziel. Wenn es kein Ziel ist, dann wollen Sie es nicht.

Im Fachziel 2 haben wir beantragt, dass wir eine Vereinfachung des Steuersystems anstreben.

(Nicola Beer (FDP): Ja!)

Wir haben beantragt, dass es der Wettbewerbsfähigkeit dienen soll, und wir haben beantragt, dass es Ende 2007 umgesetzt sein soll. Das alles will die CDU nicht. Sie hat es abgelehnt.

(Nicola Beer (FDP): Hört, hört!)

Im Fachziel 3 haben wir beantragt, die bürgernahe Verwaltung zu integrieren. Das wurde ebenfalls abgelehnt. Sie können sagen, dass Sie das generell machen. Das kann sein. Ich nehme an, dass Sie vorher alle Anträge sorgfältig abgewogen haben.

Im Fachziel 4 haben wir vorgeschlagen, Effizienzreserven auszuschöpfen, Aufgaben auszugliedern und eine langfristige Personalstrategie anzulegen. Auch das wurde abgelehnt. Das will die CDU nicht.

Fachziel 5. Wir haben uns dazu bekannt, ein konkretes Beteiligungskonzept haben zu wollen und haben uns dazu bekannt, nicht notwendige Beteiligungen abzustoßen und die Beteiligungen, die das Land hat, rentabel zu gestalten. Das wurde ebenfalls abgelehnt. Das will die CDU nicht.

(Nicola Beer (FDP): Eine Schande!)

Im Fachziel 6 haben wir beantragt, den KFA bis Ende 2007 neu zu gestalten. Das war, wenn ich mich nicht sehr irre, auch einmal die Absicht der Landesregierung gewesen. Wir haben beantragt, das System einfach und transparent zu gestalten, und wir haben beantragt, die allgemeinen Finanzzuweisungen gegenüber den speziellen Finanzzuweisungen stärker zu gewichten. All das wurde abgelehnt. Das wollen die CDU und die Landesregierung offensichtlich nicht.

(Nicola Beer (FDP): Ein Trauerspiel!)

So viel zu dem, was Sie nicht wollen. Jetzt komme ich zu dem, was Sie eigentlich wollen. Ich gehe die Fachziele

durch. Dafür sind sie aufgestellt worden. Wenn das kein reines Glasperlenspiel ist, muss man sie ernst nehmen. Das ist doch sicherlich gemeint.

In Fachziel 1 heißt es, dass man eine solide und verantwortliche Haushaltspolitik betreiben will. Ich kürze es ein bisschen ab. Dazu hat der Herr Fraktionsvorsitzende heute schon das Entsprechende gesagt. Wir sehen weder eine solide noch eine verantwortliche Haushaltspolitik,

(Beifall der Abg. Nicola Beer (FDP))

sondern wir sehen, dass die Ausgaben als Datum betrachtet werden, das unverrückbar ist. Die Einnahmen werden, je nachdem, wie die Steuereinnahmen sind, angepasst, die Differenz wird mit Krediten ausgeglichen. Wenn die Kredite wegen steigender Einnahmen aus dem Steueraufkommen sinken, wird das prompt zum Riesenerfolg erklärt.

Fachziel 2. Hier geht es um die Konzipierung und Umsetzung einer Steuerreform und des Steuersystems insgesamt. Das ist – dazu ist ein eigener Antrag gestellt worden, morgen in der Aktuellen Stunde – auf 2008 vertagt.

Sie machen im Grunde alles, was vorstellbar ist, nach der nächsten Landtagswahl. Die Entlastungswirkung ist von der SPD auf Bundesebene infrage gestellt worden. Was herauskommt, ist vergleichsweise unsicher. Die Gewerbesteuer bleibt auf jeden Fall; das steht schon einmal fest. Fest steht auch, dass das ganze System komplizierter wird denn je. Also hält die Konjunktur der Steuerberater an. Insofern ist es ein positiver Aspekt. Mittelstandsförderung ist hier durchaus gegeben. Das freut uns natürlich als FDP. Aber das ist leider das einzig Positive daran.

Beim Fachziel 3 ist davon die Rede, die PVS solle mitarbeiterfreundlich gestaltet werden. Man kann sagen, dass das System dazu beigetragen hat, die Personalkostenquote nicht weiter steigen zu lassen. Das erkenne ich durchaus an. Aber von Mitarbeiterfreundlichkeit kann man bei der PVS mit Sicherheit nicht reden.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Im Fachziel 4 ist die Rede von transparenter Haushaltspolitik. Frau Kollegin Erfurth hat schon einige Kennzahlen genannt. Wir haben das vor einem Jahr diskutiert. Ich kann noch ein paar weitere nennen. Hier heißt es zum Beispiel beim Produkt Nr. 1: „Kennzahlen zur Kundenzufriedenheit: Anzahl der Homepagezugriffe“. – Je mehr zugreifen, desto zufriedener sind sie. Das ist die ganz einfache Logik.

(Norbert Schmitt (SPD): Na ja!)

„Kennzahlen zur Prozessqualität: ... Anzahl Beratungseinheiten ...“ – Je mehr man wissen will, umso besser ist die Leistung. Auch ganz einfache Logik.

Oder die Kennzahl zur Kundenzufriedenheit bei Produkt Nr. 2: „Anzahl der direkt zuordenbaren Folgeanträge“. – Es ist etwas verborgen, was der Grund dafür gewesen sein kann, diese Kennzahl zu wählen.

Beim Produkt Nr. 3 hat man erst gar keine Kennzahlen zur Prozessqualität und zur Kundenzufriedenheit. Bei Produkt Nr. 4 – das ist die Steuer und Steuerpolitik – heißt es: Kennzahlen zur Prozessqualität: „durchschnittliche Anzahl der Beratungseinheiten“, und bei der Kundenzufriedenheit: „Anzahl der Antworten auf Bürgeranfragen“. – Je mehr Anfragen beantwortet werden, umso besser ist es. Je mehr Bürger fragen, umso mehr werden be-

antwortet, umso besser ist die Leistung insgesamt. Das kann man fortführen. Das war vor einem Jahr schon so schlecht. Das ist aber leider immer noch so schlecht.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

In diesem einen Jahr haben wir in Sachen Kennzahlen überhaupt keinen Fortschritt gemacht. Herr Kollege Milde, das werden Sie zugeben müssen. Das ganze Jahr war in diesem Punkt vertan. Der Minister hat damals gesagt: Wir holen aus allen Fraktionen Menschen zusammen und gucken uns das einmal gemeinsam an. – Das Jahr ist vergangen. Es ist nichts passiert. Dann hätte sich das Ministerium wenigstens selbst Gedanken machen können. Auch das war offensichtlich nicht der Fall. Daraus könnte man, wenn man böswillig wäre, was ich nicht bin, den Schluss ziehen, dass eine Mitwirkung des Parlaments gar nicht so erwünscht ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Denn mit dem System, wie wir es jetzt haben, haben wir nicht mehr Transparenz, sondern weniger Transparenz als vorher, nicht mehr Einflussmöglichkeiten, sondern weniger Einflussmöglichkeiten als vorher.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das können wir als Parlamentarier nicht gut finden, eigentlich auch nicht die CDU-Fraktion. Aber die duckt sich hinter die Regierung. Auf jeden Fall kann die Opposition das nicht gut finden, weil das nicht in unserem Sinne sein kann.

Wir sehen, dass neu zugeordnet wird, dass umgruppiert wird auf Teufel komm raus, dass Vergleichbarkeiten nicht da sind. Alles muss einzeln angefragt werden. Dann kommen die Antworten mit einer großen Verzögerung. Wir stellen fest, dass das Protokoll der kursorischen Lesung im Wirtschaftsministerium gestern per E-Mail eingegangen ist, also gerade noch vor der zweiten Lesung. Da kann keiner mehr etwas damit machen. Dann braucht man es eigentlich auch gar nicht zu versenden. Wir stellen fest, dass das Budgetbüro, das wir eingeführt haben – ich möchte die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort ausdrücklich für ihr Engagement und für ihren Einsatzwillen loben;

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

das ist ein ganz, ganz ernster Punkt –, von der Landesregierung, wenn das so weitergeht, systematisch ausgebremst wird.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich eine Anfrage stelle, zu einem ganz einfachen Sachverhalt, und nach geschlagenen drei Wochen eine nichtssagende Antwort bekomme, dann fragen wir noch einmal, und nach geschlagenen acht Wochen kommt eine weitere Antwort, die ebenfalls nichts sagt, dann muss ich sagen, ist das nicht so ganz im Sinne des Erfinders – oder vielleicht doch. Ich weiß es nicht.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

So kann es aber nicht sein. Wir können nicht auf der einen Seite die Entscheidungen global treffen, Verantwortung

auf die Verwaltung verlagern und uns auf der anderen Seite jeglicher Mitwirkung begeben. Dann müssen wir die Möglichkeit haben, die Zahlen zwischendurch zu kennen. Wenn das auch nicht klappt, haben wir ein größeres Problem.

Auf die Stellungnahme des Rechnungshofs in Baden-Württemberg ist schon von Herrn Fraktionsvorsitzenden der SPD hingewiesen worden. Wir haben dazu einen Berichtsantrag gestellt, weil wir gern wissen möchten, ob die Kritikpunkte, die dort gesehen werden, vielleicht auch für Hessen zutreffend sein könnten. Ich bin gespannt, wie das in Hessen gesehen wird.

Im Fachziel Nr. 5 heißt es: Das Landesvermögen soll zukunftsorientiert genutzt werden. – Aber dafür gibt es kein Konzept. Es gibt keine ordnungspolitische Richtung bei der ganzen Angelegenheit. Das Ergebnis des Umgangs mit Landesvermögen ist von Zufall und von parteipolitischer Machbarkeit bestimmt, weil, wenn wir Dinge vorschlagen, die irgendwelche CDU-Leute in Frankfurt nicht wollen, wir das entgegengehalten bekommen. Aber das ist weit davon entfernt, was politischer Wille eigentlich sein sollte.

(Beifall bei der FDP)

Zum Fachziel Nr. 6 heißt es: den Kommunalen Finanzausgleich solide gestalten. – Darüber wird noch zu reden sein. Von Solidität kann ich hier aber wirklich nicht viel feststellen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Lieber Kollege von Hunnius, Ihre gemeldete Redezeit ist abgelaufen.

Roland von Hunnius (FDP):

Wenn Sie noch zwei Sätze gestatten, Herr Präsident.

Vizepräsident Frank Lortz:

Ihnen immer, bitte.

Roland von Hunnius (FDP):

Vielen herzlichen Dank. Dann kann ich noch darauf hinweisen, dass wir die beiden Anträge

(Nicola Beer (FDP): Er hat auch noch Zeit!)

– trotzdem, ich möchte nicht die Kollegen der FDP-Fraktion schädigen – der FDP-Fraktion wärmstens zur Annahme empfehlen. Der eine Antrag stellt eine Aufforderung an die Landesregierung dar, Steuermehreinnahmen ausschließlich zur Senkung der Verschuldung zu nutzen. Das ist im Jahre 2006 erfolgt. Das soll auch im Jahre 2007 so festgelegt werden, weil die Begehrlichkeiten bei steigenden Einnahmen erfahrungsgemäß steigen.

Der zweite Antrag betrifft das Kennzahlensystem. Hier, meinen wir, ist es in der Tat nicht mehr angezeigt, weiter abzuwarten, weil es im Jahre 2008 definitiv ernst wird. Dann ist Schluss mit der Situation: „Wir probieren es einmal ein bisschen.“ 2008 ist die NVS das alleinige System. Dann werden wir die Kennzahlen so gestaltet haben müssen, dass sie auswertbar sind. Wenn nichts passiert, sind dies das nicht.

(Beifall der Abg. Nicola Beer (FDP))

Wir meinen, das muss im Dialog mit dem Parlament geschehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen besagt unser Antrag, dass die Kennzahlen in den Fachausschüssen diskutiert werden sollen. Dort gehören sie hin.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben im Einzelplan 06 sechs Fachziele der Landesregierung gefunden. Die sechs Ziele sind alle mehr oder weniger verfehlt worden. Die Ziele sind schlecht formuliert, und die Politik, die dahintersteht, ist schlecht gemacht. Wir empfehlen, den Haushalt und den Einzelplan 06 abzulehnen, ebenso den Einzelplan 17. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege von Hunnius. – Das Wort hat der Kollege Williges, CDU-Fraktion.

Frank Williges (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich mich recht erinnere, begann Herr Dr. Jürgens seine Rede zum Justizressort mit der Bemerkung, der Einzelplan 05 sei langweilig. Ich denke, wir Haushaltspolitiker sind da etwas selbstbewusster. Ich glaube, ich kann das über Fraktionsgrenzen hinweg sagen. Der Einzelplan 06 und seine Töchter oder Söhne – wie sagt man dazu? –, die Einzelpläne 17 und 18, sind die bedeutendsten Bereiche dieses Haushalts.

(Beifall des Abg. Roland von Hunnius (FDP))

Ich weiß, die Zustimmung wird sich wohl mehr auf die Haushaltspolitik beschränken. Die Anzahl der Teilnehmer an der Debatte lässt den Rückschluss zu, dass die anderen das noch nicht so verinnerlicht haben und hier noch ein bisschen innere Mission notwendig ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will zu einigen wenigen Aspekten Stellung nehmen, die angesprochen waren, und will mit dem Kollegen von Hunnius beginnen, was die Frage nach Oberzielen und Fachzielen angeht. Herr von Hunnius, diese Frage hat sich zu so etwas wie Ihrem Spezialhobby entwickelt.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist kein Hobby, das ist harte Arbeit!)

Lassen Sie mich nur einige wenige grundsätzliche Bemerkungen dazu machen. Jede von Ihnen geforderte Konkretisierung und weitere Differenzierung bei den Oberzielen oder bei den Fachzielen ist als generelle Forderung sicherlich bei den drei Oppositionsfraktionen zustimmungsfähig. Wenn wir aber ins Detail gehen, beispielsweise Ihre Vorschläge zur Grundlage einer Beratung nehmen, dann werden wir sehr schnell merken, wie die Positionen auseinandergehen.

Ich sage Ihnen: Die Differenzierung und Konkretisierung findet in einem Produkthaushalt mit der Definition der Produkte statt und nicht zwingend in einem Oberziel.

Vielmehr ist dort eine allgemein verbindliche Festlegung durchaus angebracht, wie sie jetzt vorgenommen wurde. Ich kann Ihnen sagen: Sicherlich sind wir dialogbereit. Ich kann an die Rede der Kollegin Erfurt anknüpfen. Sie sind vielleicht enttäuscht, dass nicht der Kollege Milde spricht. Aber ich bemühe mich, genauso kritisch-konstruktiv zu sein wie er. Wir sind bereit, im weiteren Verfahren darüber zu diskutieren, ob man das eine oder andere Fachziel vielleicht in die eine oder andere Richtung verändern kann. Aber das ist zum jetzigen Zeitpunkt mit den mangelnden Erfahrungen aus der bisherigen Praxis deutlich zu früh, Herr Kollege von Hunnius.

(Beifall des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU) – Nicola Beer (FDP): Zumindest bei den Fachzielen müsste es möglich sein!)

Ich komme zu den Kommunalfinzen und kann es an der Stelle kurz machen. Herr Kollege Schmitt hat es bereits angedeutet: Morgen werden wir in aller Ausführlichkeit über die Kommunalfinzen sprechen. Wir werden über die Frage sprechen, ob eine Spitzabrechnung später erfolgt oder ob wir Steuermehreinnahmen des Jahres 2006 schon früher an die Kommunen weitergeben. Aber ich will von dieser Stelle aus eine Legendenbildung verhindern. Eines muss in Verbindung mit dem Haushalt 2007 ganz deutlich sein: Wir haben einen Anstieg des KFA-Volumens von 12,5 % auf über 2,9 Milliarden €, und zwar nach einem Anstieg von 2,3 % im vergangenen Jahr. Wir haben eine Erhöhung der Investitionspauschale auf 100 Millionen €. Wir haben eine Erhöhung der Schulpauschale auf 140 Millionen €.

Ich sage nicht, dass es allen Kommunen sehr gut geht. Aber ich sage eines ganz deutlich: Es geht ihnen viel besser als in den zurückliegenden Jahren. Deshalb sind solche Maßnahmen, wie Sie sie hier beantragen, Herr Schmitt, nicht notwendig. Aber dazu werden wir morgen noch im Detail etwas sagen.

(Beifall des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Zum Einzelplan 06. Der Kollege Schmitt spricht hier von einem Webfehler des Gesamthaushalts und begründet es damit, dass die Nettoneuverschuldung über der Verfassungsgrenze liege. Ich nehme an, dass der Finanzminister – er hat es bereits des Öfteren getan – auch nachher noch etwas dazu sagen wird und Ihnen noch einmal erläutern wird, wie es sich mit der Nettoneuverschuldung im Haushaltsjahr 2007 verhält. Ich glaube, er wird Ihnen auch noch etwas dazu sagen, inwieweit der LFA das Land Hessen gegenwärtig belastet und in den früheren Jahren belastet hat. Ich verzichte an dieser Stelle darauf, weil ich weiß, dass der Finanzminister die besseren pädagogischen Fähigkeiten hat, und die sind bei Ihnen, Herr Schmitt, durchaus angebracht.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist falsch! Herr Kollege, Sie stellen Ihr Licht zu sehr unter den Scheffel! Seit der Apfelsinenkistengeschichte sind Ihre pädagogischen Fähigkeiten anerkannt! – Zuruf des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

– Herr Kaufmann, Sie wissen um meine Bescheidenheit.

(Norbert Schmitt (SPD): Das merkt man an der Rede!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will bei der Beratung des Einzelplans 06 noch einige wenige Punkte zur Haushaltssystematik sagen. Inzwischen ist neben den

Buchungskreisen HMdF, HCC und Hessische Bezüge- stelle auch die Steuerverwaltung vom kameralen Haushalt zum Produkthaushalt umgestellt worden. Das ist nicht nur im Einzelplan 06, sondern im gesamten Haushalt ein Kraftakt, den die Finanzverwaltung zu vollbringen hat. Dazu hat der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Walter, heute Morgen gesprochen.

Herr Walter, Sie haben Ihre eigenen Zweifel daran geäußert, ob es richtig ist, in der Generalausprache über Haushaltssystematik zu sprechen. Wenn ich auf Ihre Rede zurückschaue, kann ich sagen: Ihre Zweifel daran, das zu tun, waren berechtigt. Wir müssen uns eines vor Augen führen: Bei einem Gesamthaushaltsvolumen von 22 Milliarden €, bei 80 Buchungskreisen, 800 Produkten und 1.500 Leistungen in einer kleinkarierten Art und Weise in dem Haushaltsplanentwurf nach redaktionellen Fehlern zu suchen – es waren redaktionelle und keine rechnerischen Fehler – und die hier zum Mittelpunkt einer Generalausprache zu machen, das zeugt davon, dass nicht allzu viel Substanz bei der Opposition vorhanden sein kann.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich stelle fest, Sie räumen Fehler ein und sind nicht bereit, sie zu korrigieren!)

Meine Damen und Herren, in diesem konkreten Fall handelt es sich um eine Zählgröße. Ich will versuchen, diese Systematik zu erläutern. – Jetzt geht der Kollege Walter leider, aber Sie können es ihm weitersagen. – Hier werden Zählgrößen gewählt, damit eine interne und externe Vergleichbarkeit möglich ist. Dass die Zählgröße nicht die weitergebildeten Lehrkräfte sind, dürfte jedem klar sein, der sich damit beschäftigt.

(Gernot Grumbach (SPD): Betriebswirtschaftlicher Quatsch!)

Ich würde es so machen wie Herr Kaufmann und ein Beispiel aus der Lebenswirklichkeit nehmen. Wenn der Kollege Walter seinen SLK zum Windschutzscheibenaustausch in die Kfz-Werkstatt gibt, dann bekommt er am Ende eine Rechnung, auf der vielleicht „30 Arbeitseinheiten berechnet“ steht. Das bedeutet nicht, dass man ihm 30 Windschutzscheiben eingebaut hat, sondern das bedeutet, dass die Werkstatt ein System hat, mit dem sie einen internen und externen Vergleich herstellen kann.

(Beifall des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Genau das ist das Ziel eines Produkthaushalts im Vergleich zu einem kameralen Haushalt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr von Hunnius, ich möchte Ihnen an dieser Stelle das Signal geben: Wir werden versuchen, noch in diesem Plenum einen Termin zu finden, damit wir weiter über Ihren Antrag zu den Kennzahlen beraten können, weil es durchaus sinnvoll ist, sich konstruktiv damit zu beschäftigen und das gegebenenfalls einzuarbeiten.

(Beifall der Abg. Michael Boddenberg (CDU) und Nicola Beer (FDP))

Auch die SPD hat einen Antrag gestellt. Auch dazu haben wir uns im Haushaltsausschuss einvernehmlich verständigt, dass wir darüber sprechen werden, weil wir alle mit dem Produkthaushalt erst beginnen. Es ist für uns alle ein Anfang. Das müssen wir durchaus immer mal wieder selbstkritisch darstellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie uns kurz über die Personalkosten im Ressort reden. Sie sinken

um 8 Millionen €. Zugegebenermaßen sind 2 Millionen € davon darauf zurückzuführen, dass von der Hessischen Bezüge- stelle Abrechnungsfälle an die Hochschulen gehen. Aber nahezu 6 Millionen € wurden erwirtschaftet, weil die CDU-Landtagsfraktion die „Operation sichere Zukunft“ beschlossen hat und diese jetzt Früchte trägt. Eine Frucht davon sind 6 Millionen € eingesparte Personalkosten im Finanzhaushalt,

(Beifall des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

und das, obwohl das Ausbildungsprogramm fortgeführt wird und die Übernahme von Anwärtern weiter erfolgt. An dieser Stelle will ich auch deutlich machen: Es findet in der hessischen Finanzverwaltung ein hervorragendes Zinsmanagement statt, das im Ergebnis dazu führt, dass die Zinslast um 3 % gesunken ist. Das hat nichts damit zu tun, dass das allgemeine Zinsniveau gesunken wäre. Es hat bedauerlicherweise nichts damit zu tun, dass das Volumen der Kredite abgesunken wäre, sondern es hat damit zu tun, dass wir ein hervorragendes Zinsmanagement haben. Dafür gebührt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die dafür verantwortlich sind, unser aller Lob.

(Beifall des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will im Einzelplan 18 nur wenige Punkte ansprechen. Es wird im Polizeipräsidium Nordhessen ein neues Ausbildungszentrum mit einer Schießanlage gebaut. Es wird Geld in die Museumslandschaft Kassel investiert. Die Zeichenakademie in Hanau wird mit 10,5 Millionen € umgebaut. Es wird Geld in die Universität Kassel sowie in die FH Gießen fließen. Außerdem werden 600 Millionen € in einem Zeitraum von 2004 bis 2015 in der Universität Frankfurt investiert. Wir werden des Weiteren als Land PPP-Vorarbeiten erbringen, und zwar in einem Volumen von 1 Million €, um weitere Investitionen anzustoßen.

Herr von Hunnius, Sie haben am gestrigen Tag über den Zuwachs des Vermögens und über die Eröffnungsbilanz des Landes gesprochen. All diese Investitionen werden in die Eröffnungsbilanz des Landes eingehen. Ich will an dieser Stelle noch einige wenige Sätze zur Vermögensveräußerung sagen, die von der roten und der grünen Opposition kritisch gesehen wird.

Wir brauchen – und das haben wir in unserem Land – ein intelligentes Management des landeseigenen Vermögens. Intelligentes Management bedeutet auch, dass man sich von Immobilien, von Liegenschaften trennt, wenn es günstiger ist, sie nicht im Besitz zu haben, sondern sie anzumieten. Wenn dabei dem Kollegen Al-Wazir nur noch ein Argument einfällt – es ist schon erstaunlich, dass er überhaupt einen historischen Bezug hat; den hätte ich ihm nie zugetraut –,

(Norbert Schmitt (SPD): Was heißt denn das?)

man müsse eine Landesimmobilie wie das Statistische Landesamt deshalb im Besitz des Landes halten, weil es schon im Immobilienportfolio des Herzogs von Nassau war, dann sage ich ihm: Herr Al-Wazir, Sie haben verschiedene historische Stationen aufgezeigt, aber Sie haben wohl nicht begriffen, dass es inzwischen gesellschaftliche Veränderungen und Revolutionen gegeben hat, die dazu geführt haben, dass es nicht mehr erste Priorität ist, Vermögen von den früheren Landesherrn zu bewahren.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie verhökern das historische Erbe, darum geht es!)

Dieses Gebäude wird auch bei dem neuen Eigentümer optimal betreut und erhalten, weil es sich in einer sehr guten Lage befindet. An anderer Stelle wie im Odenwald, wo ein Schloss zu erwerben war, wo eine Kunstsammlung zu erwerben war, war das Land gefordert, Kulturgut zu erhalten.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und hier können wir Kulturgut verschleudern? – Norbert Schmitt (SPD): Hirschgeweihe! Ich lache mich kaputt!)

Leider sind Sie nicht in der Lage, dies zu unterscheiden. Wir sind dazu in der Lage. Deshalb haben die Wählerinnen und Wähler uns den Auftrag gegeben. Ich bin davon überzeugt, sie werden es zum Wohle des Landes im Jahr 2008 wieder tun. Ihnen steht die Oppositionsrolle ganz gut.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Williges. – Das Wort hat der Finanzminister, Herr Staatsminister Weimar.

Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nur einige wenige Bemerkungen, da wir den Haushalt sehr intensiv diskutiert haben. Ich will auf wenige Punkte eingehen. Zunächst einmal möchte ich den Hessischen Landtag darüber informieren, dass wir im Jahr 2000 Personalausgaben in Höhe von 6,96 Milliarden € hatten. Im Jahre 2007 werden wir 6,916 Milliarden € Personalausgaben haben.

(Norbert Schmitt (SPD): Mit oder ohne Hochschulen?)

Das heißt, das wird um 50 Millionen € reduziert. Die Rückstellungen kommen noch hinzu, sozusagen als Bonus. Ein zweiter Punkt: In der Zwischenzeit sind die Versorgungsausgaben um 300 Millionen € gestiegen. Das ist ebenfalls kompensiert.

Wenn Sie sehen, was seit dem Jahr 2000 an Lohnsteigerungen erfolgt ist, und auch die sonstigen Kostensteigerungen sehen, dann erkennen Sie, wie präzise wir das erreicht haben, was wir wollten, nämlich diesen Kostenblock, der der wichtigste im Landeshaushalt ist, zu reduzieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, der zweite Punkt ist der Länderfinanzausgleich. Herr Schmitt, es tut manchmal ein bisschen weh, wenn Sie so in die Falle hineinlaufen. Ich habe es Ihnen zugerufen, aber Sie lassen sich ja nicht bremsen. Die Ausgleichsintensität des Länderfinanzausgleichs ist seit 2000 deutlich abgesunken. Das heißt, insgesamt ist weniger im Topf, wir zahlen davon aber mehr. Deswegen zahlen wir trotzdem weniger, weil weniger ausgeglichen wird.

(Norbert Schmitt (SPD): Aber 2001 haben Sie auch noch 2,6 Milliarden € gezahlt!)

– Das ist ja richtig. Aber die Ausgleichsintensität ist von weit über 8 Milliarden € auf unter 7 Milliarden € her-

untergegangen. Muss ich es Ihnen noch einmal erklären? Wenn weniger an Ausgangsleistungen im Topf ist und Sie dementsprechend weniger zahlen, ist es trotzdem – relativ gesehen – so, dass Sie im Verhältnis zu den anderen mehr zahlen. Deswegen sind wir diejenigen, die am meisten zahlen. Wenn wir am meisten von allen zahlen, sind wir auch die Finanzstärksten von allen.

(Michael Boddenberg (CDU): Das ist eigentlich logisch!)

– Ja, das ist eigentlich logisch. Aber ich merke schon, dass ich damit nicht landen kann. Wir können es ja noch einmal schriftlich machen. – Es ist einfach krumm, wenn der haushaltspolitische Sprecher das, obwohl er, wie gesagt, durch Zwischenrufe gewarnt wird, lauthals verkündigt. Wir sind diejenigen, die am meisten in den Länderfinanzausgleich bezahlen. Pro Kopf gerechnet, sind wir Lichtjahre voran. Früher waren beispielsweise Hamburg und Bayern vor uns. Mittlerweile sind sie beide deutlich hinter uns. In der Relation ist es erfreulich, dass es so ist, denn es zeigt etwas von unserer Stärke. Absolut gesehen ist es natürlich schlecht, denn wir bezahlen dann auch für Länder wie Berlin, die ein bestimmtes Verhalten an den Tag legen. Übrigens erhält Berlin, wenn Sie es rechnerisch betrachten, den allergrößten Teil seiner Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich von uns. Ich kenne den Prozentsatz nicht genau, aber es ist ein Prozentsatz von deutlich über 70 %, wenn Sie das hochrechnen, was Berlin insgesamt bekommt.

Noch einmal zu der Frage. Natürlich haben wir für das nächste Jahr – Stand heute – geschätzt, dass wir 1 Milliarde € mehr Steuereinnahmen haben. Wir werden allerdings auch für 466 Millionen € weniger Immobilien und Beteiligungen verkaufen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alles schon weg! Alles verhökert!)

– Nein, das hat damit nichts zu tun.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben noch das alte Polizeipräsidium in Frankfurt! Das können Sie verhökern!)

Wir verbessern den Haushalt strukturell, weil wir nicht mehr auf Einmaleffekte setzen. Die FDP-Fraktion hat doch heute Morgen gesagt: Sie können den Haushalt ausgleichen, wenn Sie Vermögen veräußern. – Aber das ist doch der Einmaleffekt. Davon will ich ausdrücklich weg.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Endlich!)

Ich will einen strukturellen Haushalt haben, aber dann sind 466 Millionen € von 1 Milliarde erst einmal weg. Rechnen Sie einmal: Wir müssen 330 Millionen € mehr in den kommunalen Finanzausgleich zahlen und rechnen mit 130 Millionen € mehr für den Länderfinanzausgleich. Dann errechnen Sie einmal, was von 1 Milliarde € noch übrig bleibt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von mehr Steuereinnahmen bleibt ein Minus übrig!)

Meine Damen und Herren, das sind doch alles Milchmädchenrechnungen, die hier aufgestellt werden. 1 Milliarde € mehr Steuereinnahmen – wenn ich 130 Millionen € mehr in den Länderfinanzausgleich und 330 Millionen € mehr in den kommunalen Finanzausgleich einzahle und weniger Veräußerungserlöse habe, ist die Milliarde weg.

(Norbert Schmitt (SPD): 1,4 Milliarden sogar!)

Wir werden trotzdem mit diesem Haushalt gesünder, weil wir den Eigenfinanzierungsanteil aus den laufenden Steuereinnahmen deutlich erhöhen und deswegen auf einem guten Weg sind, das hinzubekommen.

Zu dem Antrag, den Sie gestellt haben, zu der Frage, wie zusätzliche Steuereinnahmen verwendet werden: Sie werden das sehen. In den nächsten Tagen werde ich Ihnen – wie zugesagt – die Zahl nennen, als Anhaltspunkt habe ich 300 Millionen € genannt. Dieses Geld werden wir vollständig zur Absenkung der geplanten Nettoneuverschuldung im nächsten Jahr verwenden, wie wir auch im Jahr 2006 die zusätzlichen Steuereinnahmen, die sich jetzt abzeichnen, vollständig zur Reduzierung der Verschuldung in diesem Jahr verwenden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es gibt doch gar keinen Dissens in dieser Frage. Der Dissens liegt nur in den aktuellen Handlungsmöglichkeiten.

Zu einem dritten Punkt. Sie sagen beispielsweise: Wir führen die Vermögensteuer ein und werden damit nächstes Jahr den Haushalt in Ordnung bringen. – Herr Kollege Schmitt, Herr Kaufmann hat im Haushaltsausschuss praktisch meine Rolle übernommen. Wenn Sie morgen eine Vermögensteuer einführen – unabhängig von der Frage, ob Sie das wollen oder nicht –, müssen Sie erst einmal Bewertungsfragen klären. Da ist die große Frage, ob Sie Bewertungen erst in einigen Jahren vornehmen können, bevor Sie etwas machen können.

(Norbert Schmitt (SPD): Das kommt darauf an, wie man das macht!)

Selbst wenn das so ist, ist es eine Veranlagungssteuer, die im Jahr 2007 überhaupt nicht greift, sondern frühestens durch Veranlagung im Jahr 2008 langsam greifen kann. Ein bisschen Seriosität bei den Anträgen wäre gut. Denn wir reden nicht nur über Politik, sondern über konkrete Haushaltsgestaltung.

Wenn die SPD-Fraktion einen solchen Antrag stellt, und zwar wider besseres Wissen – denn mir kann niemand erzählen, dass Sie über diese Steuerfragen nicht Bescheid wissen –, dann müssen Sie sich fragen lassen, wie es um die Seriosität steht. Wenn ich hier über Einzelplan 06 spreche, rede ich seriös über die Frage: Könnte ich das überhaupt einnehmen?“, auch wenn ich das gar nicht will. Ich sage Ihnen: Selbst wenn es alle hier wollten, würde 2007 kein Euro aus einer solchen Vermögensteuer in unseren Haushalt eingehen. Also sind alle Deckungsvorschläge, die darauf basieren, erst einmal obsolet. Darüber kann man in aller Ruhe reden. Das ist halt so, und gelegentlich steht das Handwerk in besonderer Weise im Vordergrund.

Zu einem vierten Punkt. Darüber hat heute niemand geredet, aber ich rede jetzt einmal darüber. Wir bilden weiterhin nachhaltig für die Finanzverwaltung aus: 200 Personen im gehobenen Dienst und 120 Personen im mittleren Dienst. Solche Ausbildungszahlen hat es in den Neunzigerjahren – Gott seis geklagt – leider nicht gegeben. Jedem, der mir sagt, wir müssten mehr für die Finanzverwaltung tun, sage ich: So viel, wie wir ausbilden, ist hier noch nie ausgebildet worden, auch im Rückblick auf die letzten Jahre. Wir füllen massiv auf. Wir können nicht zum Arbeitsamt gehen und uns dort Finanzbeamte suchen lassen, sondern wir müssen sie drei Jahre lang selbst ausbilden. Das machen wir mit größtem Nachdruck. Deswegen bin ich darauf stolz.

Schließlich eine letzte Bemerkung. Auch die sagt etwas über die Strukturen aus, denn dort wird ja immer kurzfristig gedacht. Im Jahr 2000 hatten wir Investitionen in Höhe von 1,44 Milliarden €. Wir haben für nächstes Jahr Investitionen in Höhe von 1,84 Milliarden € geplant. Meine Damen und Herren, das sind 400 Millionen € mehr. Der hessische Landeshaushalt zeichnet sich dadurch aus – wie in der „Operation sichere Zukunft“ versprochen –, dass wir den investiven Teil deutlich erhöhen. Gleichzeitig lassen wir uns beispielsweise in Kassel-Altmarkt ein Finanzamt bauen und mieten es. Wir lassen uns in Wiesbaden ein Gericht bauen und werden mieten. Das heißt, unsere Investition taucht nicht im Landeshaushalt auf, sondern sie wird dadurch generiert, dass wir Dritte mit der Ausführung beauftragen. Trotzdem steigt unser Investitionshaushalt. Es ist gelegentlich doch ganz wichtig, darauf hinzuweisen, dass wir substanziell vorgehen.

Ich darf an dieser Stelle aber allen Abgeordneten in diesem Landtag eines sagen: Die sich derzeit dramatisch verbessernde baukonjunkturelle Situation birgt für uns alle ein riesiges Problem. Wir finden immer weniger Anbieter, und die Submissionspreise gehen deutlich nach oben. Das ist in einer aufsteigenden Entwicklung so. Auf dieses schwierige Problem will ich hier hinweisen. Dennoch steigern wir die Investitionen im Moment weiter und werden sicherlich dazu beitragen, dass das Land Hessen – wie beispielsweise auch im Hochschulbereich – sehr schnell und in immer höherem Maße fit für die Zukunft wird.

Ich meine, das kann sich alles sehen lassen, weil es strukturell in die richtigen Bahnen geht. Die Personalkosten stagnieren, die Investitionskosten steigen, wir haben für 2007 voraussichtlich weniger Zinsausgaben als für 2006 anzusetzen. Das sind alles Stellen, auf die es ankommt. Bei der Kleinarbeit, bei der Knochenarbeit sind wir auf dem richtigen Weg – übrigens mit einer großartigen Mitarbeiterschaft, auf die ich mich stützen kann und die das alles erst ermöglicht.

Meine Damen und Herren, mir lag daran, bei der Beratung der Einzelpläne 06, 17 und 18 – über den Kommunalen Finanzausgleich reden wir dann morgen – darauf hinzuweisen, dass die Richtung stimmt. Deswegen glaube ich, dass das Land Hessen in den nächsten Jahren eine Chance hat. Wenn die Konjunktur nur zwei oder drei Jahre lang so weiterläuft wie jetzt, werden wir dem Hessischen Landtag ganz erfreuliche Dinge vortragen können. Wenn es zu einem konjunkturellen Einbruch kommt, sieht die Sache schon wieder völlig anders aus, und zwar für die gesamte öffentliche Hand. Deswegen nenne ich hier keine Daten. Ich sage nur: Wir sind hier in Hessen auf einem sehr guten Weg, der sich in den nächsten Tagen übrigens noch weiter verfestigen wird, wenn die neuen belastbaren Zahlen von mir vorgelegt werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Minister. – Zum Einzelplan 06 gibt es keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist der Einzelplan 06 gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 36 und 37 beraten.

Ich rufe den

Einzelplan 07 – Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung –

auf. Mit aufgerufen wird der **Tagesordnungspunkt 63:**

Dringlicher Antrag der Fraktionen der SPD und der FDP betreffend Wirtschaftsförderung in Hessen effizienter gestalten – Hessen-Agentur und IBH zusammenführen – Drucks. 16/6369 –

Die erste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Frankenberger von der SPD-Fraktion.

Uwe Frankenberger (SPD):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach wie vor rutscht unser Bundesland Hessen – unter sozialdemokratischer Verantwortung das wirtschaftsstärkste Land in Deutschland – weiter ab. Hessen verliert an Profil, der Wirtschaftsstandort wird geschwächt, und Chancen werden vertan.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wichtige Themen wie der Ausbau des Flughafens Frankfurt Main, für den Wirtschaftsstandort Hessen eine der wichtigsten Infrastrukturmaßnahmen überhaupt, werden dilettantisch abgearbeitet. Da helfen auch alle Nebelkerzen des Ministerpräsidenten von heute Morgen nicht darüber hinweg, dass Sie hier vonseiten der Landesregierung bisher dilettantisch gearbeitet haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ein Beispiel: Der Finanzplatz Frankfurt wird unter der Verantwortung von Wirtschaftsminister Rhiel sträflich vernachlässigt. Wir erkennen unter dieser Landesregierung keine Perspektiven für den wichtigsten Bankenstandort in Deutschland. Dringende Aufgaben wie die im Bundesdurchschnitt angespannte Situation am Arbeitsmarkt oder die nach wie vor bedrohliche Situation bei den hessischen Ausbildungsplätzen werden nicht angepackt.

Der vorliegende Entwurf des Einzelplans 07 spiegelt die Ideenlosigkeit wieder, mit der Herr Dr. Rhiel die Wirtschaftspolitik in Hessen betreibt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn der Wirtschaftsminister dann eine Idee hat, muss er nach einigen Monaten seine Fahnen kleinlaut wieder einrollen. Wir erinnern uns noch sehr gut daran, wie Herr Dr. Rhiel zu Beginn des Jahres den Strompreisen und den großen Stromversorgern in Deutschland den Kampf angesagt hat. Entgegen allen Warnungen hat er den Verbrauchern in Hessen vorgegaukelt, Super-Rhiel habe so starke Muskeln, dass er dauerhaft für niedrige Strompreise in Hessen sorgen könne.

(Michael Boddenberg (CDU): Herr Frankenberger, Sie waren doch dagegen!)

Herr Rhiel, es sind die vielen kommunalen Energieversorgungsunternehmen in Hessen, die dafür sorgen, dass überhaupt noch ein bisschen Wettbewerb besteht. Mit Ihrer Politik haben Sie den kommunalen Unternehmen schwere wirtschaftliche Schäden zugefügt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Rhiel, es kommt aber noch viel schlimmer: Sie haben in Kauf genommen, dass die kommunalen Unternehmen und deren Arbeitsplätze vor Ort verschwinden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Dr. Rhiel, mit Ihrem Handeln haben Sie diesen Unternehmen Schaden zugefügt und das Vertrauen der Verbraucher in Hessen in Ihre Politik missbraucht.

(Petra Fuhrmann (SPD): So ist es!)

Dann, Herr Rhiel, haben Sie sich doch wieder in die Büsche geschlagen. Außer Spesen nichts gewesen. Das müssten Sie kleinlaut einräumen.

(Beifall bei der SPD)

Die Energie, mit der dieser Wirtschaftsminister die kommunalen Unternehmen in Hessen schikaniert hat, hätte er lieber darauf verwenden sollen, sich um die Verbesserung des Wirtschaftsstandorts Hessen und um die Wirtschaftsdaten zu kümmern. Glauben Sie mir, davon hätten die Menschen unseres Bundeslandes Hessen mehr gehabt.

Wir setzen mit unseren Änderungsanträgen klare Zukunftssakzente. Wir setzen auf mehr Mobilität durch Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs und die Entwicklung eines Mobilitätsplans für die Region Rhein-Main. Das ist ein Thema, das Sie sträflich vernachlässigen.

(Beifall bei der SPD)

Wir setzen auf erneuerbare Energien und den Ausbau der effizienten Energienutzung. Wir setzen auf eine Verbesserung der Arbeitsmarkt- und Ausbildungsstruktur und die effiziente Gestaltung der Wirtschaftsförderung.

(Beifall bei der SPD)

Geradezu verheerend ist die Situation bei den Ausbildungsstellen in Hessen. Da können Sie noch so viele Lobeshymnen auf den Ausbildungspakt singen – er hält bei Weitem nicht, was mit ihm versprochen wurde.

Hinsichtlich der Arbeitslosenquote nahm Hessen im ersten Halbjahr 2006 auch nur den vierten Rang ein. Selbst jetzt, wo sich ein Silberstreif am Horizont auf dem Arbeitsmarkt bundesweit abzeichnet, liegen uns andere Bundesländer wieder um eine Nasenlänge voraus. Bei Rankings hinsichtlich der Dynamik, wie sie in der „Wirtschaftswoche“ veröffentlicht werden, rutscht Hessen weiter ab.

Herr Rhiel, ein Kernproblem dabei ist, dass bei Ihnen die Förderung des Mittelstands in Hessen eine einzige große Baustelle ist. Obwohl da die meisten Arbeitsplätze in Hessen sind, ist hier die Enttäuschung über die Wirtschaftspolitik der Landesregierung am größten.

(Beifall bei der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Wer sagt das? Sagen Sie das? Nennen Sie jemanden, der das sagt! Außer Ihnen kenne ich niemanden, der das sagt!)

Die Fakten sind ernüchternd: Hinsichtlich der Intensität der Unternehmensgründungen liegt Hessen nur auf Platz sechs. Im Vergleich der Bundesländer liegt Rheinland-Pfalz wieder weit vor uns. Es belegt Rang eins.

Hinsichtlich der Unternehmensinsolvenzen liegt Hessen auf Platz drei. Hinsichtlich der Innovationskraft Hessens kann man feststellen, dass die Patentintensität rückläufig ist.

Unser Zehn-Punkte-Programm für den Mittelstand, das von allen Seiten des Handwerks und den Mittelstandsverbänden gelobt wurde, wurde von Ihnen schnöde zurückgewiesen. Es ist weder eine Aktualisierung des Mittstandsförderungsgesetzes vorgesehen, noch werden neue effektivere Förderinstrumente entwickelt. Es ist weder eine Mittelstandsauswirkungsklausel noch die Förderung regionaler Kompetenznetzwerke vorgesehen. Dann halten Sie auch noch an der unsinnigen Trennung monetärer und nicht monetärer Förderung fest.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben mit der Hessen-Agentur einen aufgeblähten Apparat geschaffen, der in seinem eigenen Saft und dem des Ministerpräsidenten schmort. Statt Existenzgründer und Unternehmen zu fördern, versorgen Sie dort alte Spezies. Statt gemeinsam insbesondere die Außenwirtschaftsabteilung des Wirtschaftsministeriums zu stärken und eine vernünftige Wirtschaftsförderung zu betreiben, erfindet die Hessen-Agentur ein Hessenparfüm, um dann dem Duft der großen weiten Welt als Reisebüro der Landesregierung nachzujagen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Nicola Beer und Dieter Posch (FDP))

Die Hessen-Agentur hat es nicht geschafft, sich als eine effiziente Beratungseinrichtung für kleine und mittlere Unternehmen zu etablieren.

(Nicola Beer (FDP): Tja!)

Existenzgründer müssen zwischen der Beratung der Hessen-Agentur und der Investitionsbank Hessen hin- und herlaufen, um finanzielle Förderung zu erhalten. Das ist nicht weniger, sondern mehr Bürokratie. Das schadet dem Wirtschaftsstandort Hessen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Nicola Beer (FDP))

Unser gemeinsamer Dringlicher Antrag mit den Kollegen der FDP-Fraktion fordert Sie auf, endlich mit dem Irrsinn der verschiedenen Anlaufstellen Schluss zu machen. Entwickeln Sie endlich ein Konzept für eine effektive integrierte Wirtschaftsförderung. Wir wollen die Investitionsbank Hessen als Dienstleister für die hessischen Unternehmen und Existenzgründer stärken. Wir wollen monetäre und nicht monetäre Wirtschaftsförderung in Hessen zusammenführen, wie es bereits in anderen Bundesländern Praxis ist. Herr Rhiel, stärken Sie die Fachressorts. Verzahnen Sie Ihre Arbeit endlich mit einer Beratungs- und Investitionsbank. Sie haben aber offensichtlich nicht die Kraft, das gegenüber der Staatskanzlei durchzusetzen, und außerdem ist auch kein Wille in diese Richtung erkennbar.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dieter Posch (FDP))

Als ersten Schritt fordert die SPD, die 4 Millionen €, die Sie zusätzlich in die Hessen-Agentur stecken wollen, wieder in das Wirtschaftsministerium zurückzuführen. Es ist nicht nachvollziehbar, warum diese Institution, die für jedermann erkennbar der Wirtschaft in Hessen nicht nutzt, 4 Millionen € zusätzlich bekommen soll.

Ich komme zum Schluss meiner Rede. Die Energiepolitik dieser Landesregierung gleicht einer Geisterfahrt. Die Wiederbelebungsversuche an der Atomkraft sind, energiepolitisch gesehen, von vorgestern.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Ursula Hamann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Diese Landesregierung setzt auch unter globalen Gesichtspunkten das völlig falsche Signal. Hessen ist ein Standort mit hohem Innovationspotenzial. Das müssen wir stützen und ausbauen, um den Standort Hessen weiterzuentwickeln. Wir wollen, dass für ein Förderprogramm zur effizienten Nutzung der Energie und für die Nutzung erneuerbarer Energien 15 Millionen € in die Hand genommen werden. Denn in diesem Sektor entstehen zukunftssichere Arbeitsplätze in Hessen.

(Beifall bei der SPD)

Mit diesem Geld würden wir insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen und das Handwerk stärken. Damit würden wir Marktanreize zur Einführung der Nutzung erneuerbarer Energien schaffen und würden die Unternehmen befähigen, mit den entsprechenden Produkten neue Märkte zu erschließen.

Meine Damen und Herren, zu guter Letzt möchte ich noch Folgendes sagen. Fangen Sie die Kürzung der Regionalisierungsmittel auf. Treten Sie für das ein, was Herr Rhiel den Verkehrsverbänden versprochen hat. Wir wollen, dass die Kürzung der Regionalisierungsmittel ausgeglichen wird, damit die Verkehrsverbände ordentlich wirtschaften und auf die Erhöhung der Fahrpreise verzichten können. – Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Frankenberger, vielen Dank. – Das Wort hat Herr Kollege Wagner für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Hessen vorn“, das war einmal das Markenzeichen der Wirtschafts- und Verkehrspolitik unseres Landes. „Hessen vorn“, das stand dafür, dass Hessen eine der geringsten Arbeitslosenquoten der Bundesrepublik Deutschland aufwies. „Hessen vorn“ bedeutete, dass Hessen einmal eine Landesregierung hatte, die sich darum bemühte, dass alle Jugendlichen tatsächlich einen Ausbildungsplatz bekamen. „Hessen vorn“ hat einmal zu Zeiten früherer Landesregierungen bedeutet, dass diese Bundesland ganz vorne mit dabei war, wenn es um den öffentlichen Personennahverkehr und die Busse und Bahnen ging. „Hessen vorn“ war das Markenzeichen der rot-grünen Landesregierungen unseres Landes.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

In der Wirtschafts- und Verkehrspolitik ist von dem Markenzeichen „Hessen vorn“ unter dieser Landesregierung leider nichts mehr übrig geblieben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Der Entwurf des Haushaltsplans für das Jahr 2007 bietet leider keine Ansätze, dass das besser werden könnte. Wir sollten uns einmal anschauen, wo wir mittlerweile unter der Verantwortung dieser Landesregierung mit unserem Bundesland stehen. Wir befanden uns einmal mit anderen Bundesländern im Wettbewerb um die geringste Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik Deutschland. Unter der Verantwortung dieser Landesregierung ist die Arbeitslosenquote in Hessen sogar noch schlechter geworden als der Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer. Das geschah unter Ihrer Verantwortung. Dahin haben Sie Hessen in den letzten Jahren gebracht. Da helfen keine Ausflüchte mit dem Hinweis auf die Politik in Berlin oder was auch immer. In den anderen Bundesländern gibt es die gleichen Rahmenbedingungen. Dennoch schneiden wir in Hessen unter Ihrer Regierungsverantwortung sehr viel schlechter ab.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Lücke zwischen denjenigen, die einen Ausbildungsplatz suchen, und den offenen Stellen ist in unserem Bundesland in den vergangenen Jahren noch größer geworden. Obwohl die Konjunktur anzieht, ist diese Lücke immer größer geworden. Das hat natürlich auch ein Stück weit etwas mit der Politik dieser Landesregierung zu tun. Natürlich hat es nicht nur damit zu tun. Da trägt auch die Wirtschaft Verantwortung. Aber das hat auch mit der Politik dieser Landesregierung zu tun.

Schauen wir uns doch einmal die Hessen-Agentur an. Man kann sagen, mit der Hessen-Agentur wurde ein Job geschaffen, nämlich der für das Mitglied der Eschborn-Connection, Herrn Herkströter. Für ihn wurde mit der Hessen-Agentur ein Job geschaffen. Aber ansonsten hat sie seit ihrer Gründung relativ wenige Effekte erzielt.

(Beifall der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Nicola Beer (FDP) – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Das kann man so nicht sagen!)

Die Bilanz ist also sehr düster.

Dann legt die Landesregierung noch die Axt an das, was wir an vorbildlichem öffentlichen Personennahverkehr in unserem Bundesland entwickelt haben. Dafür haben Lothar Klemm als Minister und andere während der Regierungsverantwortung von Rot und Grün die Grundlagen gelegt. Daran legen Sie die Axt an. Herr Minister Rhiel, Sie kürzen mit Zustimmung dieser Landesregierung die Regionalisierungsmittel. Herr Minister Rhiel, wissen Sie, es bringt nichts, dass Sie als Super-Rhiel durch die Lande fliegen, während Ihnen Ihr eigener Ministerpräsident die Flügel abschneidet und im Bundesrat der Kürzung der Regionalisierungsmittel zustimmt. Herr Minister Rhiel, das bringt nun wirklich überhaupt nichts.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Diese Landesregierung hat sich damit einverstanden erklärt, dass unserem Bundesland – den Pendlerinnen und Pendlern – im Haushalt 2007 41,5 Millionen € an Regionalisierungsmitteln fehlen. Das ist der eigentliche Grund dafür, dass der Rhein-Main-Verkehrsverbund, der Nordhessische Verkehrsverbund und der Verkehrsverbund Rhein-Neckar im Landkreis Bergstraße die Fahrpreise um über 5 % erhöhen müssen. Das ist Ihre Verantwortung, und es ist ein ganz falsches Signal in der Verkehrspolitik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen in unserem Land nicht weniger, sondern mehr öffentlichen Personennahverkehr. Das erreicht man nicht dadurch, dass man die Fahrpreise um 5 % teurer macht. Man erreicht es erst recht nicht dadurch, dass das Angebot massiv eingeschränkt werden muss, wie es die Folge dessen ist, was Sie auf der Bundesebene und mit Zustimmung der Landesregierung in diesem Bereich angeordnet haben.

Wir GRÜNE haben für den Haushaltsplan 2007 einen konkreten Vorschlag gemacht, wie wir die Verbünde in die Lage versetzen könnten, diese Kürzungen aufzufangen, sodass die Fahrpreiserhöhungen und die Einschränkungen nicht nötig wären. Mehr ÖPNV, nicht weniger – das wäre der richtige Weg. Herr Minister, dann würde es vielleicht auch mit Ihrem Prestigeprojekt „Staufreies Hessen“ klappen. Aber mit einer Einschränkung des Ange-

bots und mit höheren Fahrpreisen werden Sie das ganz sicher nicht erreichen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch bei einem anderen Thema fliegt „Super-Rhiel“ ein bisschen losgelöst von den Fakten durch die Gegend. Vor gar nicht allzu langer Zeit – das war Mitte dieses Jahres – haben Sie mit großem Tamtam eine Studie vorgestellt, wonach der Anteil des Güterverkehrs, der auf der Schiene abgewickelt wird, wesentlich ausgeweitet werden könnte.

(Minister Dr. Alois Rhiel: Das war Herr Mehdorn!)

– Das war eine sehr schöne Studie; Herr Mehdorn sagt das auch. – Nur, finden wir von dieser angeblichen neuen Schwerpunktsetzung irgendetwas in dem Entwurf des Haushaltsplans 2007 wieder? Wir finden nichts davon. Der entsprechende Haushaltsansatz ist nach wie vor unverändert.

Herr Minister Rhiel, wenn Sie glauben, dass wir mit den 500.000 €, die in Ihrem Entwurf für die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene angesetzt sind, auch nur annähernd die Potenziale ausschöpfen können, die wir in Hessen in diesem Bereich haben, sind Sie wirklich auf dem Holzweg. Sie dürfen sich Studien nicht nur schreiben lassen, sondern Sie müssen dann auch die entsprechenden Konsequenzen daraus ziehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Wagner, Sie wollten fünf Minuten lang sprechen. Ich teile Ihnen mit, dass Sie die Redezeit schon ein bisschen überschritten haben. Machen Sie nur weiter.

(Heiterkeit)

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, vielen Dank, auch für die ausdrückliche Ermutigung, weiterzumachen. Ich habe auch richtig Lust, fortzufahren. Zu der Wirtschafts- und Verkehrspolitik, die von dieser Landesregierung gemacht wird, wäre noch viel zu sagen. Um meinen Nachrednern gegenüber fair zu sein, will ich das jetzt nicht tun.

Ich glaube aber, die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache: Hessen war in der Wirtschafts- und Verkehrspolitik einmal führend. Das war zu der Zeit, als die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Verantwortung für die Verkehrspolitik in diesem Land getragen haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU: Das ist doch ein Witz! – Weitere Zurufe von der CDU)

Heute ist davon nur „Super-Rhiel“ übrig geblieben, dem von dem eigenen Ministerpräsidenten in den wesentlichen Fragen die Flügel gestutzt werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Wagner. – Das Wort hat der Kollege Posch, FDP-Fraktion.

Dieter Posch (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Wagner, ich glaube, das Geschichtsbild, das Sie hier zeichnen, muss man ein wenig korrigieren. Wenn ich mich richtig erinnere, ist der Slogan „Hessen vorn“ nämlich entstanden, als die Sozialdemokraten die absolute Mehrheit hatten.

(Gerhard Bökel (SPD): Das stimmt!)

Dieser Slogan hatte weiterhin Bestand, als es in Hessen eine sozialliberale Koalition gab.

(Gerhard Bökel (SPD): Auch das stimmt!)

Aber bergab ging es mit Sicherheit, als Rot-Grün an der Regierung war – um das noch einmal deutlich zu machen. Berufen Sie sich also nicht auf etwas, an dem Sie als GRÜNE beim besten Willen nicht mitgewirkt haben.

(Beifall bei der FDP – Gerhard Bökel (SPD): Da könnte etwas dran sein! Das ist richtig!)

Meine Damen und Herren, in der Generaldebatte heute Morgen haben ein paar Punkte eine Rolle gespielt, die ich auch im Zusammenhang mit dem Einzelplan 07 noch einmal aufgreifen will. Es geht um das Verhältnis der Regierung zum Parlament. Herr Kollege Williges hat auf den Einwand meines Kollegen von Hunnius vorhin gesagt, das sei keine Sache der Ziele, das müsse man dann bei den Produkten ausgleichen. So ähnlich haben Sie sich ausgedrückt.

Herr Kollege Williges, ich will Ihnen sagen, wie es bei den Produkten mit der Haushaltsklarheit und –wahrheit, der Nachvollziehbarkeit und damit der Kontrolle des Parlaments gegenüber der Landesregierung aussieht.

Einzelplan 07: Das Produkt Nr.1 „Linienplanung“ geht in dem Produkt Nr. 16 „Bau von Straßen, Bauwerken, Radwegen Land“ und in dem Produkt Nr. 17 „Bau von Straßen, Bauwerken, Radwegen Bund“ auf.

Das Produkt Nr. 2 „Entwurfs- und Baurechtsplanung Straße, Bauwerke Radwege“ geht ebenfalls in dem Produkt Nr. 16 und in dem Produkt Nr. 17 auf.

Das Produkt Nr. 4 „Zustandserfassung und -bewertung für die Straßen- und Bauwerkserhaltung“ ist in das Produkt Nr. 18 „Zustandserfassung und -bewertung für die Straßen- und Bauwerkserhaltung“ übernommen worden.

Das Produkt Nr. 7 „Grünpflege“ befindet sich bei Produkt Nr. 8 „Wartung und Instandhaltung der Straßenausstattung“. Das Produkt Nr. 8 ist ebenfalls in dem allgemeinen Haushalt des Produkts Nr. 19 „Betrieb von Straßen, Bauwerken, Radwegen Land“ und des Produkts Nr. 20 „Betrieb von Straßen, Bauwerken, Radwegen Bund“ aufgegangen.

Das Produkt Nr. 11 „Verkehrsmanagement“ wird in das Produkt Nummer 21 „Verkehrssteuerung“ integriert. Das Gleiche gilt für das Produkt Nr. 12 „Verkehrsablaufsteuerung“.

Meine Damen und Herren, hier wird alles in einem Produkthaushalt zusammengeschustert, sodass Überprüfungsmöglichkeiten, bezogen auf die einzelnen Produkte, überhaupt nicht mehr gegeben sind. Das ist die Realität.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben mit gutem Grund versucht, einzelne Produkte zu definieren. Sie fummeln alles zusammen, mit dem Ergebnis, dass das Parlament seine Kontrollfunktion nicht

mehr wahrnehmen kann. Das hat doch mit Wahrheit und Klarheit eines Haushalts nichts mehr zu tun.

(Beifall bei der FDP)

Wissen Sie, was Sie an der Stelle hineinschreiben könnten? Straßenbau findet in Hessen statt; konkrete Aussagen behält sich das zuständige Ministerium vor.

Wenn Sie sich als Mehrheitsfraktion so behandeln lassen, mag das ja sein. Es mag sein, dass Sie damit zufrieden sind, wenn Sie im Hinterzimmer über bestimmte Punkte in Kenntnis gesetzt werden. Aber das hat mit einem vernünftigen Umgang der Landesregierung mit dem Haushalt nichts mehr zu tun.

(Beifall bei der FDP)

Dann stellen Sie sich hierher und sagen, man könne darüber diskutieren. Ich habe Roland von Hunnius eben gesagt: Sei froh, du bekommst einen Termin bei Herrn Williges; das ist etwas ganz Tolles.

Hier geht es um die substanzielle Frage, ob der Budgetgeber tatsächlich noch respektiert wird. Das ist kein respektvolles Verhalten seitens der Landesregierung.

(Beifall bei der FDP)

Ich sage das, weil ich die Situation von beiden Seiten kenne: auf der einen Seite als Auskunftgeber, auf der anderen Seite als Abgeordneter, also als Fragender. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Das ist eine der substanziellsten Kritiken, die die FDP-Fraktion an dieser Haushaltsgesetzgebung vornimmt. Das darf in Zukunft nicht so bleiben; denn auf diese Art und Weise können wir das Budgetrecht nicht verantwortungsvoll ausüben.

(Beifall bei der FDP)

Wohin führt das? Wir haben uns bei dem Einzelplan 07 zwei Punkte vorgenommen. Dabei geht es um die Straßen- und Verkehrsverwaltung bzw. um die Straßenbaumaßnahmen, die notwendig sind. Wie sieht die Situation denn aus? Der Erhaltungsbedarf für das Landesstraßennetz wurde im Jahre 2004 von einem externen Gutachter ermittelt. Danach beläuft sich der Erhaltungsbedarf auf rund 87 Millionen € pro Jahr. Das heißt, das, was wir uns im Haushalt vorgenommen haben, reicht, rein rechnerisch, noch nicht einmal für den Erhaltungsbedarf aus. Wegen des Zustands der Fahrbahndecken galten 2005 auf 520 km Geschwindigkeitsbegrenzungen, und insgesamt 230 der über 900 Brücken sind für schwere Fahrzeuge nicht mehr geeignet. Das ist ein Sachverhalt, auf den der Rechnungshof hingewiesen hat. Deswegen haben wir unsere Anträge zu diesem Teil des Einzelplans 07 gestellt.

Aber beides gehört zusammen: Wir müssen die Klarheit im Haushalt wiederfinden, die wir für unsere Kontrollbefugnisse und -rechte dringend brauchen, und gleichzeitig müssen wir im Haushalt entsprechende Maßnahmen vorsehen können.

Ich will einen zweiten Punkt ansprechen. Dabei will ich nicht der Gefahr erliegen, die allgemeine politische Diskussion über den Arbeitsmarkt usw., die in der Generaldebatte heute Morgen stattgefunden hat, zu wiederholen. Aber dort ist ein Satz gefallen, den ich nur unterstreichen kann. Ich habe Verständnis dafür, dass man im Jahr 2006 einen Haushalt für das Jahr 2007 aufstellen muss, in dem man sich mit der Frage des Wahlkampfes auseinandersetzt. Das ist legitim. Aber wenn Sie das so auffällig machen, müssen Sie sich von den Oppositionsfraktionen sagen lassen, dass wir Ihnen das so nicht durchgehen lassen.

Es ist schon gesagt worden, dass sich die allgemeine Dienstleistungsvergütung, die Aufgabenvergütung, der Hessen-Agentur gegenüber dem Vorjahr um 4 Millionen € erhöht. Man muss sich einmal anschauen, wofür dieses Geld ausgegeben wird. Für die Standortkampagne in Mittelhessen sind 250.000 € vorgesehen. Die sollen in Abstimmung mit dem Verein Mittelhessen eingesetzt werden. Für das Projekt „Tagungsdestinationen“ sind rund 400.000 € eingeplant. Für „Tekno now“ sind 1,4 Millionen € vorgesehen. Offenkundiger kann man doch nicht dokumentieren, dass man Werbeveranstaltungen machen will, anstatt in diesem Haushalt Investitionen auszulösen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Wenn ich gleichzeitig sehe, dass die Mittel für das Produkt „Technologie- und Investitionsförderung“ im Jahr 2007 zugunsten der Hessen-Agentur um 1,3 Millionen € gesenkt werden, sage ich sehr deutlich: Das ist Werbung zu Lasten der Investitions- und Innovationsförderung in diesem Lande. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Deswegen beantworten wir diese Frage nicht salopp. Es geht um die grundsätzliche Frage, in welcher Weise wir Wirtschaftsförderung in Hessen organisieren. Ich sage einmal, für die Liberalen gilt die primäre Aussage, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass auf Förderung verzichtet werden kann.

Gleichwohl habe ich für die FDP-Fraktion an diesem Pult mehrfach gesagt, es sei nach wie vor insbesondere zur Investitionsentwicklung Förderung notwendig. Herr Minister, aber wenn wir es auf diese Art und Weise mit der Zersplitterung der Förderinstitutionen in diesem Lande zu tun haben, dann stimmt etwas nicht mehr. Deswegen will ich Ihnen das noch einmal aufzeigen.

Wir haben in den unterschiedlichsten Bereichen, beispielsweise der Projektentwicklung, mittlerweile drei Gesellschaften im Lande, die sich mit einem solchen Thema befassen. Das ist die frühere SIH, die heutige Hessen-Agentur, die den Riedberg im Bereich der Stadtentwicklung weiterhin betreibt. Es ist darüber hinaus die Nassauische Heimstätte, und wir haben im Zusammenhang mit der Hessischen Landesbank die OFB. Wir müssen einmal darüber nachdenken, wie die Fragen der Projektentwicklung, soweit sie in öffentlicher Hand sind, gebündelt werden, und können das nicht in drei Institutionen lassen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Sie haben die unglückselige Auffassung vertreten und vollzogen, – das ist schon angesprochen worden –, dass monetäre und nicht Förderung mit der Folge auseinander definiert worden ist, dass sich der eine beim einen beraten kann, der Berater dann weit über seine Kompetenzen hinausgeht, und anschließend muss er zu einer neuen Institution.

In der vergangenen Legislaturperiode war es unsere gemeinsame Auffassung, im Bereich der Wirtschaftsförderung zu bündeln und nicht zu trennen. Wenn Unternehmen zu mir kommen, muss ich mittlerweile sagen: Es tut mir leid, es gibt keinen Pfadfinder, der ihnen behilflich ist, in den unterschiedlichsten Bereichen eine Hilfe zu finden – sei es in der Frage nach Standorten, sei es in der Frage, welche Messen stattfinden, sei es in der Frage der Inanspruchnahme von EU-Fördermitteln, sei es in der Inanspruchnahme der eigenen Investitionsunterstützungsmaßnahmen, die die Investitionsbank entwickelt hat.

Meine Damen und Herren, dies halte ich für einen unerträglichen Zustand. Hier ist eine Änderung notwendig.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Wir haben darüber hinaus in anderem Zusammenhang über die Frage der LTH diskutiert. Das müssen wir aus den dort genannten Gründen in der Anstalt machen. Aber eines kann nicht sein – der Ministerpräsident ist jetzt da –: Wir hatten neulich einen Vortrag anlässlich des Fördertages. Er hat in einer für mich nachvollziehbaren Weise die Förderaktivitäten aus der Sicht eines Landes dargestellt. Er ist aber auf die Frage, wie man das organisiert, nicht eingegangen.

Ich bin weiß Gott nicht gegen Vielfalt. Wenn aber Vielfalt dazu führt, dass niemand mehr weiß, wo er hingehen muss, dann stimmt etwas in diesem Lande, was die Wirtschaftsförderung angeht, nicht mehr.

(Beifall bei der FDP)

Das hat letztendlich auch etwas damit zu tun, was bei den Vorrednern zum Ausdruck gekommen ist, dass die Wirtschaftsdaten nicht so sind, wie sie sein könnten. Dazu kommt als weiterer Punkt, was ich in diesem Zusammenhang nicht vergessen will anzusprechen, die Frage der Mobilität. Hessen ist ein Mobilitätsstandort.

Die Mobilitätsindustrie und die Mobilitätssicherung haben nicht nur einen politisch vordringlichen Stellenwert, sondern auch, was die Arbeitsplatzsicherung angeht. Wenn ich die Mobilität sichern will, dann kommen wir – verehrter Herr Minister – auf die Frage des ÖPNV und der Regionalisierungsmittel. Ich will nicht über die Litanei der Regionalisierungsmittel diskutieren. Dass Sie von sich weisen, damit überhaupt etwas zu tun zu haben, das haben wir mehrfach gehört.

(Michael Boddenberg (CDU): Dann kommt der Haushaltskonsolidierer!)

Das nehmen wir zur Kenntnis. Das glauben wir aber nicht, denn die Situation ist anders. Ich kann die Sozialdemokraten nicht aus der Verantwortung entlassen. Herr Steinbrück gehört immer noch der Sozialdemokratischen Partei an, vielleicht nach der Unternehmenssteuerreform nicht mehr.

(Hildegard Pfaff (SPD): Das muss trotzdem nicht richtig sein!)

Aber Sie haben dazu beigetragen, dass die Regionalisierungsmittel gekürzt werden. Sie haben gesagt: Wir kriegen das schon hin. – Sie haben ein Dreivierteljahr gesagt: Alles nicht so schlimm, das kriegen wir hin, es gibt keine Leistungsreduzierung, Fahrpreiserhöhung kriegen wir auch nicht. – Nach langem Hin und Her ist uns die Gnade der absoluten Mehrheit der Union erwiesen worden. Wir durften in der letzten Ausschusssitzung einmal unmittelbar mit den Verbänden reden.

(Michael Boddenberg (CDU): Das war doch sehr erkenntnisreich! – Minister Dr. Alois Rhiel: Sehr positiv!)

Was haben wir denn da gehört? Fahrpreiserhöhung nicht nur im Jahre 2007, die Fahrpreiserhöhung komme auch in den Folgejahren. – Die Reduzierung des Angebots ist Realität. Dann wurde gesagt: Das kompensieren wir mit dem Zauberwort „Wettbewerb“.

Herr Kollege Rhiel, ich habe Ihnen gesagt: Ob das mit dem Wettbewerb funktioniert, weiß ich nicht. – Was höre ich mittlerweile im Oberbürgermeisterwahlkampf in

Frankfurt? Dort werden Linien nicht mehr ausgeschrieben. Weil Herr Frey das gesagt hat, sagt Ihre Kandidatin auch: Wettbewerb findet nicht mehr statt, oh Gott, oh Gott, Ausschreibung ist eine Erfindung des Teufels. – Wir wissen aber ganz genau, dass die Fahrkilometer, wenn sie ausgeschrieben werden, wesentlich kostengünstiger sind, als wenn sie nicht ausgeschrieben werden.

(Beifall bei der FDP)

Ich will damit sagen: Ich wundere mich manchmal über die Art und Weise, wie so etwas dargestellt wird. Es ist immer medial fantastisch inszeniert. Aber ich sage Ihnen anhand von einigen Beispielen, die ich genannt habe, eines voraus: Wir werden Ihnen das in den nächsten 14 Monaten nicht durchgehen lassen, medial etwas zu inszenieren, was mit der Realität überhaupt nichts zu tun hat.

(Beifall bei der FDP und der SPD – Minister Dr. Alois Rhiel: Oh!)

Nein, ich habe nicht nur den Herrn Metz angesprochen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Nein, der Herr Metz doch nicht!)

Das ist ein durchgängiges Problem. Ich will das noch an einem anderen Beispiel deutlich machen. Wenn der Ministerpräsident das heute Morgen angesprochen hat, hat er eine Statistik genommen. Wir alle wissen, mit Statistiken kann man alles machen. Es schlägt aber irgendwie dem Fass den Boden aus, wenn der Hessische Ministerpräsident hier eine Statistik zitiert und sagt – so ungefähr hat er sich ausgedrückt –: 41 % der hessischen Unternehmen sind fasziniert von den Möglichkeiten, die sie in China haben; es sind nur 17 % in Baden-Württemberg und 16,5 % in Bayern.

(Michael Boddenberg (CDU): Vorteile sind globale Chancen!)

Mit diesem Erfolg hat diese Landesregierung aber auch gar nichts zu tun.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Posch, Sie sind bei 15 Minuten. Ich will Sie nur darauf hinweisen. Auch Sie können machen, was Sie wollen.

Dieter Posch (FDP):

Herr Präsident, jetzt habe ich ein Problem. Wenn Sie mit meiner parlamentarischen Geschäftsführerin Fingerspiele machen und sie mal so oder so macht, dann nehme ich das nicht ernst, weil das Wort von Ihnen gilt. Aber ich bedanke mich recht herzlich.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ui! – Heiterkeit und Zuerufe von der FDP)

Herr Präsident, jetzt muss ich weiterreden, weil ich mich gar nicht traue, in meine eigene Fraktion zurückzugehen.

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Posch, einen Moment bitte. Sie können machen, was Sie wollen. Ich habe Sie nur darauf hingewiesen, dass Sie jetzt 15 – nun 16 – Minuten gesprochen haben, und auf dem Zettel stehen zehn Minuten. Machen Sie, was Sie wollen. Die FDP hat noch viel Zeit. Es ist Ihre Sache.

Sie müssen sehen, wie Sie mit Ihren Freunden einig werden. Wir sind uns einig.

(Beifall und Heiterkeit bei der FDP)

Dieter Posch (FDP):

Herr Präsident, ich bin sicher, dass diese vermittelnden Worte dazu führen werden, dass ich nicht allzu sehr von meiner Fraktion gescholten werde. – Vielen Dank.

(Beifall und Heiterkeit bei der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Wir bedanken uns trotzdem. – Das Wort hat der Kollege Boddenberg, CDU-Fraktion.

Michael Boddenberg (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will auf die drei Punkte insofern eingehen, als ich zum wiederholten Male fasziniert zuhöre, wie sich die Oppositionsfractionen damit beschäftigen, unterschiedliche Gutachten und Rankings zu zitieren, die sie irgendwie in irgendwelchen Zeitungen gefunden haben.

(Dieter Posch (FDP): Der Ministerpräsident!)

Ich habe daraufhin, weil ich heute unbewaffnet war, den Regierungssprecher gefragt, ob er mir ein oder zwei Rankings nennen könnte, die völlig unbestritten seien. Daraufhin sagte er, wie aus der Pistole geschossen: Ja, ich kann das. – Das Erste ist, dass bei Ernst & Young

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Schalke führt!)

– Herr Frankenberger, hören Sie bitte einmal zu, weil Sie über das Thema Mittelstandsfreundlichkeit der Landesregierung gesprochen haben – das Gutachten zum zweiten Mal zu dem Ergebnis kommt, dass mit Abstand die Nummer eins, was die Mittelstandsfreundlichkeit angeht, die Hessische Landesregierung innehat. Das Zweite ist das unbestimmte Ranking der Fußballbundesliga. Da sagt Dirk Metz: Schauen wir einmal, ob es etwas wird. Ich glaube, nach 50 Jahren im nächsten Jahr einmal wieder eine Meisterschale in den Händen zu halten. – Ich drücke euch die Daumen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Der Verein ist in Nordrhein-Westfalen und nicht in Hessen!)

Meine Damen und Herren, zum Ernst zurück. Wir haben, wenn wir über Wirtschaftspolitik zu reden haben, auch immer über Arbeitsmarktpolitik zu reden. Was mich immer wieder wundert, ist, dass die Demoskopie diesen Zusammenhang selten herstellt. Wenn gefragt wird:

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Was ist jetzt mit dem Super-Rhiel?)

„Liebe Wählerinnen und Wähler, was ist Ihnen denn besonders wichtig?“, dann nennen fast alle das Thema Arbeitsmarkt. Aber erst auf Rang sieben oder acht – das ist auch ein Ranking – sagen die Menschen, dass die Wirtschaftspolitik für sie von Bedeutung ist. Dass es einen unmittelbaren Zusammenhang gibt, scheinen die wenigsten nachvollziehen zu können.

Wir reden heute über den Einzelplan 07. Wir reden über Wirtschaftspolitik und deswegen auch über Ergebnisse von Wirtschaftspolitik, die Sie z. B. – darauf will ich im besonderen Maße hinweisen – an der Statistik festmachen

können. Dieses Ranking ist völlig außerhalb jedes Zweifels. Dort, wo wir massiv in Infrastruktur eingreifen können und Einflüsse der Landesregierung unmittelbare Wirkung auf den Arbeitsmarkt zeigen, haben wir tolle Erfolge.

Herr Frankenberger, ich finde, Sie sollten sich freuen, dass Sie aus Nordhessen kommen; denn wenn ich mir anschau, was sich mittlerweile durch die vielfältigen Maßnahmen der Hessischen Landesregierung auf dem Arbeitsmarkt bewegt, dann ist das sehr erfreulich. Wir haben im Regierungsbezirk Kassel zwar immer noch eine Arbeitslosenquote von 10 %. Aber wir sind in einem Jahr um zwei Punkte besser geworden. Das zeigt deutlich, dass man dort mit klaren Signalen und konkreten Umsetzungen sehr wohl sehr viel Erfolg in der Arbeitsmarktpolitik durch gute Wirtschaftspolitik haben kann.

(Uwe Frankenberger (SPD): Dank der Sozialdemokraten!)

Wir verlassen uns nicht allein darauf. Herr Frankenberger, das sollten Sie wenigstens zur Kenntnis nehmen. Ich denke, das kommt Ihnen auch entgegen. Es ist die Ausbildungsplatzsituation angesprochen worden, bei der wir zunächst der hessischen Wirtschaft, den Verbänden und den Kammern sehr herzlich dafür danken, dass sie uns bei den Ausbildungsplatzkampagnen massiv unterstützen, was Erfolge zeitigt. Ich glaube, die sind unstrittig. Ich will nicht wegreden, dass wir nach wie vor ein Problem mit round about 2.000 offenen Stellen haben. Ich will daran erinnern, dass wir im letzten Jahr zum gleichen Zeitpunkt eine ähnliche Situation hatten, aber in den letzten Jahren die Voraussetzungen, was die gesamte konjunkturelle Entwicklung anbelangt, nicht so bestanden, wie wir das heute haben. Insofern sind wir zuversichtlich, dass wir die Lücke weitestgehend schließen können.

Wir kümmern uns nicht nur mit Blick auf die Konjunkturdaten und bei der Zusammenarbeit mit den Kammern und Verbänden um das Thema, sondern wir nehmen – das wissen Sie – sehr viel Geld in die Hand. In diesem Jahr verdoppeln wir fast den Betrag, den wir in Richtung Ausbildungsförderung investieren, auf 28 Millionen €. Ich finde, das müsste auch einmal gerade von Sozialdemokraten anerkannt werden. Wir kümmern uns nicht nur um die jungen Leute, wir kümmern uns auch darum, dass ältere Menschen wieder eine Chance erhalten, in den Arbeitsprozess eingebunden zu werden.

Ich will eine erfreuliche Zahl dazu nennen. Wenn Sie sich die Statistik anschauen, wie viele Unternehmen in diesem Land Menschen über 50 Jahre beschäftigen, dann stellen Sie fest, das waren im Jahr 2001 51 % der Unternehmen; mittlerweile sind es 58 %. Das ist, wie ich finde, ein ganz wichtiges Signal vor dem Hintergrund vieler aktueller Debatten, die sich mit der Frage beschäftigen, ob Menschen jenseits der 50 oder 55 Jahre noch eine Chance auf diesem Arbeitsmarkt haben.

Wir wollen ihnen weitere Chancen durch das Programm „Erfahrung hat Zukunft“ eröffnen, mit dem wir innerhalb fünf Jahren fast 40 Millionen € investieren, um älteren Arbeitnehmern oder Beschäftigten, die ihre Arbeit vor kurzem verloren haben, wieder in Arbeitsprozesse zu integrieren, indem sie auf ihre – häufig jahrzehntelange – Erfahrung zurückgreifen und sie beispielsweise als Mentoren oder Betreuer von jugendlichen Schulabgängern in Haupt- und Realschulen nutzen, um nur einen wichtigen Bereich zu nennen. Wenn dieses Programm gut funktioniert – davon gehen wir aus, aber das ist auch davon ab-

hängig, dass wir genügend Menschen finden, die dazu bereit sind, dieses Angebot anzunehmen –, dann wird es mehr als 1.000 Menschen hinsichtlich ihrer Arbeits- und Erwerbsbiografie positiv betreffen. Meine Damen und Herren, ich finde, diesen Punkt könnte man eigentlich einmal loben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Eben habe ich von der Wirtschaftspolitik gesprochen. Herr Frankenberger, Sie sind so en passant – die GRÜNEN tun das sowieso – über das Thema Infrastruktur, Straßenbau und anderes hinweggegangen. Ich will das jetzt einmal weglassen, was Herr Walter heute Morgen zum Straßenbau gesagt hat; das spricht eigentlich für sich. Aber ich will schon noch darauf hinweisen, dass Wirtschaftspolitik etwas mit Verlässlichkeit zu tun hat. Mit Verlässlichkeit verbinden wir klare Aussagen, die am Ende auch umgesetzt werden und auf die sich nationale wie internationale Unternehmen verlassen können.

Die Frage ist: Wer steht denn eigentlich für eine Weiterentwicklung des Frankfurter Flughafens? Wer steht für den Ausbau des Verkehrsflughafens Kassel-Calden? Wer steht verlässlich dafür? – Ich glaube, diese Frage ist ziemlich eindeutig zu beantworten.

(Lothar Quanz (SPD): Dann steht es gut!)

Eines ist sicher: Sie, die SPD, stehen nicht für diese Verlässlichkeit, und die GRÜNEN erst recht nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Insofern würde mit Ihnen die Zukunft nur unsicherer, und das würde Investitionen aus diesem Bundesland fernhalten.

(Zuruf des Abg. Lothar Quanz (SPD) – Hildegard Pfaff (SPD): Lauter Sprüche!)

Das Gleiche gilt für den Straßenbau. Meine Damen und Herren, ich glaube, wir können die Geschichten der Neunzigerjahre an dieser Stelle vergessen. Aber diese gleiche Stringenz finden Sie auch darüber hinaus,

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

ob es das Thema der neuen Technologien ist, die Nanotechnologie, die Gentechnologie, ob das die verschiedenen medizintechnischen Chancen sind, die sich beispielsweise jetzt auch durch eine engere Verzahnung von Wirtschaft und Hochschule etwa in Mittelhessen ergeben. Herr Frankenberger, auch beim Thema neue Energien brauchen wir uns von Ihnen doch nicht schlau reden zu lassen, wo wir dort zu investieren haben. Zunächst einmal aber setzen wir auf die Gestaltungskräfte der Wirtschaft selbst und begleiten sie dort, wo es nötig ist, politisch, am Ende aber auch mit Geld.

Meine Damen und Herren, wenn ich das bei dieser Gelegenheit einmal sagen darf: Ich bin sehr froh darüber, dass sich der Wirtschaftsminister aktuell mit einem, wie ich finde, in der Öffentlichkeit eher unterbelichteten Teil der Energiepolitik beschäftigt, nämlich der Geothermie. Seien Sie sicher, dass wir dort in der nächsten Legislaturperiode deutlich zulegen werden; denn, ich glaube, es wird viel zu wenig darüber diskutiert, dass es neben den von Ihnen immer wieder propagierten Windenergie- und Solartechniken weitere Energiechancen der Zukunft gibt, die wir massiv unterstützen.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Uwe Frankenberger (SPD): Da sind Sie nicht allein!)

Ein weiterer und vielleicht vorletzter Punkt treibt mich seit vielen Jahren um. Das ist die Frage, die auch Herr Walter immer wieder aufruft: Was passiert eigentlich im Rhein-Main-Gebiet?

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gute Frage!)

Herr Walter, ich glaube, an einer Stelle sind wir uns einig: Das Rhein-Main-Gebiet ist das Zugpferd von Hessen – ohne dass ich, der von dort stammt, das mit Arroganz verbinde, sondern einfach sage: Das ist seit Jahrzehnten so, und die Menschen und die Wirtschaft in Hessen haben sich daran gewöhnt, dass es so ist, und akzeptieren das auch.

Das heißt aber doch auch, dass wir in dieser Region bitte ebenfalls alle Kräfte freisetzen, die wir freisetzen müssen. Anders, als Sie es tun, setze ich dabei nicht auf eine Zwangsvereinigung dieser Region, wie Sie das immer mit Ihrem Regionalkreismodell gesagt haben. – Es ist mir aufgefallen, dass Sie heute dieses Wort nicht mehr in den Mund genommen haben, und das sicherlich nicht ganz ohne guten Grund.

(Norbert Schmitt (SPD): Doch, natürlich!)

Denn Sie stehen vor einem Parteitag der SPD, und ich weiß nicht, ob das bei Ihren Kommunalpolitikern dort so gut ankommt. Wir setzen weiterhin und verstärkt auf Zusammenarbeit. Zunächst einmal ist die natürlich durch ein Ballungsraumgesetz motiviert. Am Ende aber ist sie freiwillig und erscheint der Sache gerecht, und deswegen wird sie akzeptiert.

Dass wir heute erstmalig Auslandsrepräsentationen aus dieser Region heraus einweihen können, wie gerade im Frühjahr in Schanghai geschehen, ist ein erster wichtiger Schritt. Herr Posch, es werden weitere folgen. Ich glaube, auch da werden wir in den nächsten Jahren sehr viel mehr investieren müssen, als wir das in der Vergangenheit getan haben.

(Zuruf des Abg. Dieter Posch (FDP))

Insofern sage ich: Das Ballungsraumgesetz und seine Bedeutung für diese Region sind schon nach relativ kurzer Zeit eine Erfolgsgeschichte und allemal mehr als die theoretischen Worthülsen, die Sie mit Ihrem Regionalkreis in der Vergangenheit immer wieder thematisiert haben.

Meine Damen und Herren, ein letzter Punkt. Es liegen Anträge der Oppositionsfractionen vor. Herr Posch, ich gebe zu, ich bin immer wieder ein bisschen enttäuscht, wenn Sie das Thema ÖPNV in dieser Weise diskutieren. Gerne können wir über das Thema Ausschreibung und Wettbewerb reden, und das tun wir auch im Ausschuss sehr offen.

(Zuruf des Abg. Dieter Posch (FDP))

Was ich aber einfach nicht in Ordnung finde – das wiederhole ich hier, das habe ich schon ein paar Mal gesagt, und Sie haben sich schon ein paar Mal darüber geärgert –: Die FDP, die immer wieder das Thema Haushaltskonsolidierung im Mund führt – das akzeptiere ich ausdrücklich, und in der Tendenz und im Grundsatz teilen wir das auch –, zeigt in diesem Fall. Immer dann, wenn es ernst wird, lassen wir es lieber.

Herr Posch, die Regionalisierungsmittel sind eine erhebliche Größenordnung. Herr Posch, Sie wissen, wir reden dabei über sehr viel Geld.

(Zuruf des Abg. Dieter Posch (FDP))

Sie wissen auch, dass keiner – auch nicht Herr Rhiel oder der Ministerpräsident des Landes Hessen – hurra geschrien hat, als über diesen Teil der Haushaltskonsolidierung auf Bundesebene gesprochen wurde.

(Zurufe der Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Hildegard Pfaff (SPD))

Aber ich finde, wir haben zu akzeptieren, dass es dort eine klare Aussage der Großen Koalition in Berlin gibt, und wir haben das Beste daraus zu machen. In den Gesprächen mit den Verbänden in der letzten Woche habe ich eine etwas andere Botschaft gehört als die, die Sie hier verkündet haben. Ich habe nämlich wörtlich vom Vertreter des NVV gehört: Es gibt eine ganze Reihe von Strecken, die wir jetzt weniger befahren, die wir aber sowieso im nächsten Jahr wegen völliger Unrentabilität auslaufen lassen, weil dort nur noch einer im Zug gesessen hat. – Ich finde, das gehört zur Wahrheit dazu.

(Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

Die Tatsache, dass Minister Rhiel versucht, das aus seinem Haushalt zu kompensieren, ist sehr richtig und wichtig, aber ich finde es unredlich, dass Sie, Herr Posch, diesen Punkt immer wieder anführen,

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist KFA!)

obwohl Sie an anderer Stelle derjenige sind, der die Überschriften setzt: Die FDP steht für Haushaltskonsolidierung.

(Beifall des Abg. Axel Wintermeyer (CDU) – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist KFA!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Boddenberg, Sie sind jetzt bei elf Minuten.

Michael Boddenberg (CDU):

Herr Präsident, mein letzter Punkt. – Das Thema Hessen-Agentur werden wir sicherlich weiterhin intensiv zu diskutieren haben. Wir werden zu diskutieren haben: Ist das Profil der Hessen-Agentur, wie es heute dasteht, so, wie wir es in den nächsten zehn Jahren haben wollen?

Ich sage Ihnen aber auch: Ich und wir stehen nach wie vor für die Trennung zwischen der IBH und der Hessen-Agentur, und zwar aus einem einfachen Grund. Ich möchte, dass zunächst ohne Scheckbuch beraten wird. Ich möchte und wir möchten, dass in der Sache beraten wird. Neben der IBH haben wir eine ganze Reihe von finanziellen Förderinstrumenten an der Hand. Diese Neutralität bei der Berücksichtigung von Fördermitteln können wir nur durch eine Trennung erreichen.

(Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

Deswegen bleibt das nach unserer Auffassung so, wie es ist. Das heißt aber nicht, dass wir nicht noch eine ganze Reihe zu besprechen und zu verbessern haben, auch bei der Hessen-Agentur. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Boddenberg. – Das Wort hat Staatsminister Dr. Rhiel.

Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die hessische Wirtschaft ist in einer außerordentlich guten Verfassung und Entwicklung. Das zeigen die wichtigsten Zahlen sowohl beim Wachstum als auch bei der Beschäftigung.

Ich will nur wenige Stichworte nennen. Der Umsatzzuwachs bis zum Herbst 2006 im Bauhauptgewerbe beträgt 4,7 % – in diesem Bereich übrigens erstmals seit 13 Jahren ein Stillstand des Beschäftigungsabbaus. Der Umsatzzuwachs in der chemischen Industrie beträgt 5,9 %, in der Industrie allgemein 8 % und im Maschinenbau sage und schreibe 9,4 %.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist auch der Anfang einer guten Entwicklung für den Arbeitsmarkt. Hier sehen wir die ersten Konsequenzen. Im Oktober dieses Jahres hatten wir erstmals 10,4 % weniger Arbeitslose als im gleichen Vorjahresmonat und waren damit weit besser als der Bundesdurchschnitt. Seit Wochen und Monaten haben wir nun schon zunehmende Beschäftigungszahlen in Hessen. Meine Damen und Herren, das macht uns froh für die betroffenen Menschen, bestätigt uns aber auch darin, dass wir gemeinsam – die Wirtschaft und die hessische Landespolitik – auf einem richtigen Weg sind. Die Saat der Vergangenheit geht jetzt gut auf.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist nicht nur sektoral zu greifen, sondern auch regional. Herr Frankenberger, in Nordhessen haben wir im Unterschied zu den Nachbarländern, die unmittelbar an Nordhessen grenzen, seit dem Jahr 1999, also seit Antritt der Regierung Roland Koch, einen Abbau der Arbeitslosigkeit von 8 %. 8 % weniger Arbeitslose in dieser langjährig so schwierigen Region.

Meine Damen und Herren, das bestätigt uns auch die Bundesregierung. In dem neuen Ranking, das sie in Verbindung mit der Gemeinschaftsaufgabe „Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ herausgegeben hat, haben sich die nordhessischen Landkreise deutlich verbessert. Der Landkreis Schwalm-Eder ist um acht Plätze nach oben geklettert. Der Landkreis Kassel – wer hätte das gedacht? – rückt sogar um zwölf Plätze nach oben. Der Landkreis Hersfeld-Rotenburg ist in dieser Entwicklung spitze: Im deutschlandweiten Ranking ist er um 39 Plätze nach oben gerückt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das ist ein stolzes Ergebnis, zu dem wir die Betroffenen nur beglückwünschen können.

Meine Damen und Herren, alles das hat natürlich Gründe. Dafür stehen eine erfolgreiche Regionalpolitik dieser Landesregierung und vor allem eine erfolgreiche Infrastrukturpolitik, eine technische wie auch eine Verkehrsinfrastrukturpolitik.

Zum Stichwort Flughafen Frankfurt am Main: Hier sind die Weichenstellungen vorgenommen worden, und die Aufgaben werden Zug um Zug abgearbeitet, damit wir bei unserem vorgesehenen Ziel bleiben,

(Lachen der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

noch im nächsten Jahr den Planfeststellungsbeschluss zu erlassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das gilt für den Bereich der Schiene – ob Regio-Tram oder jetzt die Weichenstellung für die nordmainische S-Bahn im Rhein-Main-Ballungsraum, die Verlängerung der S-Bahn von Bad Vilbel nach Friedberg. All das erfolgt nach unserem Plan Zug um Zug. So wird der ÖPNV ausgebaut, trotz beschwerlicherer gewordener Umstände.

Herr Boddenberg hat es zu Recht gesagt: Die Verbände haben unsere Konzeption im Rahmen eines Vertragswerks – so, wie wir die ausfallenden Regionalisierungsmittel des Bundes kompensiert haben – gelobt. Herr Sparmann hat bei dieser Veranstaltung deutlich gemacht, dass alle anderen Bundesländer nach Hessen schauen, weil wir als allererstes und als bisher einziges Bundesland innerhalb von drei Wochen diese durch den Bund hervorgerufene Defizitsituation bereinigt und klare Bedingungen für eine gute Entwicklung geschaffen haben.

(Beifall des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Bei der technologischen Infrastruktur ist natürlich der Technologietransfer das zentrale Instrument der Landespolitik. Hier wird das umgesetzt, was wir uns vorgenommen haben: ein hessenweites dicht geflochtenes Netz zwischen den Unternehmen und den Hochschulen – ob das die Anwenderzentren sind, das Fotonikzentrum in Wetzlar, die Metallformgebung in Kassel, der Inkubator für Galileo in Darmstadt oder all die Technologie- und Gründerzentren, insgesamt 31 Stück im Land Hessen. All das zeigt, dass gerade der Wissens- und Technologieaustausch zwischen den Hochschulen und den mittelständischen Betrieben sukzessive auf ein Niveau gekommen ist, das den kleinen und mittelständischen Betrieben nicht nur die Teilhabe, sondern die Motorfunktion in der technologischen Entwicklung in Hessen ermöglicht.

Hessen ist heute der zentrale Standort in Deutschland für die wesentlichen Zukunftstechnologien: IT, Kommunikationstechnologie, erneuerbare Energien, Biotechnologie und Umwelttechnologie. Allein in der Umwelttechnologie haben wir inzwischen 70.000 Beschäftigte. Besonders deutlich wird die hervorgehobene Stellung des Bundeslandes Hessen in der Nanotechnologie, der Schlüsseltechnologie der Zukunft.

Vor 14 Tagen hatten wir den Nanotechnologiekongress in Gießen. Der Herr Ministerpräsident hat diesen Kongress eröffnet. Dabei hat er deutlich gemacht, wie wichtig der Landesregierung diese Technologie ist. Wissenschaftler der TU München haben uns beispielsweise bestätigt, dass Hessen in der Tat europaweit, aber deutschlandweit noch mehr, der zentrale Standort ist. 20 % aller deutschen Nanotechnologieanbieter sind in Hessen beheimatet.

(Beifall des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Auf Europa bezogen handelt es sich um eine Quote von 10 %. Damit wird deutlich, dass hier ein Vorsprung erarbeitet worden ist, ein Wurzelwerk entstanden ist, das sich in Zukunft noch deutlicher auswirken wird und Hessen als Standort der Zukunftstechnologien weiter nach vorne bringen wird.

Hessen hat die höchste Dichte von Forschungs- und Entwicklungspersonal in der verarbeitenden Wirtschaft. 4,7 % aller Beschäftigten arbeiten in Forschung und Entwicklung. Sie wissen, dass es das Ziel der Europäischen Gemeinschaft ist, 3 % zu erreichen. Wir haben bereits jetzt 4,7 % erreicht und können damit das sichern, was auf einem globalen Markt notwendig ist. Aus diesem Grund

sind diese positiven Umfrageergebnisse so bedeutend. Mit diesem Know-how können wir den Wettbewerb international aufnehmen.

Meine Damen und Herren, ich bin sehr dankbar, dass der Haushalt 2007 in seinem Entwurf – darüber diskutieren wir – neue und zusätzliche Mittel für die kleinen und mittelständischen Unternehmen bereitstellt. Hierfür leistet die Hessen-Agentur eine hervorragende Arbeit, vor allem auch in einer guten Zusammenarbeit mit IBH und LTH.

Wir haben neue Akzente gesetzt, beispielsweise für die Brennstoffzellentechnologie. Wir wissen, dass in diesem Bereich in Verbindung mit Wasserstoff eine wichtige Zukunftsoption liegt – für alle Alternativen, um den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Eine neue Technik, eine hochkonzentrierte Technik ist in der Zukunft nur so gut, wie Menschen in der Lage sind, diese Technik anzuwenden. Darauf legen wir in diesem Haushalt Wert, wir haben die Mittel noch einmal deutlich aufgestockt, nämlich 17 Millionen € zusätzlich für die Ausbildung. Das Geld ist nicht nur für die Hochschulen, wie an anderer Stelle sichtbar geworden ist, sondern für die duale Ausbildung. Ich bin sicher, dass durch den Ausbildungspakt, aber auch die finanzielle Unterstützung und das Mitwirken des Landes am Ende dieser Vermittlungsperiode für jeden Ausbildungssuchenden ein Ausbildungsplatz angeboten wird, so wie es im letzten Jahr auch der Fall war.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine der Achillesfernen für eine gute und sichere Entwicklung für die Zukunft ist in der Tat die Frage, ob wir in der Zukunft eine ausreichende, eine sichere, eine preiswerte, eine ökologische und verantwortbare Energieversorgung haben.

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Staatsminister, zur Information: Sie haben die zehn Minuten jetzt erreicht.

Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Ich komme damit schon zum Schluss. – Hier hat die Hessische Landesregierung wichtige Initiativen ergriffen. Das Land Hessen ist das einzige Land in der Bundesrepublik Deutschland, in dem die Stromverbraucher bei den allgemeinen Haushaltstarifen in diesem Jahr keine Preiserhöhungen hatten. Wir haben die Preiserhöhung gestoppt.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden durch unsere Wettbewerbsinitiative im Bundesrat dafür sorgen, dass Schluss damit ist, dass die großen Vier, nämlich die des engen Oligopols in der Stromerzeugung, die Verbraucher ausbeuten und immer mehr zu ihren Gewinnen hinzufügen.

Meine Damen und Herren, wir sind auf einem guten Weg. Die hessische Wirtschaft blüht. Wir freuen uns mit ihr. Wir wissen, dass dies im Interesse der Menschen ist und sind auch ein bisschen stolz darauf, dass wir den uns möglichen Teil dazu beigetragen haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Minister Rhiel. – Zum Einzelplan 07 liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, ebenso wie zum Tagesordnungspunkt 63.

Ich rufe

Einzelplan 08 – Hessisches Sozialministerium –

auf, gemeinsam mit **Tagesordnungspunkt 32:**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Modellversuch der heroingestützten Behandlung? Drucks. 16/6167 ?

und **Tagesordnungspunkt 43:**

Antrag der Fraktion der CDU betreffend Hessen aktiv zum besseren Schutz von Kindern – Drucks. 16/6320 –

Das Wort hat Frau Kollegin Fuhrmann, SPD-Fraktion.

Petra Fuhrmann (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir wollen heute darüber reden, wieso im Sozialministerium im Großen und Ganzen nur noch Pflichtaufgaben abgewickelt werden und sich diese Abwicklung dazu noch auf finanziell sehr dünnem Eis bewegt.

Ich habe es in einer Pressekonferenz den „Lottohaushalt“ oder auch „Silke, die Lottofee“ genannt. So könnte man diesen Haushalt auch überschreiben. Keine Landesregierung zuvor hat sich bei der Finanzierung der Sozialpolitik so sehr auf die Mittel aus den Lottoannahmestellen und den Spielkasinos verlassen, auf Geld von Menschen, die dem schnellen Reichtum nachjagen.

Sie haben, wenn ich mir den Haushalt anschau, wenige Lieblinge und viele Stiefkinder. Zunächst die Stiefkinder. Das erste Stiefkind: freiwillige soziale Leistungen. Mit Lottomitteln die soziale Infrastruktur für Suchtkranke zu finanzieren ist leicht zynisch, ebenso für Frauenhäuser oder Behinderteneinrichtungen und anderes. Frau Ministerin, es ist auch ein gewagtes Spiel. Von den rund 100 Millionen €, die an freiwilligen sozialen Leistungen noch – betone ich – im Haushalt stehen, sind inzwischen 53,4 Millionen € Zuführungen aus Lotto- und Tronc-Mitteln. Was passiert, bitte schön, wenn diese sprudelnde Quelle irgendwann einmal versiegt? Findet dann überhaupt keine Sozialpolitik mehr statt?

Wohlgemerkt, heute sind zwei Drittel der freiwilligen sozialen Leistungen von anderen finanziert, der Landesanteil liegt bei einem Drittel. Zu rot-grünen Regierungszeiten – das sei am Rande erwähnt – war es noch umgekehrt: zwei Drittel Landesmittel und ein Drittel Lottomittel.

Zweites Stiefkind: Ausbildung und Arbeitsmarkt. Die SPD-Fraktion fordert erneut ein Programm für mehr Ausbildung. Wir fordern, dass die Landesregierung endlich 10 % mehr ausbildet und ein Programm für Altbewerber in Höhe von 30 Millionen € auflegt.

(Beifall bei der SPD)

Warum machen wir das eigentlich Jahr für Jahr? Es gibt zwar weniger Bewerberinnen und Bewerber, aber auch die Zahl der gemeldeten Stellen geht leider zurück. Der Pakt, den Sie hier immer hochhalten, ist schön und gut. Wenn aber die Ergebnisse nur gut- und schöngeredet werden, dann haben die Jugendlichen absolut nichts davon. Bis Ende September gab es in Hessen 9.000 noch nicht vermittelte Bewerberinnen und Bewerber mehr als im

Vorjahr. Diesen standen 2.800 noch offene Stellen gegenüber, sodass die Lücke um 6.200 gewachsen ist. Was fällt Ihnen dazu ein? Der Ministerpräsident stellt sich hin und fordert halbherzig Gelder der Bundesagentur. Die Landesmittel für die Ausbildungsvorbereitung für Benachteiligte sinken um 585.000 €.

Meine Damen und Herren, die Jugendlichen in den Warteschleifen haben schlicht ein Recht darauf, endlich eine Chance zu bekommen und nicht im Regen stehen gelassen zu werden. Wir fordern deswegen ein Altbewerberprogramm und nicht ein Placebo, Herr Kollege Boddenberg, wie Sie mit 2,4 Millionen € für das nächste Jahr. Wir wollen ein 30-Millionen-€-Programm.

Weiteres Stiefkind: Prävention. Prävention ist in diesem Haushalt ein reines Fremdwort für Sie. Sie sollten überdenken, ob die Verdreifachung ihres Haushaltsansatzes für Preisverleihungen seit 2004 nicht besser bei den Betroffenen direkt angelegt wäre.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen trotz Kommunalisierung Landessozialplanung und Landessteuerung. Wir brauchen wissenschaftliche Begleitung und Hilfen, denn vieles müssen die Kommunen nicht alleine machen. Notwendig ist vor allem eine massive Ausweitung im präventiven Bereich. Das, was Sie in der „Operation düstere Zukunft“ kaputtgeschlagen haben, muss dringend wieder aufgebaut werden. Das werden wir im Rahmen unseres Sozialbudgets auch tun. Prävention ist allemal besser als nachträgliche Reparatur, also: 30 Millionen € für ein neues Sozialbudget in Hessen.

(Beifall bei der SPD)

Nehmen wir als Beispiel das Thema Gewalt gegen Kinder. Hier wäre sehr viel im Vorfeld möglich, um den Kindern Leid zu ersparen. Die Landesregierung hat geschlafen, es es darum ging, Prävention zu unterstützen. Sie haben die Erziehungsberatung und die Spiel- und Lernstuben geschleift. Sie sind mitverantwortlich für Personalmangel in den Einrichtungen. Das, was Sie jetzt überhastet machen wollen, ist blinder Aktionismus. Verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen sind keine Garantie dafür, dass Misshandlungen erkannt und, was noch wichtiger ist, abgestellt werden.

(Beifall bei der SPD)

Frau Ministerin, zwischen den Untersuchungen liegen teilweise Jahre. Zwischen U6 und U7 liegt ein Jahr, zwischen U7 und U8 liegen zwei Jahre. Weitere ein bis einhalb Jahre vergehen, bis das Kind vor der Einschulung noch einmal dem Kinderarzt vorgeführt wird.

Wie soll da Schutz gewährt werden? Sie wiegen sich und die Menschen mit Ihren Forderungen in völlig falscher Sicherheit.

(Beifall bei der SPD)

Das sagt Ihnen im Übrigen zu Recht auch Frau von der Leyen. Was wir brauchen, ist ein flächendeckender Einsatz von aufsuchender Familienhilfe bei allen – ich betone: bei allen – Neugeborenen und ein Einleiten von Hilfsmaßnahmen bei gefährdeten Familien. Wir haben für dieses Programm 10 Millionen € veranschlagt. Die Chancen, Misshandlungen zu erkennen, steigen nämlich, wenn man das familiäre Umfeld vor Ort kennt.

(Beifall bei der SPD)

Weiteres Stiefkind: Frauen und Chancengleichheit. Lassen Sie uns darüber reden, wie hoch der Haushaltsansatz

für Frauenpolitik ist. Ganze 148.000 € stehen dafür im Haushalt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wahnsinn!)

Ein absolut dicker Batzen. Das ist im Übrigen auch in etwa der Ansatz, um den sich die sächlichen Verwaltungsausgaben, die Ausgaben für den Schuldendienst, für Geschäftsbedarf und Kommunikation für das kommende Jahr erhöhen werden.

(Norbert Schmitt (SPD): Aha!)

Meine Damen und Herren, das lässt tief blicken.

(Norbert Schmitt (SPD): Ja!)

Die Gelder für von Gewalt betroffene Frauen, Frauenhäuser, Beratungsstellen usw. haben sich trotz steigender Nachfrage natürlich nicht verändert. Die Notrufe und andere Stellen sind schlicht auf private Spenden und kommunale Mittel angewiesen. Über das Schleifen des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes und die Vorlage einer Novelle zu diesem Gesetz, ohne den gesetzlich vorgesehenen Bericht vorgelegt zu haben, werden wir noch an anderer Stelle sprechen. Nur so viel: Die hessischen Frauen haben eine deutlich bessere Frauenministerin im Kabinett verdient, eine deutlich bessere.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, nachdem ich Ihnen die wichtigsten Stiefkinder vorgestellt habe, möchte ich mich jetzt noch kurz mit Ihren sogenannten Lieblingen befassen.

Erster Liebling: Familienpolitik. Sie wollen noch vor 2010 eine Bedarfsdeckung von 20 % für die unter Dreijährigen erreichen. Wenn ich fragen darf: Wie? Dass wir jetzt eine Quote von etwa 6 bis 8 % haben, aber nur, wenn wir die Tagesmütter dazuzählen, ist kein Grund, die Hände in den Schoß zu legen, sondern eher ein Grund, in die Hände zu spucken. Im Haushalt 2007 sehe ich keine Veränderung bei Ihrer Offensive für Kinderbetreuung. Wie im letzten Jahr stehen dort nur 23,2 Millionen €. Einschub zum Vergleich: Noch 2000 standen 59 Millionen € an reinen Landesmitteln für die Kinderbetreuung zur Verfügung.

Ausbau würde bedeuten, dass wir mehr Horte haben, denn nur für 11 % aller Schulkinder haben wir derzeit Hortplätze. Doch wenn Sie von den 23,2 Millionen € auch noch 10 Millionen € in den KFA für das BAMBINI-Programm bzw. für die U3-Betreuung schieben, dann wird dies zulasten der Horte gehen. Es bleibt kein Geld mehr übrig. Von Ausbau keine Rede. Kein Euro mehr, aber sehr viel heiße Luft. Ausbau würde bedeuten, dass wir bei der dringend notwendigen Ganztagsbetreuung weiterkommen. Wir freuen uns, Frau Ministerin, dass Sie mit dem BAMBINI-Programm einer alten Forderung der SPD nachkommen, das letzte Kindergartenjahr kostenfrei zu stellen. Wir vermissen allerdings die frühkindliche Bildung, und vor allem vermissen wir ganz eindeutig die Landesmittel, die dafür zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen sage ich Ihnen: Hören Sie auf, sich das Etikett „kinder- und familienfreundlich“ an die Brust zu heften. Ihre Politik ist das schlichte Gegenteil.

Weiterer Liebling: Integration. Wenn Sie von Integration sprechen, dann erschöpft sich dies in der Forderung, dass Migrantenkinder und ihre Mütter – was ist eigentlich mit den Vätern? – Deutsch lernen müssen. Für die Integration ist das Erlernen der Sprache unabdingbar, gar keine

Frage, aber das allein genügt eben nicht. Wenn wir uns die Situation vieler Migrantenfamilien anschauen, sehen wir, dass das gesellschaftliche und soziale Umfeld nicht stimmt. Wenn Spiel- und Lernstuben gestrichen sind, wenn niederschwellige Beratungs- und Hilfsangebote weggefallen sind, dann ist das dramatisch für die Menschen. Viele Migranten leben in sozialen Brennpunkten. Was tun wir dafür, dass sie sich als Teil unserer Gesellschaft sehen? Sie investieren 1,5 Millionen € in die Sprachförderung, und das war es dann.

Meine Damen und Herren, zum Schluss: Wir sind in Hessen von einer planvollen, zukunftsweisenden und an den Menschen orientierten Sozialpolitik so weit entfernt wie überhaupt noch nie.

(Beifall bei der SPD)

Alles, was die Landesregierung produziert, sind hehre oder leere Versprechungen und ein auf wenige Schwerpunkte reduziertes und dann noch oft halbherziges Handeln. Konzentration auf das Wesentliche ist nicht verkehrt, aber man muss es auch finanziell darstellen und darf nicht im Gegenteil Wortgeklingel von sich geben und gleichzeitig kürzen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Lautenschläger, Sie verantworten in Hessen den absoluten Niedergang der einst vorbildlichen Landessozialpolitik.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kollegin Fuhrmann, freundlicher Hinweis: Sie sind bei zehn Minuten.

Petra Fuhrmann (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. Ich will noch zwei Sätze sagen.

Sie haben die Mittel für freiwillige soziale Leistungen um insgesamt 70 Millionen € zusammengestrichen, und Sie vernachlässigen die soziale Prävention. Wir wollen deutlich mehr Mittel in die Betreuung von Kindern und in die frühkindliche Bildung investieren. Wir wollen mehr Geld für Sozialplanung und vor allem für Sozialsteuerung ausgeben. Wir wollen mehr für Hilfe und Begleitung von kommunaler Sozialpolitik und mehr Geld für die Prävention, insbesondere auch für Kinder. Wir werden ab 2008 das Land wieder regieren, und ich sage Ihnen: Wir werden das tun, was notwendig ist, nämlich der Sozialpolitik wieder den Stellenwert geben, den sie verdient hat, nämlich der Kitt dieser Gesellschaft zu sein. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat die Kollegin Schulz-Asche, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Hessischen Landtag wird wie auch in den letzten Jahren für eine verlässliche Sozialpolitik ein grünes Sozialbudget vorlegen, und

dieses wird in diesem Jahr vorsehen, 24,75 Millionen € mehr für die Sozialpolitik in Hessen auszugeben,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und zwar deswegen – das möchte ich sagen –, weil unser Sozialbudget inzwischen auf einen Produkthaushalt umgestellt ist. Wir versuchen, nicht einfach nur Forderungen aufzustellen, sondern tatsächlich zu messen und auch mit eigenen Indikatoren zu arbeiten, um festzustellen, wie viele Mittel in einzelnen Bereichen tatsächlich für eine moderne Sozialpolitik in Hessen notwendig sind. Das ist umso notwendiger, als wir wissen, dass durch die Folgen der Streichungen im Rahmen der „Operation düstere Zukunft“ in Höhe von 30 Millionen € tiefe Löcher in das soziale Netz in Hessen gerissen worden sind.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns alles genauer angucken – das tun wir eben seit Jahren mit unserem grünen Sozialbudget –, stellt sich heraus, dass Sie gerade im Bereich von Leistungen mit der „Operation düstere Zukunft“ da zugeschlagen haben, wo sich Familien in Not befinden oder wo man verhindern kann, dass Familien in Not geraten. Das gilt für die Schuldnerberatung, für die psychosoziale Beratung, für die Sozialberatungsstellen, für Familien entlastende Dienste und auch für die Drogenberatung. Wir wissen seit dem Fall Kevin, wie wichtig gerade die Betreuung von Drogensüchtigen oder Drogenkranken ist, auch wenn wir über Familienpolitik reden.

Ich denke, mein Fraktionsvorsitzender hat heute Morgen völlig zu Recht in diesem Fall von Heuchelei gesprochen, wenn Sie einerseits in der „Operation düstere Zukunft“ fast 4 Millionen € für die Erziehungsberatung streichen, sich gestern hierhin stellen und sich als Vorkämpferin des Kindeswohls präsentieren und im Ganzen für diesen Bereich lediglich 700.000 € für den nächsten Haushalt vorsehen. Da kann ich nur sagen, dass Tarek Al-Wazir völlig recht gehabt hat. Das ist reine Heuchelei.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In diesem Hause herrscht eine sehr weitgehende Einigkeit darüber, dass das Thema Kindeswohl, Schutz vor Vernachlässigung und Misshandlung ein sehr wichtiges Thema ist, und wir wissen, dass es nicht nur die Aufgabe der Landesregierung, sondern auch der Kommunen, der Nachbarn und der Familienmitglieder sein muss, sich des Themas anzunehmen. Deswegen bedauere ich es ausdrücklich, dass die CDU hier versucht, sich allein zu profilieren, auch bundesweit gegenüber Frau von der Leyen, anstatt mit den anderen Parteien hier im Hause zu versuchen, eine gemeinsame Basis in diesem Bereich zu finden. Denn Sie wissen alle, dass sich in den Kommunen sehr unterschiedliche Regierungskonstellationen ergeben. Umso wichtiger ist es, hier zusammenzuwirken und sich nicht einseitig wichtigzumachen.

Diesem gemeinsamen Kraftakt haben wir uns auch in unserem Sozialbudget gewidmet, und wir nennen das Kompetenzsteigerung der Familien. Die Zuspitzung ist ja immer nur das Ende einer Entwicklung, sodass es darauf ankommt, möglichst frühzeitig präventiv zu wirken. Unserer Meinung nach ist es wichtig, so wie es z. B. auch die Familienschule in Fulda zeigt, gerade im Bereich rund um die Schwangerschaft zu beginnen, weil wir alle wissen und sich auch die Experten darin einig sind, dass der Bereich um die Schwangerschaft herum der ist, wo Eltern am sensibelsten dafür sind, zu fragen, wie sie gut mit ihren Kindern umgehen und wie sie ihre Kinder auch langfristig fördern können.

Wir setzen uns auch dafür ein, dass die U1- bis U9-Untersuchungen verbindlicher werden, als es bisher der Fall ist. Wir sind allerdings nicht der Meinung, dass man gleich alle Eltern mit einem Generalverdacht überziehen sollte, sondern dass man tatsächlich mit einem Einladungs- und Erinnerungsverfahren hier große Erfolge erzielen kann. Und wir sind der Meinung, dass es nicht ausreicht, sich auf die einzelnen Vorsorgeuntersuchungen im kinderärztlichen Bereich zu konzentrieren oder zu beschränken, sondern – Frau Fuhrmann hat es schon angesprochen – dass es natürlich auch darauf ankommt, welche unterstützenden und tatsächlich helfenden Strukturen wir dann diesen Eltern oder diesen Kindern in den Kommunen anbieten können, wenn sich einmal herausstellt, dass Eltern überfordert sind oder dass, schlimmer noch, Kinder misshandelt oder vernachlässigt werden. Deswegen haben wir in unserem Sozialbudget allein für diesen ganzen Bereich vorgesehen, 4 Millionen €, also nicht 700.000 €, wie es die Landesregierung vorsieht, einzustellen und zusätzlich einen Schwerpunkt aus dem Bereich Kindergesundheit dazuzunehmen, um den Schutz und die Gesundheitsförderung von Kindern besser zu beachten, als es bisher der Fall ist.

Letztendlich schließt sich daran an, dass wir sagen: Der ganze Bereich der Kinder von 0 bis 10 Jahren ist ein Bereich, wo die Kinder entsprechend ihren Fähigkeiten betreut, aber auch gebildet und gefördert werden müssen. Wir hatten es heute Morgen schon angekündigt: Wir haben auch ein Gegenprogramm zum BAMBINI-Programm vorgelegt. Wir wollen die Kommunen auch von den Fesseln befreien, die die Landesregierung hier anlegt und die wir so für relativ unsinnig halten, nämlich allein das dritte Kindergartenjahr beitragsfrei zu stellen. Wir wollen, dass die Kommunen selbst entscheiden können, wie sie sich in der Kinderbetreuung engagieren wollen, und sehen deswegen in unserem BIBER-Programm Bildung, Betreuung, Erziehung für Kinder von 0 bis 10 Jahren vor, die aus einem Guss angeboten und finanziert werden. Das halten wir für sehr viel seriöser als das, was von der Landesregierung bisher mit dem Programm BAMBINI angedacht wurde.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unser Sozialbudget befasst sich mit einer ganzen Reihe anderer Punkte. Dazu gehört natürlich die Frage, wie die Menschen in unserem Lande in Würde alt werden können. Ich denke, dass wir erfreulicherweise auf der einen Seite viele ältere Menschen haben, die gesund, aktiv und mobil sind, aber es zeigt sich auch, dass die Zahl der hochbetagten Menschen, die einen erhöhten Bedarf an Unterstützung und Pflege haben, durch den demografischen Wandel sehr stark ansteigen wird. Deshalb haben wir einige Schwerpunkte in diesem Bereich gesetzt, die vor allem generationenübergreifende Projekte fördern sollen, z. B. alternative Wohnformen für ältere Menschen und die Unterstützung von Familien mit demenzkranken Angehörigen.

Wie Sie wissen, ist einer der Schwerpunkte unserer Politik immer auch die Frage, wie behinderte Menschen in die Gesellschaft so integriert werden, dass sie selbstbestimmt ihr Leben gestalten können. Auch hier setzen wir klare Schwerpunkte, insbesondere im Bereich der Frühförderung im Kindergarten und in der Schule.

Ein weiterer Punkt, der in der „Operation düstere Zukunft“ von Ihnen praktisch auf null gekürzt wurde, war die Unterstützung von Menschen in materieller Armut und sozialer Ausgrenzung aufgrund bestimmter extremer

Lebenslagen sowie von Menschen, die in sozialen Brennpunkten wohnen. Hier fordern wir, endlich Geld dafür einzustellen, dass wir über einen Armutsbericht nicht nur vernünftige Aussagen darüber bekommen, wie Armut und Reichtum in einem reichen Bundesland wie Hessen verteilt sind, sondern darin auch konkret Hilfen dokumentiert werden, die aus der Armut herausführen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu unserem Sozialbudget gehört natürlich auch die Aussage, dass wir eine starke Jugend für eine starke Zukunft brauchen. Ich denke, dass der wirkliche Schwerpunkt in diesem Bereich auf der Schaffung von Ausbildungsplätzen liegt, auf der Frage nach den Voraussetzungen dafür, dass Jugendliche tatsächlich einen guten Start ins Leben haben. Die Ausbildung ist eine der ganz wesentlichen Aufgaben, auf die wir uns alle hier konzentrieren sollten.

Eine der ganz wesentlichen Aussagen für uns ist, dass man versucht, das Nebeneinander vieler Programme der Beratung und der Förderung zusammenzuführen. Das wollen wir in einem gesonderten Programm tun. Wir glauben, dass es notwendig ist, die Vielzahl der Ausbildungs- und Arbeitsmarktprogramme, die im Sozialministerium nebeneinander stehen, endlich zusammenzuführen, um sie an die Situation der Menschen nach Hartz IV anzupassen. Es ist doch ein Skandal, dass wir nach wie vor feststellen müssen, dass zwar das Fordern an Hartz IV angepasst wurde, dass aber das Fördern, d. h. die Integration in den Arbeitsmarkt und die Qualifizierungsmaßnahmen, nach wie vor nicht funktioniert. Das darf eigentlich nicht sein. Das ist ein wirklicher Skandal.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kollegin Schulz-Asche, Sie sind jetzt bei zehn Minuten.

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich brauche noch eine Minute, weil es heute eine aktuelle Entwicklung gibt. – Wir fordern in unserem Sozialbudget auch, dass das Heroinprojekt Frankfurt, für das mit Zustimmung des ganzen Hauses 100.000 € in den Haushalt 2006 eingestellt worden sind, auch in dem Fall fortgeführt wird, dass die Große Koalition in Berlin heute beschließt, das Projekt nicht weiter zu fördern.

(Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

– Herr Wintermeyer, hören Sie auf, dauernd hereinzuquatschen.

(Axel Wintermeyer (CDU): Ich verwehre mich gegen das Wort „hereinzuquatschen“! Ich habe nur festgestellt, dass Ihre Fraktionsführung noch nicht einmal zuhört! Das zeigt den Stellenwert Ihrer Rede, nicht mehr und nicht weniger!)

Deswegen fordere ich die CDU-Fraktion, die hier in Hessen zu diesem Projekt steht, auf, 100.000 € für die Weiterführung des Projekts bereitzustellen. Es darf doch nicht sein, dass 61 Suchtkranke ab dem 1. Januar 2007 ihrer Arbeit nicht mehr nachgehen können, keine Möglichkeiten mehr haben, ihr Leben so weiterzuführen, wie es ihnen dank dieses Projektes gelungen ist. Dazu fordere ich Sie auf, wenn Sie dazu stehen, was von Ihrer Fraktion hier im Hause mehrfach vertreten wurde.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

– Herr Wintermeyer, hier kann man wirklich einmal messen, wo Sie etwas ernst meinen oder nicht ernst meinen. Ob Sie diese 100.000 € einstellen, das zeigt, ob Sie das Problem wirklich ernst genommen oder ob Sie in diesem Hause in den letzten Jahren nur Unfug erzählt haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Gesellschaftliche Umbrüche, der demografische Wandel, Individualisierung und Massenerwerbslosigkeit erfordern eine moderne Sozialpolitik. Der Einzelplan 08 ist davon leider weit entfernt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Schulz-Asche. – Das Wort hat Frau Kollegin Beer, FDP-Fraktion.

Nicola Beer (FDP):

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Da unser Kollege Florian Rentsch aufgrund eines Trauerfalls in der Familie heute nicht anwesend sein kann, erlauben wir uns, seine Rede zu Protokoll zu geben.

(siehe Anlage)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Vielen Dank, Frau Kollegin. – Frau Oppermann, Sie haben für die CDU-Fraktion das Wort.

Anne Oppermann (CDU):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Einzelplan 08 belegt eindrucksvoll, wie in Hessen vorbildliche Sozialpolitik gestaltet wird.

(Beifall bei der CDU)

Frau Fuhrmann, ich beginne mit Ihnen. Ich könnte auch von Petra, der Märchenerzählerin, sprechen. Ihre Haushaltsanträge sind absolut unseriös. Sie addieren Ihre Mehrausgaben und stellen dann 199 Millionen € in den Haushalt ein mit der Begründung – ich zitiere –: „zu erwartende Vermögensteuer ab Erhebungszeitraum viertes Quartal 2007“. Abgesehen davon, dass es keine Vermögensteuer geben wird – es gibt hierzu ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1995 –, ist die Summe von 199 Millionen € eine reine Addition Ihrer Mehrausgaben. Mit Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit hat das absolut nichts zu tun.

Frau Schulz-Asche, ich komme zu Ihnen. Mit der „Operation sichere Zukunft“ hat die Landesregierung im Herbst 2003 die richtigen Weichen für die Zukunft Hessens gestellt.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

– Hören Sie mir bitte zu, Frau Fuhrmann. – Nur durch die „Operation sichere Zukunft“ war es möglich, dem Land die notwendige Handlungsfähigkeit zu erhalten, ohne die kommenden Generationen durch weitere Schulden zu belasten. Bei einer gleichmäßigen Kürzung aller freiwilligen Leistungen wäre angesichts des notwendigen Einsparbe-

trags die soziale Infrastruktur in Hessen nicht mehr funktionsfähig. Meine Damen und Herren, es gab zu der „Operation sichere Zukunft“ keine Alternative, weil die damalige rot-grüne Bundesregierung eine grotten-schlechte und verfehlte Steuerpolitik betrieben hat, die bei uns Kürzungen erforderlich machte.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Daher wurde mit dem Sparkonzept eine Schwerpunktsetzung realisiert, um trotz der Einsparungen weiterhin entsprechende Angebote im sozialen Bereich erhalten zu können. So sind politische Schwerpunktsetzungen in bestimmten Bereichen, z. B. der Offensive für Kinderbetreuung, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Sprachförderung, von diesen Kürzungen ausgenommen.

Auch im Haushalt 2007 werden Schwerpunktsetzungen vorgenommen. Ich nenne das große Arbeitsmarktprogramm „Erfahrung hat Zukunft“. Hier stellen wir 8,3 Millionen € in den Haushalt ein. Dieses Programm ist ein äußerst innovativer Ansatz, um ältere Arbeitslose wieder in Arbeit zu bringen und dem Trend zur Frühverrentung entgegenzuwirken.

(Axel Wintermeyer (CDU): Das nimmt Frau Schulz-Asche nicht zur Kenntnis! – Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

– Da brauchen Sie nicht „Das wollen wir mal sehen!“ zu rufen, Frau Fuhrmann, Petra, die Märchenerzählerin. Das wird so sein.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Das Ziel ist, Qualifikationschancen für neue berufliche Tätigkeiten zu bieten und sie als Sprungbrett in die freie Wirtschaft über das 60. Lebensjahr hinaus zu nutzen. Wir brauchen neue Wege in der Beschäftigungsförderung und müssen älteren Arbeitslosen die Möglichkeit eröffnen, ihre Berufserfahrung vieler, vieler Jahre weiterzugeben.

(Beifall bei der CDU)

8,3 Millionen € stellen wir 2007 zu diesem Zweck in den Haushalt ein. Das Gesamtprogramm umfasst 37,5 Millionen € für den Landeshaushalt bis 2009.

Die Hessische Landesregierung und die sie tragende Fraktion finden sich nicht mit der zu hohen Arbeitslosigkeit bei den über 50-Jährigen ab. Wir tun etwas dagegen. Das Programm, das zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit aufgelegt wird, bedeutet für ältere Arbeitslose eine riesige Chance, wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu gelangen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist und bleibt die Familienpolitik. In der Familienpolitik steht die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Vordergrund. Mit dem Programm BAMBINI schaffen wir in Hessen als drittes Bundesland die Voraussetzung dafür, dass in den hessischen Kommunen das dritte Kindergartenjahr kostenfrei gestellt werden kann.

(Petra Fuhrmann (SPD): Die Kommunen schaffen das!)

In BAMBINI werden 110 Millionen € investiert. Das ist ein großer Schritt, der zu einer spürbaren Entlastung der Eltern führt. Hier verstehe ich die Mäkeleien von der linken Seite dieses Hauses überhaupt nicht.

(Hildegard Pfaff (SPD): Fragen Sie die Kommunen, dann verstehen Sie das besser!)

– Meine Damen und Herren, hören Sie doch bitte einmal zu. – Der KFA wird im nächsten Jahr um 322 Millionen € deutlich ansteigen, und zwar auf 2,9 Milliarden €. Die Entlastungen der Kommunen durch Hartz IV werden teilweise dazu genutzt, um die wachsenden Ausgaben der Gemeinden und Städte bei der Kinderbetreuung verstärkt zu unterstützen. Daher ist es gerechtfertigt, 100 Millionen € zugunsten der Eltern und Kinder einzusetzen.

45 Millionen € gehen in den Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren. Hier kann die Zahl der Betreuungsplätze für Kinder dieser Altersgruppe von derzeit ca. 12.000 auf etwa 16.000 Plätze erhöht werden. Ich sage Ihnen: Auf diese Zahlen sind wir stolz.

(Petra Fuhrmann (SPD): Die Kommunen sind stolz!)

Wir lassen sie uns von Ihnen auch nicht kleinreden. Wir sind in Hessen auf dem Weg, die bis zum Jahre 2010 angestrebte Betreuungsquote von 20 % zu erreichen.

(Zuruf des Abg. Gernot Grumbach (SPD))

Meine Damen und Herren, die Förderung und Entlastung der Familien gehört zu den Kernpunkten unserer Politik. Wir wollen Eltern dabei unterstützen, Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren zu können. Dies wird auch im Haushalt 2007 deutlich sichtbar.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Schwerpunkt ist die Früherkennung. Mit der einheitlichen Erfassung der Sprachentwicklung der Kinder in den Kindergärten und Kindertageseinrichtungen werden sprachauffällige Kinder individuell erkannt und so weit wie möglich in den Einrichtungen gefördert bzw. einer adäquaten Therapie zugeleitet.

(Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir kennen die Textbausteine schon!)

Wir wollen mit der Erfassung der Sprachentwicklung der Kinder in Hessen ein Instrument schaffen, durch das bei allen Kindern Verzögerungen der Sprachentwicklung bzw. medizinische Probleme, die die Sprachentwicklung behindern, deutlich früher erkennbar werden, sodass rechtzeitig vor Schulbeginn notwendige Therapien oder entwicklungsfördernde Maßnahmen eingeleitet werden können.

Meine Damen und Herren, neben der Sprachstandserfassung liegt uns aber auch die Kindervorsorgeuntersuchung sehr am Herzen. Die schrecklichen Fälle von Vernachlässigung und Misshandlung können und dürfen uns nicht kalt lassen. Wenn eine bundeseinheitliche Regelung nicht erreicht werden kann, machen wir es eben alleine.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Frau Schulz-Asche, Heuchelei lassen wir uns von Ihnen dabei auch nicht vorwerfen.

(Beifall des Abg. Axel Wintermeyer (CDU) – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber der Vorwurf stimmt!)

– Nein, das stimmt nicht. Wir wollen mit diesen Haushaltsmitteln ein zentrales Screeningsystem zur Verbesserung der Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen entwickeln, und somit – das ist keine Heuchelei – wollen wir den Schutz vor Misshandlungen verbessern. Das ist die Intention.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Die überwiegende Zahl der Kinder nimmt schon an Früherkennungsuntersuchungen teil. Aber die traurige Realität zeigt, dass Kinder aus Familien mit erhöhtem Risiko der Vernachlässigung oder Misshandlung jahrelang keinen Arzt sehen. Meine Damen und Herren, wir unterstützen ausdrücklich und nachdrücklich die von unserer Sozialministerin initiierte Bundesratsinitiative, die die Vorsorgeuntersuchungen von Kindern verpflichtend machen soll. Der Schutz unserer Kinder hat höchste Priorität. Bei der Anhörung, die wir zu diesem Thema durchgeführt haben, wurde von der Mehrzahl der Anzuhörenden bestätigt, dass verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen ein wirksames Instrument zur Erkennung von Misshandlungen, aber auch von Sprach- und Entwicklungsstörungen sind. Grundsätzliches Ziel sollte daher eine bundeseinheitliche Lösung bei den U-Untersuchungen sein, aber ebenso auch flankierende Projekte in Hessen, wie beispielsweise das Projekt „Faustlos“ in Kindergärten oder die Fortbildung von Hebammen zu Familienhebammen, oder das Projekt „Keiner fällt durchs Netz“, um nur einige wenige zu nennen.

Noch einige wenige Sätze zum Antrag der GRÜNEN betreffend Modellversuch der heroingestützten Behandlung. Meine Damen und Herren, grundsätzlich sollten wir an einer ausstiegsorientierten Behandlung Drogenabhängiger festhalten. Bei Schwerstabhängigen – um die geht es in der Frankfurter Heroinambulanz – ist ein restriktiver Einsatz von Diamorphin indiziert.

(Axel Wintermeyer (CDU): Was machen wir mit Rauchern?)

Hier erwarten wir vom Bund, dass er die gesetzlichen Regelungen schaffen wird.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend zusammenfassend zum Einzelplan 08 ausführen: Die hessische Sozialpolitik in Verantwortung unserer Sozialministerin Lautenschläger ist vorbildlich, innovativ, und in vielen Bereichen sind wir Vorreiter. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Danke, Frau Oppermann. – Ich rufe nun Frau Staatsministerin Lautenschläger auf. Bitte sehr.

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben auch in diesem Haushalt wiederum klare Schwerpunkte in der Sozialpolitik gesetzt. Wir führen auf der einen Seite auf dem Gebiet des Arbeitsmarktes und der Ausbildung die erfolgreichen Programme für schwer vermittelbare Jugendliche – also Ausbildung in der Migration –, aber eben auch das Thema Teilzeitausbildung für Alleinerziehende weiter.

Wir setzen einen Kontrapunkt dazu, wenn es darum geht, ältere Erwerbslose wieder in den Arbeitsmarkt zu vermitteln. Mit einem Programm von insgesamt 37,3 Millionen € aus Landesmitteln plus den Mitteln der Bundesagentur stellen wir dort insgesamt 1.000 Plätze für ältere Erwerbs-

lose bereit. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist aus meiner Sicht einer der ganz wichtigen Schwerpunkte. Ab Februar 2007 stellen wir die ersten 200 Plätze zur Verfügung, um älteren Arbeitslosengeld-I-Empfängern die Chance zu geben, sich zu qualifizieren, und sie dann in ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis zu überführen. Das ist ein Schwerpunkt, der ganz, ganz wichtig ist, auch um ein Signal in unsere Gesellschaft zu geben. Denn das Signal „Erfahrungswissen hat auch in Deutschland wieder Zukunft“ ist eines, das in unserer Gesellschaft in den vergangenen Jahren leider nicht genug Beachtung gefunden hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Leider zeigen eben auch die Zahlen der Beschäftigung von Älteren, dass dort dringender Handlungsbedarf besteht. Mit dem hessischen Programm werden wir zum einen mindestens 200 Menschen – aber mit der Option, auf 1.000 zu erhöhen – eine Chance geben. Genauso wichtig ist es aber, das Signal an die Betriebe zu geben, dass ältere Erwerbslose wieder eingestellt werden müssen. Denn nach wie vor hat ein Älterer – „älter“ heißt dort leider inzwischen schon ab 50 Jahre –, der erwerbslos wird, heute eine besonders lange Dauer an Erwerbslosigkeit vor sich. Das ist ein typisch deutsches Problem. Dieses Problem wollen wir mit diesem Programm angehen, damit deutlich wird, dass wir Älteren eine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt und – auch das ist ganz wichtig – in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung geben werden. Die Vertreter der Unternehmen, auch der Zeitarbeit, mit denen wir dort zusammenarbeiten, sagen sehr deutlich, dass man es in diesem Bereich schaffen kann, danach, auch über ein befristetes Verhältnis, ungefähr 70 % in dauerhafte Verhältnisse zu vermitteln

(Axel Wintermeyer (CDU): Arbeitsverhältnisse!)

– in dauerhafte Arbeitsverhältnisse, nicht auf den zweiten Arbeitsmarkt, sondern im ersten Arbeitsmarkt in dauerhafte Arbeitsverhältnisse zu vermitteln. Das ist ein ganz wichtiger Bereich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Spannende – auch das will ich hier betonen – an diesem Programm ist, dass wir die Brücke zwischen den Älteren und den Jungen schlagen. Denn genau diese Älteren sollen dafür eingesetzt werden, ihr Wissen an Jüngere weiterzugeben, die in der Schule nicht so weit gekommen sind, wie wir uns das vorgestellt haben, die es nicht geschafft haben, allein mit dem Elternhaus vielleicht einen Praktikumsplatz zu finden. Diese sollen von den Älteren begleitet werden und damit ihre Zukunftschancen auf dem Arbeitsmarkt verstärken. Somit schaffen wir nicht nur ein Programm für ältere Arbeitslose, sondern schlagen gleichzeitig die Brücke für diejenigen Jungen, die erst in den Arbeitsmarkt starten müssen. Es ist auch ein ganz wichtiger Punkt, dass wir dies verbinden können.

Der zweite Schwerpunkt im Haushalt ist das Thema Kinderbetreuung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Entlastung der Eltern. Mit unserem 110-Millionen-€-Programm, dem BAMBINI-Programm –

(Petra Fuhrmann (SPD): 10-Millionen-€-Programm! – Axel Wintermeyer (CDU): Es sind 100!)

– Frau Fuhrmann, ich bin froh, dass die Kommunen alle mitmachen werden, auch wenn Sie das Programm hier schlechtreden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Hildegard Pfaff (SPD): Es bleibt ihnen nichts anderes übrig!)

Mit dem BAMBINI-Programm – Betreuungsplätze ausbauen, Mittel bereitstellen, in Nachwuchs investieren – haben wir die Chance, die Eltern im dritten Kindergartenjahr mit diesem ersten Schritt zu entlasten. Das ist eine wichtige Botschaft an die Eltern, an die jungen Familien, dass sie um bis zu 1.200 € pro Jahr entlastet werden können. Das ist die Botschaft an die jungen Familien.

(Beifall bei der CDU – Axel Wintermeyer (CDU): Das ist sozial!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir gehen selbstverständlich auch darüber hinaus und stellen 45 Millionen € dafür zur Verfügung, dass die Plätze für die unter Dreijährigen weiter ausgebaut werden. Denn wir wissen: Dort gibt es Nachholbedarf.

Werte Kollegin Fuhrmann von der Opposition, vielleicht rechnen Sie dort einfach einmal mit. In Hessen sind wir inzwischen bei einem Anteil von knapp 11 % Betreuungsplätzen für unter Dreijährige. Mit den 45 Millionen € wird es nächstes Jahr einen großen Schritt in Richtung 20 % geben. Ich bin davon überzeugt, dass wir nächstes Jahr einen Anteil von 15 % erreichen werden. Im Jahr darauf werden die Anstrengungen weiter verstärkt, wie wir das als Land klar und deutlich gesagt haben. Denn wir wollen dort die Familien unterstützen, damit die Vereinbarkeit von Beruf und Familie möglich wird, damit sie in allen Bereichen möglich wird – ob altersübergreifende Gruppen, ob Krippenplätze, ob Tagesmutterbetreuung. Wir gehen dort mit vorbildlichen Projekten voran und verzahnen das gemeinsam. Die Städte und Kommunen werden es annehmen. Davon bin ich fest überzeugt, weil sie wissen, was die Eltern brauchen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Aber auch ein letzter Punkt ist mir ganz wichtig. Sie wissen, dass wir im Jahre 2003 eine Sprachuntersuchung an 89 hessischen Kindergärten durchgeführt haben. Dabei haben wir festgestellt, dass rund 20 % der Kinder mit Deutsch als Muttersprache Sprachauffälligkeiten hatten, aber gut 51 %, der Kinder mit Migrationshintergrund. Nach den Erfahrungen im Jahr 2003 haben wir im Jahr 2005 eine neue Untersuchung gemacht. Wir haben geschaut, was im Kindergartenalter erreicht werden kann, nicht erst in der Schule, was mit den Kindern ist, die in dieser Untersuchung sprachauffällig waren. Wir haben festgestellt, dass im Jahre 2005 90 % der monolingual deutschen Kinder und gut zwei Drittel, nämlich 68 % der Kinder mit Migrationshintergrund bzw. Deutsch im Zweitspracherwerb die sprachlichen Kompetenzen deutlich verbessert hatten und keine auffälligen Defizite mehr aufwiesen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das macht uns deutlich, dass dies der richtige Ansatz ist, sowohl die Vorkurse vor der Schule als auch die Ausdehnung in den Kindergarten hinein. Deswegen werden wir im nächsten Jahr den nächsten Schritt gehen und Sprachtests in den Kindergärten flächendeckend einführen. Der erste Schritt wird sein, dass in den Kindergärten regelmäßig Untersuchungen bei Kindern im Alter von viereinhalb Jahren stattfinden, und zwar bei allen Kindern in den Kindergärten. Wir werden das erste Bundesland sein, das einen Schwerpunkt darin setzt, schon im Kindergarten die Untersuchungen zu machen und die Kinder zu fördern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich höre zwar die Zwischenrufe von Ihnen, Herr Kaufmann, aber auch Sie werden heute nicht mehr bestreiten können, dass es wichtig ist, bereits im Kindergarten mit den Sprachtests anzufangen, die Kinder richtig zu fördern und gleichzeitig Erzieherinnen und Lehrer so weiterzubilden, dass sie mit auffälligen Kindern rechtzeitig richtig umgehen. Diesen Weg werden wir weiter beschreiten, weil er den Kindern hilft, in der Schule besser mithalten zu können, sodass gerade die Chancen von Kindern mit Migrationshintergrund weiter verbessert werden können, und das schon im Kindergarten. Das ist der wichtige Fortschritt, wenn wir Sprachtests flächendeckend einführen.

Der letzte Punkt betrifft die Vorsorgeuntersuchungen. Es ist schon interessant, wenn Sie hier darüber diskutieren, was das Allheilmittel sei und dass wir das alles nicht brauchen. Ich kann Ihnen dringend empfehlen: Reden Sie mit Kinderärzten, reden Sie mit dem Kinderärzterverband, der in unserer Anhörung im Landtag vertreten war.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Die alle wissen ganz genau, dass dies für jedes Kind, egal ob mit Auffälligkeiten, egal ob misshandelt oder nicht, eine der wichtigsten Grundbedingungen ist. Deswegen sind die Untersuchungen heute bei den Krankenkassen frei, weil sie wissen, dass sie damit Kosten vermeiden, die in der Zukunft auftreten könnten, wenn Kinder nicht frühzeitig richtig gefördert werden. Deswegen ist es das Ziel, dass alle Kinder an allen Vorsorgeuntersuchungen teilnehmen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Ja!)

Deswegen geht es uns um die Verpflichtung. – Die Damen, die versuchen, laut dazwischenzurufen, wissen, dass nur die U1 und im Normalfall noch die U2 im Krankenhaus stattfinden. Nur diese beiden Untersuchungen werden flächendeckend zu fast 100 % durchgeführt.

(Petra Fuhrmann (SPD): Aber das hilft nicht gegen Vernachlässigung!)

Aber bei den nächsten Untersuchungen haben wir eine Abnahme. Das ist für kein Kind gut. Wenn wir uns darauf verständigen können, wissen wir, dass wir für alle Kinder die regelmäßigen Vorsorgeuntersuchungen brauchen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Ja, natürlich! – Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dagegen hat doch niemand etwas!)

Deswegen sind sie ein wichtiger Baustein in einem Netz zum Schutz von Kindern.

(Beifall bei der CDU)

Ich gebe zu, ich bin es leid, dass nach jedem Fall, wo ein Kind aufgefunden wird, das nach der Geburt nie wieder einen Arzt gesehen hat, die Diskussion von Neuem losgeht. Deswegen wollen wir als Hessen mit unserer Bundesratsinitiative eine Verpflichtung einführen.

Ich sage hier ganz deutlich: Wir wollen keine Verpflichtung, bei der Eltern keine freie Arztwahl mehr haben, sondern wir wollen für alle, die an den Vorsorgeuntersuchungen teilnehmen, die freie Arztwahl so beibehalten, wie sie heute ist.

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Frau Ministerin, die Redezeit der Fraktionen ist überschritten.

Silke Lautenschläger, Sozialministerin:

Ich komme sofort zum Schluss. – Wir wollen genau dort ansetzen, dass Eltern, die zum Arzt gehen, das weiterhin so machen können. Aber wir wollen die schwarzen Schafe herausfinden, die mit ihren Kindern nicht zur Vorsorgeuntersuchung gehen. Durch aufsuchende Arbeit wollen wir dorthin kommen, das Netz für die Kinder zu verbessern. Dazu gehören viele weitere Dinge, z. B. Informationen und Netzwerkveranstaltungen. Wir können Ihnen gerne noch einmal unsere Pressemitteilungen und in einer Diskussion im Ausschuss noch mehr Informationen zur Verfügung stellen. Wir halten das für ein wichtiges, umfassendes Netz zum Kinderschutz, das allen Kindern zugute kommt.

Deswegen werde ich auch in Zukunft mit der Landesregierung für die Verpflichtung eintreten, weil wir mit einem eigenen hessischen System immer nur eine Stufe darunter bleiben, nie alle erfassen, immer darauf achten müssen, wie Umzüge und vieles mehr abgewickelt werden. Wir wollen den Schutz aller Kinder verbessern. Deswegen brauchen wir dort eine echte Verpflichtung.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, damit ist die Lesung des Einzelplans 08 abgeschlossen.

Ich rufe nun den

Einzelplan 09 – Hessisches Ministerium für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz –

auf. Dazu hat sich als erster Redner Herr Grumbach von der SPD-Fraktion gemeldet.

Gernot Grumbach (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich mit einem kurzen Exkurs über die berühmten Leistungsmerkmale, Kennzahlen und anderes mehr beginnen. Denn wenn Sie die Förderprodukte des Einzelplans 09 anschauen, z. B. bei der Umweltförderung, werden Sie Kennzahlen finden, nach denen gesteuert werden soll, die lauten: Leistungswirkung, Effizienz, Zahl der geförderten Vorhaben, Kennzahlen qualitativ und quantitativ, Größe der Zielgruppe, Anteil der Geförderten an der Zielgruppe, Anteil der Zielgruppe im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung, Kundenzufriedenheit, Anteil der zufriedenen Zuwendungsempfänger.

Ich glaube, das beschreibt ein sehr bürgerfernes Weltbild, weil die Zuwendungsempfänger der Kernbestand des bürokratischen Aufwandes sind. Im Kern geht es aber um etwas ganz anderes. Wenn Sie Kennzahlen für Umwelterfolge haben wollen, dann sind die schlichten Fragen zu beantworten: Ist aufgrund dieser Maßnahmen das Klima besser? Sind die Flüsse sauberer? Ist die Natur reicher geworden? Sind die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land zufrieden und nicht irgendwelche Institutionen, die Zuschüsse kriegen?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Es gibt einen ungestellten Haushaltsantrag, den ich hier wenigstens vortragen möchte. Das ist der Antrag, die Förderungsbereiche Umweltallianz und Klimaschutz in das Ressort von Herrn Corts umzusetzen; denn nach meiner Einschätzung gehören Theaterveranstaltungen zur Kultur und nicht zur ernsthaften Politik.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Kommen wir zu den strukturellen Fehlentscheidungen. Eine hat selbst die CDU zur Kenntnis genommen. Da geht es um die Dorferneuerung. Ja, wir wissen, die Mittel für die Dorferneuerung sind auch deswegen reduziert worden, weil die zusätzlichen Mittel, die nicht vom Land kommen, reduziert worden sind. Aber nein, selbst unter diesen Bedingungen ist die Entscheidung grundfalsch. Das Gegenteil ist richtig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn wir über Demografie und die Konsequenzen reden wollen, die die Menschen jetzt schon erreichen, dann müssen wir darüber reden, wie das Leben im ländlichen Raum funktionieren soll, wenn eine Infrastruktur nach der anderen, wenn ein Leistungsträger nach dem anderen wegzieht. Wir sagen, das Gegenteil von dem, was geplant ist, ist richtig. Wir brauchen keine Kürzung, sondern wir brauchen mehr Mittel, damit die Menschen im Land eine Zukunft haben und damit sie Arbeit haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nächster Punkt. Herr Minister, seit ich im Landtag bin, präzise seit der zweiten Sitzung des Umweltausschusses, habe ich das Vergnügen, mit Ihnen immer darüber zu diskutieren, dass Sie den Markt für ökologische Produkte im Lebensmittelbereich massiv unterschätzt haben. Der Effekt ist, dass heute, nachdem der Markt nach oben geht, weil die Leute merken, wie wichtig gesunde Ernährung ist, die Wertschöpfung aus diesem Bereich nicht in Hessen landet, zum Teil noch nicht einmal in Deutschland, sondern in Österreich und in Dänemark.

Ich sage Ihnen: Wenn Sie wirklich wollen, dass die Landwirte in Hessen davon einen Vorteil haben, dann müssen Sie dafür sorgen, dass der Einstieg in diese Produktion gefördert wird. Ich habe sehr den Eindruck, dass der Satz: „Was der Bauer nicht kennt, das frisst er nicht“ an dieser Stelle eine völlig neue Bedeutung bekommen hat. Wir glauben, dass wir dort etwas nachlegen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister, man merkt sehr deutlich, Sie kommen aus Nordhessen. Das merkt man an dem Umgang mit dem Thema Wald. Ja, Nordhessen hat viel Wald. Er kann gut genutzt werden. Aber Ihnen ist aus dem Blick geraten, dass im Wald nur noch Holz gehackt wird. Ihnen ist aus dem Blick geraten, dass Waldpädagogik und Erholungsfunktion nicht mehr geschützt werden. Aus dem Blick ist Ihnen außerdem geraten, dass in Südhessen der Wald regional zusammenbricht.

Auch das ist Vernichtung von Volksvermögen. Wenn wir es nicht schaffen, den Wald zu sanieren, dann werden wir über Jahrzehnte in bestimmten Regionen in Südhessen keinen mehr haben. Ich glaube, dass Sie kraft Amtes ver-

pflichtet sind, dem gegenzusteuern. Deswegen haben wir hierzu einen Vorschlag gemacht.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der letzte Punkt ist sozusagen ein doppelter. Der eine Teil betrifft die Frage erneuerbarer Energien und nachwachsender Rohstoffe. Ich habe Ihnen schon mehrfach vorgehalten, dass Sie immer nur das tun, was sowieso passiert. Auch Ihre Fraktion hat das gemerkt und will ein bisschen mehr Geld einstellen. Ich verweise wegen der Kürze der Redezeit nur auf das Programm für Energiepolitik, das der Kollege Frankenberger schon vorgestellt hat.

Was Sie im Gegenzug machen, das ist die berühmte, immer wieder diskutierte Förderung der ILK, der Länderkommission für Kerntechnik. Meine Damen und Herren, die Zigarettenindustrie hält sich ihre Forschungsinstitute für die Propaganda für die Abhängigen. Sie halten sich Ihr Forschungsinstitut für die Propaganda für Kernkraftabhängige. Das ist keine Gestaltung der Zukunft. Es ist das Gegenteil. So ist Ihr Haushalt, und so ist Ihre gesamte Politik. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat als erste Rednerin Frau Hammann das Wort.

Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Haushaltsansätze des Jahres 2007 belegen erneut das mangelhafte Engagement der CDU in Hessen im Umwelt- und auch im Naturschutzbereich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Gernot Grumbach (SPD))

Die CDU-Landesregierung steht immer noch auf der Bremse. Noch immer hat sie nicht erkannt, dass eine aktive und nachhaltige Umweltpolitik ein wichtiger Standortfaktor für Hessen ist. Ökologie und Ökonomie müssen zusammenpassen. Die Erfolgsgeschichte der regenerativen Energien in Deutschland macht dies deutlich. In Hessen stellt sich jedoch die CDU dieser Aufgabe nicht und versucht darüber hinaus immer wieder, wichtige Impulse, die vonseiten der EU kommen, zu behindern.

(Michael Boddenberg (CDU): 180 Millionen t!)

– Dazu kommen wir später, Herr Kollege Boddenberg. – Ich möchte nur daran erinnern, dass sich die Landesregierung zum Ziel gesetzt hat, nicht nur die EU-Feinstaubrichtlinie, sondern auch das europäische Naturschutzrecht, die so genannte FFH-Richtlinie, zu verwässern. Das hat auch eine Diskussion mit Herrn Hoff im Europaausschuss ergeben.

Meine Damen und Herren, am Haushaltsplan 2007 wird klar, dass die darin genannten Mittel und Maßnahmen gegen den Klimawandel, für das Engagement für eine langfristige und zukunftsfähige Energiepolitik sowie für eine vorsorgende Naturschutzpolitik in Hessen unzureichend sind.

Dies will ich verdeutlichen. Im Haushalt findet man unter Förderprodukt Nr. 2 „Klimaschutz“ gerade einmal

301.000 €. Meine Damen und Herren, für den Straßenbau stehen über 60 Millionen € zur Verfügung.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wahnsinn!)

Nach dem 10. Klimaschutzforum vom 2. November 2006 wissen wir nun auch, wie die Landesregierung die CO₂-Minderungsmaßnahmen umsetzen will, wie sie dem Klimawandel massiv entgegentreten will. 8 Millionen t CO₂ sollen bis zum Jahr 2012 eingespart werden. Ambitioniert ist dies auf keinen Fall zu nennen, da sich die Landesregierung hierbei voll und ganz auf den Weiterbetrieb der alten Schrottreaktoren in Biblis verlässt, die 6 Millionen t CO₂-Einsparung bringen sollen. Aber lange Stillstandszeiten des Atomkraftwerks oder auch die Erfüllung des Atomausstiegsvertrags ignoriert die Landesregierung dabei komplett. Dabei müsste sie sich dessen bewusst sein, dass durch den Wegfall der Atomkraftwerke weitere CO₂-Maßnahmen notwendig sind. Meine Damen und Herren, das muss Ziel dieser Landesregierung sein. Das ist auch unser Ziel.

Auch das Instrument der Umweltallianz ist bis heute nicht mit konkreten ambitionierten Zielvorgaben versehen. Das ist ein Kritikpunkt, den wir in jeder Haushaltsdebatte immer wieder nennen. Die Umweltallianz ist ein gutes Instrument, nur müsste sie vernünftig ausgestaltet werden. Ich kann nicht verstehen, dass es in Bayern möglich ist, die Umweltallianz so zu gestalten, dass festgezogene CO₂-Minderungsziele darin enthalten sind, in Hessen aber nicht.

Wir fordern von der Landesregierung, dass sie über ihre bisher bescheidenen Ansätze hinausgeht und endlich klimaaktiv wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Veranstaltungen wie das Klimaschutzforum, das auch wir besucht haben, sind für den Informationsaustausch wichtig. Da wird vieles erarbeitet; da kommen sehr viele Informationen heraus. Aber sie führen zu keiner einzigen vermiedenen Tonne CO₂. Konkrete Maßnahmen sind aber notwendig, um dem gigantischen Problem des Klimawandels wirkungsvoll entgegentreten zu können. Wir kritisieren, dass wichtige Klimaschutzprojekte, die es einmal unter Rot-Grün gegeben hat, von der CDU-Landesregierung nicht mehr fortgesetzt werden. Ich nenne stellvertretend das Drei-Städte-Klimaschutzprojekt Lampertheim/Viernheim/Lorsch oder die Klimaschutzregion Hessisches Ried. All das gibt es nicht mehr. Da könnte man wirklich CO₂-Minderungsmaßnahmen durchführen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen daher, dass die Haushaltsmittel um 30 Millionen € aufgestockt werden. Ich denke, das ist wirklich ein ambitioniertes Ziel, weil es heißt, dass man dem Klimawandel entschieden entgegentreten muss. Dazu muss man eben finanzielle Mittel bereitstellen und nicht sagen: Wir machen Veranstaltungen dazu, das kann genügen.

Meine Damen und Herren, diese Mittel wollen wir wirklich in eine zukunftsfähige CO₂-freie Energieerzeugung geben. Wir wollen, dass konkrete CO₂-Minderungsmaßnahmen umgesetzt werden. Ich sage dabei ganz deutlich: Die öffentliche Hand ist hier in einer Vorreiterrolle.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die energetische Sanierung von Liegenschaften des Landes muss durch ein Sonder-

programm beschleunigt werden. Das ist unser Ziel. Wir wollen die Gemeinden und die Wohnungsbaugesellschaften durch die Förderung von Pilotprojekten in die Lage versetzen, neue Technologien einzusetzen. Das schafft Arbeitsplätze im Bereich des Handwerks und führt effektiv zur CO₂-Minderung.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Aber auch das bürgerliche Engagement für den Klimaschutz im Rahmen der Agenda 21 soll durch Projektförderungen und eine wirkungsvolle Koordination gestärkt werden. All das gab es einmal. Aber Sie haben das in Ihrer Regierungszeit leider beendet, obwohl CO₂-Minderungsmaßnahmen vor Ort umgesetzt werden müssen und die Agenda-21-Gruppen in der Vergangenheit einen erheblichen Beitrag dazu geleistet haben, dass es zu diesen Minderungen gekommen ist.

Meine Damen und Herren, es war ein Fehler, dass die Hessen-Energie verkauft wurde.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Hessen-Energie wieder in das Eigentum des Landes Hessen übergeht. Wir wollen, dass hier eine Plattform für Beratungen, für eine Umsteuerung in der Energiepolitik und für Maßnahmen, die dem massiven Klimawandel entgegentreten, geschaffen wird.

Meine Damen und Herren, jahrelang hat die CDU an dem Erneuerbare-Energien-Gesetz massiv Kritik geübt. Heute können wir feststellen, dass sich dieses marktwirtschaftliche Instrument bewährt hat. Marktwirtschaftliche Instrumente haben eine hohe Bedeutung. Deshalb stehen wir dazu, dass auch die Gewässerschutzabgabe als marktwirtschaftliches Instrument wieder eingeführt wird.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir setzen uns für eine Strategie weg von begrenzten Ressourcen wie Uran und Öl ein. Statt der strahlenden Brennelemente im Atomkraftwerk Biblis setzen wir auf das Strahlen der Sonne. Wir wollen Hessen zum Solarland, zum Land der blauen Dächer machen, und das ist nicht utopisch angesichts des Potenzials, das wir auch in Hessen haben. Wir setzen darauf, dass das Erneuerbare-Energien-Gesetz weitergeführt wird. Wir wollen die Voraussetzungen im Land Hessen verändern und die Förderung im Hinblick auf die massiven Potenziale, die wir hier haben, verstärken. Wir wollen Informationen, wir wollen Beratung, wir wollen, dass die Fotovoltaik auch in Hessen einen bedeutenden Stellenwert bekommt.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Erfüllung der Vorbildfunktion des Landes, regional ausgerichtete Öffentlichkeitskampagnen sowie die Einführung einer landesweiten Dachbörse werden dazu beitragen, dass diese Potenziale ausgeschöpft werden. Eine Energiesparkampagne sowie – das ist für uns ganz besonders wichtig – die Einrichtung eines hessischen Energieeffizienzfonds sollen darüber hinaus hohe Energiekosten mindern und die Abhängigkeit von großen Stromversorgungsunternehmen verringern.

Die Attacken, die Herr Minister Rhiel im Moment gegen die Offshore-Pläne der Bundesregierung fährt, sind nicht zielführend, denn wir wissen ganz genau, dass der Off-

shore-Bereich einen großen Anteil an der zukünftigen Energieversorgung haben wird.

Meine Damen und Herren, kurz noch zwei wichtige Punkte. Im Naturschutz wollen wir, dass das Vorzeigeprojekt Nationalpark Kellerwald-Edersee und auch der Vertragsnaturschutz in der Natura 2000 mit weiteren finanziellen Mitteln ausgestattet werden.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Aber auch natürliche, saubere Gewässer in Hessen sind uns ein besonderes Anliegen. Das, was bisher in der Politik der CDU erkennbar ist, ist absolut unzureichend. Auch hier wollen wir verstärkt Mittel hineingeben, damit unsere Gewässer wieder sauber werden und damit wir mehr Renaturierungsmaßnahmen in Hessen umsetzen können.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Umwelt- und Naturschutz sind für uns wichtige Felder, die in Hessen vonseiten der CDU entgegen ihrem Stellenwert behandelt werden. Wir brauchen daher eine Neubesinnung, denn eine vernachlässigte Umwelt- und Naturschutzpolitik schwächt den Standort Hessen. – Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Für die Fraktion der FDP hat Herr Kollege Heidel das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Heinrich Heidel (FDP):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Einzelplan 09 ist der kleinste im Landeshaushalt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt jetzt nicht! Der Einzelplan 10 ist noch kleiner!)

Auf ihn entfallen ungefähr 3,5 % der Gesamtausgaben. Er ist nach unserer liberalen Auffassung sehr übersichtlich gestaltet.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP und der CDU – Michael Boddenberg (CDU): Das machen wir nur wegen euch!)

Herr Kollege Milde, im Gegensatz zu der Kritik, die in vielen anderen Bereichen an den Fachzielen und den Förderprodukten geübt wurde, empfinden wir es als recht gelungen, wie die Förderprodukte und die Ziele hier zugeordnet sind. Man merkt, dass im Umweltministerium schon lange mit dieser Haushaltsstruktur gearbeitet worden ist. Ich denke, das wird an dieser Stelle deutlich und zeigt auf, dass wir mit der neuen Haushaltsführung auch transparent arbeiten können, wenn es rund läuft.

Ich will mich auf wenige Punkte beschränken. Wir haben zwei Anträge zu dem Einzelplan 09 eingebracht: zum einen, bei der Biomasseförderung eine Steigerung der Mittel um 4 Millionen auf 8 Millionen € vorzunehmen; denn wenn wir Biomasse wollen, müssen Investitionswillige auch in Zukunft auf Unterstützung des Landes setzen können.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das muss ein politisches Signal sein. Dieses Signal muss sich auch im Haushalt wiederfinden. Wir wollen nicht nur die Mittel bedeutend ausweiten, sondern wir wollen auch, dass damit die Chancen der ländlichen Räume verbessert werden. Wir sind der Meinung, dass Biomasse auf die Zukunft der Energiemärkte eine ähnlich große Wirkung haben wird, wie das Internet sie auf die heutige Kommunikation hat. Erneuerbare Energien werden eine wichtige Rolle spielen. Es muss möglich sein, in Zusammenarbeit von Kommunen und Versorgern mit Landwirten oder anderen Betreibern von Biomasseanlagen auf dezentrale regenerative Energieversorgung aufzubauen. Das muss unser Ziel sein.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Unabhängig!)

Aus diesem Grund ist es sinnvoll, dass auch in die Forschung im Bereich der erneuerbaren Energien investiert wird. Forschung und Markterprobung sind zwei Punkte, die wir durch ökonomische Anreize fördern wollen, um im Hinblick auf das von uns allen gewünschte Ziel der Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien auf einen Anteil von 15 % bis zum Jahr 2015 zu kommen.

Was heißt „die Forschung verstärken“? Forschung und Entwicklung sollen dazu führen, dass wir das Potenzial der Bioenergie optimal nutzen können. Dazu gehören verstärkte Anstrengungen, Sorten speziell für die Nutzung als Energiepflanzen zu züchten. Dazu gehören die geeigneten vorurteilsfreien Bedingungen, um die Entwicklung technischer Anlagen zur thermischen Verwertung der Biomasse und der Stromerzeugung voranzutreiben. Dazu gehören Anstrengungen zur Schaffung und Herstellung synthetischer Biokraftstoffe und die verstärkte Forschung hinsichtlich der Nutzung des Biowasserstoffs und die verstärkte Nutzung des Biowasserstoffs. Ich glaube, wir können dabei auf das vorhandene Know-how der ISET, der Hessen-Energie oder der Hessen-Rohstoffe zurückgreifen. Ich wollte damit nur einige nennen.

(Beifall bei der FDP)

Auch ich plädiere dafür, dass in diesen Bereichen eine Bündelung der Aktivitäten vorgenommen wird. Es sind viele Akteure unterwegs. Das muss zusammengeführt werden. Daraus muss ein Netzwerk entwickelt werden.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Unser Ziel besteht darin, dass in Zukunft zumindest 25 % der Ackerfläche für den Anbau von Pflanzen zur Erzeugung von Energie genutzt wird. Herr Minister, es geht auch darum, Standorte für BtL-Anlagen zu finden und die entsprechenden Unternehmen dafür zu gewinnen, hier in Hessen zu investieren.

Es geht aber auch darum, dass wir noch einmal darüber reden müssen, ob das, was hinsichtlich der Besteuerung des Biodiesels beschlossen wurde, zielführend ist. Denn diejenigen, die darin investiert haben, haben genauso wie Herr Schröder oder Gazprom von dieser Landesregierung einen gewissen Vertrauensschutz zu erwarten.

(Beifall bei der FDP)

Ich komme zum zweiten Punkt. Wir haben, wie im vergangenen Jahr, für diesen Haushaltsteil die Einführung ei-

nes Hessischen Klimaschutzpreises beantragt. Flankierend zu dem politischen Signal, das wir mit der verstärkten Nutzung nachwachsender Rohstoffe setzen wollen, sollte ein Hessischer Klimaschutzpreis ausgelobt werden. Ich glaube, für uns alle ist unstrittig, dass der Klimaschutz nicht nur auf Konferenzen in Kioto oder Montreal behandelt werden soll. Vielmehr muss und soll der Klimaschutz vor Ort betrieben werden.

Ich möchte in diesem Zusammenhang nur darauf hinweisen, dass es bereits einen europäischen Klimaschutzpreis gibt, der im vergangenen November an zwei deutsche Kommunen verliehen wurde, die sich allerdings leider nicht in Hessen, sondern in Nordrhein-Westfalen befinden. Wir haben erfahren, dass es auch in Österreich einen Klimaschutzpreis gibt, der jährlich vergeben wird. Ich denke, wir sollten die Chance und die Möglichkeit nutzen, mit einem Klimaschutzpreis einen Anreiz schaffen und damit dafür Sorge tragen, dass der Klimaschutz, ähnlich wie der Umweltschutz, in die Köpfe der Menschen hineingelangt.

Das Förderprodukt „Förderung einer wettbewerbsfähigen Landwirtschaft“ wurde in viele einzelne Programme aufgesplittet. Das Kernstück ist aber nun einmal die ELER-Verordnung, die vorgelegt wurde. Herr Minister, wir haben das Thema ELER-Verordnung im Ausschuss mehrfach besprochen. Ich möchte dazu letztlich anmerken, dass das leider – ich sage: leider – wenig transparent gewesen ist. Auch die Anhörung der Sozialpartner hat hinterher wenig Einfluss auf die Gestaltung des Programms gehabt. Es findet sich wenig von dem, was auf diesen Veranstaltungen diskutiert wurde, in diesem Programm wieder. Hier hätte man sich eine bessere Verzahnung derjenigen, die in diesem Bereich tätig sind, mit dem gewünscht, was die Landesregierung jetzt in diese Verordnung hineingeschrieben hat.

Die Schwerpunktsetzung auf die Biomasse habe ich angesprochen. Bei der Agrarförderung geht es um eine Erhöhung der Förderung der Investitionen. Das entspricht genau dem, was wir in den letzten Haushaltsberatungen angesprochen haben. Wir hatten einen entsprechenden Änderungsantrag zum Haushalt gestellt, damit dafür Mittel zur Verfügung gestellt werden. Das wurde von der Landesregierung abgelehnt. Herr Minister, nach Ihren eigenen Aussagen ist die Folge davon gewesen, dass 30 Anträge derzeit nicht bearbeitet werden können und auf Halde liegen.

Ich will in diesem Zusammenhang einen letzten Punkt ansprechen. Das ist vor einigen Tagen relevant geworden. Das betrifft die Ausgleichszulage, die AGZ. Nachdem sie im vorigen Jahr auf zwei Raten ausgezahlt werden musste, haben wir alle das ganze Jahr darüber diskutiert, wann die Mittel in diesem Jahr ausgezahlt werden. Die Landesregierung, das Ministerium, verwies in diesem Zusammenhang immer wieder auf Anfang Dezember. Jetzt, wenige Tage vor Anfang Dezember, heißt es auf einmal: Ätsch, ätsch, das war nichts, ausgezahlt wird zwischen Weihnachten und Neujahr. – Das kann so nicht sein. Herr Minister, das ist mit Sicherheit keine vertrauensbildende Maßnahme. Sie sollten noch einmal darüber nachdenken, ob es Planungssicherheit für die Bereiche gibt, für die Sie Verantwortung tragen.

(Beifall bei der FDP)

Ich denke, ich kann es mir schenken, etwas zum Thema Verbraucherschutz und der Eingreiftruppe zu sagen. Ich will in diesem Zusammenhang nur eine Anmerkung ma-

chen. Denn in den letzten Wochen und Monaten gab es sehr intensive Diskussionen über die Lebensmittelskandale. Ich erkläre für die FDP-Fraktion: Wir wollen –

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kein Gammelfleisch!)

– Herr Kollege Kaufmann, das ist absolut richtig.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir wollen das auch nicht!)

Wir wollen gesunde Nahrungsmittel aus heimischer Produktion,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist eine sehr gute Idee!)

die dazu beitragen, eine flächendeckende Landwirtschaft

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine flächendeckende Landwirtschaft ist zu viel!)

sowie gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilen unseres Hessenlands zu erhalten. Dafür wird sich die FDP einsetzen. – Danke.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU) – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kornkraft statt Kernkraft!)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Wir wollen uns heute Abend gut ernähren. Wir sind gut in der Zeit. – Ich erteile jetzt Herrn Häusling das Wort, der sich auch bemüht, gesunde Lebensmittel zu erzeugen. Herr Häusling, bitte sehr.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt kommt der Biobauer!)

Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde mich jetzt den anderen Bereichen, die unser Minister zu verwalten hat, widmen, und zwar dem Verbraucherschutz, der Landwirtschaft und dem Forst. Auch dazu gibt es einiges zu sagen. Meine Kollegen sind schon auf viele Punkte eingegangen.

Aber man sollte sich gerade einmal den Bereich angucken, den Heinrich Heidele zuletzt genannt hat, den Verbraucherschutz. Man hat immer den Eindruck, dass Sie den eher zufällig bekommen haben. In den letzten sieben Jahren haben Sie den Verbraucherschutz überhaupt nicht vorangebracht. Nein, Sie haben da sogar abgebaut. Es ist dann natürlich kein Wunder, dass wir in Hessen wie in Bayern Skandale haben. Deshalb muss man sich fragen: Funktioniert der Verbraucherschutz in Hessen?

Nachdem das kommunalisiert war, waren Sie nicht einmal in der Lage, zu sagen, wie viele Lebensmittelkontrolleure wir in Hessen im Einsatz haben. Es gibt 130 Planstellen. 102 Personen tun in Hessen ihren Dienst.

Sie haben das kommunalisiert. Das haben wir immer kritisiert. Bei dieser Kritik bleiben wir auch. Wo bleiben denn in diesem Bereich, bitte schön, Ihre Handlungen? Was unternehmen Sie, damit zumindest ausreichend Personal für diesen Bereich zur Verfügung gestellt wird? Herr Minister, da gibt es eine absolute Fehlzanzeige.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister, eines ist Ihnen dann wirklich gelungen: Sie haben zu einem medialen Trick gegriffen. Sie haben die Task-Force Lebensmittelsicherheit ins Leben gerufen. Wir haben gerade gestern in der Plenarsitzung die spannende Frage behandelt, zu wie vielen Einsätzen diese Task-Force gerufen wurde.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zu keinem!)

Die Antwort lautet: zu gar keinem Einsatz. – In Hessen kam es zu keinem Einsatz der Task-Force. Sie traten einmal vor die Kameras. Dann haben sie ihre Sachen wieder zusammengepackt und sind nach Hause gegangen, so als ob es keinen Bedarf gebe, etwas zu machen. Herr Minister, das stimmt aber nicht. Sie haben da ein rein mediales Ereignis inszeniert. Das ist Ihnen sicherlich gelungen. Wir werden Ihnen da aber kräftig auf die Finger klopfen. Sie müssen in Hessen Verantwortung für den Verbraucherschutz übernehmen. Sie können nicht sagen, das sei jetzt kommunalisiert, deswegen hätten Sie nichts mehr damit zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister, ich möchte auf einen zweiten Bereich zu sprechen kommen, für den wir im Haushalt ebenfalls wieder Mittel beantragen werden. Sie lassen nach wie vor die Verbraucherzentralen Hessens am ausgestreckten Arm verhungern. Im Rahmen der „Operation düstere Zukunft“ haben Sie damals die Mittel mächtig gekürzt. Sie haben sie bis heute nicht wieder aufgestockt. Gerade die Arbeit der Verbraucherzentralen kann im Sinne eines vorbeugenden Verbraucherschutzes überhaupt nicht wegedacht werden. Das Gegenteil ist sogar der Fall. Die Verbraucherzentralen werden noch mehr Aufgaben bekommen. Deswegen werden wir beantragen, im Sinne eines vorbeugenden Verbraucherschutzes die Mittel für die Verbraucherzentralen wieder aufzustocken.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte jetzt noch einmal auf den Umweltminister Dietzel und den Agrarminister Dietzel zu sprechen kommen. Hinsichtlich der Biomasse ziehen Sie sehr wortreich durch die Lande. Sie sagen immer, Sie hätten das Ziel mit den 15 %. Bis wann wir das erreicht haben sollen, sagen Sie auch immer. Aber das stimmt nicht. Sie werden das Ziel, bis zum Jahr 2015 diese 15 % zu haben, nie und nimmer erreichen, wenn Sie in diesem Tempo vorgehen. Sie haben dafür 4,1 Millionen € in Ihrem Haushalt. Dabei leben Sie auch ein bisschen davon, dass es in Hessen einmal eine Grundwasserabgabe gab. Denn damit werden die Mittel aufgestockt. Damit können Sie aber nichts wegen.

Herr Minister, was ist denn mit dem Leuchtturm Hessen-Rohstoffe geschehen? Es ist um dieses hessische Kompetenzzentrum still geworden. Im Frühsommer wurde dessen Chef abgelöst. Das Ganze wurde sozusagen vom Landesamt für Landwirtschaft übernommen. Seit dieser Zeit herrscht großes Schweigen.

Es gibt eine Kampagne für die Nutzung der Pellets. Das ist unbestritten. Aber die Pellet-Heizungen würden auch ohne Hessen-Rohstoffe vorankommen. Dafür brauchen wir kein Kompetenzzentrum.

Herr Minister, wenn Sie das wirklich weiterentwickeln wollen, müssen Sie Geld in die Hand nehmen. Ich schließe

mich Herrn Heidel da durchaus an. Sie müssten dann die Kompetenzen bündeln und in Hessen etwas in die Wege leiten. Da ist aber nichts erkennbar.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister, man muss Ihnen Ihre Bilanz immer wieder nennen: In Hessen haben wir 50 Biogasanlagen. In Bayern gibt es 800. Dort befinden sich noch 200 im Genehmigungsverfahren. Bayern ist nicht so weit weg. Wir werden nie die Zahl erreichen, die es in Bayern gibt. Aber auch die von Ihnen in Auftrag gegebene Biomassepotenzialstudie sagt, dass wir in Hessen 800 Biogasanlagen erreichen könnten. Dafür müssten Sie einen Zahn zulegen. In dieser Richtung sehen wir aber nichts.

Ich möchte jetzt auf den Agrarminister Wilhelm Dietzel zu sprechen kommen. Da gibt es das ELER-Programm, das neu aufgelegt wird. Wenn wir uns das genauer ansehen, erkennen wir, dass das eine Fortsetzung Ihrer verfehlten Förderpolitik im Rahmen der Landwirtschaft ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister, Sie haben bei einer Veranstaltung einmal gesagt, wenn wir in Hessen 2.500 Vollerwerbsbetriebe hätten, hätten wir sozusagen wettbewerbsfähige Strukturen. Das heißt doch im Klartext, es müssen in den Bereichen noch 6.000 Betriebe aufgegeben und noch 12.000 Arbeitsplätze verschwinden, und dann haben wir wettbewerbsfähige Strukturen. Wenn das ein Minister sozusagen nebenbei sagt, frage ich mich: Wozu gibt es, bitte schön, eine Förderpolitik, wenn Sie sagen, damit wollten Sie im Grunde Arbeitsplätze abbauen? Ihre massive Förderung der intensiven Landwirtschaft wird genau dazu führen.

Dazu sagen wir: Ergibt es denn einen Sinn, öffentliche Mittel für den Arbeitsplatzabbau zur Verfügung zu stellen? Investieren Sie doch in den Bereich, der nicht nur in Hessen, sondern überall in der Bundesrepublik am massivsten wächst, nämlich in den Biomarkt. Ihre Antwort auf den wachsenden Biomarkt ist, dass Sie in Hessen die Förderprämien absenken und das Ganze nebenher laufen lassen. Sie haben doch bis heute nicht erkannt, dass das – für hessische Verbraucher, aber vor allem auch für hessische Landwirte – ein riesengroßer Markt mit riesengroßen Chancen ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister, Sie bleiben ganz Ihrer Ideologie nach dem Motto „Da gibt es etwas Grünes am Rande“ treu. Mit dem Biolandbau kann man sich in der Öffentlichkeit gelegentlich schmücken. Aber in der Wirklichkeit, in der harten Verteilungspolitik, wird dieser Bereich von Ihnen nach wie vor weitestgehend ignoriert.

Damit verschläft die Landesregierung an vielen Punkten die Entwicklung des ländlichen Raums. Für den ländlichen Raum gibt es große Chancen durch die erneuerbaren Energien. Auch der Biomarkt bietet große Chancen für den ländlichen Raum. Aber Sie nehmen diese Chancen einfach nicht wahr.

Die Mittelkürzungen bei der Entwicklung des ländlichen Raums haben zwar nicht Sie zu verantworten; dafür ist Frau Merkel verantwortlich. Aber Sie haben auch nie massiv gegen Frau Merkel gekämpft, um zu verhindern, dass diese Mittelkürzungen kommen. Sie haben einfach geschwiegen, als ob das von Gott gewollt wäre. Das ist mitnichten so. Sie hätten sich dafür einsetzen müssen, dass die Mittel der zweiten Säule – so, wie es in Österreich gelungen ist – auch in Hessen zur Verfügung stehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zu meinem letzten Punkt, dem Forstminister Wilhelm Dietzel. Es ist unbestritten, dass Sie das Image des „Kettensägen-Ministers“ jetzt nicht mehr so betonen. Aber ich muss sagen, dass Sie bei Hessen-Forst sozusagen mit der Kettensäge Personal wegrasiert haben. In keinem anderen Bereich der Landesverwaltung ist das so durchgesetzt worden. Was die Forstarbeiter betrifft, so bauen Sie 600 Arbeitsplätze ab – und das in einer Situation, in der aufgrund der steigenden Nachfrage nach Energieholz eigentlich große Marktchancen vorhanden sind.

Was macht Hessen-Forst? Wir hatten am Montag eine Diskussion im Leitungsgremium. Hessen-Forst setzt darauf, hoch qualifizierte Arbeitsplätze aus dem hessischen Forst herauszunehmen und stattdessen Billigarbeitskräfte einzustellen, die unter miserablen Bedingungen – sie verrichten in Turnschuhen Forstarbeiten – und zu Dumpinglöhnen arbeiten. Gleichzeitig wird gutes hessisches Personal umgeschult und in Bereiche abgeschoben, wo es eigentlich gar nicht hingehört. Das ist Arbeitsplatzvernichtung im ländlichen Raum mit staatlicher Förderung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister, an diesem Punkt wundere ich mich immer wieder – wenn ich das noch sagen darf –: Wir haben einmal eine Gesetzesinitiative dazu gestartet, wie wir den Anbau von Energieholz in Hessen fördern können. Hessen-Forst sagt an diesem Punkt: Wir bedienen diesen Markt mit, aber das ist nicht unser Ziel; wir bedienen erst einmal den globalen Markt mit Holz, erst dann kommt der hessische Markt. – Herr Minister, das, was Sie in diesem Bereich betreiben, ist keine zukunftsfähige Politik, sondern das ist das Abwickeln eines Landesbetriebs. Dass gute Zahlen vorliegen, kommt Ihnen quasi noch entgegen. Sie können nun wirklich nichts dafür, dass die Holzpreise steigen. Aber Sie nehmen die Chance nicht wahr.

Letzter Satz. Das betrifft die Gentechnik. Wir werden beantragen, dass Hessen 500.000 € für die Unterstützung der gentechnikfreien Regionen in diesen Haushaltsplan einstellt; denn, lieber Heinrich Heide!, die gentechnikfreie Nahrungsmittelproduktion soll ein Markenzeichen der hessischen Landwirtschaftspolitik werden. Das möchten wir gefördert haben. Dafür werden wir uns weiterhin einsetzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Für die Union hat Frau Kollegin Apel das Wort.

Elisabeth Apel (CDU):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Märchenstunde à la Martin Häusling ist vorbei. Jetzt bleiben wir bei den Fakten. Auch in Zukunft wird die Erzeugung regenerativer Energien aus Produkten unserer heimischen Felder und Wälder einer der zentralen Leuchttürme zur Zukunftssicherung dieses Landes sein.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden damit die Wertschöpfung aus dem ländlichen Raum erhöhen. Wir werden fossile Energien durch nachwachsende Rohstoffe substituieren, das Klima schonen und bei den Energiepreisen erhebliche Kosten einsparen.

Herr Kollege Häusling hat eben angemerkt, wir müssten mehr Geld in die Hand nehmen. Bleiben wir dabei und sehen uns an, an welchen Punkten wir Geld in die Hand genommen haben und wo uns das von der Politik unter rot-grüner Regierungsverantwortung unterscheidet.

Beispielsweise stellen wir in diesem Jahr 5,1 Millionen € für Biorohstoffe bereit. Zum Vergleich: In den Zeiten unter rot-grüner Regierungsverantwortung, von 1991 bis 1999, gab es dafür – in acht Jahren – insgesamt 2,6 Millionen €. Das entspricht einem jährlichen Betrag von 328.000 €: 328.000 € im Verhältnis zu den 5,1 Millionen €, die wir im Landeshaushalt 2007 bereitstellen.

(Beifall bei der CDU)

Das heißt, wir stellen bei der Bioenergie das Fünfzehnfache dessen, was die frühere Landesregierung ausgegeben hat, zur Förderung nachwachsender Rohstoffe aus ländlichen Räumen bereit. Das sind Riesenschritte, um unser selbst gestecktes Ziel zu erreichen, nämlich im Jahre 2015 15 % der Energie aus regenerativen Energiequellen zu gewinnen.

Die Ausweitung des Erfolgsmodells „Bioregio Holz“ auf weitere Gebiete wird eines unserer zentralen Aufgabfelder sein. Innerhalb von drei Jahren wurde das von der Landesregierung anvisierte Ziel weit übertroffen. In dieser „Bioregio Holz“ werden heute weit mehr als 40 % des kommunalen Wärmebedarfs mit Holz aus heimischen Wäldern gedeckt, das im Übrigen bis 1999 vielfach ungenutzt auf dem Waldboden liegen blieb.

Die Nennleistung der derzeit installierten Anlagen im Knüll liegt bei 7.300 kW. Das entspricht einer jährlichen Heizöleinsparung von 1,5 Millionen l. Gleichzeitig wird damit die Menge der schädlichen Treibhausgase jedes Jahr um über 4.000 t reduziert. Das ist aktive Klimaschutzpolitik. Gleichzeitig konnten die Energiekosten um zwei Drittel reduziert werden, und die Wertschöpfung der Region wurde verdoppelt.

Hinzu kommen die 63 Biogasanlagen in Hessen mit einer Nennleistung von insgesamt 17 Megawatt. Sie liefern im Jahr über 100.000 Megawattstunden Strom und ersetzen damit

(Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Biblis!)

eine Heizölmenge von fast 30 Millionen l.

(Beifall bei der CDU)

Mit dieser Form der Stromerzeugung werden gleichzeitig jedes Jahr 90.000 t CO₂ eingespart, und die Energiekosten werden um mindestens 50 Millionen € pro Jahr reduziert. Das ist ein Betrag, der im Übrigen der ländlichen Region in Form einer höheren Wertschöpfung zugutekommt.

(Beifall bei der CDU)

Über die Nutzung der anfallenden Wärme könnten noch einmal 14 Millionen l Heizöl und 40.000 t CO₂ eingespart werden, wodurch sich die bisher schon erkennbaren positiven Effekte verstärken würden.

Wir erwarten auch in Zukunft, dass durch unsere kluge Förderpolitik jährlich mindestens 15 neue Biogasanlagen mit einer Gesamtnennleistung von 4,2 Megawatt hinzukommen.

Darüber hinaus laufen in Hessen mit sehr großem Erfolg Forschungsvorhaben zur energetischen Verwertung von Biomasse. Beispielsweise gibt es am Eichhof derzeit ein

Pilotprojekt zur Direkteinspeisung von Biogas in das vorhandene kommunale Erdgasnetz. An der Uni Frankfurt läuft ein Forschungsprojekt zur Kraftstoffherstellung aus verholzter Biomasse, die von Naturschutzflächen stammt oder auch aus Stroh hergestellt wird. Das macht deutlich, dass wir uns auf unseren Erfolgen nicht ausruhen,

(Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Da gibt es auch nichts auszuruhen!)

sondern mit Konsequenz und vor allem mit Tatkraft weiterhin für neue Erfolge sorgen.

Es macht auch ein wenig deutlich, worin die energiepolitischen Unterschiede zwischen dieser Landesregierung und der rot-grünen Vorgängerregierung liegen. Während Sie sich in Ihrer Regierungsverantwortung auf die Verhinderung notwendiger sicherheitserhöhender Maßnahmen in Biblis konzentrierten und den Ausbau regenerativer Energien in Bayern erstaunt und tatenlos beobachteten, handeln wir.

Wir setzen konsequent auf die Substitution alter, das Klima und die Wirtschaft schädigender Energie aus Nahost durch neue klima- und wirtschaftsfreundliche Energie aus Produkten der heimischen Felder und Wälder. Ganz nebenbei kann durch ein konsequentes Konsolidierungsprogramm der Zuschussbedarf des Landes an Hessen-Forst von 56 Millionen € im Jahr 2001 auf rund 28 Millionen € im Jahre 2007 reduziert werden – und das bei einer gleichzeitigen Übernahme zusätzlicher Aufgaben mit Kosten in Höhe von über 11 Millionen €. Wohlgemerkt: selbstverständlich unter Beibehaltung des Nachhaltigkeitsprinzips.

All das war nur durch strukturelle Veränderungen, durch Gründung des Landesbetriebes Hessen-Forst, durch Reduzierung von über 260 Dienststellen und 1.000 Mitarbeiter auf allen Ebenen und Erlösverbesserungen beim Holzverkauf und der Jagdpacht möglich. An dieser Stelle danke ich im Namen meiner Fraktion ausdrücklich denjenigen, die diesen schmerzhaften Veränderungsprozess mitgetragen haben und gegebenenfalls heute noch in neuer Verantwortung den nachhaltigen Erfolg dieses alternativen Konsolidierungskurses sichern helfen.

Meine Damen und Herren, während wir versuchen, Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger abzubauen, wollen SPD und GRÜNE die von uns abgeschaffte Grundwasserabgabe wieder einführen. Bei den GRÜNEN wird dies als Gewässerschutzabgabe bezeichnet, die den Wasserverbrauchern jedes Jahr 100 Millionen € aus der Tasche ziehen soll. Anstatt diese 100 Millionen € tatsächlich dem Gewässerschutz zuzuführen, ist laut Haushaltsanträgen der GRÜNEN hierfür lediglich ein Betrag von 11 Millionen € vorgesehen.

(Lachen und Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt, nur 10 % dessen, was sie von den Bürgerinnen und Bürgern abkassieren wollen, soll tatsächlich dem Zweck zugeführt werden, der augenscheinlich dafür vorgesehen ist. Der Löwenanteil von 89 % versickert wieder weitab von dem vorgesehenen Zweck.

(Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Von was reden Sie denn?)

Das ist Etikettenschwindel, und das ist Wählertäuschung. Sie versuchen erneut, diesen Trick anzuwenden. Das hatten wir alles schon einmal in Hessen. Das nannte sich damals Grundwasserabgabe. Es wurden damals insgesamt

100 Millionen DM einkassiert. Sie hatten damals wenigstens noch 50 % davon für den Grundwasserschutz vorgesehen. Jetzt sind Sie so dreist, dass Sie nur noch 10 % von dem, was Sie von den Verbrauchern abkassieren wollen, tatsächlich für Gewässerschutz vorsehen.

Meine Damen und Herren, zusätzliche 2 Millionen € wollen wir für landwirtschaftliche Betriebe in benachteiligten Gebieten bereitstellen, die damit auf insgesamt 14 Millionen € zurückgreifen können. Weitere 2 Millionen € sehen wir für investitionsbereite landwirtschaftliche Betriebe vor. Damit stehen künftig allein für investive Vorhaben in landwirtschaftlichen Betrieben fast 13 Millionen € zur Verfügung. Auch hier liegen wir mit über 15 % deutlich über den in rot-grüner hessischer Regierungsverantwortung zur Verfügung gestellten Mitteln. Wir unterstützen damit einmal mehr diejenigen Leistungsträger in der Landwirtschaft, die mit innovativen Konzepten ihre Betriebe in einem immer schärfer werden Konkurrenzkampf gut platzieren wollen.

Selbstverständlich werden wir im Umweltbereich unseren erfolgreichen Kurs zur Altlastensanierung fortsetzen. Während das bisherige Altlastensanierungsprogramm, für dessen zukunftsweisende Umsetzung Hessen dem weltweit begehrten Phoenix-Award erhielt, voraussichtlich 2008 zum Abschluss gebracht werden kann, werden wir im kommenden Jahr Kommunen bei der Sanierung ihrer kommunalen Altlasten mit einem neuen 50-Millionen-€-Programm unter die Arme greifen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, mit riesengroßem Erfolg wird derzeit das 500-Millionen-€-Förderprogramm zur Sanierung kommunaler Abwasseranlagen in Anspruch genommen. Einmal mehr stellt die Landesregierung ihre Partnerschaft mit den Kommunen auf sehr praktische und sehr hilfreiche Weise dar, löst damit dringend benötigte Auftragsvolumina im Baugewerbe aus und stellt unter Beweis, dass sich ökologische und ökonomische Vorteile nicht ausschließen.

In der Gewässerrenaturierung haben wir seit 1998 die Mittel um mehr als das Zweieinhalbfache auf nunmehr 6,7 Millionen € gesteigert

(Beifall bei der CDU)

und damit viele Fließgewässer in Hessen in ihren ursprünglichen Zustand zurückgeführt. Im Hochwasserschutz steigen die hessischen Fördergelder seit 1997 von ehemals 300.000 € auf fast 13 Millionen € im Jahre 2005.

(Axel Wintermeyer (CDU): Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, das geschieht unter Einbeziehung von Deichsanierungsmaßnahmen mit 10 Millionen € jedes Jahr, die sich von den lächerlichen 300.000 €, die 1998 noch für die Deichsanierung ausgegeben wurden, wohltuend abheben.

Auch der gesamte Naturschutz stellt sich als Erfolgsmodell der Landesregierung und der sie tragenden Fraktion heraus. Die Mittel für den Vertragsnaturschutz erhöhten sich in Hessen innerhalb von zehn Jahren um das Vierzehnfache auf nunmehr fast 9 Millionen €, während gleichzeitig die Vertragsnaturschutzflächen von ehemals mageren 2.000 ha in Ihrer Regierungsverantwortung auf stolze weit über 31.000 ha vervielfacht haben. Die Gesamtausgaben für den Naturschutz haben sich seit 1997 nahezu verdoppelt – wohlgemerkt: ohne die zusätzlichen Mittel für den Nationalpark Kellerwald, der erst mit un-

serer Naturschutzpolitik in der Region mehrheitsfähig wurde.

(Beifall bei der CDU – Axel Wintermeyer (CDU): So ist es! Die GRÜNEN haben geredet, und wir haben gehandelt – wie immer!)

Auch bei der Aufgabenwahrnehmung im Rahmen europäischer Schutzgebietsvorschriften schreibt sich die Bilanz dieser Landesregierung als ein einziger Erfolg.

(Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach!)

Während Sie sich 1998, als Natura 2000 längst hätte abgeschlossen werden müssen, versuchten, mit der Alibiausweisung von ohnehin unter Naturschutz stehenden Landesflächen durchzumogeln, haben wir mit riesiger Kraftanstrengung die gemeldeten Natura-2000-Flächen in Hessen um das Dreizehnfache auf nunmehr 440.000 ha gesteigert und damit 21 % unserer gesamten Landesfläche dem europäischen Regime unterworfen.

Die finanzielle Bewältigung dieser Mammutaufgabe lässt sich nur darstellen, indem künftig haushaltsunabhängig Kompensationsmittel in die FFH- und Vogelschutzgebiete gelenkt werden. Nicht nur hier mögen wir uns auf europäischer Ebene die selbstverständliche Einführung des Konnexitätsprinzips wünschen, wonach diejenigen die Finanzierung der Aufgaben übernehmen, die sie vorher angeordnet haben.

Ein letzter Satz zum Verbraucherschutz und Veterinärwesen. Hätten wir jetzt noch rot-grüne Regierungsverantwortung in Hessen, gäbe es gerade einmal noch 56 Lebensmittelkontrolleure bei uns in Hessen, ausweislich der Berechnung des damaligen Staatssekretärs Glaßer. Derzeit sind in Hessen 140 Lebensmittelkontrolleure im Amt und werden täglich dafür sorgen,

(Petra Fuhrmann (SPD): Das glauben Sie alles nicht, was Sie hier erzählen, oder?)

dass sich hessische Verbraucher weiterhin auf die Verbraucherschutzpolitik dieser Landesregierung verlassen können. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Für die Landesregierung hat Herr Staatsminister Dietzel das Wort.

(Norbert Schmitt (SPD): Jetzt korrigieren Sie einmal Ihre Kollegin!)

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man sich den Haushalt 2007 und gerade unseren Einzelplan 09 anschaut, dann denke ich, dass wir bewiesen haben, dass wir trotz knapper Mittel der Europäischen Union einen Haushalt vorgelegt haben, der den ländlichen Raum zukunftsfähig macht, sich mit Altlasten beschäftigt, Hochwasserschutz betreibt, aber vor allen Dingen durch erneuerbare Energien einen aktiven Teil zum Klimaschutz beiträgt.

Wenn man die gesamte Entwicklung sieht, stellt man fest, dass mit dem neuen LEADER-Plan der Europäischen Union von 2007 bis 2013 die Förderung des ländlichen

Raums um 22 % gekürzt worden ist. Innerhalb dieser sieben Jahre haben wir 218 Millionen € zur Verfügung. Pro Jahr sind das 31 Millionen € als Mittel der Europäischen Union gegenüber vorher 42 Millionen €. Ich denke, dass wir das Geld richtig und gut angelegt haben, um den ländlichen Raum zu fördern.

Es geht darum, die Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft zu stärken, die Verbesserung von Umwelt und Landwirtschaft in den nächsten Jahren weiter nach vorne zu treiben, die Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum und die Selbstentwicklungspotenziale der Regionen durch das LEADER-Programm zu fördern.

Meine Damen und Herren, ich will einige Schwerpunkte ansprechen. Hier ist die energetische und die stoffliche Nutzung von Biorohstoffen durch fast alle Reden gegangen. Was für unser Land eine Katastrophe war – dass die Treibstoffpreise so hochgegangen sind, weil zu viel Geld aus unserem Land hinausfließt –, ist die Chance für erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe. Wenn wir uns über Bioenergie unterhalten, darf ich darauf hinweisen, dass wir drei Programme finanzieren können – einmal das Programm zur Nutzung von Biorohstoffen –

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Einen Moment bitte, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, ich bitte, auch wenn wir fast am Ende der Haushaltsberatungen sind, noch entsprechende Aufmerksamkeit auch in der CDU-Fraktion für den eigenen Minister aufzubringen. Ich darf darum bitten, dass die Gespräche rechts mit den Referenten eingestellt werden – rechts außen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) und Axel Wintermeyer (CDU): Das gibt es im Landtag nicht!)

– Das hoffen wir doch. Von mir aus nach den Fußballregeln rechts außen.

Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:

Meine Damen und Herren, alle Zeit habe ich nicht mehr. Mir ist gesagt worden: sechseinhalb Minuten. Die sind zur Hälfte schon herum. Aber ich will noch einige Schwerpunkte ansprechen.

Ich denke einmal, dass wir diese Biorohstoffe fördern können. Elisabeth Apel hat schon in hervorragender Weise darauf hingewiesen, welche Chancen dort entstehen – durch dieses Programm, das wir hier vorlegen, und durch die Möglichkeit, dass wir die Dorferneuerung hineinbringen und aus dem landwirtschaftlichen Investitionsprogramm die stoffliche und energetische Nutzung von Biorohstoffen voranbringen können.

Für uns ist auch wichtig, dass wir Pilot- und Demonstrationsvorhaben fördern. Ich will dafür ein Beispiel geben.

Anfang dieses Jahres haben wir mit VW, Niedersachsen, Brandenburg – und Nordrhein-Westfalen wird sich noch anschließen – einen Vertrag über die Erforschung der nächsten Generationen von Biorohstoffen geschlossen. In diesem Bereich sollten wir gemeinsam forschen, um diese Biorohstoffe vielleicht nach dem Jahr 2012 zu einer interessanten Alternative für Landwirte zu machen. Ich denke dabei insbesondere an den Forschungsauftrag für Prof.

Scheffer aus Witzenhausen, der in diesem Bereich im vergangenen Jahr so viel Biomasse von 1 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche geerntet hat, dass man davon 5.000 l Treibstoff hätte herstellen können – während heute mit Raps von dieser Fläche 1.500 l geerntet werden. Das sind sicher ganz andere Welten.

Wenn wir uns über den ländlichen Raum unterhalten, dann ist einer der wichtigen Punkte die Dorferneuerung. Die Kürzung der EU-Mittel wird fast kompensiert, indem wir den Haushaltsansatz für die Dorferneuerung nach oben fahren. Wir glauben, das ist ein wichtiges Programm für die derzeit 263 Dörfer in unserem Land. Denn die Menschen, die im ländlichen Raum leben wollen, sollen sich mit ihrer Heimat beschäftigen, vor allem junge Menschen, wenn sie schon dort keinen Arbeitsplatz finden – damit sie in der Lage sind, wenn sie es wollen, im Dorf zu bleiben, und dies auch gern tun und auf diese Weise die Entwicklung des Dorfes voranbringen.

Zum Agrarinvestitionsprogramm. Meine Damen und Herren, ich habe gerade schon angedeutet, das ist in den Jahren 2007 bis 2013 eine der wichtigen Maßnahmen. Wir haben gemerkt, dass die Landwirte in den letzten Jahren wieder Optimisten geworden sind. Gerade die Optimisten wollen wir unterstützen. Wenn ich einmal die Entwicklung insgesamt sehe, so kann ich feststellen, wir kommen durch die Nutzung von Biorohstoffen zu einem Marktgleichgewicht in einem Bereich der landwirtschaftlichen Produktion. Wir konnten in diesem Jahr feststellen, dass die Preise, z. B. für Getreide, für Raps, nach oben gegangen sind. Durch eine Marktentlastung für erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe sind wir im Interesse der damit wirtschaftenden Landwirte in der Lage, die Preise sich nach oben entwickeln zu lassen.

Meine Damen und Herren, in diesen Bereichen ist es wichtig, dass wir die Wertschöpfung in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum behalten, um hier Arbeitsplätze zu sichern und eventuell neue zu schaffen.

Deichverstärkungsmaßnahmen sind wichtig. Wenn wir uns über den Hochwasserschutz unterhalten, dann unterhalten wir uns nicht nur darüber, dass wir Deiche an Rhein und Main bauen, sondern auch darüber, dass wir Zuschüsse in Höhe von 20 % geben, wenn in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz oder sogar in Frankreich Hochwasserschutzmaßnahmen getätigt werden, die positive Auswirkungen auf Hessen haben. Wir bauen Rückhaltebecken, heute trockene oder grüne Rückhaltebecken, und wir schmieden Gewinnerallianzen bei der Renaturierung. Wie eben schon gesagt wurde: Wenn man diese vier Bereiche zusammenzieht, geben wir pro Jahr etwa 30 Millionen € für den Hochwasserschutz aus.

Bei der Altlastensanierung sind wir sicher Spitze in der Bundesrepublik Deutschland, aber wir glauben auch, dass es wichtig ist, diese Altlastensanierungen durchzuführen. Wenn ich die großen Altlasten sehe, die wir im Augenblick noch bearbeiten – in Hessisch Lichtenau oder in Lampertheim –, dann gehen wir davon aus, dass wir diese großen Altlasten bis zum Jahr 2010 abgearbeitet haben. Mit dem Programm, das Elisabeth Apel eben angesprochen hat, kommen wir dazu, dass wir bis zum Jahr 2015 auch die kommunalen Altlasten abgearbeitet haben.

Mit dem Nationalpark Kellerwald kommen wir voran.

Meine Damen und Herren, diese Aktivitäten, die ich hier nur stichwortartig angesprochen habe, zeigen, dass wir trotz schwieriger haushaltspolitischer Rahmenbedingungen unsere Zielvorstellungen umsetzen. Wir tun etwas für

den ländlichen Raum. Das ist sicher eine sinnvolle Förderung, die wir dort durchführen werden. Das werden wir auch in den nächsten Jahren fortsetzen. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Minister, vielen Dank. – Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Lesung des Einzelplans 09.

Ich rufe nun den

Einzelplan 10 – Staatsgerichtshof –

auf. Hierzu wurde vereinbart, keine Aussprache durchzuführen.

Das Gleiche gilt für den

Einzelplan 11 – Rechnungshof –

Auch hierzu soll keine Aussprache stattfinden.

Damit kommen wir zum guten Schluss zum

Einzelplan 15 – Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst –

Bevor ich jetzt die Redner aufrufe, werde ich noch die Restredezeiten der Fraktionen bekannt geben. Für die CDU sind es 10 Minuten, für die SPD 11 Minuten, für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 14 Minuten und für die FDP 16 Minuten. Herr Minister, die Regierung hat noch 7 Minuten, aber Sie haben, wie immer, trotzdem mehr Zeit.

Damit komme ich zum Aufruf der Redner. Ich rufe Frau Kollegin Sorge für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf. Bitte sehr.

Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will Ihnen hier einmal mit einem ganz kleinen Beispiel zeigen, wie unseriös gerade im Wissenschaftsministerium mit Zahlen umgegangen wird

(Beifall des Abg. Michael Siebel (SPD))

und wie sehr die Eigen-PR und das Geblubber des Wissenschaftsministers sowie die Realität auseinanderklaffen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Im März dieses Jahres haben Sie sage und schreibe 80.000 € für die Präsentation Hessens als Brüder-Grimm-Land angekündigt – 80.000 €, die im Wesentlichen für eine Broschüre zur Grimm-Vermarktung ausgegeben werden sollten. – Wow! Sie tun etwas für die beiden Märchenonkel, dachten sich da die informierten Hessinnen und Hessen.

Schaut man jetzt aber genauer in den Haushalt, so merkt man, wo der wahre Märchenonkel sitzt. Denn im Haushalt war die Summe nicht zu finden, und auch in der kursorischen Lesung konnte mir nicht gesagt werden, wo diese Mittel überhaupt eingestellt sind.

In Ihrer Pressemitteilung von der vorigen Woche haben Sie es dann im letzten Satz kleinlaut versteckt: Aus den vollmundig angekündigten 80.000 € wurden – ich zitiere aus der Pressemitteilung –: „Das Hessische Ministerium

für Wissenschaft und Kunst fördert die Publikation mit 2.500 €.“

(Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sensationell! – Weitere Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das Problem ist nicht die Grimm-Broschüre, sondern Ihre unseriöse Politik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie lassen sich für großspurige Ankündigungen feiern und werfen in Pressekonferenzen mit toll klingenden Zahlen um sich. Bei genauerer Betrachtung des Haushalts aber zerbröckeln diese vollmundigen Versprechungen dann in kleinste Teilchen, man kann schon fast – wenn man über Wissenschaft spricht – sagen: in Nanoteilchen.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, Sie machen das im Kleinen wie im Großen. In der Diskussion über die Einführung eines Kulturzwangsverbandes hat nämlich der Ministerpräsident etwa 7 bis 12 Millionen € aus dem Landshaushalt für die Kultur im Rhein-Main-Gebiet angekündigt. „Versprochen – gebrochen“ heißt es aber auch hier wieder, denn im Haushalt ist hierfür kein Cent eingestellt.

Das ist umso trauriger, weil wir vorhin – beispielsweise vom Kollegen Boddenberg – wieder gehört haben, dass die Wichtigkeit des Rhein-Main-Gebietes als Zugpferd für Hessen von Ihnen selbst herausgestellt wird und auch allgemein anerkannt ist. Gerade bei der Kultur auf das Ballungsraumgesetz zu verweisen, ist wirklich absurd.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn Ihr Ballungsraumgesetz bezieht weder die Stadt Wiesbaden noch die Stadt Darmstadt ein.

(Armin Klein (Wiesbaden) (CDU): Was heißt das?)

Aber ohne diese beiden Städte kann es keine konstruktiven und zukunftsweisenden Lösungen für die kulturellen Angelegenheiten im Rhein-Main-Gebiet geben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Armin Klein (Wiesbaden) (CDU))

Meine Damen und Herren, wir haben ein Konzept zur Förderung der Kultur im Rhein-Main-Gebiet vorgelegt, das die Finanzierung der Staatstheater und der Landesmuseen auf neue Füße stellt und vor allem wesentlich gerechter macht. Durch eine solche gerechte Umstellung der Finanzierung werden im Landesetat 15 Millionen € für die Kultur frei. Aber nicht nur das, sondern wir wollen mit weiteren 15 Millionen € aus dem Landesetat die Kulturausgaben im Rhein-Main-Gebiet aufstocken. Unser Konzept ist zukunftsweisend, weil es neues Geld in Kultur investiert, nämlich 30 Millionen €, und weil es ohne Zwang und ohne Bevormundung der Kommunen auskommt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unser Konzept ist eine sehr einfache Lösung, aber sehr innovativ für dieses sehr vielschichtige Problem.

Meine Damen und Herren von der Regierungsfraktion und von der Regierung, Sie wollen die wichtigsten und drängendsten Zukunftsprobleme aber gar nicht angehen. Das zeigt schon Ihre Zielsetzung im Landshaushalt. Ihr Oberziel für den Bereich Wissenschaft lautet – ich zitiere die beiden ersten Sätze –:

Die Erfüllung des staatlichen Bildungs- und Erziehungsauftrags und die Förderung der Wissenschaft haben für die Hessische Landesregierung hohe Priorität.

Das Bildungsangebot in Hessen soll im Sinne eines begabungsorientierten, lebensbegleitenden Lernprozesses in stärker selbstverantwortlichen Einrichtungen, die allen gesellschaftlichen Gruppen offen stehen, erfolgen und zu bundesweit anerkannten Abschlüssen führen.

Meine Damen und Herren, das ist doch einmal wieder das typische cortssche Geblubber. Es lässt keinerlei Ehrgeiz erkennen, überhaupt irgendetwas zu verbessern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben es heute schon mehrfach diskutiert: Die Neue Verwaltungssteuerung soll nicht dazu dienen, sich möglichst schwammige Ziele zu setzen, die leicht einzuhalten sind. Dass man irgendwie für anerkannte Abschlüsse ist, und dass alle irgendeine Bildung erhalten sollen, dafür ist doch jeder. Das Ziel der Neuen Verwaltungssteuerung ist doch gerade, sich Ziele zu setzen, die messbar sind, um auf diese Weise zu Verbesserungen zu kommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Ziele der Hochschulpolitik liegen nun wirklich auf der Hand, und das steht jeden Tag in der Zeitung: Wir müssen etwas tun, um mehr Studierende auszubilden, und vor allem müssen wir die Qualität der Ausbildung steigern.

(Beifall des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Cortts, aber auch hier haben Sie sich beispielsweise geweigert, Mittel für die seit Monaten diskutierten und jüngst abgeschlossenen Vereinbarungen im Hochschulpakt 2020 in Ihren Haushalt einzustellen. Morgen diskutieren wir das inhaltlich genauer.

Meine Damen und Herren, wir werden dagegen mit unseren Haushaltsanträgen nicht nur die sozial ungerechten Studiengebühren wieder zurücknehmen, sondern wir werden diese Mittel voll aus dem Landshaushalt ersetzen und für eine Qualitätsoffensive für bessere Studienbedingungen und für bessere Lehre verwenden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zudem wollen wir weitere 19 Millionen € für die Ausbildung von mehr Studierenden ausgeben. Zum einen brauchen wir mehr Studierende, das diskutieren wir ja auch immer wieder – alleine für den globalen Wettbewerb brauchen wir besser qualifizierte Leute. Zum anderen sind aber auch höhere Studierendenzahlen prognostiziert. Allein um die Qualität bei mehr Studierenden zu halten, brauchen wir mehr Geld für die Hochschulen, damit die Qualität nicht wegen der höheren Anzahl von Studierenden wieder heruntergefahren wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit unseren Haushaltsanträgen versetzen wir die Hochschulen in die Lage, auf diese neuen Herausforderungen zu reagieren. Alles in allem zeigen unsere Haushaltsvorschläge, dass wir uns den drängenden Zukunftsproblemen in Wissenschaft und Kultur annehmen und dass wir konstruktive und finanzierbare Lösungen haben. Davon ist Ihr Haushaltsentwurf leider meilenweit entfernt. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Lothar Quanz (SPD))

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Vielen Dank. – Für die FDP-Fraktion hat Frau Kollegin Beer das Wort.

Nicola Beer (FDP):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus Sicht der FDP-Fraktion reiht sich der Einzelplan 15, der hier für das Jahr 2007 vorgelegt wurde, mühelos in eine Abfolge enttäuschender und glanzloser Einzelpläne für Wissenschaft und Kunst seit der Regierungsübernahme durch die CDU 2003 ein.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das ist ja richtige Opposition!)

Für die Wissenschaft kann man feststellen, dass optisch zwar das Volumen des Haushalts steigt. Herr Minister, ein Blick hinter die Kulissen zeigt allerdings, dass eine Vielzahl der Mittel, die Sie hier veranschlagen, von Dritten stammt, angefangen bei den Kompensationsmitteln aus der Föderalismusreform, über BAföG bis hin zu den Einnahmen aus Studiengebühren. Von einsichtgeleiteten Investitionen in die Zukunft der Forschung und Lehre, in die Köpfe unserer Jugend also keine Spur. Frau Kollegin Sorge hat bereits darauf hingewiesen: kein Ansatz für die absehbar steigenden Studierendenzahlen. Im Gegenteil, die Anzahl der ausfinanzierten Studienplätze ist weiter rückläufig. Gleichzeitig steigen aber die Kosten der Hochschulen aus den Versorgungslasten, d. h. das System erodiert von innen heraus. Ergo: zu wenig Geld im System, aber viel schlimmer noch, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Minister, keine neuen Initiativen, keine neuen Konzepte.

(Beifall bei der FDP)

Herr Minister Corts, daher erlaubt sich die FDP-Fraktion, Ihnen einige Vorschläge zu unterbreiten.

Erstens. Ausbau des Stipendienwesens in Hessen, gerade wegen der Einführung von Studiengebühren, die wir unterstützt haben. Wir sind der Meinung, dass gerade das Einwerben von Stipendien, der Ausbau eines Stipendien-systems hessenweit ein Schwerpunkt der Bemühungen sein sollte. Wir haben einen entsprechenden Antrag gestellt, bei der CDU hier leider Fehlanzeige.

Zweitens. Innovationsoffensive mit 5 Millionen €. Die FDP-Fraktion hat die Exzellenzinitiative von Bund und Ländern stets unterstützt. Das wissen Sie. Wir haben auch immer darauf geachtet, dass die Entscheidungsrunden nicht politisch beeinflusst werden, und werden dies, Herr Minister, gerade wegen Ihrer entsprechenden Ankündigungen, auch für die zweite Entscheidungsrunde tun.

(Beifall bei der FDP)

Gleichwohl dürfen wir in Hessen natürlich nicht die Hände in den Schoß legen. Es geht vor allem auch darum, die anderen Hochschulen – man muss beachten, dass gerade die Fachhochschulen aufgrund der Ausschreibungsbedingungen in der Realität überhaupt keine Chance hatten, an der Exzellenzinitiative teilzunehmen – weiter voranzubringen. Deswegen möchten wir als FDP-Fraktion den Hochschulen hier 5 Millionen € für exzellente innovative Projekte zur Verfügung stellen, die aber alle – ich

betone: alle – extern zu begutachten sind und nicht einfach nach Ministeriumsgusto verteilt werden sollen. Die entsprechende Gegenfinanzierung aus dem Einzelplan 05, Justiz, habe ich Ihnen vorhin schon in der Debatte vorgestellt.

Drittens. Es gilt im kommenden Jahr, die Autonomie weiterzuentwickeln. Herr Minister, wir erwarten an dieser Stelle die von Ihnen angekündigte Novellierung. Allein, das ist nicht der einzige Punkt, in dem es um Autonomie in der Hochschullandschaft geht. Wir können an vielen anderen Punkten noch aktiv werden. Als Beispiel nenne ich die Finanzautonomie unserer Hochschulen, will heißen, den Aufbau eines Eigenvermögens. Das ist ein Feld, das in der hessischen Hochschullandschaft leider immer noch brachliegt. Da geht es nicht nur um die bekannte Einwerbung von Drittmitteln in Form von Sponsoring, Stiftungen oder ähnlichen Geldern. Es geht vor allem auch um die systematische Verwertung und Vermarktung des Wissens, der Forschungsergebnisse, die in unseren Hochschulen generiert werden.

(Beifall bei der FDP)

Herr Minister, Ziel an dieser Stelle müsste sein, eine kontinuierliche Einnahme der Hochschulen aus Lizenzen, Patenten, Ausgründungen, schlichtweg aus dem, was hier aus Forschung generiert wurde, zu erreichen.

Die GSI in Darmstadt hat gezeigt, dass es hier gar nicht nur um die Verwertung von Auftragsforschung geht. Auch die Grundlagenforschung ist in der Lage, einen entsprechenden Beitrag zu leisten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dazu muss natürlich der Technologietransfer in Hessen dringend vorangebracht werden. Seit der Einführung des Technologietransfernetzwerks durch die Minister Posch und Wagner in der letzten Legislaturperiode ist hier nicht viel passiert. Wenn man sich das TTN einmal anschaut, so ist festzustellen, dies ist ein veralteter Datenfriedhof. Fünf Transferreferenten bei den Industrie- und Handelskammern tun einen guten Job. Doch, Herr Minister, wie sollen diese denn die Aufgabe alleine stemmen, wenn an den Hochschulen die kontinuierliche Verwertung und Vermarktung von Wissen nicht professionalisiert wird?

(Beifall bei der FDP)

An dieser Stelle ist nicht nur der Überblick notwendig über das Potenzial der Forschungsfelder, die es in der Hochschullandschaft gibt. Es braucht auch einen Blick für die Anwendungsbereiche, um diejenigen Unternehmensbranchen, die mit diesen Forschungsergebnissen etwas anfangen könnten, anzusprechen.

Die Hochschulen beklagen sich darüber, und auch die Wirtschaft weist darauf hin, dass es heute häufig nur einen Zeitraum von weiteren sechs bis zwölf Monaten Arbeit bedeutet, um hier in die Nähe der Produktreife zu kommen, wenn erst einmal Forschungsergebnisse erzielt worden sind.

Wir sind der Meinung, dass diese weiteren sechs bis zwölf Monate nicht immer von dem jeweiligen Professor geleistet werden müssen. Vielen der Professoren, das wissen wir, ist es genug, das Forschungsergebnis zu haben. Um es dann in die Anwendung zu bringen, bedarf es schon einer Unternehmernatur, die nicht jeder Hochschulprofessor hat und auch nicht haben muss. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die ganze Angelegenheit muss an den Hochschulen so organisiert sein, dass dies trotzdem, nämlich zum Wohle der Hochschulen, zum Wohle ihrer Ein-

nahmen, weiterverfolgt wird. Da sind die Möglichkeiten wirklich vielfältig.

(Beifall bei der FDP)

Herr Minister, seitens des Landes gilt es an dieser Stelle, den Hochschulen bessere Rahmenbedingungen zu geben, damit so etwas auch stattfindet. Hier geht es zum einen um verbesserte Kontakte zur Wirtschaft. Es geht um die Bereitstellung von Risikokapital, wo dies zur Produktreife notwendig ist. Man könnte die Fördermöglichkeiten gerade aus der Wirtschaftsförderung einbeziehen. Aber – das sage ich jetzt auch gerade sehr kritisch in Richtung SPD und vor allem GRÜNE – es geht an dieser Stelle auch um einen Mentalitätswechsel. Eine derartige Betätigung unserer Professoren und unserer Hochschulen muss erwünscht sein. Es geht auch darum, die Nebentätigkeitsverbote zu überprüfen, Anreize auch durch Einkommensbeteiligungen zu schaffen, statt Forschung für die Schublade zu produzieren.

Ich komme jetzt zur Kultur. Herr Minister, das ist mindestens genauso enttäuschend, denn Sie zehren nach wie vor allein von den Vorarbeiten Ihrer Vorgängerin. Eigene neue Akzente sind nicht zu erkennen. Kollegin Sorge hat schon ein paar Beispiele von Ankündigungspolitik aufgezeigt, man kann andere Projekte nahtlos anreihen. In der Filmförderung beispielsweise die groß publizierte Wiesbadener Erklärung, Umsetzung: Fehlanzeige. Außer Hochglanzbroschüre und Glamourveranstaltung keine Taten. Umsetzung der Vorschläge der Kulturkommission: Fehlanzeige. Gründung eines Landesjugendchors – in diesem Haus bereits vor Jahren beschlossen –, Umsetzung: Fehlanzeige.

Das Land wäre zudem, um zukunftsweisend zu arbeiten, sehr gut beraten, sich viel stärker um den Bereich der Kulturwirtschaft zu bemühen, nicht nur weil die Kultur und das, was an Kultur stattfindet, der Imagegeber für ein ganzes Bundesland sein können. Herr Minister, es geht vor allem auch um die Bedeutung der Kulturwirtschaft als Jobmaschine, die Sie nach wie vor offensichtlich nicht erkannt haben. Ich weise nur darauf hin, dass die Zahlen an Arbeitsplätzen und Umsätzen hier in Hessen mittlerweile vor denen der Automobilbranche liegen, also ein ganz erhebliches Ausmaß angenommen haben.

(Beifall bei der FDP)

Es geht aber auch darum, diese Kreativität quasi als Kreativitätsabteilung, als Thinktank für unsere Gesellschaft und deren Fortentwicklung zu nutzen. Auch hier müsste das Land Rahmenbedingungen verbessern durch Nachwuchsförderung, durch die Unterstützung von Existenzgründungen. Herr Minister, schauen Sie doch einmal die Start-ART-Initiativen Ihres Nachbarlands NRW an. Es müssten Strategien zur Kulturvermittlung auf breiter Basis entwickelt werden. Es sollte aber auch an dieser Stelle eine gezielte Verbindung z. B. von Kultur- und Tourismuspolitik geben, oder auch die Kultur als Mittel der Regionalförderung genutzt werden, etwa im Denkmalschutz.

Sieht man sich all diese Projekte, die ich angesprochen habe, einmal an, geht es nicht einmal an erster Stelle um mehr Geld. Es geht vor allem um mehr Interesse und persönlichen Einsatz. Sehr geehrter Herr Minister Corts, das vermisste ich an dieser Stelle am allermeisten.

(Beifall bei der FDP)

Wo im Ministerbüro Desinteresse und Verwaltungsdenken dominieren, können Wissenschaft und Kunst besten-

falls bis zur nächsten Landtagswahl überwintern. Ein Aufblühen werden sie so nicht erreichen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Siebel das Wort.

(Abg. Michael Siebel (SPD) geht mit einem großen Aktenpaket zum Rednerpult. – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist doch keine Vorlesung hier! – Michael Boddenberg (CDU): Wollen Sie uns den Haushalt vorlesen?)

Michael Siebel (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Beer, Sie haben mich in der Tat ein wenig überrascht, weil das, was Sie hier zum Einzelplan 15 gesagt haben, schon so etwas Ähnliches wie eine Oppositionsrede zu diesem Haushalt gewesen ist.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Insofern kann ich auch an das eine oder andere anschließen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Wir wollen schauen, ob Sie es besser können!)

– Herr Kollege Hahn, ich komme auch gleich noch zu Ihnen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Weiter!)

Ich möchte damit beginnen, dass mein Kollege Fraktionsvorsitzender Jürgen Walter heute Morgen nach meinem Verständnis etwas sehr Nachdenkliches für das ganze Haus gesagt hat. Er hat nämlich gesagt, dass der vorgelegte Produkthaushalt intransparent und für das Parlament nicht steuerungsfähig sei. Ob der Haushalt in der vorgelegten Form dem Grundsatz der Haushaltsklarheit entspricht und inwieweit hier die verfassungsmäßig verbürgten Rechte des Parlaments gebrochen wurden, wird zu prüfen sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb habe ich mir den Haushalt mit nach vorne genommen. Wenn wir uns diesen Einzelplan 15 einmal anschauen und in das eine oder andere Produkt hineinschauen, finden wir auch dort Sachverhalte, die nach meinem Verständnis genau dem nicht entsprechen, was Transparenz eines Haushalts und Steuerungs-fähigkeit durch das Parlament verlangen. Ich denke, das sollten wir als Parlament insgesamt sehr, sehr ernst nehmen.

Nehmen wir einmal das Produkt Nr. 4 im Kapitel 15 01. Das ist das Produkt „Politikgestaltung und -vermittlung“. Entweder stehen da fürchterliche Trivialitäten drin, z. B. bei der Kurzbeschreibung des Produkts, wo steht, dass es zu den Leistungen gehört, Angelegenheiten von politischer Bedeutung zu bearbeiten. Was denn sonst soll in einem Ministerium gemacht werden, als Angelegenheiten von politischer Bedeutung zu bearbeiten?

(Beifall bei der SPD)

Oder geben Sie zu, dass Sie dort Unbedeutendes bearbeiten? Dass Angelegenheiten der Kultusministerkonferenz und der Bund-Länder-Kommission beraten werden sollen sowie Bundestags- und Bundesratsangelegenheiten usw.,

das sind Trivialitäten. Aber es ist keine Trivialität mehr, wenn bei der Zählgröße „Anzahl der Beratungseinheiten“ dasteht: Beratungstage 3.167. Wir wissen jetzt im Einzelplan 15 beim Produkt Nr. 4, dass ein Ministerialbeamter uns pro Tag 1.294,88 € kostet, wenn man das umrechnet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unter diesem Produkt können Sie alles und jedes, jede Beliebigkeit im Haushalt subsumieren, und das ist etwas, was nach meinem und unserem Verständnis in einem Haushalt so nicht geht. Das heißt, dieser Haushalt ist intransparent und nicht steuerfähig.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, schade, dass Herr Hahn jetzt kurz nach dem ersten morgendlichen oder in diesem Fall abendlichen Krähen schon gegangen ist.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Hallo!)

– Ach, da ist er ja. – Ich bin mir da mit der FDP sehr einig, die in ihrem Antrag gerade diesen Punkt aufgegriffen hat. In der Tat ist doch dort ein Defizit vorhanden – die FDP hat genau auch die Kennzahlenfrage aufgegriffen –, und wir sollten dies, wie ich finde, als Haushaltsgesetzgeber auch gegenüber den Kollegen der CDU sehr, sehr ernst nehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will einen zweiten Punkt zu den Kennzahlen ansprechen. Nehmen wir einmal als Kennzahl die Staatstheater heraus. Bei den Staatstheatern haben wir die Situation, dass das Kennzahlensystem dort schon relativ weit entwickelt ist. Da ist z. B. unter den Kennzahlen die Kundenzufriedenheit zu finden: „Vorgabe: kompetente Besucherberatung, -information und Betreuung“. Nun ist als Kennzahl angegeben: „Anzahl der Einführungsvorträge und Besuchergespräche“. Staatstheater Darmstadt: 16. Wenn man dann bei den Kasselern guckt, findet man 30 Einführungsvorträge und Besuchergespräche. Heißt das denn, dass die Kundenzufriedenheit, bezogen auf diese Kennzahl, im Staatstheater Kassel doppelt so hoch ist wie im Staatstheater Darmstadt? Meinen Sie das eigentlich ernst, dass Sie mit solchen absurden Kennzahlen irgendeine Aussage darüber treffen können, wie die Kundenzufriedenheit in den Staatstheatern ist?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Und es kommt noch doller. Auch unter Kundenzufriedenheit: „Kassenöffnungszeiten pro Woche“. Das ist immer das schönste und netteste Beispiel, das ich nehme. 43 Stunden in Darmstadt und 52,5 Stunden in Kassel. Wer sich hier an dieses Rednerpult stellt und behauptet, dass die Anzahl der Stunden an Öffnungszeiten der Kassenhäuschen der Staatstheater irgendeine Aussage über die Qualität der Kundenzufriedenheit, der Zufriedenheit der Besucher und Besucherinnen der Staatstheater macht, der wird wahrscheinlich, wenn es nicht in diesem Hause ist, sondern woanders, mit der zugeknöpften Jacke nach draußen geführt und für verrückt erklärt. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zur Transparenz. Wir haben im Einzelplan 15 den Buchungskreis 2999. Es geht um die Förderprodukte der Kulturförderung, beispielsweise die Filmförderung. Die-

sen Punkt der Transparenz beharken wir auch mit dem Ministerium seit vielen Jahren. Da steht drin: Filmförderung. Es ist ein bisschen beschrieben, dass es bei der Filmförderung um Filmproduktionen, Drehbücher, Filmtheater und Filmfestivals geht, welch ein Wunder. Dann steht da am Ende für den Haushalt 2007, dass dort ein Bewilligungsvolumen von 2,849 Millionen € festgelegt wird. Erst nach Aufforderung vor der kursorischen Lesung bekommen wir einigermaßen eine Auflistung, wofür diese Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es entspricht genau dem, was heute Morgen schon einmal gesagt worden ist: Wenn Sie hergehen und uns am liebsten einen Haushalt präsentieren wollen, in dem gerade noch global die Einnahmen und Ausgaben, vielleicht noch ein bisschen ausdifferenziert, dargestellt sind, ist das etwas, was nicht dem Transparenzgebot entspricht und was nicht dem entspricht, was unser Job hier im Parlament ist, dass nämlich ein Haushalt vom Parlament auch zu steuern ist.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich will jetzt zu einem weiteren Thema kommen, zu der Frage: Was machen wir eigentlich mit dem Haushalt?

(Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ablehnen! – Heiterkeit)

Lassen Sie mich aber noch eines vorwegschicken zu der Frage: Wie steht denn Hessen eigentlich da? Wir haben doch die Situation, dass wir in Hessen in sehr, sehr vielen Bereichen eben nicht mehr, wie Sie behaupten, an der Spitze sind, sondern nach dem – wo habe ich es jetzt? –, was vom Statistischen Bundesamt festgestellt worden ist, ist Hessen in unglaublich vielen Bereichen, beispielsweise was die Ausstattung von Professoren angeht – da haben wir in Hessen eine durchschnittliche Zahl von um die 490.000 € –, unterdurchschnittlich. Was die Ausfinanzierung von Studienplätzen mit knapp über 8.000 € angeht, sind wir unter dem Bundesdurchschnitt usw. Wir liegen an einem Punkt im Durchschnitt. Darüber freue ich mich. Das ist die Anzahl der Professorinnen, die wir erreicht haben.

Aber wir sind in vielen Bereichen, etwa was die Ausfinanzierung der Hochschulen angeht, nur noch unter dem Bundesdurchschnitt. Da können Sie natürlich sagen: Das war vor 15 Jahren unter Rot-Grün noch anders gewesen. – Meinetwegen, dann sei es so gewesen. Es ist aber Ihre Aussage gewesen, dass Sie Hessen an die Spitze führen. Das haben Sie nicht gemacht. Sie sind unter dem Bundesdurchschnitt. Das machen wir Ihnen zum Vorwurf, was die Ausfinanzierung der Hochschulen angeht.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind jetzt beim Einzelplan 15. Das ist der letzte Einzelplan. Das mag ein Fluch sein, weil dieser am Ende der Beratungen behandelt wird.

(Gerhard Bökel (SPD): Aber dann sind alle da, weil abgestimmt wird!)

Es gab einmal eine andere Zeit, als wir noch die Wissenschaftsministerin Frau Wagner hatten. Da hat die FDP dem auch noch ein Stück mehr Gewicht gegeben.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin schon ein bisschen stolz darauf,

(Gerhard Bökel (SPD): Wir auch!)

dass es eine Tatsache ist, dass wir seitens der SPD-Fraktion für den Einzelplan 15 mit insgesamt 84 Millionen € tatsächlich eine gesicherte Finanzierung geleistet haben, und das zuvörderst dafür, dass wir gesagt haben: 62 Millionen € brauchen wir, um die Schandtat der Studiengebühren wieder abzuschaffen und um dafür eine Gegenfinanzierung darzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich unterstreiche noch einmal: Wenn die SPD im kommenden Jahr Regierungsverantwortung übernehmen wird, werden wir die Studiengebühren abschaffen, und wir haben heute ein Symbol und ein Signal dafür gesetzt, dass wir dies auch im Haushalt darstellen werden.

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herr Kollege, noch eine knappe Minute.

Michael Siebel (SPD):

Dann will ich noch einen zweiten Punkt hervorheben, der gerade in den letzten Jahren auch eine Bedeutung bekommen hat. Wir haben uns gemeinsam auf den Weg gemacht, im Rahmen des Hochschulpaktes 2020 mehr Studienplätze in dieser Republik zu schaffen. Ich halte es für unabdingbar, dass wir, nachdem jetzt die Beschlüsse gefasst sind, auch seitens des Landes Hessen die entsprechende Gegenfinanzierung durch das Land im Haushalt darstellen. Ich finde es auf der anderen Seite einen Skandal, dass dies von dieser Landesregierung nicht gemacht worden ist. Wir müssen das dringend nachholen, um tatsächlich zu mehr Studienplätzen zu kommen, wie es der Hochschulpakt 2020 vorsieht. Dann kommen wir einen Schritt weiter, was die Hochschulen in diesem Land angeht. Aber so, wie es dieser Haushaltsplan darstellt, verstehe ich es als einen Rückschritt für die Hochschullandschaft. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Herzlichen Dank, Herr Kollege Siebel. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Kühne-Hörmann für die CDU.

Eva Kühne-Hörmann (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Das Gemälde der Opposition wird durch den Einzelplan 15 widerlegt. Herr Siebel, Sie scheinen den Produkthaushalt überhaupt nicht verstanden zu haben.

(Beifall bei der CDU)

Erstens. Ich komme zu den Hochschulausgaben. Noch nie zuvor sind so hohe Mittel an die Hochschulen gegeben worden. Seit der Regierungsübernahme haben wir den Hochschulen über 800 Millionen € zusätzlich gegeben.

Zweitens. Auch der Hochschulbau ist eine Erfolgsgeschichte. Der unter Rot-Grün angestaute Investitionsbedarf bei den Hochschulen wird aufgelöst. Die investiven Landesmittel für den Hochschulbau lagen 1998 bei ledig-

lich 65,5 Millionen €, während es im Jahre 2005 bereits 144,9 Millionen € waren. Für die Standortneuordnung der Universität Frankfurt, die im Jahre 2014 anlässlich der 100-Jahr-Feier abgeschlossen sein soll, sind Investitionen in Höhe von insgesamt rund 600 Millionen € für den Ausbau der Standorte Campus Westend und Riedberg vorgesehen.

Drittens. Stärkung der Hochschullandschaft. Insbesondere die Vielfalt der Hochschullandschaft ist durch den Erhalt kleiner Fächer gestärkt worden. Die geisteswissenschaftlichen Zentren an den Universitäten Frankfurt, Gießen und Marburg werden unterstützt und aufgewertet.

Viertens. Wir haben allgemeine Studienbeiträge eingeführt. Herr Siebel, ich wünsche gute Verrichtung, wenn Sie die irgendwann einmal abschaffen wollen. Dann werden Sie nicht nur die Studierenden auf die Straße treiben, die Sie dafür beschimpfen werden, sondern auch die Vertreter der Hochschulen, die nämlich bis dahin Erfolge erzielt haben, die auch Sie nicht mehr zurückdrehen werden.

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Frau Kollegin, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Siebel zu?

Eva Kühne-Hörmann (CDU):

Ich lasse keine Zwischenfrage zu.

(Michael Siebel (SPD): Ich habe nur eine Verständnisfrage, weil Sie den Haushalt ja verstanden haben, Frau Kollegin!)

Herr Zöllner geht jetzt mit seinem Konzept lieber nach Berlin, als in Rheinland-Pfalz kleinteilige Unternehmungen zu machen. Deshalb wird das Projekt, das er durchführen will, zum Scheitern verurteilt sein.

Wir werden beweisen, dass die Einnahmen aus den Studienbeiträgen zur Verbesserung der Lehre eingesetzt werden und dass dadurch auch die Studienzeiten verkürzt werden. Die Erhebung allgemeiner Studienbeiträge ab dem Wintersemester 2007/2008 führt zu echten Mehreinnahmen für die Hochschulen in Höhe von schätzungsweise 120 bis 130 Millionen € pro Jahr. Die Einnahmen sind zweckgebunden zur weiteren Verbesserung der Qualität der Lehre und der Studienbedingungen zu verwenden und kommen daher den Studierenden unmittelbar zugute.

(Zuruf der Abg. Nicola Beer (FDP))

Die soziale Verträglichkeit ist durch ein Darlehenssystem sichergestellt, damit jeder, der es will, tatsächlich studieren kann. Die Einkommensgrenze, die für die Rückzahlung des Darlehens gilt, ist im bundesweiten Vergleich beispiellos.

Studierende kommen zum ersten Mal in eine Kundenposition. Bei einer von der Hochschule zu vertretenden Verzögerung des Studienabschlusses werden sie für diesen Zeitraum von der Beitragspflicht befreit. Das ist etwas ganz Besonderes.

Die finanziellen Vereinbarungen des bis einschließlich 2010 verhandelten Hochschulpakts bleiben bestehen, sodass für die Hochschulen Verlässlichkeit und Planungssicherheit bestehen.

An dieser Stelle will ich auf einen Änderungsantrag zu sprechen kommen, den die CDU-Fraktion eingebracht hat, der allerdings im Einzelplan 03 verankert ist, aber direkt mit den Studienbeiträgen zu tun hat. Wir haben den Änderungsantrag gestellt, im Haushalt 2007 300.000 € für die Studierenden zur Verfügung zu stellen, die ehrenamtlich tätig sind oder Spitzensport betreiben.

(Nicola Beer (FDP): Hätten Sie lieber unseren Vorschlag angenommen, die beitragsfrei zu stellen! – Zurufe von der SPD)

Mit diesen Mitteln können ca. 600 Stipendiaten gefördert werden. Damit lösen wir unser Versprechen ein, dass diejenigen, die ehrenamtlich tätig sind, von Studienbeiträgen befreit werden können.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Der Antrag ist eine Frechheit! – Weitere Zurufe von der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Ich komme zum nächsten Thema, der Privatisierung des Universitätsklinikums Gießen und Marburg. Auch das ist eine Erfolgsgeschichte. Durch die Fusion und anschließende Privatisierung der Universitätskliniken Gießen und Marburg sind die beiden Standorte gesichert worden. Es gibt keine betriebsbedingten Kündigungen bis 2010, und in Gießen und Marburg sind Bauinvestitionen in Höhe von 260 Millionen € bis zum Jahre 2010 geplant. Das Land bleibt durch Kontroll- und Mitspracherechte in seiner politischen Verantwortung. Es ist also alles Panikmache, was die Opposition an diesem Punkt versucht hat. All die Befürchtungen, die geäußert worden sind, sind in Marburg und in Gießen nicht eingetreten. Deshalb ist auch das eine absolute Erfolgsgeschichte.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme zur Förderung von Kunst und Kultur. Die CDU-Politik fördert die gesamte Breite der hessischen Kunst- und Kulturszene. Ich nenne insbesondere die Förderung der Welterbestätten Kloster Lorsch und Grube Messel. Hessen hat als erstes Bundesland einen Limes-Entwicklungsplan vorgelegt. Außerdem ist das bisher größte Filmfinanzierungsprogramm in Hessen mit einem Gesamtvolumen von 20 Millionen € eingerichtet worden.

(Nicola Beer (FDP): Auf vier Jahre und als Darlehen! Lächerlich!)

Nicht zu vergessen ist die Förderung der Museumslandschaft. – Diese wenigen Aspekte im Bereich der Kultur wollte ich nennen.

Ich möchte am Ende zu weiteren Änderungsanträgen kommen, die wir eingereicht haben. Ein Änderungsantrag in Höhe von 50.000 € beschäftigt sich mit dem Landesjugendsymphonieorchester. Die Geschäftsführung des Landesjugendsymphonieorchesters soll in einer neu zu gründenden GmbH wahrgenommen werden. Dafür wird Geld in den Haushalt eingestellt. Wir unterstützen außerdem die Landesmusikakademie mit 230.000 €.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dem, was im Einzelplan 15 festgelegt ist, beweisen wir: Bei uns liegen Wissenschaft und Kunst in guten Händen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Zum Abschluss hat Herr Staatsminister Corts das Wort.

Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Da Sie mir gesagt haben, ich hätte sieben Minuten Redezeit, möchte ich nur kurz auf die Fakten eingehen, nachdem wir – wie hat es Frau Sorge vorhin formuliert? – viel heiße Luft erlebt haben.

Die Fakten sind ganz einfach. Vom Haushalt 2006 zum Haushalt 2007 haben wir eine Steigerung von 3,3 %. Das ist überproportional hoch. Das sind 54 Millionen €. Davon haben Sie nichts gesagt.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe mir die Zahlen der letzten zehn Jahre geben lassen. Von 1997 bis heute ist der Haushalt für den Bereich Wissenschaft um fast 300 Millionen € gestiegen. Bei der Kultur – Sie haben auch das kritisiert – haben wir 55 Millionen € mehr. Der Anteil des Einzelplans 15 am Gesamthaushalt ist überproportional stark gestiegen.

(Widerspruch des Abg. Michael Siebel (SPD))

– Schauen Sie in den Haushaltsplan. Er ist transparent genug, Herr Siebel. Auch Sie werden ihn verstehen.

Ich möchte auf die Zahlen von 1999 verweisen, die Zahlen des letzten Haushalts, den Sie zu verantworten hatten. Da lagen wir bei 963 Millionen €. Jetzt liegen wir bei 1,191 Milliarden €. Wenn man saldiert, ergibt sich eine Summe, die so hoch ist wie die finanzielle Ausstattung des Hochschulpakts, wie er jetzt aussieht. Wir haben zusätzlich Mittel in Höhe von 1,194 Milliarden € in den Kreislauf der Hochschulen eingebracht. Deswegen können Sie nicht sagen, dass dieser Bereich nicht ausreichend finanziert sei. Er ist ausreichend finanziert. Wir brauchen zwar noch mehr Geld – das weiß auch ich –, aber wir stehen exzellent da. Wenn Sie behaupten, wir hätten das obere Ende noch nicht erreicht und müssten noch manches nachholen, dann trifft das einfach nicht zu. Ich bitte, das Ihrem Fraktionsvorsitzenden zu sagen.

Ich habe mir den Bildungsfinanzbericht der BLK besorgt. Heute wurde Hessen des Öfteren mit Rheinland-Pfalz verglichen. Die Ausgaben pro Einwohner sind im Bildungsfinanzbericht der BLK für das Jahr 2005 aufgeschlüsselt. Die durchschnittlichen Ausgaben pro Einwohner belaufen sich bundesweit auf 195 €. Bayern liegt bei 180 €, Baden-Württemberg bei 212 €, Nordrhein-Westfalen bei 207 €. Das berühmte Rheinland-Pfalz, das heute Morgen so oft zitiert worden ist, liegt bei 137,20 €. Wo liegt Hessen? Wir haben im Jahre 2005 den ersten Platz bei den Bildungsausgaben pro Einwohner erreicht.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Sie schütteln den Kopf. Ich kann Ihnen nachher gerne eine Kopie geben, liebe Frau Sorge. Das ist nicht meine Statistik, es ist nicht Ihre Statistik, sondern eine Statistik der BLK. Sie besagt, Hessen hat 220 € pro Einwohner für Bildung und Kultur ausgegeben. Damit haben wir die Spitze eingenommen.

(Zuruf der Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Lieber Herr Siebel, Sie haben zitiert, dass die Finanzausstattung pro Studierendem 8.400 € betrage. Das ist zutreffend. Wir kommen aus einem ganz weit entfernten Minus, aber wir liegen damit immer noch um 2.000 € über dem, was Rheinland-Pfalz pro Studierendem ausgibt. Ich habe langsam wirklich den Eindruck, dass Herr Zöllner

nur deshalb nach Berlin geht, weil er das nicht aufholen kann. Wenn Sie also immer Rheinland-Pfalz zitieren, dann liegen Sie vollkommen falsch.

Ich komme zu den Investitionen in Kultur und in Wissenschaft. Ich versuche, Ihnen in Erinnerung zu rufen, wie es 1997 aussah. Im Bereich der Wissenschaft wurden gerade einmal – –

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 1897!)

– Da waren Sie doch dabei, Herr Kaufmann. Nein, ich spreche vom Jahre 1997. Das ist noch gar nicht lange her. Damals trugen Sie Verantwortung. – 1997 gab es ein Investitionsvolumen für die Wissenschaft – Herr Klemm hört zu und weiß, dass es stimmt – von gerade einmal 63 Millionen €. Im Bereich Kunst hatten wir gerade einmal 9 Millionen € zur Verfügung. Das macht in der Addition 72 Millionen €.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Jahre 2005 hatten wir 203 Millionen € für die Wissenschaft und 82 Millionen € für die Kunst zur Verfügung. In diesem Jahr schließen wir mit zusätzlichen Investitionen in Höhe von 266 Millionen € ab. Das heißt, das, was Sie die ganze Zeit hier erzählt haben, ist nicht zutreffend.

Ich komme jetzt auf die Einzelheiten zu sprechen, wo wir im nächsten Jahr Steigerungen vornehmen: 17,4 Millionen € im Rahmen des Hochschulpaktes – das hatten wir zugesichert – für Großgeräte und die TUD, im Rahmen der Föderalismusreform 22 Millionen € und für die Exzellenzinitiative fast 12 Millionen €.

Es wird dauernd über den Hochschulpakt 2020 gesprochen. Bisher hat dieser Finanzminister, bisher hat diese Landesregierung immer dafür gesorgt, dass wir die Komplementärmittel bekamen, wenn wir Mittel von dritter Seite bekamen. Dafür bedanke ich mich an dieser Stelle. Auch bei dem Hochschulpakt 2020 werden wir – wenn die Ministerpräsidenten dem zustimmen – die Komplementärfinanzierung bis zum Jahre 2010 sicherstellen. Der Hochschulpakt stand ja wegen Wowereit und anderen Sozialdemokraten bis Montag noch infrage. Das beginnt im Jahre 2007. Damit haben wir insgesamt 84 Millionen € bis zum Jahre 2010 sichergestellt.

(Norbert Schmitt (SPD): Da sind wir gespannt, wie Sie das finanzieren!)

Meine Damen und Herren, ich will nicht im Einzelnen darauf eingehen – über Studienbeiträge haben wir gesprochen –, ob Ihre Gegenfinanzierung seriös ist. Sie dient nur für ein halbes Jahr. Ich möchte sehen, wie Ihre Gegenfinanzierung aussehen würde – ich sage dies ausdrücklich im Konjunktiv –, wenn Sie im Jahre 2008 auf einmal 128 Millionen € gegenfinanzieren wollten.

(Zuruf der Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich will nicht nur über Zahlen sprechen, sondern auch einmal die Zeiträume von 1991 bis 1999 und von 1999 bis 2007 vergleichen, die ungefähr vergleichbar sind. Finanziell gesehen war die Wissenschaftspolitik für die Landesregierung in der Zeit von 1991 bis 1999 ein Steinbruch. Frau Mayer ist wegen der Finanzen zurückgetreten, und Frau Hohmann-Dennhardt wurde zusammen mit Herrn Eichel abgewählt. Es waren Steinbrüche. Ich habe es Ihnen gerade an den Zahlen nachgewiesen.

Zweiter Punkt. Welche Gesetzesvorhaben aus den Jahren 1991 bis 1999 gab es eigentlich, an die man sich heute noch zurückerinnert? Was ist da eigentlich passiert, was wie ein Paradigmenwechsel in der Hochschullandschaft ist, von dem man heute noch redet? Sie haben davon profitiert, dass es zusätzliche Mittel vom Bund gab. Damit konnten Sie einiges ausbauen. In der hessischen Wissenschaftspolitik begann sich aber erst mit Frau Wagner und dann mit mir etwas zu bewegen.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Hoffentlich sind Ihre Hochschulen erdbebensicher, wenn sich da etwas bewegt!)

Ich weiß sehr genau, dass es auf jeden Fall drei Themen geben wird, über die man streiten kann, aber die man mit dieser Landesregierung unter Roland Koch und mit meinem Namen verbinden wird. Das ist einmal die Privatisierung, das ist das TUD-Gesetz, und das sind die Studienbeiträge. Nichts in dieser Form Richtungsweisendes haben Sie von 1991 bis 1999 erreicht. Ich erinnere nur an die Diskussion, die Sie mit Zahnkliniken hatten. Noch nicht einmal das haben Sie hingekriegt.

Deswegen kann ich zusammenfassend festhalten: Das waren klare und nachweisbare Fakten. Ich freue mich, heute an dieser Stelle bekannt zu geben, dass wir mit 220 € pro Einwohner die Nummer eins sind. In Rheinland-Pfalz sind es 137 € pro Einwohner und im Durchschnitt 195 €. Diesen Weg werden wir weitergehen. Wir haben in dieser Legislaturperiode noch einige Gesetzesvorhaben vor. Daran reiben Sie sich. Das ärgert Sie. Sie sind nur neidisch, dass Sie das in Ihrer Zeit nicht hatten. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Meine Damen und Herren, wir bedanken uns. Wir sind am Ende der zweiten Lesung der Einzelpläne. Ich darf noch einmal das Zeitmaß bekannt geben. Das ist sehr erfreulich. Die CDU hat noch vier Minuten. Die SPD hat punktgenau ihre Zeit ausgenutzt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat noch sechs Minuten zurückgelassen, die FDP ebenfalls, und die Landesregierung hat auch eine Punktlandung vollzogen.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Abstimmung. Ich rufe die Einzelpläne auf und nach Abstimmung über den Einzelplan auch die dazugehörigen Anträge.

Ich rufe Einzelplan 01 – Hessischer Landtag – auf. Dieser Einzelplan soll zur Vorbereitung der dritten Lesung an den Haushaltsausschuss überwiesen werden. Das muss abgestimmt werden. Wer einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Stimmen aller Fraktionen.

Ich rufe Einzelplan 02 – Hessischer Ministerpräsident – auf. Wer dem Einzelplan 02 zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP ist der Einzelplan angenommen.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 33 auf.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haushaltsausschuss! – Hildegard Pfaff (SPD): Wir bitten, den Tagesordnungspunkt an den

Haushaltsausschuss zu überweisen, genau wie Tagesordnungspunkt 38!)

– Es ist die Bitte, die Tagesordnungspunkte 33 und 38 an den Haushaltsausschuss zu überweisen. – Darüber brauchen wir nicht abzustimmen.

Wie sieht es mit Tagesordnungspunkt 35 aus? – Abstimmen. Wer dem Tagesordnungspunkt 35 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? – Das sind die drei anderen Fraktionen. Dann ist er abgelehnt.

Bitte schön, Herr Wintermeyer.

Axel Wintermeyer (CDU):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte eine Erklärung nach § 88 unserer Geschäftsordnung abgeben. Wir wollen seitens der CDU-Fraktion zu unserem Abstimmungsverhalten zu dem FDP-Antrag eine entsprechende Erklärung abgeben. Dieser Antrag der FDP kommt für uns zur Unzeit. Es geht um die Zweidrittelmehrheit wegen Kreditaufnahme, um das den Herrschaften ins Gedächtnis zu rufen. Es ist noch nicht die Zeit, diese Frage zu stellen. Ihr Fraktionsvorsitzender Hahn hat vorhin aus bestimmten Interviews zitiert, allerdings aus dem Zusammenhang gerissen. Es geht hier um die Föderalismusreform II und nicht um die Föderalismusreform I. Wir haben die Föderalismusreform I hinter uns. Die Föderalismusreform II wird irgendwann kommen. Wenn sie kommt, werden wir uns auch über diese Frage unterhalten.

(Zuruf der Abg. Nicola Beer (FDP))

Deswegen wollen wir hier deutlich machen, dass Ihr Antrag ein kurzfristiges Spielchen zur politischen Unzeit ist und wir ihn deswegen abgelehnt haben. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Ruth Wagner:

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zum Einzelplan 03 – Hessisches Ministerium des Innern und für Sport –. Wer hierzu seine Zustimmung geben will, bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Dann ist er mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen der anderen drei Fraktionen – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP – angenommen.

Dann kommen wir zum Einzelplan 04 – Hessisches Kultusministerium –. Ich darf um die Zustimmung bitten. – Wer ist dagegen? – Dann ist dieser Einzelplan mit dem gleichen Stimmenverhältnis angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 05 – Hessisches Ministerium der Justiz – auf. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Das ist das gleiche Ergebnis wie bei dem Einzelplan 04. Also ist der Einzelplan 05 mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen der anderen drei Fraktionen angenommen.

Ich komme nun zum Einzelplan 06 – Hessisches Ministerium der Finanzen –. Wer ist für diesen Einzelplan? – Wer ist dagegen? – Dann ist dieser Einzelplan mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen der anderen drei Fraktionen angenommen.

Ich rufe Einzelplan 17 – Allgemeine Finanzverwaltung – auf. Wer ist für diesen Einzelplan? – Wer ist dagegen? –

Dann ist dieser Einzelplan mit dem gleichen Stimmenverhältnis angenommen.

Ich komme zum Einzelplan 18 – Staatliche Hochbaumaßnahmen –. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Damit ist er ebenfalls mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen der anderen drei Fraktionen angenommen.

Ich rufe nun die Tagesordnungspunkte 36 und 37 auf. – Beide Tagesordnungspunkte sollen an den Haushaltsausschuss überwiesen werden.

Dann rufe ich Einzelplan 07 – Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung – auf. Wer ist für diesen Einzelplan? – Wer ist dagegen? – Dann ist dieser Einzelplan mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen der anderen drei Fraktionen angenommen.

Wie sieht es mit Tagesordnungspunkt 63 aus? Soll er auch an den Ausschuss überwiesen werden? – Er soll an den Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung überwiesen werden.

Einzelplan 08 – Hessisches Sozialministerium –. Wer will ihm seine Zustimmung geben? – Wer ist dagegen? – Dann ist auch dieser Einzelplan mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen der anderen drei Fraktionen angenommen.

Die Tagesordnungspunkte 32 und 43 sollen beide an den Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen werden? – Das ist einvernehmlich.

Einzelplan 09 – Hessisches Ministerium für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz –. Wer ist für diesen Einzelplan? – Gegenstimmen? – Dann ist auch dieser Einzelplan mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen der anderen drei Fraktionen angenommen.

Einzelplan 10 – Staatsgerichtshof –. Wer diesem Einzelplan zustimmen will, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle vier Fraktionen.

Einzelplan 11 – Hessischer Rechnungshof –. Ich bitte um die Zustimmung. – Das sind alle vier Fraktionen des Hauses.

Einzelplan 15 – Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst –. Wer diesem Einzelplan seine Zustimmung geben will, bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Dieser Einzelplan ist mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen der anderen drei Fraktionen angenommen.

Damit haben wir die Einzelplanabstimmungen hinter uns. Wir kommen nun zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007) in der vom Haushaltsausschuss empfohlenen Fassung, Drucks. 16/6368 zu Drucks. 16/6011. Der Gesetzentwurf soll zur Vorbereitung der dritten Lesung an den Haushaltsausschuss überwiesen werden. – Das ist einvernehmlich.

Dann kommen wir zur Abstimmung über Tagesordnungspunkt 9 b, zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Finanzausgleichsänderungsgesetz 2007, Drucks. 16/6339 zu Drucks. 16/6012. Die Berichterstattung ist zu Anfang der Debatte erfolgt.

Auch hier frage ich, ob der Gesetzentwurf in der Fassung der zweiten Lesung an den Haushaltsausschuss zurücküberwiesen werden soll. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Die CDU ist dafür. Gegenstimmen kamen von den drei anderen Fraktionen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Diskussion zu Tagesordnungspunkt 9 und allen Punkten, die damit zusammenhängen.

Ich rufe nun noch **Tagesordnungspunkt 47** auf:

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen – Drucks. 16/6113 –

Mir liegen keine Sonderwünsche vor. Dann darf ich über die Beschlussempfehlungen der Ausschüsse abstimmen

lassen. Wer ist dafür? – Das sind alle vier Fraktionen des Hauses. Vielen Dank, meine Damen und Herren, damit sind alle Beschlussempfehlungen angenommen.

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung. Wir sehen uns morgen um 9 Uhr wieder. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

(Schluss: 19.25 Uhr)

Anlage (zu Tagesordnungspunkt 9 a)

Nach § 109 Abs. 2 GOHLT zu Punkt 9 a der Tagesordnung, Drucks. 16/6338 zu Drucks. 16/6011, hier: Einzelplan 08, zu Protokoll gegebene Stellungnahme des Abg. Florian Rentsch (FDP):

Der Haushalt des Sozialministeriums ist von 594 Millionen € 2006 auf 560 Millionen € für 2007 gesunken. Grund dafür sind die zurückgefahrenen Leistungen aus der Bundesgesetzgebung. – So weit der Blick nach Berlin. Hier und heute ist der hessische Blickwinkel ausschlaggebend:

Aus Sicht der FDP lässt auch dieser Haushaltsentwurf keinerlei Prioritätensetzung erkennen, bildet keine Schwerpunkte und fußt auf unklar formulierten Haushaltsprodukten. Wo sind die Ziele, Frau Ministerin? Man kann nicht einfach Geld ausgeben und sagen: „Wir machen et-was“. So sieht moderne Sozialpolitik nicht aus.

Sozialpolitik muss den Menschen eine Chance geben, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Sie kann nur eine Hilfe in der Not sein. Mehr ist nicht möglich. Daher ist die zentrale Frage: Wie können wir es schaffen, das vorhandene Geld effektiv einzusetzen? Wie kann bedürftigen Menschen direkt geholfen werden? All das natürlich im Rahmen des Ausgabenvolumens. Dazu gibt uns die moderne Sozialpolitik Instrumente an die Hand: Evaluation und Kommunalisierung sozialer Hilfen.

Erstens zur Evaluation: Eine wirkliche, ehrliche Wirksamkeitskontrolle der Sozialpolitik dieser Regierung fehlt völlig. Aber wie anders wollen Sie denn kontrollieren, ob das eingesetzte Geld richtig und effektiv verwendet wurde? Wie wollen Sie wissen, ob man nachsteuern muss und vielleicht neue Wege wählen sollte? Doch nur durch die Evaluation einer Wirksamkeitskontrolle von sozialen Maßnahmen. Einzelheiten bleiben Sie uns schuldig, ja sogar die Evaluation des Gleichberechtigungsgesetzes schaffen Sie nicht. Das ist Politik von gestern. Wenn wir nicht wissen, was im Sozialbereich passiert, was funktioniert, was nicht läuft oder wo das Geld ankommt, dann ist das nur Wegschauen. Aber Wegschauen hilft nun gar nichts.

Zweitens zur Kommunalisierung sozialer Hilfen: Dies ist der richtige Weg, Hessen sozialpolitisch zu reformieren.

Wir müssen versuchen, Sozial- und Gesellschaftspolitik gemeinsam mit den Kommunen langfristig und zukunftsorientiert zu gestalten. Das heißt: Planungssicherheit und auf regionale Bedürfnisse eingehen können.

Aber auch hier muss man wissen, was wirkt, was hilft und wo es hakt. Um dies herauszufinden, bedarf es einer wissenschaftlichen Evaluation. Frau Ministerin, dies hat die FDP immer wieder angemahnt, ja wir haben Ihnen sogar schon konkret Vorschläge und Ansprechpartner genannt. Sie haben Gespräche in dieser Richtung geführt, das freut mich natürlich sehr, allerdings bin ich mit dem Ergebnis der Gespräche nicht einverstanden. In einem Brief haben Sie mir mitgeteilt: „Aus fachlicher Sicht ist ein solches Vorgehen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zielführend.“ Sie schreiben weiter, dass zwar der Bedarf einer solchen professionellen Unterstützung gesehen werde, aber nicht jetzt, sondern zu einem anderen Zeitpunkt. – Später? Warum nicht jetzt? Warum wollen Sie nicht jetzt wissen, was mit dem Geld passiert, über das wir in der heutigen Haushaltsdebatte sprechen? Dieses Argument kann ich nicht nachvollziehen.

Wir brauchen in Hessen eine moderne Sozialpolitik, die sich an den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen in den Regionen orientiert. Dazu gehört ein Kriterienkatalog, der die örtliche soziale Situation, insbesondere die Daten, die Aussagen über die Art der Bedarfsmittel, den Umfang und die Struktur der ermittelten Bedarfe sowie die Befriedigung dieser Bedarfe in quantitativer und qualitativer Hinsicht, beinhaltet. Zu einer intelligenten Sozialberichterstattung gehört auch, zu schauen, was die Menschen vor Ort brauchen, um dann Programme in Kooperationen mit den Kommunen zu erarbeiten, Zielvereinbarungen zu treffen und das Ergebnis zu evaluieren. Nur aufgrund solcher aktueller Daten kann eine klare Aussage gemacht werden, wo soziale Hilfen notwendig sind.

Es ist Zeit, dass jemand dieser Regierung die Kreditkarte entzieht. Erweisen Sie sich als kreditwürdig, und legen Sie uns eine kreative, moderne und zukunftsweisende Sozialpolitik dar. Dann können auch wir als FDP Ja sagen. Aber jetzt werden wir Ihnen unsere Zustimmung verweigern.